

SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR POLITIKWISSENSCHAFT
DER
WESTFÄLISCHEN WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER

Band 3

Hermann Hagemann

DIE FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN
FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER
AUF DER EBENE DER
VEREINTEN NATIONEN BIS ZUR
ERSTEN KONFERENZ FÜR
HANDEL UND ENTWICKLUNG (UNCTAD I) 1964

Münster, 1983

**SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR POLITIKWISSENSCHAFT
DER
WESTFÄLISCHEN WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER**

Band 3

Hermann Hagemann

**DIE FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN
FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER
AUF DER EBENE DER
VEREINTEN NATIONEN BIS ZUR
ERSTEN KONFERENZ FÜR
HANDEL UND ENTWICKLUNG (UNCTAD I) 1964**

Münster, 1983

I. TEIL :

PROBLEMDARSTELLUNG, ERKLÄRUNG DER METHODE
UND ANALYSE DES FORSCHUNGSGEGENSTANDES

I.	PROBLEMDARSTELLUNG UND METHODE	1
1.	Das Ziel der Untersuchung	1
2.	Die Bedeutung der Rohstoffe für die Entwicklungs- länder	1
3.	Der Interessenorientierte Ansatz - Grundlagen und Methode	2
3.1.	Die Funktion des Interessenorientierten Ansatzes	2
3.1.1.	Interesse und Bedürfnis	3
3.1.2.	Interesse und Bedürfnis im ökonomischen Bereich	7
3.1.3.	Bedürfnisse und Interessen im Bereich der rohstoff- politischen Forderungen der Entwicklungsländer	8
3.2.	Methode - Die Feststellung von Formierungen von rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungs- länder auf der Ebene der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrates	10
3.2.1.	Selektive Fragestellung zur Erschließung der For- derungen nach gleichen oder ähnlichen Zielen	10
3.2.1.1.	Die Bedingungen der Untersuchung	10
3.2.1.2.	Die Erfragung von Entwicklungsländer-Zielen	11
3.2.1.3.	Die Zielgleichheit	13
3.2.1.	Selektive Fragestellungen zur Feststellung von Aktionsformationen der Entwicklungsländer	13
3.2.2.1.	Die Messung der Aktionsformation	15
3.2.2.1.1.	Die Präsenz der Entwicklungsländer	15
3.2.2.1.2.	Die Zusammenarbeit der Entwicklungsländer	15

3.2.2.1.3.	Das Abstimmungsverhalten der Entwicklungsländer	16
3.2.2.1.4.	Innere und äußere Geschlossenheit der Entwicklungsländer (Gruppenzusammenhalt)	16
3.2.2.2.	Das Maß der Aktionsformation	17
3.3.	Das Maß der Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer	17
II.	DIE ABGRENZUNG DES FORSCHUNGSGEGENSTANDES	19
1.	Die sachliche Abgrenzung und ihre Begründung	19
1.1.	Organisationsebene und Akteure	19
1.2.	Verwendete Materialien	20
2.	Die zeitliche Abgrenzung	21
III.	GLIEDERUNG UND KLASSIFIZIERUNG DER PROBLEMELEMENTE	23
1.	Entwicklungsländer	23
2.	Die Formierung der Entwicklungsländer in Blöcke und Gruppen	26
2.1.	Der Begriff „Block“	26
2.2.	Der Begriff „Gruppe“	26
2.3.	Die zu untersuchenden Gruppen	28
2.3.1.	Die osteuropäische Gruppe	29
2.3.2.	Die afroasiatische Gruppe	30
2.3.2.1.	Die geographische Lage	30
2.3.2.2.	Die Fraktionierung auf UN-Ebene	31
2.3.2.3.	Die regionale Gruppenaktivität	31

2.3.2.3.1.	Die regionale Gruppenarbeit der afrikanischen Länder	31
2.3.2.3.2.	Die regionale Gruppenarbeit der arabischen Länder	32
2.3.2.3.3.	Die regionale Gruppenarbeit der asiatischen Länder	33
2.3.3.	Die lateinamerikanische Gruppe	33
2.3.3.1.	Die geographische Lage	33
2.3.3.2.	Die Fraktionierung auf UN-Ebene	34
2.3.3.3.	Die regionale Gruppenarbeit	34
2.3.4.	Die Commonwealth Gruppe	36
IV.	DIE ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN	39
1.	Aufgabenstellung	39
2.	Definition und Klassifikation des Begriffs „Rohstoffe“	39
2.1.	Die spezifische Unterscheidung (Definition)	39
2.2.	Die Unterscheidung nach dem Grad der Verarbeitung (Definition)	40
2.3.	Die ökonomische Definition	41
2.4.	Die politische Definition	42
3.	Rohstoffforderungen - die gesamtökonomischen Implikationen	44
3.1.	Die Bedeutung von Rohstoffen in der National-ökonomie	44
3.2.	Der internationale Rohstoffhandel	44
3.2.1.	Ziele des Rohstoffhandels (ökonomisch)	45
3.2.2.	Importeure/Exporteure	45
3.2.3.	Wirtschaftliche Verhaltensweisen des Rohstoffmarktes	46
3.2.4.	Die Bedeutung der verschiedenen Eigenschaften der Rohstoffe für den Rohstoffhandel	47

3.2.4.1.	Agrarische Produkte	48
3.2.4.2.	Mineralische Produkte	48
3.2.4.3.	Synthetische Produkte	48
3.2.5.	Strategien von Rohstoffexporteuren zur Erreichung ökonomischer Ziele	49
3.2.6.	Rohstoffabkommen	50
3.2.6.1.	Motiv und Zielsetzung von Rohstoffabkommen	50
3.2.6.2.	Motiv und Zielsetzung von Rohstoffabkommen der Entwicklungsländer	51
3.2.6.3.	Die Instrumente der Rohstoffabkommen	51
3.2.6.3.1.	Buffer-Stock-Abkommen	53
3.2.6.3.2.	Multilaterale Kontaktabkommen	53
3.2.6.3.3.	Quotenabkommen	54
3.2.7.	Rohstoffkartelle	54
3.2.7.1.	Erscheinungsformen des internationalen Rohstoffkartells	56
3.2.7.2.	Erfolgsbedingungen eines Kartells	57
3.2.7.2.1.	Die Kartellfähigkeit der Rohstoffe	57
3.2.7.2.2.	Einflußmöglichkeiten der Nachfrager auf das Kartell der Produzenten	58
3.2.7.2.3.	Angebotsmerkmale eines Kartells	59
4.	Rohstoffpolitik	61
4.1.	Der Begriff: Rohstoffpolitik	61
4.2.	Die rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer	62
5.	Die Rohstoffziele der Entwicklungsländer	62
5.1.	Das Verfügungsziel	63
5.2.	Das Kontrollziel	64
5.3.	Das Erlösstabilisierungs- und Erlössteigerungsziel	65
5.4.	Das Beteiligungsziel	66

II. TEIL :

DIE FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDE- RUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER IN DER GRÜN- DUNGSPHASE DER VEREINTEN NATIONEN (1945 - 1948)

	EINLEITUNG ZUM ERSTEN TEIL DER UNTERSU- CHUNG	66
I.	DIE POLITISCHE MOTIVATION ZUR GRÜNDUNG DER VEREINTEN NATIONEN UND DIE MÖGLICH- KEITEN DER CHARTA DER VEREINTEN NATIO- NEN IM SINNE DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER NUTZBAR ZU SEIN	66
1.	Gründung und Motivation der Vereinten Nationen	66
2.	Die Entwicklungsländer-Gruppen innerhalb der UN - Anzahl der Länder und ihr Einfluß auf die Charta der Vereinten Nationen	70
3.	Die Möglichkeiten, die Charta im Sinne der roh- stoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer nutzbar zu machen	70
3.1.	Die Bedeutung der Vereinten Nationen für die Roh- stoffpolitik	70
3.2.	Die wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele der Charta der Vereinten Nationen	70
3.3.	Die Beeinflussung der wirtschafts- und sozialpoli- tischen Ziele der UN durch die Gedanken des Frei- handels	70
4.	Zusammenfassende Wertung	70



II.	DIE GENERALVERSAMMLUNG - MÖGLICHKEITEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER DIE GENERAL- VERSAMMLUNG FÜR DIE FORMIERUNG IHRER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN ZU NUTZEN	76
1.	Die rohstoffpolitischen Möglichkeiten der General- versammlung	76
2.	Die allgemeinpoltische Formierung der Ent- wicklungsländer-Gruppen	77
2.1.	Die afroasiatische Gruppe	78
2.1.1.	Die arabische Gruppe	78
2.1.1.1.	Zielgleichheit	79
2.1.1.2.	Aktionsformation	79
2.1.1.3.	Das Maß der Formierung	81
2.1.2.	Die Formierung der afroasiatischen Gruppe	82
2.1.2.1.	Zielgleichheit	82
2.1.2.2.	Aktionsformation	82
2.1.2.3.	Das Maß der Formierung	84
2.2.	Die lateinamerikanische Gruppe	85
2.2.1.	Aktionsformation	85
2.2.2.	Zielgleichheit	86
2.2.3.	Das Maß der Formierung	87
3.	Die Untersuchung der Rohstoffpolitik der General- versammlung auf Formierungen rohstoffpolitischer Forderungen der Entwicklungsländer	88
3.1.	Ökonomische Hintergrunddaten der Rohstoffpolitik der Entwicklungsländer	88
3.2.	Die Schwerpunkte der Rohstoffpolitik der General- versammlung	88

3.2.1.	Die Rekonstruktion der vom Krieg verwüsteten Gebiete und die Rolle der Rohstoffe	89
3.2.2.	Die Beseitigung des Mangels an Nahrungsmitteln	90
3.2.3.	Die wirtschaftliche Entwicklung unterentwickelter Gebiete	92
III.	DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRAT (ECOSOC)	94
1.	Die Möglichkeiten der Entwicklungsländer den ECOSOC zur Formierung rohstoffpolitischer Forderungen zu nutzen	94
2.	Die Präsenz der Entwicklungsländer im ECOSOC	96
3.	Die Aufgabenzuweisung der Generalversammlung an den ECOSOC im Bereich der Rohstoffe	96
4.	Die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer bei den rohstoffpolitischen Aktivitäten des ECOSOC	99
4.1.	Resolutionen des ECOSOC zur Rohstoffpolitik	99
4.2.	Die funktionalen Kommissionen	100
4.3.	Die regionalen Wirtschaftskommissionen	101
4.3.1.	Die Gründung der regionalen Wirtschaftskommissionen	101
4.3.2.	Die Aufgabenstellung der Wirtschaftskommissionen	102
4.3.3.	Der territoriale Wirkungsbereich der regionalen Wirtschaftskommissionen	102
4.3.4.	Die Mitgliedschaft in den regionalen Wirtschaftskommissionen	103
4.3.4.1.	Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika (ECLA)	103

4.3.4.2.	Die Wirtschaftskommission für Asien und den fernen Osten (ECAFE)	104
4.3.4.3.	Das ad hoc Komitee für den nahen Osten	105
4.3.5.	Die Bewertung der regionalen Wirtschaftskommissionen durch die Entwicklungsländer	105
4.3.6.	Wertung der Möglichkeiten der Entwicklungsländer sich auf der Ebene der regionalen Wirtschaftskommissionen zu formieren	106
4.3.6.1.	Die Entwicklungsländer in der ECLA	109
4.3.6.2.	Die Entwicklungsländer in der ECAFE	110
4.3.6.3.	Zusammenfassung	111
5.	Die internationale Konferenz für Handel und Beschäftigung in ihrer Bedeutung für die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer	112
5.1.	Das Preparatory Committee	114
5.2.	Das Interim Co-ordinating Committee	114
5.3.	Drafting Committee	115
5.4.	The General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)	115
5.5.	Die Konferenz für Handel und Beschäftigung	117
5.5.1.	Die Teilnehmer an der Konferenz	117
5.5.2.	Die Rohstoff-Ziele der Charta	118
5.5.3.	Die Formierung der Entwicklungsländer auf der Konferenz	120
5.5.4.	Die Bedeutung der Konferenz für die Entwicklungsländer	120
IV.	ZUSAMMENFASSENDE WERTUNG	122
1.	Die Bedeutung der Organe der Vereinten Nationen und der von ihnen geschaffenen Kommissionen	122

2.	Verfügungsziel: agrarische Rohstoffe	122
2.1.	Zielgleichheit	122
2.2.	Aktionsformation	123
2.3.	Das Maß der Formierung	125
3.	Erlössteigerungs- und -sicherungsziel	126
3.1.	Zielgleichheit	126
3.2.	Aktionsformation	127
3.3.	Das Maß der Formierung	128
4.	Kontrollziel	129
4.1.	Zielgleichheit	129
5.	Beteiligungsziel	129

III. TEIL :

DIE ZWEITE PHASE - DER KALTE KRIEG UND SEINE AUS-
WIRKUNGEN AUF DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER
(1949 - 1954)

I.	WELTPOLITISCHE RAHMENDATEN DER FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER UND DIE ALLGEMEINPOLITISCHE FORMIERUNG DER ENTWICKLUNGSLÄNDER	130
1.	Der kalte Krieg in Ursache und Wirkung für die Entwicklungsländer	130
1.1.	Die Ursachen des kalten Krieges	130
1.2.	Die Auswirkungen des kalten Krieges auf die Entwicklungsländer	131
2.	Die Entwicklung des internationalen Rohstoffmarktes in seiner Bedeutung für die Entwicklungsländer	132
3.	Die allgemeinpolitische Formierung der Entwicklungsländer-Gruppen auf der Ebene der Vereinten Nationen	133
3.1.	Die Formierung der afroasiatischen Gruppe	133
3.1.1.	Aktionsformation	134
3.1.2.	Zielgleichheit	136
3.1.3.	Das Maß der Formierung	137
3.2.	Die Formierung der lateinamerikanischen Gruppe	138
3.2.1.	Aktionsformation	138
3.2.2.	Zielgleichheit	138
3.2.3.	Das Maß der Formierung	139

4.	Die numerische Präsenz der Entwicklungsländer auf der Ebene des ECOSOC	140
II.	DIE FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER	143
1.	Verfügungsziel - nicht agrarische Rohstoffe	143
1.1.	Die Bedeutung der Rohstoffe in der gesamtwirtschaftlichen und sozialen Strategie der Vereinten Nationen	143
1.2.	Die Bedeutung der Rohstoffe im UN-Konzept der Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer vor dem Koreakrieg	145
1.3.	Der Koreakrieg als verfügunspolitische Herausforderung der Entwicklungsländer	149
1.4.	Zusammenfassende Auswertung	153
1.4.1.	Zielgleichheit	153
1.4.2.	Aktionsformation	154
1.4.3.	Das Maß der Formierung	157
2.	Verfügungsziel - agrarische Rohstoffe	158
2.1.	Bedeutung und Funktion der agrarischen Rohstoffe	158
2.2.	Zusammenfassende Auswertung	161
2.2.1.	Zielgleichheit	161
2.2.2.	Aktionsformation	162
2.2.3.	Das Maß der Formierung	164
3.	Die Sicherung des souveränen Verfügungsrechts über die Rohstoffe	165
3.1.	Das Recht der souveränen Verfügung über die natürlichen Ressourcen als Völkerrecht	165

3.2.	Zusammenfassende Wertung	169
3.2.1.	Zielgleichheit	169
3.2.2.	Aktionsformation	170
3.2.3.	Das Maß der Formierung	172
4.	Das Kontrollziel	173
4.1.	Das Kontrollziel als Nebenforderung	173
4.2.	Zusammenfassung	176
5.	Erlössteigerungs- und -sicherungsziel	176
5.1.	Die Bedeutungssteigerung der Rohstoffe für die Entwicklungsländer als Finanzierungsquelle der wirtschaftlichen Entwicklung	176
5.2.	Zusammenfassende Wertung	186
5.2.1.	Aktionsformation	186
5.2.2.	Zielgleichheit	187
5.2.2.1.	Rohstoffabkommen	187
5.2.2.2.	Sicherung der Rohstoffpreise	188
5.2.2.3.	Terms of Trade	188
5.2.2.4.	Die Liberalisierung des Handels	190
5.2.2.5.	Das Maß der Zielgleichheit	190
5.2.3.	Das Maß der Formierung	192
6.	Beteiligungsziel	193

IV. TEIL :

DIE DRITTE PHASE DER BEOBACHTUNG - DIE ZEIT DER POLITISCHEN IDENTITÄTSFINDUNG DER ENTWICKLUNGSLÄNDER (1955 - 1961)

I.	RAHMENDATEN DER FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER	194
1.	Die Konferenz von Bandung	194
1.1.	Die Bedeutung der Konferenz von Bandung für die Entwicklungsländer allgemeinpolitisch	194
1.1.1.	Die Initiative zur Konferenz	194
1.1.2.	Die Ablehnung eines aufgezwungenen Konfliktes, des Ost-West-Konfliktes	194
1.1.3.	Die Formierung eigener Probleme der Dritten Welt	195
1.1.4.	Die Konferenz und die Vereinten Nationen	195
1.1.5.	Die Folgewirkung der Konferenz für die afroasiatischen Länder in den UN	196
1.2.	Die Konferenz in ihrer rohstoffpolitischen Bedeutung	197
1.2.1.	Das Verfügungsziel	197
1.2.2.	Das Kontrollziel	198
1.2.3.	Das Erlösstabilisierungs- und -steigerungsziel	199
1.2.4.	Das Beteiligungsziel	199
2.	Die Präsenz der Entwicklungsländer	199
2.1.	Die Entspannung des Ost-Westverhältnisses und ihre Auswirkungen auf die Neuzulassung von UN-Mitgliedern	200

2.2.	Der Antikolonialismus auf der Ebene der Vereinten Nationen und seine politischen Konsequenzen	200
2.3.	Die allgemeine politische Formierung der Entwicklungsländer auf der Ebene der Generalversammlung	201
2.3.1.	Die lateinamerikanische Gruppe	201
2.3.1.1.	Aktionsformation	201
2.3.1.2.	Zielgleichheit	203
2.3.2.3.	Das Maß der Formierung	204
2.3.2.	Die afroasiatische Gruppe	205
2.3.2.1.	Aktionsformation	205
2.3.2.2.	Zielgleichheit	207
2.3.2.3.	Das Maß der Formierung	208
3.	Die Präsenz der Entwicklungsländer im ECOSOC	209
4.	Die Wirtschaftskommission für Afrika	213
5.	Die Nachfrage- und Angebotssituation des internationalen Rohstoffmarktes in seiner Bedeutung für die Entwicklungsländer (1955-1962)	213
II.	DIE FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER WÄHREND DER DRITTEN PHASE	217
1.	Verfügungsziel - nicht agrarische Rohstoffe	217
1.1.	Die Entwicklung der Forderungen der Entwicklungsländer	217
1.2.	Zusammenfassende Wertung	221
1.2.1.	Zielgleichheit	221
1.2.2.	Aktionsformation	222
1.3.	Das Maß der Formierung	225

2.	Verfügungsziel - agrarische Rohstoffe	226
2.1.	Die Entwicklung der Forderungen	226
2.2.	Zusammenfassende Auswertung	229
2.2.1.	Zielgleichheit	229
2.2.2.	Aktionsformation	230
2.3.	Das Maß der Formierung	233
3.	Der Versuch der Entwicklungsländer, die verfü- gungspolitischen Forderungen rechtlich zu sichern	234
3.1.	Die Entwicklung der Forderungen	234
3.2.	Zusammenfassende Auswertung	238
3.2.1.	Zielgleichheit	238
3.2.2.	Aktionsformation	239
3.3.	Das Maß der Formierung	242
4.	Kontrollziel	243
5.	Das Erlösstabilisierungs- und -steigerungsziel	244
5.1.	Die Entwicklung der Forderungen	244
5.2.	Zusammenfassende Wertung	259
5.2.1.	Zielgleichheit	259
5.2.2.	Die Aktionsformation	262
5.3.	Das Maß der Formierung	268
6.	Beteiligungsziel	269
6.1.	Die Entwicklung der Forderungen	269
6.2.	Zusammenfassende Wertung	275

6.2.1.	Zielgleichheit	275
6.2.2.	Aktionsformation	276
6.3.	Das Maß der Formierung	280
7.	Die Auswirkungen der Blockbildung durch die Konferenz von Bandung auf die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer	281

V. TEIL :

DIE VIERTE PHASE DER BEOBACHTUNG - DER BEGINN DER DOMINANZ DER ENTWICKLUNGSLÄNDER IN DEN VEREINTEN NATIONEN (1962 - 1964)

I.	RAHMENDATEN DER FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER	283
1.	Die blockfreien Länder in den Vereinten Nationen	284
1.1.	Die Belgrader Konferenz der blockfreien Staaten	285
1.2.	Die Konferenz von Kairo	287
2.	Die „Gruppe der 77“	288
3.	Die Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD I) im Jahre 1964	291
4.	Die Situation der Rohstoffe für die Entwicklungsländer von 1962 - 1964	293
5.	Die Präsenz der Entwicklungsländer im ECOSOC	294
II.	DIE FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER WÄHREND DER VIERTEN PHASE	296
1.	Verfügungsziel	296
1.1.	Die Entwicklung der Forderungen	296
1.2.	Zusammenfassende Wertung	299
1.2.1.	Zielgleichheit	299
1.2.2.	Aktionsformation	301
1.3.	Das Maß der Formierung	304

2.	Verfügungsziel - agrarische Rohstoffe	305
2.1.	Die Entwicklung der Forderungen	305
2.2.	Zusammenfassende Auswertung	307
2.2.1.	Zielgleichheit	307
2.2.2.	Aktionsformation	308
2.3.	Das Maß der Formierung	310
3.	Die völkerrechtliche Sicherung des Verfügungszieles	311
4.	Kontrollziel	312
5.	Erlössteigerungs- und -sicherungsziel	312
5.1.	Die Entwicklung der Forderungen	312
5.2.	Zusammenfassende Auswertung	318
5.2.1.	Zielgleichheit	318
5.2.2.	Aktionsformation	319
5.3.	Das Maß der Formierung	321
6.	Beteiligungsziel	322
6.1.	Entwicklung der Forderungen	322
6.2.	Zusammenfassende Wertung	329
6.2.1.	Zielgleichheit	329
6.2.2.	Aktionsformation	331
6.3.	Das Maß der Formierung	334

VI. TEIL : ZUSAMMENFASSUNG

I.	VERKÜRZTE DARSTELLUNG VON: AUFGABEN- STELLUNG, METHODE, PROBLEMELEMENTEN, AKTEUREN UND ORGANISATIONSEBENEN	335
II.	DIE FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER	340
1.	Die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer beim Verfügungsziel (nicht agrарische Rohstoffe)	340
2.	Die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer beim Verfügungsziel (agra- rische Rohstoffe)	347
3.	Die Formierung der Entwicklungsländer beim Ver- such, die Forderungen des Verfügungszieles völker- rechtlich zu sichern	351
4.	Die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer beim Kontrollziel	356
5.	Die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer beim Erlössicherungs- und -steigerungsziel	359
6.	Die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer beim Beteiligungsziel	367
7.	Das Mißverhältnis von Zielgleichheit und Aktions- formation	372

I. TEIL

PROBLEMDARSTELLUNG

ERKLÄRUNG DER METHODE UND

ANALYSE DES FORSCHUNGSGEGENSTANDES

1. PROBLEMDARSTELLUNG UND METHODE

1. Das Ziel der Untersuchung

Das Ziel der Untersuchung ist es, die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer (EL) auf der Ebene der Generalversammlung (GA) und des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) der Vereinten Nationen nach dem 2. Weltkrieg bis zur ersten Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung im Jahre 1964 analysierend darzustellen.

Die Rohstoffforderungen der EL lassen sich nicht getrennt von den sie begleitenden und bestimmenden allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Geschehnissen behandeln. Es wird deshalb notwendig sein, diese Geschehnisse dort kurz darzustellen, wo sie unlösbar mit den rohstoffpolitischen Forderungen der EL oder ihren Bedingungen verknüpft sind.

Die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL zu untersuchen bedeutet, auf folgende Fragen eine Antwort zu suchen:

- Wer sind die Akteure der rohstoffpolitischen Forderungen der EL ?
- Welchen Inhalt haben die rohstoffpolitischen Forderungen der EL ?
- Wie formieren sich die EL auf der Ebene der Vereinten Nationen (Generalversammlung, Wirtschafts- und Sozialrat) ?

2. Die Bedeutung der Rohstoffe für die Entwicklungsländer

Die Wichtigkeit der rohstoffpolitischen Forderungen der EL läßt sich aus der Bedeutung der Rohstoffe für die EL ersehen. Die besondere Bedeutung der Rohstoffe für die EL zeigen volkswirtschaftliche Rechnungen, von denen einige mit klaren Aussagen abgedruckt sind. Unter dem Vorbehalt, daß es sich hier nicht um eine volkswirtschaftliche Arbeit handelt und die getroffenen Aussagen über die Rohstoffe nur der Verdeutlichung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL dienen, läßt sich folgendes feststellen:

- Die EL verfügen über große Mengen an bislang ungenutzten

Rohstoffen.¹

- Für die Ökonomien der EL stellen die Rohstoffe das größte Exportgut dar und sind die wichtigste Einnahmequelle.² Die Rohstoffe sind die wirtschaftliche Basis der EL. Die Entwicklung von Exportmengen und Preisen ist für die EL, welche in der Hauptsache Rohstoffexportländer sind, von existentieller Bedeutung.³
- Die Exporte in die Gebiete der Industrieländer (IL) stellen dabei den größten Anteil dar.⁴ Hierbei ist der erzielte Preis den Exportpreisen der IL beinahe ständig unterlegen.⁵ Diese Bewertung der Rohstoffe und eine höhere Bewertung der IL-Ausfuhren führt für die EL zu ungünstigen Terms of Trade.⁶
- Die agrarischen Rohstoffe sind besonders für die afrikanischen und asiatischen EL als Grundlage von Arbeitsplätzen wichtig. Die hohe Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln und eine nicht industrialisierte Ökonomie haben dort einen hohen Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft zur Folge.⁷

3. Der Interessenorientierte Ansatz - Grundlagen und Methode

3.1. Die Funktion des Interessenorientierten Ansatzes

Der interessenorientierte Ansatz hat die Funktion:

-
1. Die Mineralien zeigen bei Kupfer, Zinn und Öl besonders den natürlichen Reichtum der EL an. vgl. Tabelle 1 und 2 im Annex V
 2. vgl. Tabelle 3 im Annex V
 3. Das Beispiel einiger EL mag dies verdeutlichen. vgl. Tabelle 4 im Annex V
 4. Subtrahiert man die Summe des Handels der Entwicklungsländer untereinander und den der Exporte in Länder gleicher Regionen von 100 so ergibt sich die Bedeutung der IL-Exportes aus Tabelle 5 im Annex V
 5. Die Tabelle 6 zeigt das Gefälle der Preise. vgl. Tabelle 6 im Annex V
 6. Vergleiche die Liste der „Income Terms of Trade“, in der sich für die EL aber auch sonst noch negative Faktoren, wie Transport und Versicherung niederschlagen. vgl. Tabelle 7 im Annex V
 7. vgl. Tabelle 8 im Annex V

- durch eine selektive Fragestellung Akteure und Gruppen von Akteuren ausfindig zu machen,
- die den Akteur identifizierenden und die Gruppen integrierenden Interessen darzustellen,
- durch eine interessenorientierte Fragestellung Handlungsabläufe von Akteuren und die Bildung von Akteursgruppen erklärend nachzuvollziehen.

Versucht wird, die beiden Wesenselemente des interessenorientierten Ansatzes, Interesse und Bedürfnis, zu einem analytischen Instrument der Untersuchung zu machen. Aus der Politikwissenschaft, der Anthropologie und Psychologie werden hierzu Theorien nutzbar gemacht.

3.1.1. Interesse und Bedürfnis

In der politischen Theorie der realistischen Schule werden Macht und Interesse als die beiden grundlegenden Begriffe der Analyse internationaler Politik verstanden. Die Realisten nehmen an, „daß Staatsmänner nur im Sinne eines als Macht verstandenen Interesses denken und handeln“.¹ Interesse wird hier verstanden als Ausdruck nationalen Egoismuses.² Der Egoismus ist darauf gerichtet, die existentielle Angst als Grundmotiv menschlichen Handelns durch die Erlangung von Macht zu beseitigen. Die Nation läßt nach Niebuhr³ und Thompson⁴ den Egoismus des Einzelmenschen bloß kulminieren und verwandelt individuellen Altruismus in

1. vgl. Morgenthau, Hans J.; Macht und Frieden, Gütersloh 1963, S.49 f

Die Elemente der politischen Analyse der realistischen Schule finden auch in der politischen Analyse der internationalen Politik durch bedeutende politikwissenschaftliche Institute ihre Anwendung. vgl.: Gemeinsamer Bericht des: Council on Foreign Relations (New York), Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e.V. (Bonn), Institut Francais des Relations Internationales (Paris), Royal Institut of International Affairs (London); in: Frankfurter Rundschau, 14. März 1981, Nr.62, S.14 f

2. vgl. Meyers, Reinhard; Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, Düsseldorf 1977, S.58

3. Niebuhr, Reinhold; Christlicher Realismus und politische Probleme, Wien, S.98 f

4. vgl. Thompson, Kenneth W.; Understanding World Politics, Notre Dame/Ind. 1975, S.143

kollektiven Egoismus, sodaß der Egoismus der Gruppe doppelt stark ist.¹ Die internationale Politik, auch die Politik internationaler Organisationen, wird angesehen als gekennzeichnet vom Ausgleich und Wettstreit nationaler Interessen.²

Als Korrektiv des krassen nationalen Egoismus werden von einigen Autoren moralische oder ethische Imperative angeführt. Von anderen Autoren wird dies Korrektiv bestritten. Herz sieht das Ziel der realistischen Politik in der Erhaltung des Gleichgewichtes der Mächte, dem die Wahrung ethischer Prinzipien gleichgeordnet ist.³ Nach Morgenthau ist der politische Realismus sich der sittlichen Bedeutung politischen Handelns bewußt. „Allgemein sittliche Grundsätze in abstrakter, allgemeingültiger Formulierung können auf staatliches Handeln nicht angewendet werden; sie müssen im Licht der konkreten Umstände von Zeit und Ort angesehen werden. Höchste Tugend der Politik ist die Klugheit, worunter das Abwägen der Folgen alternativer politischer Handlungen verstanden wird. Politische Ethik beurteilt Handlungen nach ihren politischen Folgen.“⁴

Robert Osgood sieht den Menschen in einem immerwährenden inneren Wettstreit zwischen nach Verwirklichung rufenden Idealen und Motiven, die das reine Eigeninteresse bezwecken.⁵ Bedürfnisse als Motive menschlichen Handelns werden in der realistischen Schule mit dem Interesse gleichgesetzt. Als Motive politischen Handelns werden genannt:

- Nationale Interessen, die zumeist auf die Erhaltung des Status quo oder das Überleben zielen,
- der Schutz der Nation, als ein zum Eigenwert gesteigertes psychisches und physisches Refugium der Menschen,⁶

1. vgl. Osgood, Robert E.; Idealismus und Realismus in der Außenpolitik, in: Helga Haftendorn (Hrsg.); Theorie der internationalen Politik, Hamburg 1975, S.63 f

2. vgl. Meyers, Reinhard; a.a.O., S. 75

3. vgl. Herz, John H.; Staatenwelt und Weltpolitik, Aufsätze zur internationalen Politik im Nuclearzeitalter, Hamburg 1974, S. 12 ff

4. Morgenthau, Hans J.; a.a.O., S. 49 f

5. vgl. Osgood, Robert E.; a.a.O., S. 69 f

6. vgl. ebenda, S. 59 f

- die Hobbsche Konzeption des Krieges aller gegen alle als Grundbedingung menschlicher Existenz,¹
- ein Mensch und Tier gemeinsamer natürlicher Selbsterhaltungstrieb,²
- der Wille zur Selbstverwirklichung³.

Die Nutzbarmachung dieser politischen Theorie für die Untersuchung bedeutet, die Formierung rohstoffpolitischer Forderungen zu erforschen durch die Suche nach:

- Möglichkeiten der EL auf den relevanten UN-Ebenen Macht auszuüben,
- Forderungen mit gleichen Interessen als einem Indikator für wahrscheinliche Machtbildung durch die Bildung einer Interessenskoalition.

Anthropologisch gesehen ist das Interesse des Menschen auf die Art- und Selbsterhaltung angelegt. Psychische Erscheinungen werden dabei als mentale Reaktionen auf körperliche Bedürfnisse gesehen. Der Willensbildungsprozeß wird angesehen als zu allererst von biologischen Notwendigkeiten bedingt.⁴

Was allgemein als Bedürfnis zu gelten hat „... läßt sich nicht objektiv feststellen, sondern hängt von der klassifikatorischen Arbeit und den dahinter stehenden Absichten des Forschers ab.“⁵
Eine Bezeichnung individueller Bedürfnisse mit politischer Implika-

1. vgl. Meyers, Reinhard; a.a.O., S. 67

2. vgl. Morgenthau, Hans; a.a.O., S. 25

3. vgl. Chen, Y.C.; Malla, S.; Schellhorn, K.M.; Politik zwischen Staaten, München 1975, S. 39

4. Gehlen hat den Begriff des Hiatus geprägt. Der Hiatus bezeichnet einen Leerraum zwischen den Bedürfnissen und den Erfüllungen, „und in diesem Leerraum liegt nicht nur die Handlung, sondern auch alles sachgemäße Denken, das eben-
sowenig antriebsgestört sein darf, wie die Handlungen, wenn es richtig und fruchtbar sein soll.“

Gehlen; Der Mensch, Wiesbaden 1976, S. 51

ähnlich: vgl. Massing, Peter; Anthropologische Überlegungen zur Struktur des Interesses, in: Massing, Peter/Reichel, Peter (Hrsg.); Interesse und Gesellschaft, München 1977, S. 222

5. Hondrich, Karl Otto; Menschliche Bedürfnisse und soziale Steuerung, Hamburg 1975, S. 27

tion hat Maslow in einer normativen Klassifizierung von fünf Bedürfnissen gegeben:

1. Physische Bedürfnisse, wie Sexual- und Nahrungsbedürfnisse,
2. Sicherheitsbedürfnisse,
3. Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Liebe,
4. Bedürfnis nach Achtung,
5. Bedürfnis nach Selbstverwirklichung¹.

Gerade im Bereich der Entwicklungsländer, wo sich Millionen von Menschen in absoluter Armut befinden, hat die Rohstoffpolitik der EL, als Teil ihrer Gesamtpolitik die Aufgabe, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen zur Befriedigung dieser Bedürfnisse. Die rohstoffpolitischen Forderungen sind in ihrer Radikalität nur bei Berücksichtigung der Differenz zwischen wahrgenommenem Mangel und Möglichkeiten der Befriedigung der Bedürfnisse zu verstehen.²

Die Psychologie sieht den Zusammenhang zwischen Bedürfnissen und daraus resultierenden Handlungen im unterschiedlichen Maße als begründet an. Anstelle des Bedürfnisses werden Begriffe gebraucht wie: Motivation³, Wünsche⁴, Trieb⁵.

1. vgl. Hondrich, Karl Otto; a.a.O., S. 31
Ähnliche Grundbedürfnisse entwickelt Amitai Etzioni.
vgl. Amitai Etzioni; Menschliche Grundbedürfnisse, in:
Massing, Peter/Reichel, Peter (Hrsg.); a.a.O., S. 103
2. Auch Aktionsbündnisse lassen sich so erklären. „Im Begriff des Interesses ist die soziale Bestimmung von Bedürfnissen mitgedacht, d.h., von Personen, die die gleiche soziale Lage aufweisen, vermutet man, daß sie auch gleiche Interessen haben.“ Hondrich, Karl Otto; a.a.O., S. 28
3. Graumann formuliert es ganz allgemein: „Wie auch immer die Motivation definiert werden mag, ihr Studium betrifft die Begründung unseres Verhaltens, meint immer dasjenige in uns, was uns dazu bringt, treibt, bewegt, uns so und nicht anders zu verhalten.“ Graumann, C.F.; Motivation, Einführung in die Psychologie, Bd.1, Frankfurt 1969, S. 1
4. „In den Vorstellungen und Affekten des Menschen drücken sich seine Bedürfnisse aus. Wir nennen diese psychologische Seite der menschlichen Bedürfnisse seine Wünsche. Triebreize und Wünsche zusammen, d.h., die psychologische Einheit der menschlichen Bedürfnisse nennt Freud Trieb.“ Schöpf, Alfred; Bedürfnis, in: Höffe, Otfried (Hrsg.); Lexikon der Ethik, München 1980, S. 14
5. Für Sigmund Freud sind Handlungen und Entwicklung des Menschen immer zu sehen unter dem Einfluß seines Eigeninteresses, das die optimale Befriedigung seiner libidinösen Triebe fordert unter der Bedingung, daß sie nicht seine Selbsterhaltung gefährden. vgl. Fromm, Erich; Analytische Sozialpsychologie, Frankfurt 1972, S. 172 - 175

Die Sozialpsychologie weigert sich, eine klare Zuordnung von Verhaltensweisen und Bedürfnissen vorzunehmen. Sie sieht es als spekulativ an, „angesichts unseres begrenzten biologisch-physiologischen Wissens ... bestimmte Verhaltensweisen starr bestimmten inneren Energien und Mechanismen zuzuordnen.“¹

Die Sozialpsychologie sieht für die Entwicklung und den Fortbestand von Interaktion zwischen Subjekten die Entdeckung und Entwicklung gemeinsamer Interessen als notwendig an. Die Erkenntnis und Wahrnehmung gemeinsamer Individual- oder Gruppeninteressen ist dabei das Resultat gleicher oder ähnlicher Kognitionen, d.h. eines Wissens um sich und andere.² Jede Aussage über ein Interesse erfordert aus dieser Sichtweise eine genaue Kenntnis der von Gruppen oder Individuen wahrgenommenen Bedürfnisse. Die vorliegende Untersuchung geht von dieser Prämisse aus.

3.1.2. Interesse und Bedürfnis im ökonomischen Bereich

Gemäß einer volkswirtschaftlichen Definition ist Bedürfnis das Gefühl eines Mangels, verbunden mit dem Bestreben, ihn zu beseitigen.³ Ota Sik differenziert zwischen einem allgemeinen Interesse⁴ und einem speziell ökonomischen Interesse. Beim ökonomischen Interesse läßt sich unterscheiden in:

- Interesse an einer ökonomischen Tätigkeit, d.h. das ökonomische Interesse der Menschen wird durch deren Stellung in bestimmten ökonomischen Verhältnissen hervorgerufen und wirkt durch die interessensmäßige Tätigkeit der Menschen auf die Entwicklung der Ökonomie.⁵

1. Crott, Helmut; Soziale Interaktion und Gruppenprozesse, Stuttgart 1979, S. 76

2. vgl. Crott, Helmut; a.a.O., S. 35 - 74

3. vgl. Scherhorn, Gerhard; Bedürfnis und Bedarf, Berlin 1959, S.21

4. Allgemein bezeichnet Sik Interessen dabei als „konzentrierte, relativ länger währende Ausrichtung der Menschen auf die Befriedigung bestimmter objektiv hervorgerufener Bedürfnisse,“ Sik, Ota; Sozioökonomische Bestimmungsfaktoren der Interessen, in: Massing, Peter/Reichel, Peter (Hrsg.); a.a.O., S. 230

5. vgl. Sik, Ota; a.a.O., S. 227

Ähnlich äußert sich Mittelstraß. Er unterscheidet in Interessen an einer Situation, „... die entweder unmittelbar der Bedürfnisbefriedigung dienen oder ihrerseits als Mittel zur Realisierung der für eine Bedürfnisbefriedigung relevanten Situation aufgefaßt werden können.“¹

- Interesse an ökonomischen Resultaten, d.h. die Aneignung und Konsumtion von Produktion und bestimmten Einkommensteilen.²

Beide „ökonomischen Interessen“ sind Gegenstand rohstoffpolitischer Forderungen, weil die EL ihre Forderungen aus einer vorgegebenen Ausgangsposition stellen:

- der historisch entwickelten internationalen Arbeitsteilung und dem daraus resultierenden Wunsch nach Veränderung,
- der „per definitionem“ jedem Land obliegenden Notwendigkeit mittels der gegebenen Situation Knappheit zu beseitigen.³

3.1.3. Bedürfnisse und Interessen im Bereich der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer

Als objektive Bedingung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL wird die Differenz zwischen den Zielvorstellungen der EL (Interessen) und den von ihnen wahrgenommenen Mängeln im Bereich der Verfügung über die Rohstoffe (Versorgung, Eigentum, Besitz) und ihre Nutzbarmachung für die sozialen und politischen Vorstellungen der EL angenommen.

Angenommen wird weiterhin, daß sich die rohstoffpolitischen Interessen der EL manifestieren in:

- objektivierten Interessen (Aktionsformation)
- subjektiven Interessen (Ziele).

1. Mittelstraß, Jürgen; Konstruktive Grundlegung der Interessenbegriffs, in: Massing, Peter/Reichel, Peter (Hrsg.); a.a.O., S.77

2. vgl. Sik, Ota; a.a.O., S.231

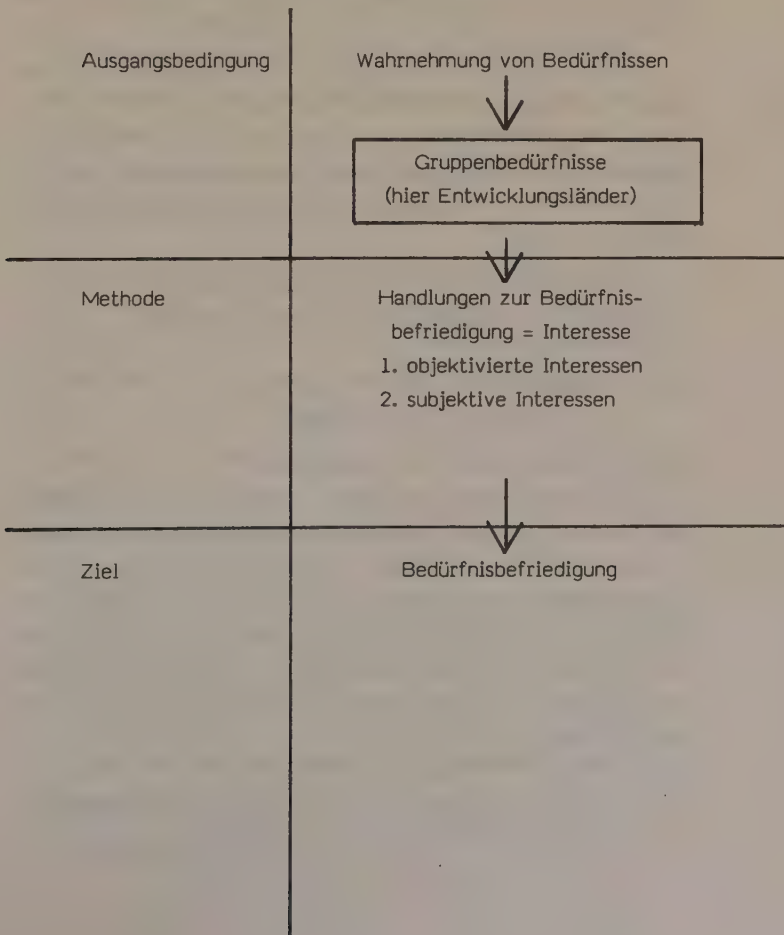
3. Für die EL ergibt sich diese Notwendigkeit aus ihrer ökonomisch-sozialen Situation (vgl. 1.Teil III. 1. Entwicklungsländer) und dem Gesetz der Knappheit (vgl. 1.Teil IV. 3.1. Die Bedeutung von Rohstoffen in der Nationalökonomie).

Als objektivierte Interessen der EL auf der Ebene der UN gelten:

- Gruppen- und Blockbildungen
- erfolgreiche Beeinflußung der Einrichtungen der UN
- Präsenz in den Einrichtungen der UN.

Als subjektive Interessen gelten Deklarationen der EL auf der Ebene der UN, in welchen die rohstoffpolitischen Ziele der EL Gegenstand von Forderungen sind.

Abb.1: Graphische Darstellung des Ansatzes



3.2. Methode - Die Feststellung von Formierungen von rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer auf der Ebene der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrates

Die Interessenorientiertheit der EL auf dem Gebiet der Rohstoffpolitik führt zu interessenorientierten Handlungen und Erklärungen. Daraus resultieren:

- rohstoffpolitische Forderungen,
- rohstoffpolitisch motivierte Aktionsformierungen.

Je mehr die rohstoffpolitischen Forderungen der EL auf der Ebene der Vereinten Nationen ausgeprägt sind und dort von den EL in Gruppen oder geschlossen unterstützt werden, desto eher ist von rohstoffpolitischen Forderungen gleichen oder ähnlichen Zieles des EL oder von EL-Gruppen zu sprechen (Zielgleichheit).

Je mehr rohstoffpolitisch motivierte Aktionen der EL auf der Ebene der Vereinten Nationen stattfinden, je mehr die EL sich in Gruppen oder geschlossen hinter ihren Zielen und Forderungen organisieren oder diese unterstützen, um so mehr kann von einer Aktions-Formation der EL oder EL-Gruppen gesprochen werden (Aktionsformation).

Eine Formierung ist ein mittlerer Wert, der sich aus der festgestellten Zielgleichheit und Aktionsformation ergibt.¹

3.2.1. Selektive Fragestellung zur Erschließung der Forderungen nach gleichen oder ähnlichen Zielen

3.2.1.1. Die Bedingungen der Untersuchung

Die Summe rohstoffpolitischer Forderungen aller Mitglieder der Vereinten Nationen befindet sich meist in Kompromißformeln in ihren Resolutionen. Rohstoffpolitische Forderungen einzelner Länder oder Länder-Gruppen kommen in draft resolutions zum Ausdruck. Die Untersuchung muß sich hier an den Möglichkeiten der vorhandenen Literatur ausrichten. In ausreichendem Maße für die Darstellung von rohstoffpolitischen Forderungen und der Zielgleichheit der EL sind vorhanden:

1. vgl. I. Teil, 3.3. Das Maß der Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL

- GA-Resolutionen,
- Abstimmungsergebnisse zu den GA-Resolutionen,
- ECOSOC-Resolutionen,
- Abstimmungsergebnisse zu den ECOSOC-Resolutionen.

Zur Sicherung von EL-Zielvorstellungen sind weiterhin, wenn auch in geringem Ausmaße, folgende Texte vorhanden:

- kommentierende Texte zu draft resolutions und Teile von draft resolutions,
- Stellungnahmen der EL und Beschreibungen des Verhaltens der EL während der Sitzungen der Generalversammlung, des Wirtschafts- und Sozialrates und der von diesen UN-Organen eingerichteten rohstoffrelevanten Kommissionen und Komitees.

Bei den Forderungen läßt sich analytisch unterscheiden in:

- strategische Ziele, d.h. grundsätzliche, historisch langzeitige Forderungen und in
- taktische Ziele, d.h. kurzzeitige Ziele, die meist als Mittel zur Erreichung der langzeitigen Ziele dienen.

3.2.1.2. Die Erfragung von Entwicklungsländer-Zielen

Die Ziele der EL lassen sich erfragen durch eine selektive Fragestellung. Dabei werden die aus der Literatur erarbeiteten rohstoffpolitischen Ziele der EL als selektive Fragen auf die zur Verfügung stehenden Materialien gerichtet.

Folgende Materialien geben Auskunft über rohstoffpolitische Forderungen der EL:

- die GA-Resolutionen,
- die ECOSOC-Resolutionen,
(Dies gilt nur dann, wenn die Resolutionen mit der Mehrheit der Stimmen der EL gefaßt oder von EL-Gruppen nachweislich unterstützt werden.)
- draft resolutions,
(Sobald sie von einer Gruppe von EL eingebracht oder unterstützt werden.)
- Erklärungen mehrerer EL.

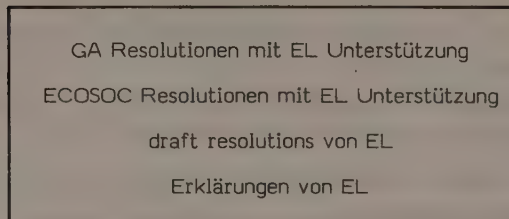
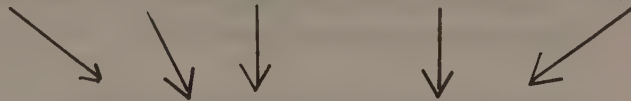
Bei den Resolutionen ist inhaltlich vorauszusetzen, daß die Empfehlungen, Beurteilungen und Einladungen, welche die UN-Organe aussprechen, immer Forderungen von UN-Akteuren beinhalten. Diese näheren Präzisierungen der Ziele und Grundsätze der Charta (vgl. Art. 13 UN-Charta) sind immer als politische Willenserklärungen einer Mehrheit zu verstehen. Es ist deshalb gerechtfertigt, UN-Resolutionen inhaltlich als Forderungen zu verstehen und so zu bezeichnen.¹

Bei der Auswahl von Erklärungen können nur Erklärungen zur Rohstoffpolitik Berücksichtigung finden, welche von einzelnen EL inhaltlich übereinstimmend oder als Gruppe geäußert werden.

Der Zweck einer solchen Erfragung ist es, die Ziele der Mehrzahl der EL und, soweit möglich, die Ziele von EL-Gruppen zu erforschen.

Abb. 2: Graphische Darstellung der Erfragung von EL-Zielen

Verfügungsziel, Kontrollziel, Erlössteigerungs- Sicherungsziel, Beteiligungs-



1. Aussagen über das Maß der Berücksichtigung der Ziele in der UN-Politik
2. Ausmaß der Ausformung der Ziele (strategisch und taktisch)
3. Mögliche Zielausformungen von EL-Gruppen

1. vgl. Schröder, Meinhard; Völkerrecht durch Vereinte Nationen, in: Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.); Handbuch der Vereinten Nationen, München 1977, S.505 f

3.2.1.3. Die Zielgleichheit

Die Zielgleichheit hinter den geäußerten Forderungen kann festgestellt werden durch:

- die Anzahl der EL-Stimmen bei GA- und ECOSOC-Resolutionen,
- die Anzahl der EL bei draft resolutions,
- die Anzahl der EL bei Erklärungen.

Das Maß der Zielgleichheit der EL und der EL-Gruppen läßt sich differenzieren in:

- geringe Zielgleichheit, d.h. eine geringe Anzahl von EL unterstützt die Forderung (mehr als ein Drittel der EL oder einer EL-Gruppe),
- mittlere Zielgleichheit, d.h. mehr als die Hälfte der EL, bzw. der EL-gruppe unterstützt die Forderung,
- hohe Zielgleichheit, d.h. eine beinahe vollkommene Zielgleichheit, wenn fast alle EL die Forderung unterstützen,
- vollkommene Zielgleichheit, d.h. alle EL bzw. alle EL der EL-Gruppe stützen die Forderung.

3.2.2. Selektive Fragestellungen zur Feststellung von Aktionsformationen der Entwicklungsländer

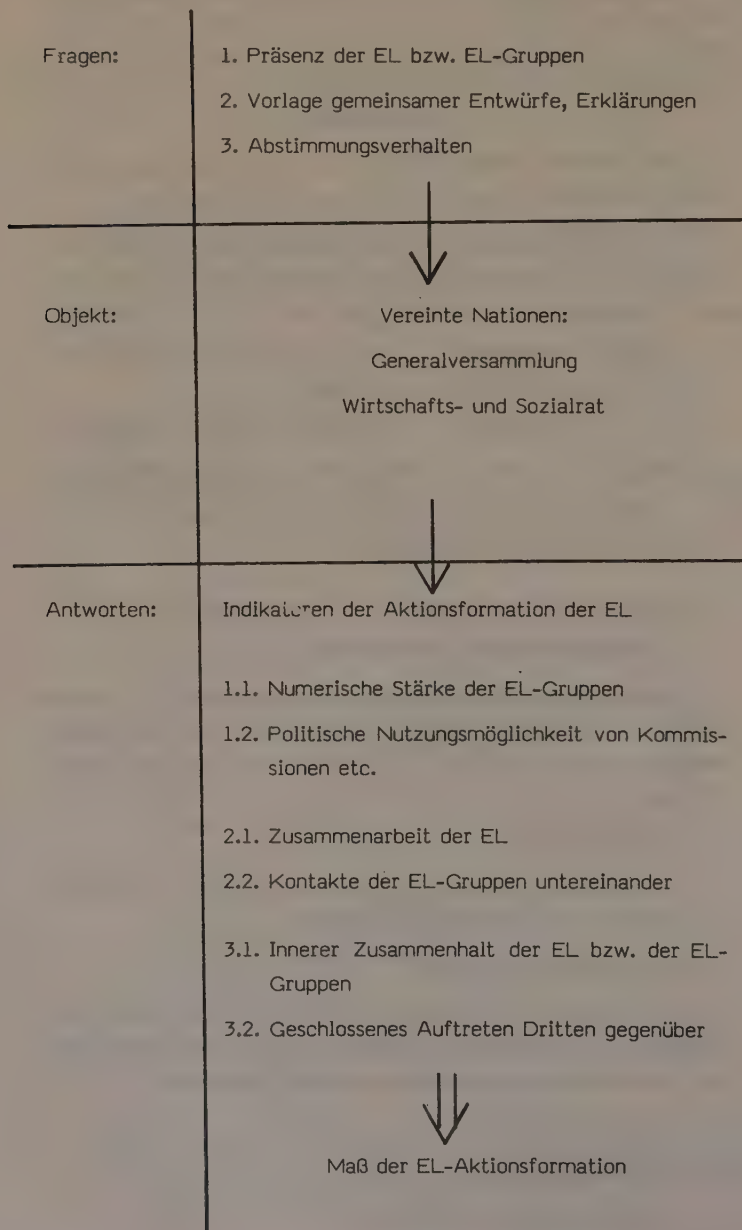
Durch eine selektive Fragestellung an die Daten, die aus dem Bereich der Vereinten Nationen verfügbar sind, kann das Vorhandensein und das Maß der Aktionsformation festgestellt werden. Gefragt wird nach:

- der Präsenz der EL,
- der Vorlage gemeinsamer Resolutionsentwürfe (draft resolutions) oder gemeinsamer Erklärungen,
- dem Abstimmungsverhalten.

Die Ergebnisse, Indikatoren der Aktionsformation, lassen Aussagen über das Vorhandensein und das Maß der Aktionsformation zu. Diese setzen sich zusammen aus dem EL-Verhalten:

- Zusammenarbeit,
- Abstimmungsverhalten,
- innere und äußere Geschlossenheit.

Abb. 3: Graphische Darstellung der selektiven Fragen zur Feststellung von Aktions-Formationen der Entwicklungsländer auf dem Gebiet der Rohstoffpolitik der UN



3.2.2.1. Die Messung der Aktionsformation

Die Aktionsformation, d.h. die Art und Weise wie die EL ihre rohstoffpolitischen Zielvorstellungen in Forderungen umsetzen und der Generalversammlung, dem ECOSOC oder einer auf der Ebene dieser Organe arbeitenden Institution vorlegen, gibt Aufschluß über die Stärke und Geschlossenheit der EL. Damit entscheidet die Aktionsformation auch letztlich über den Erfolg von rohstoffpolitischen Forderungen auf der Ebene der UN.

An Hand einiger Qualifikationsmerkmale der Aktionsformation soll das Maß der Aktionsformation - die Stärke der EL - gemessen werden.

3.2.2.1.1. Die Präsenz der Entwicklungsländer

Die Präsenz der EL in den Organen der Vereinten Nationen gibt Auskunft über numerische Möglichkeiten der EL und über die Anzahl von EL in EL-Gruppen. Im allgemeinen Teil der Untersuchung, bei den Rahmenbedingungen der rohstoffpolitischen Formierung wird jeweils festgestellt werden, mit welcher Zahlenstärke die EL auf der Ebene der Generalversammlung und des ECOSOC vertreten sind.

3.2.2.1.2. Die Zusammenarbeit der Entwicklungsländer

Die Stärke der EL zeigt sich in der Aktion bei der gemeinsamen Vorlage von Empfehlungen (draft resolutions). Diese draft resolutions werden der GA oder dem ECOSOC meistens in seinen vorbereitenden Komitees vorgelegt und dienen der Vorbereitung von Empfehlungen, der höchsten politischen Möglichkeit der GA oder des ECOSOC. Die Einbringung einer gemeinsamen draft resolution ist der sichtbarste Beweis einer EL-Zusammenarbeit. Zeigt sich eine EL-Zusammenarbeit, so ist zu ermitteln, ob es sich um einen momentanen Interessenverband handelt oder um das Aktivwerden einer der vorgegebenen EL-Gruppen oder eines noch zu bildenden Blockes. Als erklärendes Hintergrundmaterial hierzu sind die Informationen über die allgemeine Formierung der EL-Gruppen oder Blöcke zu gebrauchen, welche Auskunft darüber geben, ob die EL-Gruppen oder Blöcke zum untersuchten Zeitpunkt gemeinsame Konsultationen pflegten und bindende Gruppen- oder Blockentscheidungen festlegten. Eine vollkommene Zusammenarbeit ist anzunehmen, wenn eine draft resolution von allen EL oder

allen EL einer Gruppe mitgetragen wird. Das Qualifikationsmerkmal Zusammenarbeit ist das aussagekräftigste.

3.2.2.1.3. Das Abstimmungsverhalten der Entwicklungsländer

Das Abstimmungsverhalten der EL gibt eher Aufschluß über die ideelle Stärke der EL. Die Abstimmung über von den einzelnen UN-Mitgliedern, Kommissionen oder Komitees eingebrachte draft resolutions ist eine Herausforderung an alle UN-Mitglieder, sich zu einem politischen Vorschlag zu verhalten. Das Verhalten der EL ist dabei ein Indikator der Geschlossenheit der EL. Eine Geschlossenheit der EL oder einer EL-Gruppe ist aus den Abstimmungen nur dann als erwiesen anzusehen, wenn die Resolution eindeutig EL-Forderungen beinhaltet. Eine Zustimmung zu diesen Resolutionen gibt Auskunft über die Geschlossenheit bzw. die Stärke der EL oder einer EL-Gruppe.

Ein vollkommenes Abstimmungsverhalten ist dann anzunehmen, wenn das gleiche Abstimmungsverhalten der EL nicht zufällig ist, sondern das Ergebnis von Konsultationen der EL.

3.2.2.1.4. Innere und äußere Geschlossenheit der Entwicklungsländer (Gruppenzusammenhalt)

Als ein weiterer Indikator der Stärke einer EL-Aktionseinheit können Informationen verwendet werden über:

- die gemeinsame Vertretung einer EL-Einheit durch einen Sprecher,
- institutionalisierte Konsultationen.

Aus den Abstimmungsergebnissen kann durch ein bewußt verschiedenes Abstimmungsverhalten die Stärke einer Gruppe oder eines Blockes sichtbar werden.

Eine vollkommene innere und äußere Geschlossenheit der EL ist bei Erfüllung aller oben aufgeführten Indikatoren anzunehmen.

Es ist weniger wichtig, eine stringente Zuweisung von Aussagen zu Qualifikationsmerkmalen zu erhalten, als durch die erfragten Qualifikationsmerkmale aus UN-Dokumenten und Dokumentationen Aussagen über die tatsächliche Stärke der EL-Einheiten bei der Vorbringung von rohstoffpolitischen Forderungen zu gewinnen.

3.2.2.2. Das Maß der Aktionsformation

Folgt auf keines der erfragten Qualifikationsmerkmale (2.3.4.) eine positive Antwort, so ist keine Aktionsformation vorhanden.

Eine geringe Aktionsformation ist vorhanden, wenn sich auf eine der erfragten Qualifikationsmerkmale (2.3.4.) eine positive Antwort ergibt. Dabei kann nicht in verschiedene Grade der Erfüllung eines Qualifikationsmerkmals unterschieden werden.

Ergibt sich für eine Interessenseinheit, bestehend aus EL oder aus EL und IL eine Interessenseinheit während der Dauer einer Generalversammlung oder der Sitzungsdauer einer ECOSOC-Periode bei Erfüllung der Merkmale 2-4, so handelt es sich um eine ad hoc Gruppe. Hierbei wird der von Thomas Hovet kreierte Terminus einer ad hoc Gruppe auf den ECOSOC erweitert.¹

Ergibt sich für die Dauer einer Untersuchungsphase eine vollkommene Erfüllung der Qualifikationsmerkmale 2-4, so kann von einer vollkommenen Aktionsformation gesprochen werden.

3.3. Das Maß der Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer

Das Maß der Formierungen der rohstoffpolitischen Forderungen der EL steigt, je mehr das Maß der Aktionsformation und das Maß der Zielgleichheit zunimmt. Die vollkommene rohstoffpolitische Formierung ist erreicht bei einer vollkommenen Aktionsformation mit vollkommener Zielgleichheit.

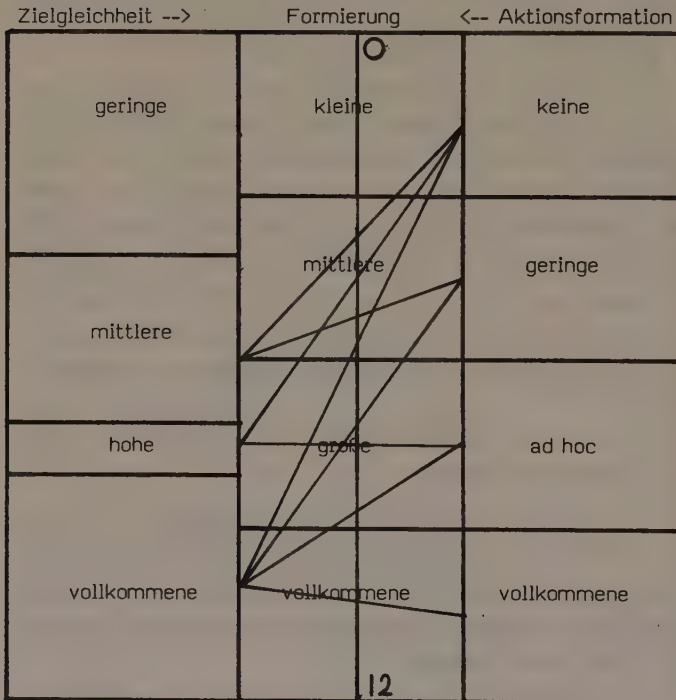
Die mittleren Punkte der erreichten Zielgleichheit und Aktionsformation werden miteinander durch eine Gerade verbunden. Diese Gerade wird halbiert und zeigt auf der Formierungsskala 1-12 das Maß der Formierung an.

Dabei läßt sich das Maß der Formierung bestimmen in:

- verbalisierte Aussage (kleine, mittlere, große, vollkommene Formierung) und
- in eine Zahlenmessung (1-12 Maßeinheiten).

1. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics in the United Nations, Cambridge 1960, S. 61 f

Welche anderen möglichen Varianten der Formierung erreicht werden können, zeigt die graphische Darstellung.



II. DIE ABGRENZUNG DES FORSCHUNGSGEGENSTANDES

1. Die sachliche Abgrenzung und ihre Begründung

1.1. Organisationsebene und Akteure

Gegenstand der Untersuchungen werden Formierungsprozesse rohstoffpolitischer Forderungen der EL auf der Ebene der Vereinten Nationen sein. Dabei konzentriert sich die Untersuchung auf die beiden wichtigsten Organe der UN für den Bereich der Rohstoffpolitik:

- die Generalversammlung (GA),
- den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC).

In die Untersuchung dieser beiden Aktionsebenen sind die für die Rohstoffpolitik relevanten Kommissionen, Ausschüsse, Arbeitsgruppen und von ihnen einberufene Konferenzen, z.B. die UNCTAD I als vom ECOSOC einberufene Konferenz eingeschlossen.

Die Vereinten Nationen entwickelten sich in der Zeit von 1945-1964 zu einem Weltforum. Fast alle souveränen Staaten waren im Jahre 1964 schließlich in der Generalversammlung der Vereinten Nationen vertreten¹ und als Auswahl der Generalversammlung im Wirtschafts- und Sozialrat. Dort fanden die EL eine Möglichkeit, ihren Sorgen Ausdruck zu geben und Vorschläge zu ihrer Behebung zu machen.²

Die beiden Organe sind der Auftraggeber sämtlicher wirtschaftspolitischer Aktivitäten der Vereinten Nationen und dort, - speziell im ECOSOC - werden auch die Aktivitäten der Spezialagenturen, wie z.B. der Food and Agriculture Organisation (FAO), politisch gelenkt und bewertet. Die Notwendigkeit sich auf nur zwei Ebenen der UN zu beschränken, ergibt sich aus der Fülle der UN-Informationen und der Fähigkeit der beiden gewählten Ebenen

1. Im Jahre 1964 - Stand 1.Dezember - gehörten der UN 115 Nationen an. vgl. Annex I

2. Die Möglichkeiten der EL sich auf diesen Ebenen rohstoffpolitisch zu formieren werden im Anhang des 1.Kapitels dargestellt. Daraus ergibt sich auch die genaue Begründung der notwendigen Beschränkung auf die beiden Organisationsebenen.

die Rohstoffpolitik der Vereinten Nationen und die sich darin entwickelnden Prozesse einer Formierung der Forderungen der EL vollständig zu reflektieren.¹

Bei den zu untersuchenden Akteuren - den Entwicklungsländern - lassen sich nach einem grob geographischen Gesichtspunkt die Gruppen:

- afroasiatische Länder und
- lateinamerikanische Länder unterscheiden.²

Diese Unterscheidung ergibt sich nach geographischen, wie auch von den EL selbstgewählten politischen Formierungen.

1.2. Verwendete Materialien

Als erkenntnisgebende Materialien werden verwendet:

a) offizielle Dokumente der Vereinten Nationen

- GA-Resolutionen
- ECOSOC-Resolutionen
- Official Records of the Generalassembly

b) offizielle Dokumente der EL-Gruppen

- Verträge
- Konferenzbeschlüsse

c) vorhandene Literatur

Zu der speziellen Fragestellung gibt es keine Literatur. Neben der allgemeinen Literatur zu den UN sind als Quelle für die ermittelten Ergebnisse hervorzuheben:

- die Jahrbücher der Vereinten Nationen (Yearbooks of the United Nations),
- die Berichte der UN-Organe zu wirtschaftlichen Themen,

1. vgl. II.Teil IV.1.

2. Eine genaue Definition von „Gruppe“ und eine Darstellung der EL-Gruppen befindet sich unter dem Gliederungspunkt Formierungen.

3. Die Jahrbücher der Vereinten Nationen sind von größtem Wert als Fundstelle für den Organisationsablauf der UN und den Formierungsprozeß der EL.

2. Die zeitliche Abgrenzung

Die Untersuchung der Formierung der Forderungen der EL wird sich auf den Zeitraum 1945-1964 erstrecken.

Der Beginn der Untersuchung im Jahr 1945 als dem Jahr der Gründung der Vereinten Nationen - die Gründungskonferenz der Vereinten Nationen fand vom 25. April bis zum 26. Juni des Jahres 1945 in San Francisco statt - ergibt sich historisch.

Das Jahr 1964 als Abschluß der Untersuchung ist aus folgenden Gründen gewählt:

- die Vereinten Nationen Konferenz für Handel und Entwicklung fand in diesem Jahr statt. Die Konferenz, an der alle Mitglieder der UN teilnahmen fand auf Mitinitiative der EL statt.¹
- das Jahr 1964 symbolisiert einen Höhepunkt der Formierung der Ziele der EL durch die Gründung der „Gruppe der 77“. ²
- der Nord-Süd-Konflikt stellt sich in Grundsatzfragen klar auf der UNCTAD-Konferenz dar.³

Ich möchte die zu untersuchende Zeit von der Gründung der Vereinten Nationen bis zum Jahr 1964 in vier Zeitabschnitte einteilen. Dieses empfiehlt sich, weil jeder dieser Zeitabschnitte von Weltereignissen geprägt ist, die mit besonderer Relevanz die Situation der EL betrafen. Diese Weltereignisse, meist Verhältnisveränderungen der Weltmächte zueinander, beeinflussen die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen in einem solchen Maße, daß sie als die Ausgangsbedingungen an den Anfang eines jeden Zeitabschnittes gestellt werden müssen. Der Formierungsprozeß kann nur bei ihrer gebührenden Berücksichtigung verstanden werden.

1. So fand im Jahre 1962 ein Treffen von 34 afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern in Kairo statt, wo nachdrücklich eine Wirtschaftskonferenz der Vereinten Nationen gefordert wurde. vgl. Timmler, Marcus; Die Welthandelskonferenz, Köln 1964, S. 14 vgl. im Text IV Teil II. 5.2.1.

2. vgl. im Text V Teil I.2.

3. vgl. im Text V Teil II.

Ich werde in folgende Zeitabschnitte einteilen:

1. Die Gründungszeit der Vereinten Nationen (1945-1948),
2. Der kalte Krieg und seine Auswirkungen auf die EL (1949-1954),
3. Die Zeit der politischen Identitätsfindung der EL (1955-1961),
4. Der Beginn der Dominanz der EL in den Vereinten Nationen (1962-1964).

III. GLIEDERUNG UND KLASSIFIZIERUNG DER PROBLEMELEMENTE

1. Entwicklungsländer

Die Verwendung des Begriffs „Entwicklungsländer“ als Sammelbegriff wird seit dem Beginn der 50er Jahre gebraucht, „um Länder mit ähnlichen Merkmalen und Problemen zu charakterisieren. In der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Literatur finden sich vielfältige Versuche, den Begriff Entwicklungsländer einzugrenzen und zu bestimmen. Es wurden umfassende Kataloge von Merkmalen zur Charakterisierung der Entwicklungsländer erarbeitet, ohne daß dies zu einer eindeutigen Begriffsbestimmung geführt hätte. Es hat sich gezeigt, daß eine Begriffsbestimmung aus den ökonomischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten allein nicht möglich ist. Dieses nicht nur, weil die Gegebenheiten der EL kaum quantifizierbar und die Übergänge fließend sind, sondern vor allem auch, weil es sich bei den Entwicklungsländern um eine politische Gruppierung handelt.“¹

Wenngleich es strukturelle Merkmale gibt, bei denen die EL ein hohes Maß an Übereinstimmung zeigen, wie

- einseitige Produktionsstruktur,
- niedriges Pro-Kopf-Einkommen,
- eine ungenügende soziale und materielle Infrastruktur,
- eine hohe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung,
- eine überwiegend auf den Rohstoffexport ausgerichtete Außenhandelsstruktur²,
- eine große wirtschaftliche Verschuldung bei den IL und seit 1974 auch bei den „Öl-Ländern“,
- eine technische Abhängigkeit von den IL,

kann daraus kein ausschließlich qualifizierendes Merkmal abgelei-

-
1. Bellinghausen, Rudolf; Entwicklungsländer, in: Handbuch der Vereinten Nationen, München 1974, S. 94
 2. Welche Länder dabei in welchem Maße abhängig sind und so von einer Rohstoffpolitik existenziell betroffen sind, läßt sich ablesen bei: Kebschull, Dietrich; Rohstoff- und Entwicklungspolitik, Stuttgart 1964, S. 25-28 vgl. auch Tabelle 3

tet werden, weil diese Kriterien im unterschiedlichen Maße erfüllt und die Grenzen zwischen IL und EL fließend sind. Das beste Beispiel dafür sind Schwellenländer wie: Brasilien, Griechenland und Spanien.

Wann ein Land zu einem Entwicklungsland erklärt oder als solches behandelt wird, ist nicht nur eine Frage objektiv- wirtschaftlicher Art, sondern auch des politischen Interesses. So entscheidet die Zugehörigkeit zu einer EL-Gruppe über die Aufnahme in Entwicklungshilfelisten der UN und entsprechend seiner Gruppenzugehörigkeit wird das EL sich auch bei Abstimmungen verhalten.¹

Die Bestimmungen von Entwicklungsländern im untersuchungsrelevanten Zeitraum ergab vier „Entwicklungsländer Qualifikationen“, von denen eine von den Entwicklungsländern allein vorgenommen wurde.²

Hierbei handelt es sich um die „Gruppe der 77“. Diese Gruppe kann als die Manifestation des Eigeninteresses der Dritten Welt verstanden werden. Diese Gruppe bildete sich anlässlich der ersten Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD I) 1964 in Genf. Das gemeinsame Interesse - politischer und wirtschaftlicher Art - Ansichten, Bedürfnisse und Erwartungen der Dritten Welt zusammenzufassen und durchzusetzen, qualifizierte diese Gruppe als „Entwicklungsländer“.³

Die übrigen drei EL-Klassifikationen - der OECD, der UN und der Weltbank - waren weniger gruppen- und interessenbezogen als an globaler wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung orientiert. Die OECD formulierte 1960 ertmalig durch ihren Entwicklungsausschuß (DAC) eine Entwicklungsländer-Liste. Hierbei werden alle Länder ausschließlich folgender Länder zu Entwicklungsländern erklärt:

-
1. Darüber Auskunft gibt die Untersuchung Hovets: vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics in the United Nations, a.a.O.
 2. vgl. Bellinghausen, Rudolf; a.a.O., S. 97-100. Dort werden die Gruppen explizit benannt.
 3. vgl. Sauvart, Karl P.; Die Gruppe der 77 - Gewerkschaft der Dritten Welt, in: Vereinte Nationen, 6/81, S. 185-195 und vgl. Timmler, Marcus; Die Konferenz der Gruppe der 77 ..., a.a.O., S. 1-12

Südafrika, die USA, Kanada, Japan, die Volksrepublik China, Australien, Neuseeland.

In Europa werden alle Länder zu Nicht-EL erklärt außer:

Zypern, Gibraltar, Griechenland, Malta, Spanien, Türkei, Jugoslawien.

Dabei werden als Entwicklungsländer „alle Gebiete und Länder erfaßt, die als Empfänger von Entwicklungshilfe in Frage kommen ohne besondere Berücksichtigung der Bedürftigkeit.“¹

Die Weltbank übernahm die DAC-Liste mit einer Einschränkung auf die Mitglieder der „Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) und einiger anderer Länder.“²

Die Vereinten Nationen bestimmten die Entwicklungsländer erstmalig 1963 in der GA-Resolution 1875 (S.IV) vom 27.6.1963. Die DAC-Klassifizierung wird angewandt mit der Ausnahme, daß die in der DAC aufgeführten europäischen EL formal als EL anerkannt wurden, von Entwicklungshilfeleistungen jedoch ausgeschlossen wurden.³

Die EL selbst arbeiten erst in der „Gruppe der 77“ formal und mit Bewußtsein um ihre Identität in Bedürfnislage und Ziel in den gemeinsamen Problemen zusammen. Vor der Gründung der Gruppe der 77 aber ist der Begriff „Entwicklungsländer“ zur Bezeichnung einer politischen Aktionseinheit irreführend⁴, denn die einzelnen Länder, die sich wirtschaftlich und sozial auf dem Stand von Entwicklungsländern befanden, versuchten noch sich in Gruppen und Blöcken auf verschiedenen Ebenen zu organisieren.

Wenn im folgenden der Begriff „Entwicklungsländer“ gebraucht wird, so in seiner Sammelbezeichnung, womit die Gleichartigkeit

1. Bellinghausen, Rudolf; a.a.O., S. 97

2. Die genaue Auflistung dieser Länder vgl. ebenda S. 98

3. vgl. Bellinghausen, Rudolf; a.a.O., S. 98

4. Diese neue Organisationsform hatte mit all den ökonomischen, sozialen und kulturellen Differenzen der in ihr befindlichen Gruppen zu kämpfen, stellte jedoch für Dritte eine politische Einheit dar.
vgl. Cordovez, Diego; UNCTAD and Development Diplomacy, London 1970, S. 145 f

im strukturellen Bereich und hinsichtlich der Problemstellung gemeint ist.

Für die Betrachtung des Formierungsprozesses der EL ist jedoch eine differenziertere Aufteilung der EL nötig und möglich.

2. Die Formierung der Entwicklungsländer in Blöcke und Gruppen

Unter einer Formierung wird die Bildung von interessens-orientierten Aktionseinheiten verstanden. Diese Aktionseinheiten können unterschieden werden in: Blöcke oder Gruppen.

2.1. Der Begriff „Block“

Im weitesten Sinn handelt es sich dabei um einen „Zusammenschluß mehrerer Staaten zur Verfolgung einer gemeinsamen Politik im Rahmen bestehender oder antizipierter Interessensgegensätze.“¹ Gemeinsamkeit besteht dabei in politischen, sozialen, soziokulturellen und ideologischen Faktoren. In einem engeren Sinn wird die Zugehörigkeit an eine Haltung gebunden. So gesehen, ist „der Block eine Zahl von Staaten, die regelmäßig zur Beratung über die Probleme, die vor der UNO behandelt werden, zusammenkommen und die bei der Abstimmung in der Vollversammlung dem Beschluß der Beratung nachgehen.“²

2.2. Der Begriff „Gruppe“

Eine „Gruppe“ wird qualitativ durch folgende Faktoren bestimmt:

- die geographische Lage

Die geographische Lage ist hierbei nicht als streng ausschließender Faktor zu sehen, sondern als ein Anhaltspunkt für eine ökonomisch-politische Interessenslage, welche zur Bildung politischer Blöcke in den UN führt. Dem geographischen Gesichtspunkt folgen auch die Vereinten Nationen in ihrer Personalpolitik. Organe, Gremien und Ämter werden in der Regel

-
1. Brückner, Jens A.; Blockbildung, in: Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.); a.a.O., S. 58
 2. Eid, Mohammad; Die blockfreien Staaten in den Vereinten Nationen, München 1970, S. 52

nach regionalen Gesichtspunkten der Gruppenzugehörigkeit verteilt.¹

- die Fraktionierung

Bei der Fraktionierung kreierte Hovet den Terminus „Caususing Group“, worunter er eine Gruppe von Staaten versteht, „mit einem gewissen Maß an Organisation, welche regelmäßige Treffen abhält aber nicht an die Entscheidung der Mehrheit gebunden ist.“²

- die regionale Gruppenaktivität

Die regionale Gruppenaktivität zeigt sich in einer großen Interaktion von Mitgliedern der Gruppe. Diese Gruppenaktivität kann zur Ausbildung regionaler, internationaler oder supra-nationaler Einrichtungen führen.

Die geographische Verteilung läßt nach Hovet³ fünf Gruppen unterscheiden, ohne die es zu Überlappungen der Mitgliedschaft käme. In Anlehnung an diese Qualifikation möchte ich für die folgende Untersuchung in vier Gruppen unterscheiden.⁴

1. Die ost-europäische Gruppe: 10 Mitglieder
Albanien, Bulgarien, Byelorussia, Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Ukraine, Jugoslawien, Sowjetunion, Rumänien
2. Die asiatische und afrikanische Gruppe: 63 Mitglieder⁵

-
1. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 32-35 und vgl. Brückner, Jens; a.a.O., S. 59-62
 2. Hovet, Thomas; Africa in the United Nations, Morristown 1963, S. 17, und vgl. Brückner, Jens; a.a.O., S. 60 f
 3. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 32-35 und vgl. Bailey, Sidney; The General Assembly of the United Nations, London 1960, S. 28
 4. Hovet nennt die Gruppe der Länder, die ständig im Sicherheitsrat vertreten sind, eine eigenständige fünfte Gruppe. Meine Untersuchung jedoch macht eine solche Differenzierung überflüssig, weil als Gegensatz zu den EL die IL stehen, und die Länder des Sicherheitsrates zum Teil machtvolle IL sind, welche ihre Bedeutung im rohstoffpolitischen Sinne erst durch die Zurechnung zu den Blöcken bekommen. Bis zum Jahre 1964 unterscheidet die Untersuchung in vier Ländergruppen. vgl. Annex I
 5. vgl. die im Annex I aufgelisteten 63 Mitglieder der afroasiatischen Gruppe.

3. Die lateinamerikanische Gruppe: 20 Mitglieder
Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Columbien, Costa Rica, Kuba, Dominikanische Republik, Equador, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela
4. Die westeuropäische und andere Staaten Gruppe: 23 Mitglieder
Australien, Österreich, Belgien, Kanada, Dänemark, Griechenland, Island, Irland, Israel, Italien, Luxemburg, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, die Südafrikanische Union, Frankreich, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten, Finnland, Türkei.¹

Diese Staateneinteilung orientiert sich an der GA-Resolution 1192 (XII) aus dem Jahre 1957. Wenngleich sich die Anzahl der afroasiatischen Gruppe in der Folgezeit noch veränderte, so änderte sich doch nicht das grundsätzliche geographische Kriterium, für welches die Länder hier in einer beispielhaften Zuordnung stehen.

Hovet nennt noch eine sechste Gruppe, die Commonwealth Gruppe.² Diese Gruppe erfüllt jedoch nicht die Erfordernisse des „Gruppenbegriffs“. Die Mitglieder dieser Gruppe sind auch in der afroasiatischen, der westeuropäischen und andere Staaten Gruppe vertreten. Ihre politische Bedeutung ist nicht so entscheidend, daß sich daraus eine Sprengung des geographischen Rahmens ergeben müßte. Auf ihre Bedeutung wird noch an späterer Stelle einzugehen sein.

2.3. Die zu untersuchenden Gruppen

Die in der Untersuchung darzustellenden und zu analysierenden Gruppen sind:

1. die lateinamerikanische Gruppe und
2. die afroasiatische Gruppe.

1. Dazu zähle ich auch Japan als Industrieland mit gleichgerichteten wirtschaftlichen IL-Interessen, Israel als stark von den afroasiatischen Ländern isoliert und eng an die Gruppe 4 angelehnt.

2. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 34

Nicht untersucht und analysiert werden:

- die westeuropäische und andere Staaten Gruppe,
- die osteuropäische Gruppe.

Die westeuropäische und andere Staaten Gruppe sind in der politischen Praxis der Gruppe der IL zuzurechnen, wenngleich eine Qualifizierung nach allein strukturellen Merkmalen einige zu EL deklarieren würde. Da aber hier eine politische Formierung untersucht wird, kann ich diese Gruppe ausnahmslos zu den IL zählen, somit nicht zum Gegenstandsbereich der Untersuchung.

2.3.1. Die osteuropäische Gruppe

Die osteuropäische Gruppe wird nicht Gegenstand der Untersuchung sein. Die Gruppe der sozialistischen Länder kann bei der Analyse wirtschaftlicher Forderungen nur unter Berücksichtigung des Primats der Ideologie und seiner praktisch-politischen Ausformungen in wirtschaftlichen und militärischen Bündnissen betrachtet werden. Wenngleich die sozialistischen Länder nach den strukturellen Kriterien im zu untersuchenden Zeitraum Entwicklungsländer genannt werden können, so unterscheiden sich ihre Ausgangsbedingungen doch erheblich von denen der übrigen EL durch:

- die Bemühungen der sozialistischen Länder innerhalb des Comecon eine wirtschaftliche Autarkie zu erreichen oder wenigstens doch eine starke wirtschaftlichen Abhängigkeit von den IL (hier die Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten) zu vermeiden,
- die ideologische und politische Führungsposition der UdSSR, die die Formen westlichen Neo-Imperialismus weit übersteigt, und für die Beziehungen zwischen den übrigen EL untypisch ist,
- die eigentumsrechtliche Form des Staatseigentums, welches Forderungen wie: Verfügung, Kontrolle und Beteiligung an Ausbeutung, Verarbeitung und Verkauf der natürlichen Ressourcen und Rohstoffe haben in diesen Ländern eine qualitativ andere Problematik als in den EL.¹

1. vgl. Jacobson, Harold Karan; The USSR and the UN's Economic and sozial Activities, Notre Dame 1963, S. 265-286

Die Gruppe der osteuropäischen Länder wird dort dargestellt werden, wo ihre Haltung die Formierung der zwei großen EL-Gruppen positiv oder negativ beeinflusst.

2.3.2. Die afroasiatische Gruppe

Die afroasiatische Gruppe besteht aus den verschiedenen Blöcken:

- afrikanischer Block,
- asiatischer Block,
- arabischer Block.

Die Blöcke fanden erst 1955 zu einer Gruppenarbeit zusammen, die von politischer Effizienz war. Ein Grund dafür war die nur zögernde Zulassung neuer Mitglieder zu den UN.¹

2.3.2.1. Die geographische Lage

Geographisch sind der afrikanische, arabische und asiatische Kontinent miteinander verschweißt (streng geographische Sicht). Die geographische Lage als Anhaltspunkt für eine ökonomisch-politische Interessenslage gibt mehrere Anhaltspunkte für eine politische Gruppierung:

- die Länder haben die kolonialen Erfahrungen der wirtschaftlichen Ausbeutung und kulturell-politischen Vernichtung in ähnlichem Ausmaße erlebt,
- die Gebiete wurden als eine Folge der Kolonialisierung zu Monokulturen gezwungen; daraus resultierte die Abhängigkeit dieser Länder und ihre Unfähigkeit zur Autarkie,
- die meisten Staaten erlangten nach dem 2. Weltkrieg die politische Unabhängigkeit,
- in kleinerem oder größerem Ausmaß hatten alle „einen Groll gegen den Westen“,
- die meisten waren wirtschaftlich unterentwickelt und mit einer Vielzahl sozialer Probleme konfrontiert.²

1. vgl. IV. Teil, I.1.

2. vgl. Meister, Irene; The Bandung Conference: An Appraisal, in: Strausz-Hupé, Robert/Hazard, Harry W. (Hrsg.); The Idea of Colonialisms, New York 1958, S. 236 f und vgl. Gasteyger, Curt; Asien und Afrika in der Weltpolitik, in: Europa-Archiv 1955, S. 8295

2.3.2.2. Die Fraktionierung auf UN-Ebene

Auf der Ebene der UN kam es zu Fraktionierungen der afro-asiatischen Gruppe in drei Zeitabschnitten:

1. die noch nicht formierte Gruppe
I-V Sitzung 1945 - 1948
2. die Gruppe auf einer ad hoc Basis
V-IX Sitzung 1949 - 1954
3. die regulär organisierte Gruppe
IX-XIII Sitzung 1955 - 1959

Hierbei kam es zu einer verschiedenen starken Zusammenarbeit in den UN.¹

2.3.2.3. Die regionale Gruppenaktivität

Bei der afroasiatischen Gruppe läßt sich eine starke Gruppenaktivität feststellen. Die Gruppe besteht aus den Blöcken:

- der afrikanischen Länder,
- der asiatischen Länder,
- der arabischen Länder.

2.3.2.3.1. Die regionale Gruppenarbeit der afrikanischen Länder

Die afrikanischen Länder zeichneten sich in der regionalen Gruppenaktivität aus durch:

- die "All African People Conferences"²,
- die "Conferences of Independent African States"³,
- die Einrichtungen wirtschaftlicher, politischer und kultureller Art, (wie etwa die OAMCE, die "African and Malagasy Organisation of Economic Cooperation")⁴,
- eine Aufspaltung in ein „francophones Afrika" die Brazzaville-

1. Hovet beobachtete diesen Prozeß der Formierung in "causing groups", in: Bloc Politics ..., a.a.O., S. 70-91 und in: dergl.; Africa ..., a.a.O., S. 100 f. Bei der Besprechung der einzelnen Zeitabschnitte wird diese Formierung im einzelnen dargestellt.

2. vgl. Hovet, Thomas; Africa ..., a.a.O., S. 3-19

3. vgl. ebenda, S. 19-73

4. vgl. ebenda, S. 49-51

Gruppe¹, ein „anglophones Afrika“, die Casablanca-Gruppe²,

- als Beispiel einer überregionalen Gruppenaktivität kann die Konferenz von Bandung 1955 angesehen werden, die besonders für die Arbeit der afroasiatischen Staaten in den UN wichtige Impulse gab,
- die „Organisation for African Unity“, vom 25.5.1963 mit den Zielen:
 - Förderung der afrikanischen Einheit,
 - Verteidigung der territorialen Unabhängigkeit,
 - Beseitigung des Kolonialismus³.

2.3.2.3.2. Die regionale Gruppenarbeit der arabischen Länder

Auf regionaler Ebene resultierte eine verstärkte Interaktion dieser Länder in der Gründung der „Arabischen Liga“. Diese wurde am 23.3.1945 gegründet mit den Zielen:

- Koordination der Politik der Mitgliederstaaten,
- Kampf gegen Israel (ein Verteidigungsbündnis gegen Israel wurde am 17.6.1950 geschlossen)⁴.

Die arabischen Staaten wurden durch die Gründung des Staates Israel in eine Solidargemeinschaft mit dem palästinensischen Volk gezwungen. In der Verfolgung des Zieles, Palästina zurückzugewinnen, gewannen die arabischen Staaten ein Ziel, das sie als Religions- und Kulturgemeinschaft⁵ noch stärkte.

Einige arabische Staaten gehören mit zu den wichtigsten Erd-ölförderländern. Das gemeinsame Interesse an einem hohen nationalen Profit führte zu einer „Welle von Nationalisierungen“ in den fünfziger Jahren, durch welche der politische Zusammenhang bis hin zu Gründung der OPEC im Jahre 1960 intensiviert wurde.

1. vgl. Hovet, Thomas; Africa ..., a.a.O., S. 47-53

2. vgl. ebenda, S. 53-60

3. vgl. Meyer, Heinz; Regionalpakete, in: Woyke, Wichard (Hrsg.); Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen 1977, S. 271 f

4. vgl. ebenda, S. 274

5. Die beiden Faktoren: Territorium und Religion, als gemeinsame Erfahrung aller Araber führt nach Meinung von Georges Moussa Dib zur arabischen Solidarität.
vgl. Dib, Georges Moussa; The Arab Bloc in the United Nations, Amsterdam 1956, S. 12-19

2.3.2.3.3. Die regionale Gruppenarbeit der asiatischen Länder

Die regionale Gruppenarbeit der asiatischen Länder war durch die politischen Nachkriegs-Strukturen erschwert.¹ Als Beispiele regionaler Gruppenaktivität sind zu nennen:

- der erfolglose Versuch einer pazifischen Allianz, Korea, der Philippinen und China im Jahre 1949. Der Versuch wurde 1961 unter Teilnahme Thailands erfolglos wiederholt,
- eine pazifische Allianz, von den Ländern Thailand, Philippinen, Malaya in der „Association of South East Asia“ (ASA) im Jahre 1961 wird ohne Erfolg versucht,²
- „The Southeast Asian Treaty Organisation“ (SEATO). Dieser Pakt wurde am 8.9.1945 in Manila von Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, Pakistan, den Philippinen, Thailand und den USA unterzeichnet. Der Pakt verpflichtete die Mitglieder zu ständiger Beistands- und Konsultationspflicht, für den Fall der Bedrohung eines Partners durch Waffengewalt oder Subversion.³ Dieser Pakt zeigte aber mehr die ideologische Zerrissenheit und Inanspruchnahme Asiens an, als eine regionale Gruppenaktivität,
- die Konferenz von Bandung, an der einige asiatische Länder teilnahmen.

Wenngleich die Erfolge gering waren, kann doch von einer verstärkten Interaktion und Gruppenaktivitäten der asiatischen Länder gesprochen werden.

2.3.3. Die lateinamerikanische Gruppe

2.3.3.1. Die geographische Lage

Schon der streng geographische Aspekt liefert eine genaue Auflistung der lateinamerikanischen Gruppe. Während der ganzen Zeit der UN gab es keinen Wechsel in der Zahl. Es waren immer 20 Länder.

1. Als Grund für die Schwierigkeiten der asiatischen Länder sich regional zu organisieren wird als ein Hauptgrund die Zerrissenheit Asiens in kommunistische, antikommunistische und neutralistische Gruppen genannt. vgl. Rhee, Seung-Huhn; Achievements of the ASPAC Ministerial Meeting in Seoul: Prospects of the Asian and Pacific Community, in: Jan, George P. (Hrsg.); International Politics in Asia, Belmont 1969, 349 ff

2. vgl. ebenda

3. vgl. Meyer, Heinz; a.a.O., S. 274

Die lateinamerikanischen Länder waren mit vergleichbaren ökonomischen Problemen konfrontiert. Diese bestanden in:

- einem hohen Maß an Rohstoffabhängigkeit,¹
- einer großen Abhängigkeit vom Außenhandel,²
- einer negativen Außenhandelsbilanz der meisten Länder,³
- die Gruppe weist ein hohes Maß an Einigkeit durch vergleichbare historische Erfahrung auf.

2.3.3.2. Die Fraktionierung auf UN-Ebene

Die zwanzig lateinamerikanischen Staaten in den UN profitierten von ihrer langjährigen Kooperationserfahrung. Diese resultierte nicht nur aus der Zusammenarbeit in den UN, sondern auch aus der Zusammenarbeit in den verschiedenen anderen Pan-Amerikanischen Organisationen. Die Staaten arbeiteten als "caucusing-group" schon auf der Konferenz von Chapultepec im Jahre 1945 zusammen, einem inter-amerikanischen Treffen noch vor der Gründungskonferenz von San Francisco. Dort nahmen sie eine gemeinsame Haltung gegenüber den UN ein, die sie seitdem auch hinter der Szene der UN durchzusetzen versuchten.

Die Fraktionierung wurde im Laufe der Jahre stärker. Dies wurde als eine Reaktion angesehen auf die prozentuale Abnahme der lateinamerikanischen Länder in den UN. So zählte die Gruppe auf der ersten Sitzung der UN noch 39,3 % während sie 1959 nur noch 24,4 % der Vollversammlung darstellte. Dieses Defizit versuchte die Gruppe durch ein geschlosseneres Auftreten auszugleichen.⁴

2.3.3.3. Die regionale Gruppenarbeit

Die lateinamerikanische Gruppierung kann auf eine lange Tradition des geschlossenen Handelns zurückblicken. Dies schließt in

1. vgl. Annex VII Tabelle 3

2. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 66-69 und vgl. Prebisch, Raul; Change and Development - Latin America's Great Task, New York/Washington/London 1971, S. 105-111

3. vgl. Vasena, Adalbert Krieger/Pazos, Janvier; Wissenschaftssektor Lateinamerika, Düsseldorf/Wien 1975, S. 47

4. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., 64-66

einigen Organisationen die nordamerikanischen Staaten ein.¹ Einige seien hier beispielhaft aufgeführt:

1. Die OAS, die Organisation der amerikanischen Staaten, im Jahre 1948 gegründet, soll dem Zweck der politischen und kulturellen Zusammenarbeit dienen und der friedlichen Regelung von Streitigkeiten. Mitglieder sind alle amerikanischen Staaten außer Kanada und Kuba, das 1962 ausgeschlossen wurde. Die Ziele der OAS sind:

- die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit,
- die Abwehr von Kommunismus und
- der Abbau undemokratischer Regierungsformen.²

Die OAS hat den Status einer regionalen Agentur der UN.

2. Der „Consejo Interamericano Economico Y Social“ (CIES). Der Interamerikanische Wirtschafts- und Sozialrat wurde im Jahre 1945 geschaffen. Er wurde 1948 in die Charta der OAS aufgenommen. Der Rat hat die Aufgabe über die Fortschritte im Integrierungsprozeß der lateinamerikanischen Länder zu berichten.³

3. Die „Organisation of Central American States“, Mexico City, 1951, mit den Zielen:

- der Förderung der agrarischen und industriellen Produktion und des Ausbaues eines Transportsystems,
- der Förderung der Integration ihrer Wirtschaften und
- der Verbesserung des Handels zwischen den Vertragsstaaten.⁴

4. Die südlichen amerikanischen Staaten, bestehend aus den Staaten: Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay und die Länder Mexico, Peru und Paraguay, etablierten 1960 die „Latin

1. vgl. Interamerican Institute of International Legal Studies, New York 1966, Introduction

2. vgl. ebenda, S. 1-24 und vgl. Vasena, Adalbert Krieger/Pazos, Janvier; a.a.O., S. 265

3. vgl. ebenda

4. vgl. Furtado, Celso; Economic Development of Latin America, Cambridge 1970, S. 192

America Free Trade Association" (LAFTA) mit den Zielen:

- der Regulierung des Integrationsprozesses der lateinamerikanischen Wirtschaftssysteme,
- der Errichtung einer freien Handelszone für 12 Jahre und
- des Zugeständnisses der gegenseitigen Meistbegünstigung.¹

Mit dem Ziel eines vereinten Wirtschaftsraumes wurden folgende Organisationen in Central Amerika gegründet:

- 1954 „The Central America Institute for Public Administration" (ESAPAC),
- 1955 „Central American Institute for Industrial Research and Technology" (ICAITI),
- 1960 „The Central American Bank for Economic Integration" (CABEI)²

Die Beispiele genügen, um eine intensive Gruppenaktivität der lateinamerikanischen Gruppe zu beweisen.

2.3.4. Die Commonwealth Gruppe

Die Zugehörigkeit zur Commonwealth Gruppe innerhalb der UN hat zur Bedingung, daß die Länder Mitglieder des Commonwealth und Mitglieder der Vereinten Nationen sind. Zur Commonwealth Gruppe werden gezählt: Australien, Kanada, Ceylon, Zypern, Ghana, Indien, Jamaika, Malaya, Neuseeland, Nigeria, Pakistan, Sierra Leone, Tanganyika, Trinidad-Tobago, Uganda, Vereinigtes Königreich.³

Die Bedeutung der Commonwealth Gruppe innerhalb der UN ist gering. Die Commonwealth Gruppe ist eine Gruppe, die sich während der Zeit der Sitzungen der Generalversammlung einmal wöchentlich trifft.

Die Commonwealth Gruppe ist:

- in erster Linie eine beratende Gruppe,

1. vgl. Interamerican Institute of International Legal Studies, a.a.O., S. 283 f

2. vgl. Furtado, Celso; a.a.O., S. 193 f

3. vgl. Hovet, Thomas; Africa ..., a.a.O., S. 17

- keine durchgreifende, sondern eine „lose“ Organisation,¹
- in den Abstimmungen in den UN wenig übereinstimmend,
- in ihrem Verhalten Dritten gegenüber selten geschlossen.²

Die Gruppe ist schon wegen der Teilnahme der IL keine reine EL-Gruppe. Die Commonwealth Gruppe ist als „pressure group“ innerhalb der UN von geringer Bedeutung. Die Mitglieder der Commonwealth Gruppe sind auch Mitglieder anderer Gruppen, die eine größere Effektivität aufweisen. Die Mitglieder der Commonwealth Gruppe sind geographisch im engen Sinne wie auch im weiten Sinne (ökonomisch-politisch) zerrissen.³

Die Gruppe ist gekennzeichnet durch:

- eine Beeinflussung durch die englische Sprache und die politische Tradition,
- ein Überlappen mit anderen Regionen und Gruppen,
- Konkurrenz zur afroasiatischen Gruppe und
- eine Abnahme an Macht.

Die Commonwealth Gruppe wird bewertet

- „als eine der am wenigsten organisiertesten und am losesten operierenden Gruppen in den Vereinten Nationen“⁴ und
- als wertvoller Kanal der Kommunikation zwischen den verschiedenen Organisationen und Gruppen in den Vereinten Nationen.

Die Politik der verschiedenen Staaten ist sehr unterschiedlich, doch haben die Commonwealth Länder freundschaftliche Beziehungen untereinander.⁵ Länder, die die Unabhängigkeit erhielten und im Commonwealth blieben, wurden automatisch Mitglieder der Commonwealth Gruppe der UN.

Die Commonwealth Länder werden nicht als eigenständige Gruppe behandelt, weil sie nicht homogen genug sind, und weil sie

1. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 71

2. vgl. ebenda, S. 69-73

3. vgl. Bailey, Sydney D.; a.a.O., S. 41-47

4. Hovet, Thomas; Africa ..., a.a.O., S. 101

5. vgl. ebenda

keine eigenständige Politik entwickelt haben, die nicht inhaltlich unter dem Stichpunkt „afroasiatische Länder“ zu behandeln wäre, und weil zur Commonwealth Gruppe einige IL gehören.

IV. DIE ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN

1. Aufgabenstellung

Der Begriff „rohstoffpolitische Forderung“ beinhaltet die Elemente:

- Rohstoff,
- Politik,
- Forderung.

Die drei Elemente sollen im folgenden so abstrakt wie nötig und so konkret wie möglich dargestellt werden, wobei die Begriffe nicht isoliert, sondern in ihrer inhaltlichen Bezogenheit aufeinander dargestellt werden sollen. Somit gilt es folgende Begriffselemente zu definieren und zu klassifizieren:

- Rohstoff,
- Rohstoffforderung (die gesamtwirtschaftliche Implikation),
- Rohstoffpolitik.

2. Definition und Klassifikation des Begriffs „Rohstoffe“

Der Begriff „Rohstoffe“ wird verschieden inhaltlich erklärt. Unterscheiden läßt die Klassifikation der Rohstoffe in:

- eine spezifische Unterscheidung,
- eine Unterscheidung nach dem Grad der Verarbeitung,
- eine ökonomische Funktion,
- eine politische Funktion.

2.1. Die spezifische Unterscheidung (Definition)

Die spezifische Unterscheidung ist die Grundlage aller weiteren Definitionen des Begriffs „Rohstoff“. Sie orientiert sich an einer wissenschaftlichen Sichtweise, welche die Stoffe nach ihrer Herkunft bestimmt. Demnach lassen sie sich unterscheiden in:

- Agrarrohstoffe,

- Mineralrohstoffe,
- synthetische Rohstoffe.

Alle weiteren Qualifikationen machen sich in der einen oder anderen Weise diese spezifische Unterscheidung bei ihrer weiteren Definition zur Grundlage.

2.2. Die Unterscheidung nach dem Grad der Verarbeitung (Definition)

Beim Grad der Verarbeitung wird unterschieden in Naturrohstoffe (Agrarprodukte und Mineralien), die unverarbeitet sind und solche, „die entweder nicht oder nur in einem für den Transport und Handel notwendigen und üblichen Ausmaß verarbeitet sind.“¹

In derselben Unterteilung, jedoch in einer bewußt weitergehenden als normalerweise üblichen Definition des Begriffs „Rohstoff“ wird in eine „horizontale“ und in eine „vertikale“ Verarbeitungsstufe unterteilt. Die „horizontale“ Abgrenzung umfaßt dabei Ernährungsgüter und Industrierohstoffe.² „Sie lassen sich untergliedern in:

- (1) Ernährungsgüter
 - Nahrungsmittel
 - Genußmittel
- (2) Industrierohstoffe
 - Agrarrohstoffe
 - Energierohstoffe
 - metallische Rohstoffe
 - sonstige mineralische Rohstoffe.

1. Kebschull, Dietrich (Hrsg.); Rohstoff- und ..., a.a.O., S. 21 f und vgl. Tietzel, Manfred; Internationale Rohstoffpolitik, Bonn 1978, S. 14

2. vgl. US-Department of State, Havana Charta for an International Trade Organisation, March 24, 1948, Publication 3206, COM.Pol.Ser.114; „... the term „primary commodity“ means any product of farm, forest, of fishery, of any animal, in its natural form or which had undergone such processing as it is customarily required to prepare it for marketing in substantial volume in international trade.“ Zitiert nach: Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 14 und vgl. Ludwig, Mario; Internationale Rohstoffpolitik, Zürich 1957, S. 8

In „vertikaler“ Richtung werden unter Rohstoffen nicht nur Primärprodukte verstanden.“¹ Auch weiterverarbeitete Rohstoffe werden dazugezählt, wobei das Maß der Verarbeitung nicht festgelegt wird.²

2.3. Die ökonomische Definition

Eine produktionsorientierte ökonomische Funktion bekommt die Rohstoffdefinition, wenn sie auf Industrierohstoffe eingeengt wird. Rohstoffe im industriellen Sinne dienen in Fabrikationsprozessen zur Herstellung von Halb- und Fertigwaren. Dazu müßten alle Rohstoffe (Naturrohstoffe und synthetische) gezählt werden.³ Eine enge Fassung verwendet den Rohstoffbegriff aber nur, „in Bezug auf die Industrierohstoffe oder sogar unter Ausklammerung der Agrarrohstoffe und sonstigen mineralischen Rohstoffe ...“⁴, d.h. es gelten nur die synthetischen Grundstoffe als Rohstoffe.

Eine volkswirtschaftlich orientierte Definition sieht in Rohstoffen lediglich die Funktion eines „wirtschaftlichen Gutes“.⁵ Diese funktionale Definition verlangt von Rohstoffen, daß es sich dabei um Güter handelt, „die einen wirtschaftlichen Nutzen aufweisen. Sie müssen selten oder knapp sein, d.h. nicht in unbeschränktem Umfang vorhanden; zudem müssen die Güter äußerlich oder stofflich sowie verfügbar und erreichbar sein.“⁶

Hierin spiegelt sich weniger der Wille um eine genaue stoffliche Beschreibung des Gegenstandes „Rohstoff“ wieder, sondern das Bestreben, Auskunft über das volkswirtschaftliche „Interesse“ am Rohstoff zu geben. Auf seine volkswirtschaftliche Funktion wird an anderer Stelle noch eingehend einzugehen sein.

1. Keschull, Dietrich; Künne, Wilfried; Menk, Karl Wolfgang; Das integrierte Rohstoffprogramm. Prüfung entwicklungspolitischer Ansätze im Rohstoffvorschlag der UNCTAD, Hamburg 1977, S. 22

2. vgl. ebenda, S. 22 f

3. vgl. Ludwig, Mario; a.a.O., S. 8

4. Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 14

5. Ludwig, Mario; a.a.O., S. 8

6. ebenda, S. 8

2.4. Die politische Definition

Die Vereinten Nationen haben zur Bezeichnung von Rohstoffen verschiedene Begriffe. Diese bezeichnen jeweils ein „Bezugsfeld der Empfehlungen“ ihrer Institutionen.

So wird etwa der Begriff „natural resources“¹ und „natural wealth“² verwandt bei:

- einer allgemeinen Erklärungen der Souveränität der EL und ihres Verfügungsrechts über die Rohstoffe,
- der völkerrechtlichen Verankerung dieses Anspruches,
- der Betrachtung über den Wert und der Bedeutung der Rohstoffe für den Welthandel.

Die Begriffe „raw materials“, „material resources“³ oder „commodity“⁴ bezeichnen die Rohstoffe in einer ihnen zugedachten wirtschaftlichen Funktion.

Die Vereinten Nationen haben erst spät eine Liste von Rohstoffen herausgegeben und sich so inhaltlich auf eine Begrifflichkeit festgelegt.⁵

Grundsätzlich kann gesagt werden,, daß der Begriff „Rohstoffe“ von den UN nur in dem Maße abstrakt formuliert wird, wie es nötig ist, um ihn in der politischen Praxis den Bedürfnissen - welche im Lauf der Zeit in der Wahrnehmung wechseln - der Staaten anzupassen und ihn interpretierbar zu halten.

1. GA Res. 523 (VI) vom 12. Januar 1952

2. GA Res. 1314 (XIII) vom 12. Dezember 1958

3. GA Res. 523 (VI) vom 12. Januar 1952

4. ECOSOC Res. 30 (IV) vom 28.3.1947

5. Im Jahre 1976 werden auf der UNCTAD IV in Nairobi im Integrierten Rohstoffprogramm 18 Rohstoffe aufgezählt, von denen 10 zu einem speziellen Verhandlungsgegenstand gemacht werden. vgl. UNCTAD, An Integrated Program For Commodities Stocks. A Common Fund For Financing of Commodity Stocks, Amounts, Terms and Prospective Sources of Finance, Geneva 1975, TD/B/C 1/184/Add.1

Abb. 4: Graphische Darstellung der Klassifikation des Begriffs "Rohstoff"

	spezifische Unterscheidung	Grad der Verarbeitung	ökonomische Definition	politische Definition
Unterscheidungen	1. Agrarrohstoffe 2. Mineralrohstoffe 3. synthetische Rohstoffe	1. Horizontale Verarbeitungsstufe a. Ernährungsgüter b. Industrierohstoffe 2. Vertikale Verarbeitungsstufe	1. Volkswirtschaftliche Definition: wirtschaftliches - knappes Gut 2. Produktionsorientierte Definition: a. weit: - Naturstoffe Synthetische Grundstoffe b. eng: synthetische Grundstoffe	1. natural resources natural wealth 2. raw material resources commodity
Verwendungsgebiet	Naturwissenschaft	politische Ebene UNCTAD ¹	Ökonomie	politische Ebene Vereinte Nationen

1. vgl. Kebschull, Dietrich/Künne, Wilfried/Menk, Karl Wolfgang; Das integrierte Rohstoffprogramm Prüfung entwicklungspolitischer Ansätze im Rohstoffvorschlag der UNCTAD, Hamburg 1977, S. 22

3. Rohstoffforderungen - die gesamtwirtschaftlichen Implikationen

3.1. Die Bedeutung von Rohstoffen in der Nationalökonomie

Rohstoffe sind auf der ganzen Welt in unterschiedlicher Art und in unterschiedlichem Ausmaß vorhanden. Sie gewinnen ihre Bedeutung durch ihre aktuelle oder potentielle wirtschaftliche Nutzbarmachung. Insofern unterscheiden sie sich funktional in nichts von anderen wirtschaftlichen Gütern. Wirtschaftliche Güter haben in jeder Volkswirtschaft die Aufgabe, die wirtschaftliche Knappheit zu überwinden.¹

Eine Knappheit an wirtschaftlichen Gütern besteht, wenn die Güter nicht so reichlich vorhanden sind, „daß alle konkreten Bedürfnisse nach ihnen in einem Wirtschaftssystem befriedigt werden können.“² Daß eine Knappheit in allen Wirtschaftssystemen vorhanden ist, können wir als gegeben voraussetzen; denn wo sie nicht „natürlich“ vorhanden ist, als Interesse an der Befriedigung von primären Bedürfnissen, wird sie als unerläßlicher Nachfrageimpuls von den jeweiligen Wirtschaftssystemen stimuliert.

Wir können davon ausgehen, daß die Nationalstaaten die idealtypische Größenordnung eines Wirtschaftssystems sind. Rohstoffe dienen der nationalen Volkswirtschaft in zweifacher Weise bei der Überwindung der Knappheit:

- sie sind neben den Faktoren Kapital und technisches Wissen sowie dem Faktor Boden ein Produktionsfaktor bei der Herstellung von Gütern,³
- sie sind Handelsobjekte.

3.2. Der internationale Rohstoffhandel

Wir können davon ausgehen, daß die Staaten dann zu internationalen Strategien der Bedürfnisbefriedigung greifen, wenn die nationalen Strategien sich als unzureichend erwiesen haben. Auch

1. vgl. Eucken, Walter; Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1952, S. 7 zitiert nach: Ludwig, Mario; a.a.O., S. 8

2. Grossekkettler, Heinz; Die Organisation von Volkswirtschaften, Münster 1976, S. 22

3. vgl. ebenda

hier dienen die internationalen Strategien stets der Erfüllung nationaler Pläne.¹

Es gibt Organisationen wie die EG, die international auf der europäischen Ebene Wirtschaftsabläufe durch Rahmenbedingungen koordiniert. Aber auch hier stehen die nationalen Interessen als Motiv im Hintergrund und werden bei jedem Verteilungskonflikt wieder sichtbar.

3.2.1. Ziele des Rohstoffhandels (ökonomisch)

Der Rohstoffhandel beruht wie jeder Handel mit wirtschaftlichen Gütern auf der Vermutung, welche der „Theorie der komparativen Kosten“ zugrunde liegt.

„Es leuchtet unmittelbar ein, daß die Wirtschaftssubjekte zweier zunächst autarker Länder in ihrer Gesamtheit durch die Aufnahme internationalen Handelns einen Realeinkommenszuwachs erzielen können, wenn jedes Land sich auf die Erzeugung derjenigen Güter konzentriert, die es mit absolut geringerem Einsatz an Produktionsfaktoren erzeugen kann als das andere Land.“²

Ausgehend von der Erkenntnis, daß Rohstoffe zwar weltweit vorhanden, jedoch nicht für jedermann nach Bedarf verfügbar sind, kann in zwei Gruppen unterschieden werden:

1. die über Rohstoffe Verfügenden und
2. die Rohstoffebedürftigen.

3.2.2. Importeure/Exporteure

Wenn ich diese beiden Gruppen die Verfügenden und die Bedürftigen auf den internationalen Rohstoffmarkt übertrage, kann ich die Gruppe der Rohstoffexporteure und die der Importeure, der Produzenten und der Konsumenten unterscheiden.

-
1. vgl. Schöllhorn, Johann; Internationale Rohstoffregulierungen, Berlin 1955, S. 91 ff
 2. Funk, R.; Außenwirtschaftstheorie, in: Ehrlicher, Werner (Hrsg.); Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Göttingen 1967, S. 411 dem widersprechen jedoch die EL mit Hinweis auf die ständig sinkenden Rohstoffpreise und den verfallenden Terms of Trade.

Die Unterscheidung ist ein wenig künstlich, denn „sicher sind alle Rohstoff-Produktionsländer auch Verbraucher der von ihnen erzeugten Rohstoffe. Aber meistens ist ihr Eigenverbrauch so gering, daß sie ohne weiteres als Produktionsländer angesprochen werden können.“¹ Während für die Exporteure der Rohstoff als wirtschaftliches Gut die Funktion einer Steigerung des Einkommens hat, ist es für die Importeure ein Konsumgut, das sie als einen Faktor wirtschaftlicher Kosten bemüht sein werden möglichst klein zu halten. Hinsichtlich des Rohstoffpreises ergibt das die entgegengesetzten Zielsetzungen:

1. Sicherung und Steigerung der Rohstoffexportpreise (Rohstoffproduzenten) und
2. Sicherung bzw. Senkung der Rohstoffexportpreise.

3.2.3. Wirtschaftliche Verhaltensweisen des Rohstoffmarktes

Folgende typische Merkmale lassen sich auf dem Rohstoffmarkt feststellen:²

- konjunkturelle Schwankungen auf den Arbeitnehmermärkten führen zu Nachfrageveränderungen (z.B. die Weltwirtschaftskrise, Rezessionen, Börsenveränderungen),
- zufällige Schwankungen bewirken meistens eine erhöhte Nachfrage nach Rohstoffen und entsprechende Preissteigerungen,
- witterungsbedingte Schwankungen führen meist wegen der Veränderungen des Angebotes zu Preisschwankungen,
- typisch zyklische Schwankungen: Bei hohen Preisen beschließen die Produzenten, ihr Angebot zu erhöhen. Das führt zu einem Überangebot. Wegen der ungefähr gleichbleibenden Nachfrage sinken die Preise. Das Produkt erzielt geringere Gewinne,

1. Schöllhorn, Johann; a.a.O., S. 93
„Umgekehrt können auch Länder Produzenten eines Rohstoffes sein, während sie gleichzeitig bedeutende Abnehmer dieses Rohstoffes auf den Weltmärkten sind. Hierbei können wir aber, dem Sprachgebrauch der internationalen Statistik folgend, diese Länder dann in die Gruppe der Verbraucherländer einreihen, wenn sie sogenannte 'Nettoimportländer' sind, d.h. wenn ihre Einfuhr des betreffenden Rohstoffes ihre Ausfuhr übertrifft.“

2. vgl. Kebschull, Dietrich; Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 132 f

die Produktion wird eingeschränkt.¹ Im kommenden Jahr ist das Angebot bei gleichbleibender Nachfrage geringer als im Vorjahr. Preiserhöhungen sind die Folge, die im folgenden Jahr wiederum zu einer Steigerung der Produktion führen.

3.2.4. Die Bedeutung der verschiedenen Eigenschaften der Rohstoffe für den Rohstoffhandel

Die spezifischen Unterschiede der Rohstoffe sind ein wichtiger Faktor des Rohstoffhandels, denn ihre Verschiedenartigkeit macht sie im unterschiedlichen Maße für den Handel tauglich. Diese Unterschiedlichkeit ist auch wichtig für die verschiedenen Methoden des Rohstoffhandels, damit letztlich auch für die Erreichung der Ziele der EL.

Im folgenden verwende ich die spezifisch naturwissenschaftliche Unterscheidung:

- agrarische Rohstoffe,
- mineralische Rohstoffe,
- synthetische Rohstoffe.

Sicherlich unterscheiden sich die Rohstoffe in den drei Gruppen noch erheblich in ihren Merkmalen bezüglich der Produktion, der Lagerung und dem Verkauf. Dennoch scheinen mir Generalisierungen der folgenden Art möglich und im Rahmen meines Untersuchungszwecks erforderlich.²

Im folgenden möchte ich die Merkmale dieser drei Gruppen darstellen, die wesentlich sind für:

- Produktion,
- Marktanpassung,
- Lagerhaltung.

1. Teilweise wird dann auch versucht, durch ein preisliches Unterbieten der Konkurrenz die Absatzmenge zu erhöhen und so den Erlösverlust auszugleichen. Dieses Verhalten führt jedoch zu einem „tödlichen“ Konkurrenzkampf, wie am Beispiel des brasilianischen Zuckers zu sehen ist.
vgl. Tietzel, Manfred; Internationale Rohstoffpolitik, Bonn 1978, S. 71 ff

2. vgl. ebenda, S. 27-83 und vgl. Schöllhorn, Johann; a.a.O., S. 71 ff

3.2.4.1. Agrarische Produkte

Die wesentlichen Merkmale agrarischer Rohstoffe sind:

- Bodenbeschaffenheit und Klima zwingen zu einer starken Spezialisierung,
- die Ernteergebnisse entziehen sich weitgehend einem planenden Einfluß,
- die Ausweitung der Produktion und ihre Reduzierung sind engere Grenzen gesetzt als bei einer industriellen Produktion (unelastische Angebotsstruktur),
- Ackerbau und Viehzucht sind eng miteinander gekoppelt,¹
- bei der Lagerhaltung erleiden sie Qualitätsverluste und verderben schnell,
- die Lagerhaltung ist schwer und teuer.

3.2.4.2. Mineralische Produkte

Die wesentlichen Merkmale mineralischer Produkte sind:²

- Untertageabbau,
- Unkenntnis über Menge und Qualität der Vorkommen,
- Erschöpfbarkeit der Vorkommen,
- geologische Gebundenheit des Standortes,
- eine Angebotsregulierung ist teils über produktions- und teils über lagerpolitische Maßnahmen erreichbar.³

3.2.4.3. Synthetische Produkte

Die wesentlichen Merkmale synthetischer Produkte sind:

- sie sind als Substitute agrarischer und mineralischer Rohstoffe erheblich billiger (zum Teil) und qualitativ besser,

1. Der Ackerbau liefert die Futtermittel und entscheidet sehr über Menge und Qualität der tierischen Produktion. Die Viehzucht produziert Düngemittel, ohne daß die Produzenten auf chemische Düngung als einem weiteren Kostenfaktor zurückgreifen müßten. Außerdem lassen sich bei Viehzucht die bei einem Fruchtwechsel erzeugten Produkte nutzbringend weiterverwerten. vgl. Schöllhorn, Johann; a.a.O., S. 14-16

2. vgl. ebenda, S. 16 f

3. vgl. Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 44

- sie verfügen über eine größere Angebotselastizität als agrarische und mineralische Rohstoffe,
- wegen der hohen Angebotselastizität ergibt sich das Problem der Lagerhaltung kaum,
- die Produktion ist nicht standortgebunden.

3.2.5. Strategien von Rohstoffexporteuren zur Erreichung ökonomischer Ziele

Rohstoffexporteure, als die eine große Gruppe der am Rohstoffhandel beteiligten Gruppierungen, versuchen ihre Ziele auf verschiedene Weisen zu erreichen.

Die Gewinnmaximierung kann als das natürliche Ziel des Handels angesehen werden. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Rohstoffmarktes, seiner besonderen Auffälligkeit für Preisschwankungen sind zwei Ziele gleichberechtigt nebeneinander getreten:

- die Stabilisierung der Rohstoffpreise und
- die Steigerung der Rohstoffpreise.¹

Um diese Ziele zu erreichen, versuchen die verschiedenen Interessengruppen, Macht über den Rohstoffmarkt zu erhalten. Diese gewünschte Macht versuchen sie über Rohstoffregulierungen auszuüben.

Verträge zur Regulierung des Rohstoffmarktes können auf der nationalen und internationalen Ebene geschlossen werden. Sie können dabei staatlicher oder privater Natur sein.

Gemeinsam ist allen Regulierungen Motivation und Zielsetzung. Als solche werden genannt:²

- Furcht vor Risiko und der Wille nach möglichst stabiler und bestimmbarer Entwicklung des Marktes,

1. Diese Ziele werden auch die traditionellen Ziele genannt. vgl. Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 37. Gesamtökonomisch gesehen, hat der Handel immer die Funktion, die Knappheit beseitigen zu helfen. Im Falle der Entwicklungsländer, auf die in einer anschließenden Spezialisierung eingegangen werden wird, diktiert deren Knappheit die konkret funktionalen Ziele.

2. vgl. Schöllhorn, Johann; a.a.O., S. 13 und vgl. Langhammer, R.J./Stecher, B.; Der Nord-Süd-Konflikt, Die Spielregeln der Weltwirtschaft im Brennpunkt, Würzburg 1980, S. 22 ff

- der Wille nach möglichst großer Einflußnahme auf den Markt,
- Gewinnmaximierung auf Kosten anderer Marktpartner,
- Erhaltung der Produktionskapazitäten oder des Nachfragepotentials,
- Zugang zu einem Rohstoffmarkt (besonders bei politischen Krisen).

Regulierungen reflektieren Forderungen der am Rohstoffhandel Beteiligten, wenngleich die Verträge expressis verbis nicht immer sehr deutlich sind.

Zwei Arten von Rohstoffregulierungen lassen sich unterscheiden:

1. Rohstoffabkommen und
2. Rohstoffkartelle.

3.2.6. Rohstoffabkommen

3.2.6.1. Motiv und Zielsetzung von Rohstoffabkommen

Der Grundgedanke internationaler Rohstoffabkommen und das Motiv auf Seiten der Produzenten ist ein gesicherter Erlös und eine Steigerung desselben.¹

Für den Konsumenten bietet es den Vorteil von kalkulierbaren Preisen und Mengen. Dazu sind Rohstoffabkommen Chance und Ausdruck des Willens Interessenskonflikte friedlich zu regeln. „Das vielleicht stärkste Argument zugunsten zwischenstaatlicher Rohstoffabkommen ist, daß sie einen Wirtschaftskrieg vermeiden helfen.“²

Ziel- und Interessenskonflikte zwischen Produzenten und Konsumenten sind wahrscheinlich, denn ebenso wie erstere an hohen Preisen sind zweitere an niedrigen Preisen interessiert, „beide Parteien sind jedoch an stabilen Preisen interessiert, so daß eine Kompromißbasis besteht.“³ Jede Preiserhöhung bedarf bei pa-

-
1. vgl. Tomuschat, Christian; Die Neue Weltwirtschaftsordnung, in: Vereinte Nationen 4/75, S. 95 f
 2. Whittlessy, Chr.R.; National Interest and International Cartels, The Macmillan Company, New York 1964, S. 114, zitiert nach: Schöllhorn, Johann; a.a.O., S. 101
 3. Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 81

ritätischer Besetzung der Entscheidungsgremien der Zustimmung der Verbraucherländer."¹ Im gesicherten Mitspracherecht der Konsumenten wird auch der entschiedene Vorteil von Rohstoffabkommen gegenüber Kartellen gesehen. Sind diese Abkommen staatlich, werden die Interessen der Konsumenten als optimal gesichert angesehen, weil sie die höchste Organisationsform und somit die effektivste erreicht haben.²

3.2.6.2. Motiv und Zielsetzung von Rohstoffabkommen der Entwicklungsländer

Wenngleich die allgemeinen Motive und Zielsetzungen für Rohstoffabkommen auch für die EL gelten, so gibt es doch für die EL besondere Zielvorstellungen, die sie direkt mit Rohstoffabkommen koppeln.

So ist das Ziel „gesicherter Erlös und eine Steigerung desselben“ mit zwei Vorstellungen verbunden:

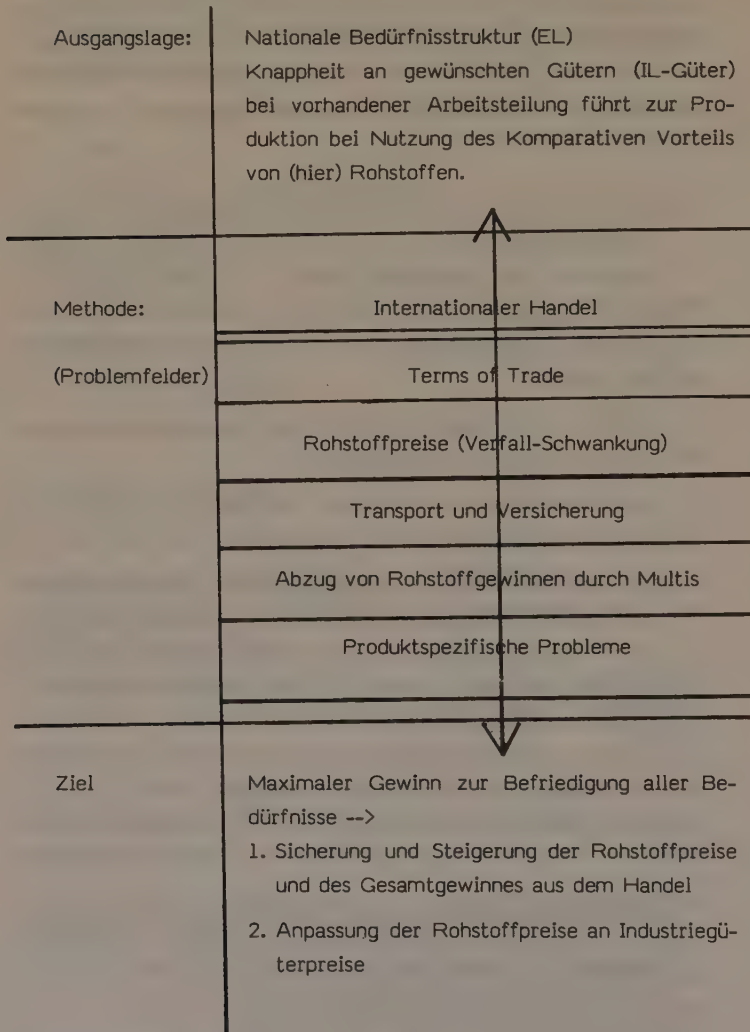
1. einem dynamischen und stetigem Wachstum der Rohstoffindustrie und
2. „der verlässlichen Voraussagbarkeit der realen Exporteinnahmen der Entwicklungsländer, um diesen in zunehmendem Maße Mittel für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu verschaffen,³ während gleichzeitig die Interessen der Verbraucher in den Importländern Berücksichtigung finden sollen.“⁴

3.2.6.3. Die Instrumente der Rohstoffabkommen

Rohstoffabkommen sind auf privatwirtschaftlicher wie auf staatlicher Ebene national wie international möglich. Immer aber

-
1. Glissmann, H.H./Juhl, P./Stecher, B.; Ökonomische Implikationen der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“, Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 46, Kiel 1946, zitiert nach: Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 81
 2. vgl. Schöllhorn, Johann; a.a.O., S. 101 und vgl. ein Versuch die Ziele und Aufgaben internationaler Rohstoffabkommen, wie sie sich in Abkommen als Grundsätze im Vertragstext niederlegen: Knotte, Jürgen; Internationale Rohstoffabkommen aus der Nachkriegszeit, Bonn 1965, S. 87-98
 3. Diese EL-Vorstellung wird von der Literatur allgemein als die letztendliche Funktion des Erlössteigerungszieles betrachtet.
 4. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (Hrsg.); Auswertung der Dokumentation der Welthandelskonferenz, Stuttgart 1966, S. 154 f

Abb. 5: Graphische Darstellung des internationalen Handels mit Rohstoffen



sind die Instrumente zur Erreichung der Zielvorstellungen preis-, mengen- und rohstoffpolitischer Art.¹

3.2.6.3.1. Buffer-Stock-Abkommen

Der Marktpreis für Rohstoffe wird innerhalb einer ausgehandelten Preisober- und Untergrenze durch gezielte An- und Verkäufe der Rohstoffe aufrecht erhalten.

Ein funktionierendes Buffer-Stock-Abkommen erfordert:

- die Fähigkeit Rohstoffe zu lagern und damit lagerfähige Rohstoffe,
- große Finanzmittel zum Ankauf der Rohstoffe (gemeinsamer Fond),
- einen großen Verwaltungsapparat zur Koordination, Beaufsichtigung und Durchführung aller Schritte,
- für den Verwaltungsapparat genaueste Marktkenntnisse und die Fähigkeit eine zukünftige Entwicklung des Gleichgewichtspreises (Marktpreis für Rohstoffe) im voraus zu erkennen und sich in Lagerhaltung, An- und Verkauf darauf einzustellen.²

3.2.6.3.2. Multilaterale Kontaktabkommen

Multilaterale Kontaktabkommen haben den Zweck, Preisfluktuationen durch Festlegung von Schwankungsbreiten zu dämpfen. Hierbei „verpflichten sich die Exporteure, bei Erreichen eines vereinbarten Höchstpreises vereinbarte Mengen des Rohstoffes zu diesem Preis zu liefern, und die Importländer verpflichten sich,

-
1. vgl. Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 81-90 und Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung; Auswertung der Dokumentation der dritten Welthandels- und Entwicklungskonferenzen Santiago de Chile 1972, Stuttgart 1974, S. 92 und Langhammer, R.J./Stecher, B.; a.a.O., S. 61-67 und Matthies, Volker; Analysen, Neue Weltwirtschaftsordnung, Opladen 1980, S. 31 f
 2. Diese Fähigkeit wird von einigen Autoren als nicht erreichbar beurteilt. vgl. Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 83 und vgl. Langhammer, R.J./Stecher, B.; a.a.O., S. 62 und vgl. Matthies, Volker; a.a.O., S. 31 f und vgl. Kebschull, Dietrich; Lagerhaltung, Harmonisierung der Lagerhaltungspolitik und Preispolitik, in: Dams, Theodor/Grohs, Gerhard (Hrsg.); Kontroversen in der internationalen Rohstoffpolitik, Grunewald 1977, S. 79-103 und vgl. Ludwig, Mario; a.a.O., S. 68 f.

bestimmte Mindestmengen zu einem Mindestpreis abzunehmen. Das Ausmaß der Verpflichtungen kann von Konsultationen und Empfehlungen bis zu Verträgen mit der Vereinbarung von Vertragsstrafen bei Nichterfüllung reichen.¹

3.2.6.3.3. Quotenabkommen

Quotenabkommen regeln Produktions- und Exportquoten und damit indirekt den Preis.²

Quotenabkommen haben die Voraussetzungen:

- der Rohstoff muß kartellfähig sein und
- alle wichtigen Produktions- und Exportländer müssen beteiligt sein.³

Die besonderen Probleme liegen in:

- der Versuchung besonders für EL sich auf eine „Monokultur des vertraglich gesicherten Rohstoffes“ zu verlegen,
- dem einseitigen Problem etwaiger Lagerhaltung, die allein bei den Produzenten liegt,
- einer internationalen Quotenverteilung, einer Kontrolle der Einhaltung und der Durchsetzung von Einhaltungen.

3.2.7. Rohstoffkartelle

Rohstoffkartelle haben folgende Eigenschaften und Ziele:

- Produzentenallianzen,
- die Beeinflussung von Menge und Preis zugunsten der Produzenten,

-
1. vgl. Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 83 und Ludwig, Mario; a.a.O., S. 66 f
 2. vgl. Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 84 f und Ludwig, Mario; a.a.O., S. 67 f und Knote, Jürgen; a.a.O., S. 82 f
 3. Ist dies nicht der Fall, so müssen sich Verbraucherländer am Abkommen beteiligen, um es wirksam zu machen.
 4. vgl. Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 39 ff und vgl. Langhammer, R.J./Stecher, B.; a.a.O., S. 22 ff und vgl. Jonas, Rainer; Rohstoffkartelle und Entwicklungsfinanzierung, in: Jonas, Rainer/Tietzel, Manfred; Die Neuordnung der Weltwirtschaft, in: Jonas, Rainer/Tietzel, Manfred (Hrsg.); Die Neuordnung der Weltwirtschaft, Bonn - Bad Godesberg 1976, S. 11-23

Abb. 6: Graphische Darstellung
Problematik von Rohstoffabkommen

Ausgangslage EL	Nationale Bedürfnisstruktur EL Knappheit an gewünschten IL-Gütern bei vorhandener internationaler Arbeitsteilung führt zur Produktion von Rohstoffen bei Nutzung des komparativen Vorteils	Befriedigung aller Bedürfnisse	Ziel EL
(Interesse) internationaler Handel	Problemfelder *	Export	(Interesse) internationaler Handel
	Terms of Trade		
	Rohstoffpreise		
	Transport und Versicherung		
	Abzug von Rohstoffgewinnen durch Multis		
Ziel IL	Befriedigung aller Bedürfnisse		Ausgangslage IL
		Import Export	
		Knappheit an gewünschten EL-Gütern (Rohstoffe) bei vorhandener internationaler Arbeitsteilung führt zur Produktion von Industrieprodukten bei Nutzung des komparativen Vorteils	

* Von den Problemereichen wird zu Unrecht nur das Problem der Rohstoffpreise in der Literatur zu den Rohstoffabkommen behandelt. Diese reflektiert die politische Realität, in der auch nur auf diesem Problemgebiet Abkommen möglich waren.

- Kooperation bei Produktion und Vermarktung,¹
- Austausch von Information und Erfahrung,
- Bestreben Monopole auszubilden,
- schnelle Ausbreitung vom nationalen auf das internationale Feld.

Kartelle kann es geben auf der internationalen wie auf der nationalen Ebene. Dabei kann es zu Abkommen zwischen nationalen Kartellen kommen, ebenso wie sich die Produzenten verschiedener Länder direkt zu einem Kartell zusammenfinden können.²

3.2.7.1. Erscheinungsformen des internationalen Rohstoffkartells

Man kann folgende Kartellformen unterscheiden:³

- Exportkartell, d.h. gewisse Exportmärkte sind für verschiedene Mitglieder des Kartells reserviert,⁴
- Preiskartelle, d.h. einfache Preisabsprachen,
- Verkaufskartelle, gemeinsame Verkaufspläne und Strategien werden ausgearbeitet,
- Mischkartelle, d.h. Mitgliedern des Kartells wird ein bestimmtes Land überlassen und gleichzeitig wird eine bestimmte Exportquote festgelegt.

-
1. Der technische Fortschritt, der Massenproduktion ermöglicht, verschärfte den Wettbewerb bis zu dem Punkt, „an dem es zu wachsenden Differenzen zwischen Kapital, Risiko und Gewinn“ (Langhammer, R.J./Stecher, B.; a.a.O., S. 23) kam. „Überproduktion und fallende Preise bedrohten schwächere Unternehmen und man begann zu begreifen, daß eine gemeinsame Verständigung zwischen Produzenten die Situation verbessern könnte.“ ebenda, und vgl. dieselbe Begründung: Schöllhorn, Johann; a.a.O., S. 89
 2. vgl. Langhammer, R.J./Stecher, B.; a.a.O., S. 25
 3. vgl. ebenda, S. 24 f und vgl. Alexandrowicz, Charles Henry; International Economic Organisations, London 1952, S. 24-26
 4. Das erfolgreichste Exportkartell ist das OPEC-Kartell. Alle folgenden Bedingungen sind positiv bei ihm vorhanden. „Zur Stabilität des OPEC-Kartells“, Jonas, Rainer/Minte, Horst; Petro-Dollar, Bonn - Bad Godesberg 1975, S. 43-47. Dem stimmt auch Jonas zu, in: Jonas, Rainer; a.a.O., S. 100 f

3.2.7.2. Erfolgsbedingungen eines Kartells

Will ein Rohstoffkartell Erfolg haben, so sind folgende Faktoren zu beachten:¹

- die Kartellfähigkeit der Rohstoffe,
- die Einflußmöglichkeiten der Nachfrager und
- die Angebotsmerkmale eines Kartells.

3.2.7.2.1. Die Kartellfähigkeit der Rohstoffe

Die Kartellfähigkeit hängt von zwei Bedingungen der Güter ab:²

1. die Güter müssen homogen sein und
2. die Güter müssen lagerfähig sein.

Homogene Güter sind:

- wirtschaftlich identisch und
- von standardisierter Qualität.

Negativ formuliert: die Güter dürfen nicht substituierbar sein. Dabei kann über die Standardisierbarkeit eines Rohstoffes gesagt werden, daß diese steigt, „je weniger Qualitätsvariationen bei diesem Rohstoff existieren, ...“³

Das Problem der Lagerfähigkeit eines Rohstoffes stellt sich, weil zur Erreichung einer Preisstabilität bei Nachfrage- und Produktionsschwankungen über eine angebotene Menge der Kartellpreis reguliert werden soll. Die verschiedenen Rohstoffe haben eine unterschiedliche Lagerfähigkeit und sind durch eine unterschiedliche Kostenintensität bei der Lagerung gekennzeichnet.

Agrarische Produkte:

- erleiden durch Lagerung Qualitätsverluste und verderben schnell,
- die Lagerhaltung ist schwer und teuer.

Mineralische Produkte:

- eine Angebotsregulierung ist technisch über produktions- und

1. vgl. Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 40-57

2. vgl. ebenda, S. 40 ff

3. ebenda, S. 41

lagerungspolitische Maßnahmen zu erreichen.¹

Synthetische Produkte:

- das Problem der Lagerung stellt sich weniger, weil durch Produktionsstopp das Angebot jederzeit technisch vermindert bzw. der Nachfrage angepaßt werden kann.

3.2.7.2.2. Einflußmöglichkeiten der Nachfrager auf das Kartell der Produzenten

Ein Produzenten-Kartell kann von Seiten der Konsumenten, der Nachfrager, beim Vorliegen folgender Faktoren beeinflusst werden:²

1. die Nachfrager haben ein Monopol, ein Monopson
2. lang- und kurzfristige Preis- und Einkommenselastizität
3. Rohstoffeinsparungen
4. Erschließung und Nutzbarmachung neuer Rohstoffvorkommen
5. Recycling

1. das Monopson

Ist auf Seiten der Nachfrager, der Konsumenten, eine geschlossene Nachfrage vorhanden, so ist der Kartellanbieter nicht in der Lage, einen Monopolgewinn zu erreichen, indem er Preise und Mengen bestimmt.³

2. kurz- und langfristige Preiselastizität

Unter Preiselastizität wird verstanden: „...Änderungen der nachgefragten Menge bei einer gegebenen prozentualen Preisveränderung.“⁴

Der Begriff Einkommenselastizität gibt Auskunft darüber, „um wieviel Prozent die Nachfrage nach einem Rohstoff bei einer bestimmten prozentualen Erhöhung des Einkommens in den Nachfrageländern steigt, ...“⁵

-
1. vgl. dazu die Darstellung am Beispiel „Öl“ bei Fohrbeck, Sebastian; Eine neue Weltwirtschaftsordnung? Grenzen und Möglichkeiten, Saarbrücken 1978, S. 107, die praktische Anwendung beim Öl vgl. Jonas, Rainer; a.a.O., S. 104
 2. vgl. Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 53-58
 3. vgl. Senti, R.; Monopolisierung im internationalen Rohstoffhandel, Diessenhofen 1975, S. 29 in: Schöllhorn, Johann; a.a.O., S. 54
 4. Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 54
 5. ebenda

Es wurde festgestellt, daß die Preiselastizität für Rohstoffe kurzfristig gering ist,¹ die Einkommenselastizität für Rohstoffe, insbesondere bei agrarischen Produkten, insgesamt gering ist.²

3. Rohstoffeinsparungen

Vermindernd auf die Nachfrage wirken rohstoffsparende Produktionsverfahren und Produkte. Motivation der Verbraucher war hier vor allem:

- Reduzierung der Kosten durch technische Innovation und
- Reduzierung der wirtschaftlichen Rohstoffabhängigkeit.³

4. Erschließung und Nutzbarmachung neuer Rohstoffvorkommen

Wenn außerhalb des Kartells neue Rohstoffquellen entdeckt werden, kann die Nachfrage stark nachlassen.

5. Recycling

Unter Recycling wird die Wiederverwendung verarbeiteter Rohstoffe verstanden.

3.2.7.2.3. Angebotsmerkmale eines Kartells

Das Angebot kann um so wirksamer kontrolliert werden, je:

1. höher der Monopolisierungsgrad,
2. geringer die Zahl der Kartellmitglieder,
3. geringer die Angebotselastizität außerhalb des jeweiligen Rohstoffkartells ist.⁴

1. Fohrbeck widerspricht dem, indem er die Agrarprodukte in der Nachfrage für teilweise hochelastisch hält. vgl. Fohrbeck, Sebastian; a.a.O., S. 112 somit als für die Kartellbildung als nicht geeignet klassifiziert.

2. vgl. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (Hrsg.); a.a.O., S. 100, Es kommt dazu, daß die Elastizität der Rohstoffnachfrage in Bezug auf Preis- und Einkommensveränderungen relativ gering ist.

3. Hier wirkte sich positiv die Förderung solcher technologischer Forschung durch wirtschaftspolitische Instrumente aus, wie etwa im Anschluß an die Energiekrise 1974 geschehen.

4. vgl. bei Beispiel „Öl“ Fohrbeck, Sebastian; a.a.O., S. 107 und vgl. Jonas, Rainer; a.a.O., S. 106 f und vgl. Jonas, Rainer/Minte, Horst; a.a.O., S. 43-47

Abb. 7: Graphische Darstellung eines Exportkartells im Rohstoffbereich

Ausgangslage	Nationale Bedürfnisstrukturen Eine Knappheit an gewünschten Gütern führt bei vorhandener internationaler Arbeitsteilung unter Ausnutzung des komparativen Vorteils bei mehreren EL zur Produktion eines Rohstoffes
Methode	Kartellbildung durch: - Organisation aller Anbieter - Preiskontrolle - Mengenkontrolle
Problembereiche	Lagerfähigkeit der Güter
	Homogenität der Güter
	Nachfrage Monopol Monopson
	Preis- Einkommenselastizität
	Grad der Monopolisierung
	Zusammenhalt der Kartellmitglieder
Ziel	Durch maximalen Gewinn aus dem Verkauf des Gutes alle Bedürfnisse befriedigen zu können

1. Der Grad der Monopolisierung

Der Monopolisierungsgrad eines Anbieterzusammenschlusses steigt, je höher der Anteil an

- Produktion,
- Weltexport,
- Weltreserven (besonders wichtig im Falle mineralischer Rohstoffe) ist.

2. Die Zahl der Kartellmitglieder

Sind nur wenige Anbieter in einem Kartell vereinigt, so gibt es weniger Schwierigkeiten bei

- Entscheidungsbefugnissen und
- Kontrollmöglichkeiten.¹

3. Die Angebotselastizität

Außerhalb des Kartells darf es als Folge des Preisanstieges nur zu einem verhältnismäßig geringen Angebotszuwachs des betroffenen Rohstoffs kommen.

4. Rohstoffpolitik

4.1. Der Begriff: Rohstoffpolitik

Der Begriff „Rohstoffpolitik“ wird in der Literatur in einer konkreten Anwendung der „Sicherung nationaler Interessen“ auf die Wirtschaftspolitik bezogen.²

1. Die Erfahrung zeigt, daß der Kartellzusammenhang steigt, „je geringer - bei hohem Monopolisierungsgrad - die Zahl der Kartellmitglieder, je größer ihre ideologische, politische und ethnische Homogenität, je ähnlicher die Produktionsstrukturen und je gleicher die Marktanteile verteilt sind.“ Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 50

„where however, large numbers of small commodity producers existed, their association was practically impossible or had no significance.“ Alexandrowicz, Charles Henry; a.a.O., S. 35

2. vgl. Kebschull, Dietrich (Hrsg.); Rohstoff und ..., a.a.O., S. 19-24 und

vgl. Genscher, Hans-Dietrich; Von der Konfrontation zur Weltmarktwirtschaft, Der Standpunkt der Deutschen Bundesregierung zur neuen Weltwirtschaftsordnung, in: Vereinte Nationen, 5/75, S. 129-134 und

vgl. Ibrahim, Tigan E.; Die Rohstoffpolitik der Entwicklungsländer, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 1975, Heft 7, S. 8 f und

vgl. Stryk, Hans Jürgen; Die Rohstoffpolitik der Entwicklungsländer, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 1975, Heft 7, S. 5-7

In einer Erweiterung auf die „Internationale Rohstoffpolitik“ wird darunter die Suche nach der besten Wirtschaftsordnung verstanden. Dabei hat die Wirtschaftsordnung die Aufgabe, menschliche und sachliche Produktionsmittel zum Zwecke einer Überwindung der wirtschaftlichen Knappheit wirken zu lassen.¹

Hierbei arbeiten die Staaten als wirtschaftliche Einheiten mit- oder gegeneinander bei der Sicherung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Nicht nur Staaten arbeiten in der Wirtschaftsordnung, sondern auch nichtstaatliche wirtschaftliche Organisationen, deren politischer Einfluß manchmal größer ist als der souveräner Staaten. - Gemeint sind damit multinationale Unternehmen, deren politische Macht von vielen Entwicklungsländern gefürchtet wird.

Somit können wir unter Rohstoffpolitik all die Handlungen und Verlautbarungen verstehen, die im Zusammenhang mit Rohstoffen die Sicherung und Wahrung wirtschaftspolitischer Interessen zum Ziele haben.

4.2. Die rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer

Wenn von rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer die Rede ist, so sind hier darunter verbalisierte und konkludente Willenserklärungen von völkerrechtlichen Subjekten der Kategorie Entwicklungsländer (siehe Definition: Entwicklungsländer) zu verstehen, welche im Bereich der Rohstoffe die Sicherung und Wahrung wirtschaftspolitischer Interessen zum Ziele haben (eingebunden in das gesamtökonomische Denken der Überwindung wirtschaftlicher Knappheit).

Daß die rohstoffpolitischen Forderungen von den EL als Forderung der Menschenrechte - als das Recht auf soziale und wirtschaftliche Entwicklung - dargestellt werden, spiegelt die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Rohstoffe für die Entwicklung der EL wieder.

5. Die Rohstoffziele der Entwicklungsländer

Ich möchte im folgenden einen Zielkatalog erstellen, der die in der Literatur aufgestellten rohstoffpolitischen Ziele der EL zusam-

1. vgl. Ludwig, Mario; a.a.O., S. 8

menfaßt¹ und bei Berücksichtigung eigener Erfahrungen und Erfordernisse zu einer für die Untersuchung operationalen Fragestellung bündelt.

5.1. Das Verfügungsziel

Das Verfügungsziel bezeichnet das „Recht der Produzentenländer die souveräne Kontrolle über ihre natürlichen Ressourcen auszuüben.“²

Die EL messen diesem Ziel eine solche Bedeutung bei, daß es von einem „Instrumentalziel, Ressourcennutzung zur Entwicklungsförderung. ... zu einer Forderung von grundsätzlicher Bedeutung geworden ist.“³

Das Ziel der unbegrenzten Macht über die Bodenschätze bedeutet inhaltlich das Recht:

- zu nationalisieren,
- bei Nationalisierungen die Höhe der Entschädigungen selbst festzusetzen,⁴
- über die Exportmenge von Rohstoffen und die Zuteilung zu entscheiden,
- über die Menge der im Inland zu veredelnden Rohstoffe zu entscheiden.⁵

Die Konkretisierungen dieser Ziele werden als teilweise widersprüchlich empfunden.⁶ Die operationale Fragestellung lautet:

Wie versuchen die EL das Ziel, souveräne Kontrolle über ihre natürlichen Bodenschätze auszuüben, zu erreichen?

Die Fragestellung kann differenziert werden in:

-
1. Dabei werden die sich an Billerbeck-Kriterien anlehnenden Autoren nur dann berücksichtigt werden, wenn sie von diesem abweichen.
 2. Billerbeck, Klaus; *Alternative Approaches For The Future Order Of International Trade In Commodities*, Berlin 1965; S. 7
 3. Keschull, Dietrich; a.a.o., S. 40 f
 4. vgl. ebenda, S. 42. Hierbei wird die Frage der finanziellen Entschädigung als Streitapfel zwischen nationalem und internationalem Recht empfunden. vgl. Billerbeck, Klaus; a.a.o., S. 7
 5. vgl. ebenda
 6. vgl. ebenda

1. Die völkerrechtlichen Versuche der EL durch die Herausbildung völkerrechtlicher Grundsätze ihre Position zu stärken,
2. das funktionale Verfügungsziel, d.h. die Versuche der EL den Ressourcen in ihren Ländern eine Zweckbestimmung zu geben.

5.2. Das Kontrollziel

Das Kontrollziel ist eng mit dem Verfügungsziel verbunden. Es kann auch verstanden werden als die „Negativ-Formulierung“ des funktionalen Verfügungszieles. Es geht darum zu verhindern, daß jemand anders als der Produzenten-Staat eine wirtschaftlich - politische Bestimmung der Ressourcen vornimmt.

Das betrifft das Engagement von mit Rohstoffen beschäftigten Unternehmungen allgemein, im besonderen jedoch die besonders einflußreichen und mächtigen „Multis“, die transnationalen Firmen.¹

Die multinationalen Firmen betreffend, aber auch an jeden anderen gerichtet lauten diese Forderungen:²

- Kontrolle der Aktivitäten auf dem Gebiet der Produktion und der Weiterverarbeitung,
- Verhinderung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Gastlandes,
- Aufhebung restriktiver Geschäftspraktiken,
- Transfer und Reinvestition von Gewinnen aus dem Rohstoffhandel und
- Beschäftigung und Ausbildung von Personal des Gastlandes auf allen Ebenen des Unternehmens.

Die operationale Frage lautet:

Wie versuchen die EL einer Fremdbestimmung ihrer Rohstoff-

1. Billerbeck sieht dieses Kontrollziel ausschließlich auf die Kontrolle der Aktivitäten der transnationalen Konzerne gerichtet. vgl. Billerbeck, Klaus; a.a.O., S. 7. Eine solche Einschränkung erscheint mir jedoch als die Formulierung der operationalen Frage als zu begrenzt und den Kreis der zu untersuchenden Adressaten des Kontrollziels von vornherein unzulässig einzuschränken.

2. vgl. Billerbeck, Klaus; a.a.O., S. 7 f

ressourcen von dritter Seite her unter besonderer Berücksichtigung der multinationalen Firmen zu begegnen?

5.3. Das Erlösstabilisierungs- und Erlössteigerungsziel

Das Erlösstabilisierungsziel bedeutet - Nivellierung der Preisschwankungen für Rohstoffe.¹

Die „Nivellierung der Preisschwankungen und die Verstetigung von Exporterlösen im Zeitablauf, wird. ... auch als ein taktisches Ziel, d.h. als Schritt auf dem Weg zur Erlössteigerung“² angesehen.

Deshalb werden diese Ziele unter einer operationalen Fragestellung behandelt werden. Die operationale Frage lautet:

Wie versuchen die EL das Ziel 'Nivellierungen der Preisschwankungen für Rohstoffe' zu erreichen?

Das Erlössteigerungsziel meint - Steigerung der Erlöse aus den Rohstoffen durch:

- Liberalisierung des Handels,³
- Rohstoffabkommen,
- multilaterale Finanzierungs-Einrichtungen (z.B. buffer-stocks),

1. Gerade diese von den EL gewünschte Sicherheit der Gewinne wird allgemein als eine unabdingbare Voraussetzung „für die für ihre Industrialisierung erforderliche ständige Investitionsgüterzufuhr“ angesehen.

Scheuner, Ulrich; Die Vereinten Nationen als Faktor der internationalen Politik, Opladen 1976; S. 30 und vgl. Kebschull, Dietrich; a.a.O., S. 40, sowie vgl. Esters, Günther/Tietzel, Manfred, Internationaler Rohstoffhandel und Entwicklungspolitik, in: Esters, Günther (Hrsg.); Nord-Süd-Politik, Bonn - Bad Godesberg 1977, S. 15 und vgl. Tietzel, Manfred; a.a.O., S. 37. Das Ziel Preisstabilität kann inhaltlich nicht von den gesicherten Exportmengen gelöst werden. Beide Punkte zusammen stellen den Ansatzpunkt „rein ökonomisch“ orientierter Rohstoffpolitik dar. vgl. Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung; a.a.O., S. 258

2. vgl. Billerbeck, Klaus; a.a.O., S. 6 f

3. Hierzu zählt m.E. nach auch der von Billerbeck unter dem strukturellen Verbesserungsziel aufgeführte fortschreitende Abbau von Handelsprotektionismus in den Verbraucherländern. vgl. ebenda, S. 9

- eine automatische Preisbindung der Rohstoffe an die Güter der IL,¹
- „Verbesserung der Terms of Trade,
- Ausweitung des Ressourcentransfers an die EL“².

Die operationale Fragestellung für die Ziele 'Erlösstabilisierung' und 'Erlössteigerung' lautet:

Wie versuchen die EL die Ziele 'Nivellierung der Preisschwankungen für Rohstoffe' und als einen weiteren Schritt die 'Steigerung der Erlöse' zu erreichen?

5.4. Das Beteiligungsziel

Hier geht es um das Ziel der Entwicklungsländer, an Produktion und Weiterverarbeitung, speziell im Bereich des Marketings, einschließlich des Transports teilzunehmen.³ Hierzu gehört auch das Ziel, „einen Strukturwandel durch Diversifizierung der wirtschaftlichen Aktivitäten sowohl horizontal - Aufnahme neuer Tätigkeitsbereiche durch Erschließung vorhandener Ressourcen - wie

-
1. vgl. Billerbeck, Klaus; a.a.O., S. 6 f
 2. Matthies, Volker; a.a.O., S. 30. Volker Matthies sieht darin: eine „Form einer automatischen, indirekten 'Entwicklungshilfe' der IL an die EL: also eine Art von Besteuerung der Konsumenten in den IL in Form höherer Rohstoffpreise, die den Entwicklungsländern über den erhöhten Rohstoffexportpreis zugute kommt. Gegenüber der herkömmlichen 'Entwicklungshilfe' hätte ein solcher automatischer Ressourcentransfer den Vorteil der Nichtrückzahlbarkeit, der beliebigen Verwendbarkeit durch die EL und der Unabhängigkeit der EL von politischen Entscheidungen der IL.“ ebenda, S. 30
Der von den EL angestrebte „dauerhafte Netto-transfer von den Industrieländern zu den Entwicklungsländern“ (Esters, Günther; Neuordnung der Weltwirtschaft, in: Ester, Günther (Hrsg.); Nord-Süd-Politik, Bonn - Bad Godesberg 1977, S. 17) kann aber sehr wohl mit den Einzelinteressen einer oder mehrerer Produzentenländer konfliktieren, wenn es darum geht, Einfrierungseffekte in Produzentenländern zu verhindern, „verursacht durch Exportquoten in multilateralen Rohstoffabkommen, wenn diese einen negativen Effekt auf wichtige Produzenten haben.“ Billerbeck, Klaus; a.a.O., S. 9
 3. Dieses Ziel ist nach Ansicht Billerbecks eng mit dem Ziel der Diversifikationsbemühungen der EL verwandt und wird bei ihm zu einem eigenen Ziel. vgl. Billerbeck, Klaus; a.a.O., S. 6
Ich möchte es aber unter das Ziel: Beteiligung fassen, weil mir eine solche weitere Unterteilung für die folgende Untersuchung inhaltlich künstlich und technisch überflüssig erscheint.

auch vertikal - Angliederung vor- oder nachgelagerter Produktionsstufen der Aufbereitung oder Weiterverarbeitung ..."¹ zu realisieren.²

Die Ziele des Beteiligungszieles lassen sich stichwortartig so benennen:

- vertikale und horizontale Diversifizierung der Produktionsstruktur,
- Teilnahme der EL an Produktion und Weiterentwicklung,
- Ausbildung von nationalen Führungskräften dazu und
- Teilnahme der EL an Transport- und Versicherungswesen.

Die operationale Frage lautet:

Wie wollen die EL ihr Ziel: 1. einer allseitigen Teilnahme an Produktion und Weiterverarbeitung der Rohstoffe und 2. einen Strukturwandel ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten im Rohstoffbereich, erreichen?

-
1. Kebschull, Dietrich; Rohstoff und Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 42
 2. C. Wilhelms unterscheidet dabei noch zwischen dem Ziel einer Diversifizierung einer Produktionsstruktur „an sich“ und einer Diversifizierung der Exportstruktur. vgl. Billerbeck, Klaus; a.a.O., S. 42 f. Diese Unterscheidung scheint bei mir überflüssig, weil schon die Ziele Erlössteigerung und Stabilisierung von der Vorstellung einer Entwicklungsfinanzierung durch Rohstoffexport in Natur- oder weiterverarbeitetem Zustand ausgehen. Auch die „langfristige Verringerung außerwirtschaftlich bedingter Instabilität“ (Matthies, Volker; a.a.O., S. 43) durch hohe Preise der IL-Güter und die Inflationsprobleme scheinen mir hinreichend durch die Forderung nach einer Indexierung der Preise der IL-Güter und der Rohstoffe der EL unter dem Erlössteigerungsziel berücksichtigt.

II. TEIL

DIE FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUN- GEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER IN DER GRÜNDUNGSPHASE DER VEREINTEN NATIONEN (1945 - 1948)

EINLEITUNG ZUM ERSTEN TEIL DER UNTERSUCHUNG

Der erste Teil der Untersuchung unterscheidet sich in seiner Struktur von den übrigen Teilen. Dies ergab sich aus der Notwendigkeit, im ersten Teil der Untersuchung die Organe der Vereinten Nationen, die Generalversammlung (GA) und den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), in ihren Rechten und Pflichten, wie sie sich aus der Charta der Vereinten Nationen ergeben, und in ihrer praktischen Arbeit auf dem Gebiet der Rohstoffpolitik darzustellen.

Aus diesem Abschnitt der Untersuchung konnten Erkenntnisse über den Wert der verschiedenen Institutionen der UN für die Formulierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer gewonnen werden. Basierend auf diesen Erkenntnissen orientieren sich die übrigen Abschnitte der Untersuchung im Aufbau an den operationalen Fragen.



I. DIE POLITISCHE MOTIVATION ZUR GRÜNDUNG DER VEREINTEN NATIONEN UND DIE MÖGLICHKEITEN DER CHARTA DER VEREINTEN NATIONEN IM SINNE DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER NUTZBAR ZU SEIN

Zur Feststellung der politischen Motivation, welche zur Gründung der Vereinten Nationen führte, und zur Feststellung der Möglichkeiten welche sich aus dem Basisdokument der UN - der Charta für die rohstoffpolitischen Forderungen der EL ergeben, wird gefragt nach:

- der Motivation, die zur Gründung der UN führte,
- der Teilnahme der EL an der Gründung,
- den Möglichkeiten, die sich für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik im Bereich der Rohstoffe aus dem Basisdokument der Vereinten Nationen, der Charta, ergeben,
- den wirtschaftspolitischen Zielen, welche die Vereinten Nationen verfolgen sollten.

1. Gründung und Motivation der Vereinten Nationen

Die UN waren aus einer Kriegskoalition entstanden. In der Atlantic Charta, einer „gemeinsamen Erklärung“ von Churchill und Roosevelt vom August 1941, legten die beiden Staatsmänner ein Bekenntnis ab zu:

- dem territorialen Status ante quo,
- dem Selbstbestimmungsrecht der Völker,
- der Freiheit des Handels,
- einer gerechten Verteilung der Rohstoffe,
- der sozialen Verbesserung aller Nationen,
- der Zerstörung der Nazi-Tyrannie,
- der Freiheit der Meere,
- der Errichtung eines weiteren und dauernden Systems der allgemeinen Sicherheit,

- dem Erfordernis der Abrüstung der Aggressor Nationen.¹

Den USA gelang es, 26 Staaten zu einer Kriegsallianz zu vereinigen. Diese bekannten sich am 1. Januar 1942 zu den Zielen der „Atlantische Charta“. Sie sicherten sich für den Kampf gegen die Achsenmächte militärische und wirtschaftliche Unterstützung zu. Dieser Erklärung schlossen sich bis zum 1. März 1945 21 weitere Staaten an.

Die vier Siegermächte: USA, UdSSR, England und Frankreich einigten sich auf die Charta der UN und auf die Funktion der Organe der UN.

An der Gründungskonferenz der UN vom 25.4. bis 26.6.1945 in San Francisco nahmen 45 Länder teil. Diese Gründungsteilnehmer hatten die Erklärung der Vereinten Nationen unterschrieben oder waren durch die Kriegserklärung an die Achsenmächte angeschlossen. Alle unterzeichneten die Charta und ratifizierten sie gemäß Art. 110 der Charta.² Bis zum Ende des Jahres 1945 hatte die UN 51 Mitglieder.³

2. Die Entwicklungsländer-Gruppen innerhalb der UN - Anzahl der Länder und ihr Einfluß auf die Charta der Vereinten Nationen

Die lateinamerikanische Gruppe war mit 20 Ländern vertreten. Die Zahl blieb auch in der Folgezeit konstant.⁴ Es gelang den lateinamerikanischen Ländern nicht Einfluß auf die Charta zu nehmen.⁵

Die afroasiatische Gruppe bestand 1945 noch nicht aus einer organisatorischen Einheit. Legt man die Mitgliederzahl von 51 UN-Mitgliedern im Jahre 1945 den Berechnungen zugrunde erhält man eine Gesamtzahl von zehn afroasiatischen Staaten. Davon zählen als Mitglieder zur:

-
1. vgl. Weber, Hermann; Entstehungsgeschichte, in: Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.); a.a.O., S. 88 f
 2. vgl. ebenda, S. 88-94 und vgl. Loth, Wilfried; Kalter Krieg, in: Woyke, Wichard; Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen 1977, S. 110 f
 3. vgl. Annex I
 4. die Länder sind im Annex I aufgezählt
 5. vgl. Dobb, Georges Moussa; a.a.O., S. 28 f

- afrikanische Gruppe: 1
- arabische Gruppe: 5
- asiatische Gruppe: 4¹

Von diesen Staaten wird jedoch gesagt, sie seien nicht wirklich in ihren Entscheidungen frei gewesen, sondern hätten unter dem Einfluß der Großmächte gestanden und vorwiegend das ausgeführt, was diese von ihnen verlangt hätten. Bei der Gründung der UN seien ihre Wünsche von den Großmächten nicht berücksichtigt worden.²

3. Die Möglichkeiten, die Charta im Sinne der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer nutzbar zu machen

3.1. Die Bedeutung der Vereinten Nationen für die Rohstoffpolitik

Die Bedeutung der UN für die Rohstoffpolitik ergibt sich schon aus der Tatsache, daß alle nach dem Zweiten Weltkrieg vereinbarten Rohstoffabkommen unter Mitwirkung der Vereinten Nationen zustande gekommen sind.³ So wurden durch den Wirtschafts- und Sozialrat die „Food and Agriculture Organisation of the United Nations“ (FAO) Vorarbeiten, Informationen und andere Dienstleistungen angeboten, welche für die Abschlüsse von Rohstoffabkommen und somit für Produzenten und Konsumenten von unschätzbarem Wert waren. Auch für die anderen Ziele der Rohstoffpolitik der EL entwickelten sich die UN zu einer Organisationsebene höchster Bedeutung.

1. vgl. Annex I, dort sind die UN-Mitgliedsländer aufgelistet und nach dem Jahr des Beitritts und ihrer Gruppenzugehörigkeit gekennzeichnet.

Eid Mohammad rechnet Südafrika zur afrikanischen Gruppe und kommt auf eine andere Mitgliederzahl der Staaten Afrikas und Asiens. Dem liegt jedoch ein anderer „Schlüssel“ zugrunde.

vgl. Eid, Mohammad; a.a.O., S. 41

2. vgl. ebenda, S. 43

Pfahlberg kommt bei einer Untersuchung des Einflusses einiger afro-asiatischer Länder in den UN auf die Zielsetzung der UN anläßlich ihrer Gründung zu dem Ergebnis, daß die Großmächte sich über die Wünsche und Vorstellungen kleinerer Staaten hinwegsetzten.

vgl. Pfahlberg, Bernhard; Zur Politik afro-asiatischer Staaten in den Vereinten Nationen 1945-1960, Baden-Baden 1966, S. 99

3. vgl. Knote, Jürgen; a.a.O., S. 57

3.2. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele der Charta der Vereinten Nationen

Die in Artikel 1 der Charta dargelegten Ziele:

- Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,
- Festigung des Weltfriedens und Entwicklung von Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker,
- Lösung internationaler Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art, durch internationale Zusammenarbeit,
- Festigung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle Menschen,

finden im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich eine genauere Konkretisierung in den Kapiteln IX und X.

Die UN haben das Ziel, internationale Probleme wirtschaftlicher und sozialer Art durch eine internationale Zusammenarbeit zu lösen. Gleichzeitig wird diese Zusammenarbeit als Bedingung der „Bewahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ angesehen.¹

So wollen die UN durch die Zusammenarbeit folgende wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele erreichen und fördern:

- „a. die Verbesserung des Lebensstandards, die Vollbeschäftigung und die Voraussetzungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Aufstieg,
- b. die Lösung internationaler Probleme wirtschaftlicher, sozialer, gesundheitlicher und verwandter Art, sowie die internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und der Erziehung.
- c. die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion.“²

1. vgl. Kemper, Ria; Die Forderung nach permanenter Souveränität über natürliche Reichtümer und Ressourcen und die neue Weltwirtschaftsordnung der Vereinten Nationen, Bonn 1976, S. 49

2. Art. 55, a, b, c, der Charta der UN

Die aus der Literatur erarbeiteten rohstoffpolitischen Ziele der EL korrespondieren mit den Zielen der Charta.¹

Verfügungsziel -	Menschenrechte, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Verbesserung des Lebensstandards, Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts,
Kontrollziel -	Selbstbestimmungsrecht der Völker, Gleichberechtigung der Völker,
Erlössicherungs- und Steigerungsziel -	Lösung internationaler Probleme wirtschaftlicher Art durch internationale Zusammenarbeit,
Beteiligungsziel -	Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts.

Die rohstoffpolitischen Ziele der EL lassen sich alle unter diese Zielvorstellungen subsumieren. Letztlich sind hier aber Idealvorstellungen aller Staaten, besonders unter Art. 55 a, angesprochen.

3.3. Die Beeinflussung der wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele der UN durch die Gedanken des Freihandels

Der besondere Einfluß der Vereinigten Staaten auf die Struktur und Inhaltlichen Ziele der UN ist evident.²

Die wirtschaftlichen und sozialen Vorstellungen der Charta der Vereinten Nationen werden als maßgeblich von angelsächsischem, insbesondere amerikanischem Einfluß geprägt angesehen. Das marktwirtschaftliche System des Westens sollte mit dem Ziel übernommen werden, es zu verbessern, aber nicht grundsätzlich zu verändern.³

1. vgl. I. Teil, III. 5.

2. Präsident Roosevelt gab 1943 dem State Department den Auftrag, Empfehlungen für eine „Nachkriegs-Sicherheitseinrichtung“ zu formulieren. „Dieser sogenannte 'Outline-Plan' skizzierte die Struktur der vorgesehenen Entscheidungsmechanie entsprechend den Vorstellungen des Präsidenten und bildete den ersten Grundlagenstein für die spätere Staatenorganisation. Im 'Outline-Plan' zeigten sich bereits alle Besonderheiten der Charta der Vereinten Nationen.“
Weber, Hermann; a.a.O., S. 90

3. vgl. Kemper, Ria; a.a.O., S. 51 und Erler, Georg; Grundprobleme des internationalen Wirtschaftsrechts, Göttingen 1956, S. 97

Als Konsequenz ging das wirtschaftliche System der Vereinten Nationen, „wie es sich nach der Charta von San Francisco darstellt, von der Vorstellung aus, daß es möglich sei, wirtschaftliche Interessenkonflikte auf der Basis eines allgemeinen Interesses an der Optimierung des Güteraustausches und der Maximierung des Weltsozialproduktes beizulegen.“¹

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der Vereinten Nationen zur Zeit der Gründung lassen sich zu einem Konzept des Freihandels in folgenden Stichpunkten zusammenfassen:

- Verfolgung einer liberalen Handelspolitik,
- Beteiligung des Staates bei der Herstellung eines freien Wirtschaftsaustausches,
- geschlossene und auf privater Basis beruhende, sich selbst regelnde Handelssysteme,
- weltweit miteinander konkurrierende Wirtschaftssysteme,
- Verzicht der einzelnen Staaten auf Eingriffe in den Außenhandel,
- eine am Zahlungsbilanzgleichgewicht orientierte Währungspolitik,
- Verhinderung von wirtschaftlichem Nationalismus und ökonomischem Isolationismus.²

Das Freihandelskonzept der UN wird als gelungene Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen der westlichen Industrienationen, besonders der USA, bewertet weil:

- es mit der ökonomischen Ausgangsposition der USA korrespondierte,
- die USA „als wirtschaftliche Vormacht des Westens eine Konkurrenz auf den Weltmärkten nicht zu befürchten hatte.“
- ihr hoher Anteil an der Weltproduktion an Industriegütern den offenen Im- und Export brauchte.³

1. Kemper, Ria; a.a.O., S. 50

2. vgl. ebenda

3. vgl. ebenda, S. 51 und Erler, Georg; a.a.O., S. 97

Die sozialistischen Staaten hatten auf Grund ihrer ideologischen Konzeption ein anderes Verständnis vom Handel. Sie bekundeten von Anfang an kein Interesse an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der Vereinten Nationen.¹

4. Zusammenfassende Wertung

Die Bewertung der Motivation der maßgeblichen Gründer der Vereinten Nationen und die Bewertung der Charta der Vereinten Nationen in der Absicht ihrer Verfasser ergeben, daß die UN wirtschaftlich die Interessen der westlichen Industrienationen primär berücksichtigten.

Die Vereinten Nationen waren vollkommen unvorbereitet darauf, Ländern, die sich zur damaligen Zeit noch unter irgend-einer Form des Kolonialismus befanden, zu helfen.² Die Vereinten Nationen waren in ihren politischen und wirtschaftlichen Absichten primär auf Sicherheit durch Beibehaltung des status quo gerichtet. Die Lösung der Probleme der Industrieländer wurde als dringlicher betrachtet als die Lösung der Probleme der Entwicklungsländer.³

Die EL waren nicht aktiv an der Konzipierung der Charta der Vereinten Nationen beteiligt. Spezielle entwicklungspolitische Interessen waren kein Motiv der Gründer der Vereinten Nationen. Doch bietet die Charta der Vereinten Nationen in ihren allgemeinen und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen eine Anspruchsgrundlage für alle rohstoffpolitischen Forderungen der EL.⁴

1. vgl. Kemper, Ria; a.a.O., S. 52

2. Die Charta bot keine eigene Grundlage für die Entkolonialisierung. Die Entkolonialisierung war auch für die UN in den ersten Jahren ihres Bestehens kein wichtiger Diskussionspunkt. vgl. Scheuner, Ulrich; a.a.O., S. 37 und vgl. Fieldhouse, David K.; Die Kolonialreiche seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt 1965, S. 331-337

3. vgl. Kemper, Ria; a.a.O., S. 53 und Twichett, Kenneth J.; The Evolving United Nations - A Prospect of Peace, London 1971, S. 15

4. vgl. die aus der Literatur erarbeiteten Rohstoffpolitischen Ziele der EL im Text I. Teil, III. 5.

II. DIE GENERALVERSAMMLUNG - MÖGLICHKEITEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER DIE GENERALVERSAMMLUNG FÜR DIE FORMIERUNG IHRER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN ZU NUTZEN

1. Die rohstoffpolitischen Möglichkeiten der Generalversammlung

Die Möglichkeiten der GA ergeben sich aus:

- ihrer Wichtigkeit als einem Hauptorgan der UN,
 - der Überordnung der GA über die übrigen Organe der UN,¹
 - der Vertretung aller Staaten mit einer Stimme (Art. 9 und 18),
 - der Möglichkeit jedes Mitgliedstaates, seine Wünsche vorzutragen,
 - der Fähigkeit, Untersuchungen zu veranlassen und Empfehlungen abzugeben,²
- „a. um die internationale Zusammenarbeit auf politischem Gebiet zu fördern und die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts sowie seine Kodifizierung zu begünstigen;
- b. um die internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, ... zu fördern und zur Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten beizutragen.“ Art.13.1.a,b
- dem Recht der GA Nebenorgane zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben einzusetzen (Art. 22)

Die Generalversammlung tagt nicht allein als Plenum. „Ihre Beschlüsse werden überwiegend in Ausschüssen vorbereitet. Nach Art. 98 Geschäftsordnung gibt es sechs Hauptausschüsse, in denen jeder Mitgliedstaat durch eine Person vertreten ist. ... Auf Grund der in Art. 22 enthaltenen Generalmächtigung zur Schaffung von Neben- und Spezialorganen hat sich die Generalversammlung darüber hinaus mit einem weiteren Kreis von Hilfseinrichtungen

1. so ist die GA nach Art. 60 der Charta der UN verantwortlich für die wirtschaftliche und internationale Zusammenarbeit und hat die Autorität über die ECOSOC

2. Art. 10 der Charta der Vereinten Nationen „Die Generalversammlung kann alle Fragen und Angelegenheiten erörtern, die in den Rahmen dieser Charta fallen und Aufgaben eines in dieser Charta vorgesehenen Organs betreffen; Vorbehaltlich des Art. 12 kann sie zu diesen Fragen und Angelegenheiten Empfehlungen an die Mitglieder der Vereinten Nationen oder den Sicherheitsrat oder an beide richten.“

umgeben, die in drei Kategorien eingeteilt werden."¹

1. Verfahrensausschüsse (Hauptausschüsse - Komitees),
2. Ständige Ausschüsse,
3. Subsidiärausschüsse, ad hoc- und ähnliche Gremien.

Diese Ausschüsse werden nur da erwähnt werden, wo in ihnen rohstoffpolitische Formierungen von EL stattfinden, die in der Generalversammlung keinen Ausdruck finden.

Die EL können versuchen, auf der Ebene der Generalversammlung rohstoffpolitische Forderungen zu formieren und damit Macht auszuüben. Sie können dies, indem sie sich auf der Ebene der GA und der Hauptausschüsse, wo jedes Land mit einer Stimme vertreten ist, wirksam zu Interessengruppen organisieren, oder indem sie versuchen, Resolutionen zu verabschieden, in denen von ihnen vorgetragene Forderungen empfohlen werden. Sie können auch versuchen, Untersuchungen zum Thema Rohstoffe durch die UN zu erreichen oder versuchen, durch die Unterstützung oder Erreichung von Mehrheitsbeschlüssen, Neben- und Spezialorgane für das Gebiet der Rohstoffe einzusetzen.

Die erste logische Voraussetzung einer Interessenskoalition ist die Anwesenheit interessensgleicher Akteure. Bei der Darstellung der allgemein politischen Formierung der EL auf der Ebene der GA soll nicht nur diese Präsenz der EL aufgezeigt werden unter der Prämisse, daß EL per definitionem gleiche Interessen verfolgen.² Die kurze Darstellung der allgemeinpolitischen Formierung der EL soll auch die Möglichkeiten der EL aufzeigen, auf der Ebene der GA rohstoffpolitische Forderungen zu formieren.

2. Die allgemeinpolitische Formierung der Entwicklungsländer-Gruppen

Die zu untersuchenden EL-Gruppen waren in der GA bis zum Jahre 1949 in folgender Zahlenstärke vertreten:

- die afroasiatische Gruppe: Gesamtsumme 16
 - die arabischen Länder: 6

1. Tomuschat, Christian; a.a.O., S. 154

2. vgl. im Text I. Teil, II. 1.

- die asiatischen Länder: 8
- die afrikanischen Länder: 2
- die lateinamerikanische Gruppe: 20¹

2.1. Die afroasiatische Gruppe

Ob die afroasiatischen Länder in der Gründungsphase schon als Gruppe zusammenarbeiteten, wird in der Literatur unterschiedlich beurteilt.² In der Gründungsphase der UN arbeiteten nur die arabischen Länder als Gruppe zusammen.

Eine afrikanische Gruppe auf der Ebene der Vereinten Nationen gab es in dieser Zeit ebensowenig wie eine asiatische Gruppe.³ Zu einer eigenständigen asiatischen Gruppenbildung auf der Ebene der Vereinten Nationen ist es nie gekommen. Wohl aber waren einige asiatische Länder in der Commonwealth Gruppe organisiert.⁴

2.1.1. Die arabische Gruppe

Als Kern der afroasiatischen Gruppe wird die Araberliga angesehen.⁵ Deren Mitglieder waren: Ägypten, Irak, Jordanien,

1. vgl. Annex I

2. Pfahlberg sieht eine afroasiatische Gruppe seit 1947 in den UN, wobei er sich auf Abdel Rahman Azzam, den ehemaligen Generalsekretär der Araberliga beruft, der den Beginn der afroasiatischen Zusammenarbeit in den UN auf das Jahr 1947 datiert, als China, Indien und die Philippinen mit den arabischen Staaten Absprachen mit dem Ziel einer gemeinsamen Palästina- und Indonesien-Politik trafen. Von da an sei eine ad hoc Zusammenarbeit der Gruppe vorhanden gewesen.

vgl. Pfahlberg, Bernhard; a.a.O., S. 243

Hovet dagegen sieht eine ad hoc Gruppenarbeit erst seit 1949/1950 gegeben, vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 78 und Bailey sieht die Existenz einer afroasiatischen Gruppe seit 1950. vgl. Bailey, Sydney D.; a.a.O., S. 34.

3. Eine Formierung der afrikanischen Gruppe fand erst innerhalb der 12. Sitzungsperiode statt, im Jahre 1957.

vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 184

4. Folgende asiatische Länder gehören dazu: Ceylon, Indien, Pakistan.

vgl. ebenda, S. 34

5. vgl. Pfahlberg, Bernhard; a.a.O., S. 243

Libanon, Saudi Arabien und Syrien seit 1945 und Jemen seit 1947. Sie bildeten zu dieser Zeit schon eine eigene caucusing group.¹ UN-Mitgliedschaft und Mitgliedschaft in der Araberliga waren dabei identisch. Zwischen ihnen kam es zu intensiven Konsultationen über Probleme des mittleren Ostens und damit zusammenhängender Probleme.²

2.1.1.1. Zielgleichheit

Die arabische Gruppe wies ein hohes Maß an Zielgleichheit bei den Abstimmungen über Resolutionen in der GA auf. Ihr Abstimmungsverhalten, dargestellt in Prozentwerten zeigt:

	Identität		Solidarität	Uneinigkeit
1. Sitzungsperiode	83	17	0	
2. Sitzungsperiode	78	18	4	
3. Sitzungsperiode	50	35	15 ³	

2.1.1.2. Aktionsformation

Die arabische Gruppe erwies sich bei Abstimmungen in der Generalversammlung als eigenständige Interessensgruppe.

Die Abstimmung der Mehrheit der Mitglieder der arabischen Caucusing group zeigt im Verhältnis zu den Abstimmungen der Mehrheit in der GA in den Sitzungen folgendes Verhalten:
(ausgerechnet in Prozentwerten)

1. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 78 Darunter ist eine Gruppe von Staaten zu verstehen, „mit einem gewissen Maß an Organisation, welche regelmäßige Treffen abhält aber nicht an die Entscheidungen der Mehrheit gebunden ist.“ Hovet, Thomas; Africa in ..., a.a.O., S. 17
2. vgl. Bailey, Sydney; a.a.O., S. 34 Der Pakt der Liga der arabischen Staaten sah eine wirtschaftlich enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in den Fragen: Wirtschaft und Finanzen, Handel, Zoll, Währungen, landwirtschaftliche und industrielle Probleme vor. vgl. Art. 2a des Paktes der Liga der arabischen Staaten, „zitiert nach Archiv der Gegenwart 1945, S. 179 c.
3. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 134, Chart. 13

	Mit Mehrheit	Gegen Mehrheit	Enthaltung
1. Sitzungsperiode	59	18	23
2. Sitzungsperiode	58	13	29
3. Sitzungsperiode	60	28	12 ¹

Von der arabischen Gruppe wird berichtet, daß sie sich seit 1945 beinahe täglich während der Sitzungen der GA und auch außerhalb dieser Zeit regelmäßig traf, um über die Themen:

- Israel,
- Palästina,
- Suez,
- wirtschaftliche Entwicklung zu beraten.²

Sie war vom Anfang der UN an existent und sowohl unabhängig als auch innerhalb der afroasiatischen Gruppe tätig.³

Für die arabische Gruppe läßt sich feststellen:

- eine enge Zusammenarbeit,
- ein hohes Maß an Abstimmungsgleichheit,
- ein geschlossenes Auftreten als Gruppe.

Die Gruppe verfügte über eine vollkommene Aktionsformation.

1. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 137, Chart. 16

2. vgl. ebenda, S. 57 f

3. vgl. ebenda, S. 58

2.1.1.3. Das Maß der Formierung

Festgestellt werden konnte:

- eine hohe Zielgleichheit
- eine vollkommene Aktionsformation

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
	mittlere	geringe
mittlere		
	große	ad hoc
hohe		
	vollkommene	vollkommene
vollkommene		

Es besteht somit eine große/vollkommene Formierung der allgemeinen arabischen Gruppenpolitik. (9)

2.1.2. Die Formierung der afroasiatischen Länder

2.1.2.1. Zielgleichheit

Das Abstimmungsverhalten der gesamten afroasiatischen Länder während der ersten drei Sitzungsperioden der GA zeigt ein geringes Maß an Zielgleichheit der Gruppe. Die Gruppe zeigte, dargestellt in Prozentwerten, das Abstimmungsverhalten:

	Identität	Solidarität	Uneinigkeit
1. Sitzungsperiode	33	10	57
2. Sitzungsperiode	0	35	65
3. Sitzungsperiode	17	22	51 ¹

2.1.2.2. Aktionsformation

Zu einer Zusammenarbeit der afroasiatischen Gruppe kam es nicht. Es mangelte an jeglicher Form einer Organisation.²

Das Abstimmungsverhalten der Gruppe zeigt deutlich den Mangel an innerer und äußerer Geschlossenheit. Die Länder verhielten sich sehr stark an die Mehrheit der GA angepaßt. Das Abstimmungsverhalten der Gruppe im Verhältnis zur GA-Gesamtheit zeigt in Prozentwerten dargestellt:

	Mit Mehrheit	Gegen Mehrheit	Enthaltung
1. Sitzungsperiode	82	0	18
2. Sitzungsperiode	45	17	38
3. Sitzungsperiode	60	37	13 ³

1. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 164, Chart. 43

2. vgl. ebenda, S. 78 und
vgl. Bailey, Sydney; a.a.O., S. 34

3. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 169, Chart. 48

Als Maß der Aktionsformation ließ sich feststellen:

- keine Abstimmungsgleichheit,
- keine Zusammenarbeit,
- keine innere oder äußere Geschlossenheit.

Es lag keine Aktionsformation vor.

2.1.2.3. Das Maß der Formierung

Festgestellt werden konnte:

- keine Aktionsformation
- eine geringe Zielgleichheit

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
mittlere	mittlere	geringe
hohe	große	ad hoc
vollkommene	vollkommene	vollkommene

Für die Gesamtpolitik der afroasiatischen Länder auf der Ebene der UN ließ sich nur eine kleine Formierung feststellen. **C 1,8)**

2.2. Die lateinamerikanische Gruppe

2.2.1. Aktionsformation

Die lateinamerikanische Gruppe war die zahlenmäßig am stärksten vertretene EL-Gruppe. Sie zeichnete sich durch Zusammenarbeit und ein geschlossenes Auftreten aus.

Die lateinamerikanische Gruppe innerhalb der GA betrug 39,3 % der gesamten Mitgliedschaft der UN in der Gründungsphase. Seit 1946 wird sie als „ziemlich organisierte Gruppe“¹ bezeichnet. Die lateinamerikanische Gruppe war von Anfang an eine „caucusing group“, die sich anfänglich nur auf Kandidaten für Wahlen einigte. Allmählich begann sie jedoch, sich mit fast allen Problembereichen, die auf der Ebene der Vereinten Nationen besprochen wurden, zu beschäftigen. Es wurden Gruppentreffen organisiert, auf denen diskutiert wurde. Man versuchte Resolutionen zu verschiedenen Themen zu erarbeiten. Die getroffenen Entscheidungen waren jedoch nicht bindend.² Eine totale Übereinstimmung wurde beinahe immer bei der Besetzung wichtiger Posten für die Vereinten Nationen erreicht.³

Die Gruppe lud andere Gruppen, bzw. deren Mitglieder und andere nichtorganisierte EL ein, ihre Meinung zu anstehenden Problemen vor ihnen darzulegen. Zu einer organisierten EL-Gruppen Koordination kam es in dieser Zeit jedoch nicht.⁴

Bei Abstimmungen zeigte sich die Gruppe nicht als geschlossene Einheit (siehe Zielgleichheit).

Als Maß der Aktionsformation kann festgestellt werden:

- eine organisierte Zusammenarbeit,
- kein gemeinsames Abstimmungsverhalten,
- keine innere oder äußere Geschlossenheit.

Es bestand nur eine geringe Aktionsformation.

1. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 65

2. vgl. ebenda und Bailey, Sydney D.; a.a.O., S. 33

3. vgl. Bailey, Sydney; a.a.O., S. 33 f

4. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 65 f

2.2.2. Zielgleichheit

Die lateinamerikanische Gruppe zeigte in der Gründungsphase beim Abstimmungsverhalten ein mittleres Maß an Zielgleichheit. Das Abstimmungsverhalten zu den Resolutionen zeigte (in Prozentwerten):

	Identität	Solidarität	Uneinigkeit
1. Sitzungsperiode	42	20	38
2. Sitzungsperiode	25	17	53
3. Sitzungsperiode	20	32	48 ¹

1. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 141, Chart. 20

2.2.3. Das Maß der Formierung

Die Formierung der lateinamerikanischen Gruppe auf dem Gebiet der allgemeinen Politik. Festgestellt werden konnte:

- eine geringe Aktionsformation,
- eine mittlere Zielgleichheit

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
mittlere	mittlere	geringe
	große	ad hoc
hohe		
vollkommene	vollkommene	vollkommene

Festgestellt werden kann für die Präsenz der lateinamerikanischen Gruppe die mittlere Formierung ihrer allgemeinpolitischen Zielforderungen. (5.0)

3. Die Untersuchung der Rohstoffpolitik der Generalversammlung auf Formierungen rohstoffpolitischer Forderungen der Entwicklungsländer

3.1. Ökonomische Hintergrunddaten der Rohstoffpolitik der Entwicklungsländer

Zum besseren Verständnis der Rohstoffpolitik der Vereinten Nationen und zum besseren Verständnis der Rohstoffforderungen der EL seien hier einige ökonomische Daten aufgeführt, die Auskunft über Angebot und Nachfrage für Rohstoffe bis zum Jahre 1949 geben.

Die Nachkriegszeit war gekennzeichnet durch eine Knappheit an allen Gütern. Die Ursachen waren: durch den Krieg zerstörte Produktionsmittel und eine Kriegswirtschaft, die Produktionsfaktoren besonders aus dem agrarischen Bereich abgezogen hatte. Hinzu kam eine Mißernte im Jahre 1946 in Indien und dem südlichen Afrika und eine schlechte Ernte in Europa im Jahre 1947.¹

Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln war groß. Groß war auch die Nachfrage nach Rohstoffen, die geeignet waren für die Rekonstruktion der verwüsteten und in Mitleidenschaft gezogenen Ökonomien der Welt. Die Preise für agrarische Rohstoffe stiegen bis zum Jahre 1947/48 stark an, fielen dann aber stark. Für die anderen Rohstoffe, besonders die mineralischen, stiegen die Preise bis zum Jahre 1949 an, fielen aber in der ersten Hälfte des Jahres 1949 erheblich.²

3.2. Die Schwerpunkte der Rohstoffpolitik der Generalversammlung

Die Generalversammlung widmete sich auf dem Gebiet der Wirtschaft der Behandlung von drei großen Themenbereichen mit Rohstoffbezug:

1. Der Rekonstruktion der vom Krieg verwüsteten Gebiete.
2. Der Beseitigung eines Mangels an Nahrungsmitteln.
3. Der wirtschaftlichen Entwicklung unterentwickelter Gebiete.

1. vgl. United Nations, The General Assembly, in: Yearbook of the United Nations 1946-47, New York 1947, S. 75 f und United Nations, Department of Economic Affairs, Post War Shortage of Food and Coal, New York 1948 ix

2. vgl. United Nations, Relativ Prices of Exports and Imports of Underdeveloped Countries, New York 1947, S. 75 f

3.2.1. Die Rekonstruktion der vom Krieg verwüsteten Gebiete und die Rolle der Rohstoffe

Die einstimmig beschlossene GA Resolution 19 (I) vom 2. Februar 1946 stellte fest,¹ daß die Weltwirtschaft durch den zweiten Weltkrieg schwere Schäden erlitten habe. Für die vom Krieg zerstörten Gebiete wurde festgestellt, daß die in den zerstörten Gebieten lebenden Menschen nahezu die Hälfte der Menschheit repräsentierten, und daß die Zerstörung der Gebiete für die Weltökonomie den Ausfall einer großen Konsumentenschar, eine Verhinderung des normalen Welthandels und somit eine Gefahr für die Weltwirtschaft bedeute.

Die Zerstörung habe einen Rückgang des Lebensstandards und des Gesundheitszustandes der Menschen zur Folge wie auch einen beträchtlichen bis totalen Verlust an Produktivität und wirtschaftlicher Aktivität.

Zur Lösung dieser Probleme empfahl die Resolution die Investition großer Kapitalmengen in den zerstörten Gebieten und eine internationale Zusammenarbeit der Mitglieder der UN auf allen Ebenen und mit ganzem Herzen.

Der ECOSOC wurde mit der genaueren Analyse dieser Aufgabe und des Problems betraut. Ihm wurde von der GA aufgetragen, es als dringendes Problem auf seinem ersten Treffen zu behandeln.

Das zweite Komitee der GA, das Hauptkomitee für Wirtschafts- und Finanzfragen wurde angewiesen, eine genaue Untersuchung durchzuführen und die Ergebnisse in einem Report der Generalversammlung vorzulegen.

Der GA Resolution 19 (I) lagen zwei draft resolutions zugrunde, die sich inhaltlich ergänzten. Die Antragsteller waren Polen und die USA.²

Die GA Resolution 49 (I) vom 6. Dezember 1946 (einstimmig angenommen³) erwähnte erstmals die Rolle der Rohstoffe bei der Wiederherstellung der Weltwirtschaft.

1. vgl. United Nations, The General Assembly; in: Yearbook of the United Nations 1946-47, a.a.O., S. 76

2. ebenda und Annex Ia

3. vgl. United Nations, The General Assembly; in: Yearbook of the United Nations 1946-47, a.a.O., S. 173

Der ECOSOC wurde angewiesen, „... so früh wie möglich eine generelle Studie in Erwägung zu ziehen, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Spezialagenturen, über Rohstoffquellen, die gebraucht werden für die ökonomische Rekonstruktion der zerstörten Gebiete, unter Berücksichtigung der Empfehlung der Anwendung geeigneter Maßnahmen die Produktion zu steigern und zu fördern und den Transport dieser Materialien von den produzierenden Gebieten zu den zerstörten Gebieten zu erleichtern.“¹

Der Resolution lagen von einzelnen EL vorgetragene draft resolutions zugrunde.

3.2.2. Die Beseitigung des Mangels an Nahrungsmitteln

Die einstimmig angenommene GA Resolution 27 (I) vom 14. Februar 1946 stellte für den Bereich der Ernährung fest, daß als Folge des Krieges ein bedenklicher Rückgang in der Weizenproduktion bestehe und eine Mißernte in einigen Ländern zu bedenklicher Knappheit und Hungersnöten führen könne.

Die Generalversammlung drängte in der Resolution „... all governments and people to take immediate and drastic action, both directly and through international organisations concerned, to conserve supplies, by securing adequate collections of crops from the producers, by saving food and avoiding waste, and to ensure the maximum production of grain in the coming season;“²

Dieser Resolution lag die draft resolution von China, Frankreich, UdSSR, England und USA zugrunde. Diese draft resolution wurde während der 32. und 33. Vollversammlung der Generalversammlung im Februar 1946 besprochen und einstimmig angenommen.³

Inhaltlich wurde diese GA Resolution 27 (I) durch die GA Resolution 45 vom 11. Dezember 1946 einstimmig bestätigt.⁴

-
1. United Nations, The General Assembly; in: Yearbook of the United Nations 1946-47, a.a.O., S. 173 f
 2. vgl. United Nations, World Shortage of Cereals; in: Yearbook of the United Nations 1946-47, a.a.O., S. 75
 3. vgl. United Nations, The General Assembly; in: Yearbook of the United Nations 1946-47, a.a.O., S. 75
 4. vgl. ebenda, S. 172

Dieser Resolution lagen getrennte draft resolutions der Länder Kanada, Brasilien, Argentinien, Saudi-Arabien, Guatemala, England, Ägypten und UdSSR zugrunde.¹

Die Knappheit an Lebensmitteln zu bekämpfen blieb eines der Hauptziele der Rohstoffpolitik der Generalversammlung. Die Analyse der Ursachen für die Lebensmittelknappheit wurde jedoch differenzierter und die Einstimmigkeit der GA blieb nicht ganz erhalten. In GA Resolution 202 (III) vom 8. Dezember 1948, angenommen mit den Stimmen aller EL (35:1:2)², wurde als Ursache der Knappheit an Nahrungsmitteln der Krieg und seine Folgen und die wirtschaftlichen Strukturen der Weltwirtschaft, insbesondere die der Entwicklungsländer, genannt.³

Zur Herstellung einer zufriedenstellenden Nahrungsmittelsituation forderte die Resolution eine Steigerung der Produktivität der Farmen, die Vermeidung der Verschwendung von Lebensmitteln und eine Verbesserung von Produktion, Vermarktung und Verteilung der Nahrungsgüter.

Um einen Mißbrauch wirtschaftlicher Not abzuwenden, forderte die Resolution die Verhinderung von Spekulationen im Bereich der Lebensmittelgüter.⁴ Die Resolution erbat die besondere Aufmerksamkeit des ECOSOC und der FAO für die Bereiche Technik, Finanzierung, Angebot, Lagerhaltung, Vermarktung, Verteilung, Reduzierung belastender Steuern, Maßnahmen zur Sicherung von Preisstabilität.

Die beinahe erreichte Einstimmigkeit aller UN-Mitglieder bei

-
1. vgl. United Nations, The General Assembly; in: Yearbook of the United Nations 1946-47, a.a.O., 170-172 und Annex Ia
 2. vgl. United Nations, Economic Questions; in: Yearbook of the United Nations 1948-49, a.a.O., S. 468-472
 3. „3. Considering that
(a) the present under-nourishment of large numbers of people throughout the world is caused, inter alia, by insufficient production of food, by loss of foodstuffs through wastage, by the results of war devastation, by the underdeveloped character of large areas of the world and by lack of purchasing power, while fear of unstable prices remains an obstacle to the necessary increase of production." (GA Resolution 202 (III) vom 8. Dezember 1948)
 4. „3. (d) Whenever profiteering by distributors or speculators is involved in the marketing of essential foodstuffs such profiteering constitutes an obstacle to the equitable distribution of such foodstuffs." (ECOSOC Resolution 183 (VIII) vom 10. März 1949)

diesen Forderungen zeigt ein hohes Maß an Gleichheit der Ziele im Bereich der agrarischen Rohstoffe. In der GA Resolution 202 (III) wurde erstmalig eine Forderung des Kontrollzieles genannt. Für den Bereich der technischen Hilfe wurde von den Geberländern die Respektierung der Souveränität der Nehmerländer verlangt.¹ Dieser GA Resolution lagen keine gemeinsamen Vorschläge (draft resolutions) von EL zugrunde.²

Die ECOSOC Resolution 183 (VIII) vom 10. März 1949, angenommen mit den Stimmen aller EL (14:0:3)³ bestätigte die Forderungen der GA Resolution 202 (III) vom 8. Dezember 1948.

3.2.3. Die wirtschaftliche Entwicklung unterentwickelter Gebiete

Die Generalversammlung nahm am 14. Dezember 1946 die Resolution 52 (I) einstimmig an.⁴ In der Resolution verpflichteten sich die UN-Mitglieder zu Verantwortlichkeit gegenüber weniger entwickelten Ländern.⁵ Der Resolution lag ein Vorschlag (draft resolution) Libanons zugrunde.⁶

Die wirtschaftliche Entwicklung der unterentwickelten Gebiete wurde als Selbstverpflichtung der Mitglieder der Vereinten Nationen in den GA Resolutionen 198 (III) und 200 (III) des 4. Dezember 1948 wiederholt. Diese Resolutionen wurden von allen EL angenommen.⁷ Auch hier wurden die Rohstoffe nicht direkt ange-

-
1. „2. (d) The technical assistance furnished shall not be a means of foreign economic und political interference in the internal affairs of the country concerned and shall not be accompanied by any considerations of a political nature.“ (GA Resolution 202 (III) vom 8. Dezember 1948)
 2. vgl. United Nations, Economic Questions; in: Yearbook of the United Nations 1948-49, a.a.O., S. 472 und Annex Ia
 3. vgl. ebenda
 4. vgl. United Nations, The General Assembly; a.a.O., S. 183
 5. „The General Assembly
Considering that the Members of the United Nations are not yet all equally developed;
Considering that some Member Nations may need export advice in the various fields of the economic and cultural development; Recognizing the responsibility of the United Nations under the Charter for assisting in such development;“
(GA Resolution 52 (I) vom 14. Dezember 1949)
 6. vgl. United Nations, The General Assembly; in: Yearbook of the United Nations 1946-47, a.a.O., S. 182 f und Annex Ia
 7. vgl. United Nations, Economic Questions; in: Yearbook of the United Nations 1948-49, a.a.O., S. 437

sprochen, doch lassen sie sich unter die allgemeine Verpflichtung der UN zur Hilfe subsumieren.

Die UN verpflichteten sich zur Hebung des Lebensstandards.¹
Die Hilfeleistung sollte durch die Ausbildung von technischem Personal und die Bereitstellung von technischem Gerät geschehen.²

1. „The General Assembly“ ...

„2. Recalling that the Charter of the United Nations binds Member States individually and collectively to promote higher standards of the United Nations,”
(GA Resolution 198 (III) vom 4. Dezember 1948)

„The General Assembly“ ... considering that ...

„(a) The promotion of conditions of economic and social progress and development is one of the principal objectives of the Charter of the United Nations.”
(GA Resolution 200 (III) vom 4. Dezember 1948)

2. vgl. GA Resolution 200 (III) vom 4. Dezember 1948

III. DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRAT (ECOSOC)

1. Die Möglichkeiten der Entwicklungsländer den ECOSOC zur Formierung rohstoffpolitischer Forderungen zu nutzen

Die Möglichkeiten des ECOSOC auf dem Gebiet der Rohstoffpolitik tätig zu werden, hängt in folgender Weise von der Generalversammlung und ihren Mehrheitsverhältnissen ab:

- der ECOSOC wird von der GA gewählt und spiegelt damit die Kräfteverhältnisse der GA wieder,
- nach Art. 66 (1) nimmt der ECOSOC „alle Aufgaben wahr, für die er im Zusammenhang mit der Durchführung von Empfehlungen der Generalversammlung zuständig ist“,
- nach Art. 66 (2) braucht der ECOSOC die Genehmigung der Generalversammlung um „alle Dienste zu leisten, um die ihn Mitglieder der Vereinten Nationen oder Sonderorganisationen ersuchen“ und ebenfalls nach Art. 66 (2) nimmt er
- „alle sonstigen Aufgaben wahr, die ihm in dieser Charta oder durch die Generalversammlung zugewiesen werden.“
- Nach Art. 60 ist der ECOSOC für die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet unter der Autorität der Generalversammlung verantwortlich.

Auch die Charta weist dem ECOSOC Aufgaben und Rechte zu. Auf die Rohstoffpolitik angewandt ist der ECOSOC in der Lage:

- auf dem Gebiet der Wirtschaft Untersuchungen durchzuführen, oder zu bewirken, sowie Berichte abzufassen oder zu veranlassen, Empfehlungen an die GA, die Mitglieder der UN oder in Betracht kommende Sonderorganisationen zu richten. Art. 62 (1),
- Empfehlungen abzugeben, „um die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle zu fördern,“ Art. 62 (2),
- „über Angelegenheiten, für die er zuständig ist, Übereinkommen zu entwerfen und der Generalversammlung vorzulegen,“ Art. 62 (3),

- nach den von den Vereinten Nationen festgesetzten Regeln internationale Konferenzen einzuberufen über Angelegenheiten, für die er zuständig ist. Art. 62 (3),
- Kommissionen für „wirtschaftliche und soziale Fragen und für die Förderung der Menschenrechte sowie alle sonstigen zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Kommissionen einzusetzen.

Die EL können innerhalb dieser Zuständigkeit des ECOSOC rohstoffpolitische Forderungen formieren, indem sie versuchen:

- auf dem Gebiet der Rohstoffe Untersuchungen durchführen zu lassen, welche als Basis von Forderungen dienen können,
- Einfluß auf Empfehlungen des ECOSOC an die UN-Mitglieder, an die GA oder an die Sonderorganisationen zu nehmen,
- Einfluß zu nehmen auf Übereinkommen, z.B. Rohstoffabkommen, die vom ECOSOC entworfen und der Generalversammlung vorgelegt werden,
- sich auf internationalen Konferenzen rohstoffpolitisch zu formieren und die rohstoffpolitischen Forderungen zu formulieren, bzw. indem sie versuchen, solche Konferenzen einzuberufen,
- internationale Konferenzen zu Rohstoffproblemen einzuberufen, um dort Forderungen zu stellen, und durch eine Formierung zu versuchen, politische Macht auszuüben.

Es wird meine Aufgabe sein, die Rohstoffpolitik der UN zu untersuchen auf:

- die Nutzung der oben aufgeführten Möglichkeiten der EL und
- die Aufgabenstellung der GA im Bereich der Rohstoffe für den ECOSOC und die Anteilnahme der EL daran.

Die erste Voraussetzung der Bildung von politischer Macht ist das Vorhandensein politisch gleich Interessierter. Bei der Prämisse, daß die EL politisch gleichgesinnte Interessen verfolgen, ist der ECOSOC zu untersuchen auf die Präsenz von EL.

2. Die Präsenz der Entwicklungsländer im ECOSOC

Der Rat bestand bis zum Jahre 1965 aus 18 Mitgliedern. 1965 wurde die Mitgliederzahl auf 27 erhöht. Gewählt wurden von 1946 an jeweils 18 Mitglieder aus den Reihen der GA und durch die GA. Das Wahlverfahren nach Art. 61 (2) und (3) sah eine jährliche Wahl von sechs neuen Mitgliedern vor, wodurch eine Rotation in dem zahlenmäßig begrenzten Gremium möglich war.¹

Die Mitglieder des ECOSOC von 1946-48 können folgenden EL-Gruppen zugerechnet werden:

	1946	1947	1948
1. lateinamerikanische Gruppe:	5	5	5
2. afroasiatische Gruppe:	2	2	1
- arabische Gruppe:	0	0	0
- asiatische Gruppe:	2	2	1
- afrikanische Gruppe:	0	0	0
3. westeuropäische und andere Staaten Gruppe:	7	7	9
4. osteuropäische Gruppe:	4	3	3 ²

3. Die Aufgabenzuweisung der Generalversammlung an den ECOSOC im Bereich der Rohstoffe

In der GA Resolution 19 (I) vom 2. Februar 1946 war dem ECOSOC aufgetragen worden, bei der Rekonstruktion der zerstör-

1. Für die Wahl eines ECOSOC-Mitgliedes sind zwei Drittel der Stimmen der GA notwendig, weil es sich dabei um „wichtige Fragen“ handelt.
vgl. Function and Organisation of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1951, New York 1952, S. 11
2. vgl. United Nations, The Economic and Social Council, in: Yearbook of the United Nations 1946-47, a.a.O., S. 468 und vgl. United Nations, The Economic and Social Council, in: Yearbook of the United Nations 1947-48, a.a.O., S. 501 und vgl. United Nations, Function and Organisation, of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1948-49, a.a.O., S. 99

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrates in der Gründungsphase:

	1946	1947	1948	
1.	Belgien	w Niederlande	w Niederlande	w
2.	Kanada	w Kanada	w Kanada	w
3.	Chile	l Chile	l Chile	l
4.	Indien	a Indien	a Australien	w
5.	Libanon	l Libanon	l Libanon	l
6.	Norwegen	w Norwegen	w Brasilien	l
7.	China	a China	a China	a
8.	Kolumbien	l Neuseeland	w Neuseeland	w
9.	Kuba	l Kuba	l Dänemark	w
10.	Tschechoslowakei	o Tschechoslowakei	o Polen	o
11.	Frankreich	w Frankreich	w Frankreich	w
12.	Griechenland	w Türkei	w Türkei	w
13.	Peru	l Peru	l Peru	l
14.	Ukraine SSR	o Venezuela	l Venezuela	l
15.	UdSSR	o UdSSR	o UdSSR	o
16.	Vereinigtes Königreich	Vereinigtes w Königreich	Vereinigtes w Königreich	w
17.	USA	w USA	w USA	w
18.	Jugoslawien	o Bylorussian SSR	o Bylorussian SSR	o
		*	*	*
w = westeuropäische u. andere Länder	7		7	9
o = osteuropäische Länder	4		3	3
a = afroasiatische Länder	2		2	1
l = lateinamerikani- sche Länder	5		5	5

* Zahl der im ECOSOC vertretenen Länder der EL-Gruppen

ten Gebiete mitzuhelfen.¹

Die GA Resolution 49 (I) vom 6. Dezember 1946 wies den ECOSOC an, „so schnell wie möglich im Zusammenhang mit den betroffenen Spezialagenturen eine Studie über vorhandene Rohstoffquellen herzustellen, welche für die Rekonstruktion der zerstörten Gebiete von Nutzen sein könnten. Dabei sollte der ECOSOC besonders Maßnahmen empfehlen, wie die Produktion der Rohstoffe gesteigert und gefördert werden könnte, und wie der Transport dieser Materialien von den Produzentengebieten zu den zerstörten Gebieten erleichtert werden könnte“.

Es wird gesagt, daß diese Aufgabestellung als zentraler Punkt bis weit in die fünfziger Jahre bestehen blieb.²

Die GA Resolution 52 (I) vom 14. Dezember 1946 beauftragte den ECOSOC mitzuhelfen, um die in der Resolution ausgesprochene Selbstverpflichtung der Mitglieder der UN zur Hilfe für unterentwickelte Gebiete zu realisieren.³

Rohstoffe wurden in der Resolution nicht „expressis verbis“ aufgeführt. Sie sind aber dem „economical field“ zuzurechnen, für das Hilfe in Aussicht gestellt wird.

Ohne die Rohstoffe direkt zu erwähnen geben die GA Resolutionen 198 (III) und 200 (III) vom 4. Dezember 1948 dem ECOSOC den weitgehenden Auftrag, dem Problem der wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Gebiete in all ihren Aspekten Aufmerksamkeit zu schenken.⁴ Außerdem sollte der

1. „The General Assembly ... 3. ASKS the Economic and Social Council to place this subject on the agenda of its first meeting as an urgent matter in the economic and social field.“ GA Resolution 19 (I) vom 2. Februar 1946
2. vgl. Sharr, Walter R.; The United Nations Economical und Social Council, New York/London 1969, S. 73
3. „The General Assembly ... Decides to refer to the Economic and Social Council for study the question of providing effective ways and means for furnishing, in cooperation with the specialized agencies, expert advice in the economic, social and cultural fields to Member Nations who desire this assistance.“ GA Resolution 52 (I) vom 14. Dezember 1946
4. „The General Assembly ... 3. Recommends that the Economical and Social Council and the specialized agencies give further and urgent consideration to the whole problem of the economic development of underdeveloped countries in all its aspects, ...“ GA Resolution 198 (III) vom 4. Dezember 1948

ECOSOC der Generalversammlung über Aktionen zur Erreichung dieses Zieles berichten und selber Resolutionen vorbereiten.¹

Wenngleich die Rohstoffe nicht explizit erwähnt werden, so sind sie implizit angesprochen in: „all its aspects.“ (GA Resolution 200 (III) vom 4. Dezember 1948)

Diese Resolutionen wurden in späteren ECOSOC Resolutionen als Legitimation und Begründung der Aktivitäten des ECOSOC aufgeführt. Dabei wurde der Auftrag der Resolutionen auf den Bereich der Rohstoffpolitik angewandt.²

Der Wirtschafts- und Sozialrat leitete diesen Auftrag im Bereich der agrarischen Rohstoffe an die Food and Agriculture Organisation (FAO), eine Agentur des ECOSOC, weiter.³

Im Bereich der agrarischen Rohstoffe forderte die GA in der Resolution 202 (III) vom 8. Dezember 1948 die Stabilisierung der Rohstoffe. Der ECOSOC wurde aufgefordert, Maßnahmen zu überprüfen, wie diese Stabilität erreicht werden könne.

4. Die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer bei den rohstoffpolitischen Aktivitäten des ECOSOC

Der ECOSOC war im Bereich der Rohstoffpolitik tätig, indem er Resolutionen erließ, funktionale Kommissionen einsetzte, regionale Kommissionen etablierte und eine Konferenz für Handel und Entwicklung einberief.

4.1. Resolutionen des ECOSOC zur Rohstoffpolitik

Der Wirtschafts- und Sozialrat beschäftigte sich in seinen Resolutionen zur Rohstoffpolitik nur mit agrarischen Rohstoffen.

Die ECOSOC Resolution 103 (VI) vom 1. März 1948, (angenommen mit den Stimmen aller EL⁴) forderte, dem Problem

1. vgl. GA Resolution 200 (III) vom 4. Dezember 1948

2. vgl. ECOSOC Resolution 341 (XII) vom 21. März 1951, ECOSOC Resolution 4627 (XV) vom 10. April 1953, ECOSOC Resolution 487 (XV) vom 31. Juli 1953

3. vgl. ECOSOC Resolution 103 (VI) vom 1. März 1948, ECOSOC Resolution 223 (IX) vom 22. Juli 1949

4. vgl. United Nations, The Economic and Social Council, in: Yearbook of the United Nations 1947-48, a.a.O., S. 553

der mangelnden Nahrungsmittel für viele Regionen der Welt die gebührende Aufmerksamkeit zu geben. Die UN Mitglieder sollten einzeln oder gemeinsam mit der FAO Maßnahmen zur Effektivierung der Produktion von Kunstdünger und landwirtschaftlichen Maschinen ergreifen. Außerdem sollte die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln durch einen besseren Transport erhöht werden. Dieser Resolution lagen zwei Vorschläge (draft resolutions) mit einer Beteiligung von EL zugrunde.¹

4.2. Die funktionalen Kommissionen

Der Rat etablierte im Dezember 1946 auf dem Gebiet der Wirtschaft funktionale Kommissionen. Diese hatten die Aufgabe, Empfehlungen zur Bewältigung und zur Lösung wirtschaftlicher Probleme zu erarbeiten.

Es sollte die Aufgabe der Kommissionen sein, den ECOSOC bei Empfehlungen zur Erhöhung des Lebensstandards zu beraten. Die Aufgabengebiete der Kommissionen sollten sein:

„(a) the prevention of wide fluctuations in economic activity and the promotion of full employment by the coordination of national full employment policies and by international action;

(b) problems of the reconstruction of devastated areas and other urgent problems arising from the war, so as to help various Members of the United Nations whose territories have been devastated as a result of the war; and

(c) the promotion of economic development and progress, with spezial regard to the problems of less developed areas.“²

Zur Effektivierung der Arbeit wurden noch zwei Unterkommissionen gebildet: die Unterkommission für Stabilität in Beschäftigung und Wirtschaft und die Unterkommission für wirtschaftliche Entwicklung.

Die Kommission für wirtschaftliche Entwicklung sollte Studien und Ratschläge erarbeiten zu Prinzipien und Problemen langzeiti-

1. vgl. United Nations, The Economic and Social Council; a.a.O., S. 553 und Annex Ia

2. ebenda, S. 502

ger wirtschaftlicher Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung der unzureichend entwickelten Gebiete der Welt. Das Ziel dabei sollte sein:

- (a) promotion the fullest and most effective utilization of national resources, labor and capital;
- (b) raising the standard of consumption."¹

Die Mitglieder der Kommissionen wurden vom Rat bestimmt. Alle Nationalitäten konnten vertreten sein. Die Arbeit dieser Kommissionen sollte wissenschaftlich sein und nicht politisch. Für Formierungen rohstoffpolitischer Forderungen der EL boten die Kommissionen keinen Raum. Einen funktional ähnlichen Zweck verfolgte die Einrichtung statistischer Kommissionen.²

4.3. Die regionalen Wirtschaftskommissionen

4.3.1. Die Gründung der regionalen Wirtschaftskommissionen

Der Wirtschafts- und Sozialrat wurde von der Generalversammlung am 6. Dezember 1946 aufgefordert, sich mit der Errichtung von Wirtschaftskommissionen für Europa, Asien und den fernen Osten zu beschäftigen. Der allgemein formulierte Auftrag lautete: Hilfe zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu leisten.³

Der ECOSOC etablierte für Europa und Asien und den fernen Osten eine Wirtschaftskommission am 28. März 1947.⁴ Für Lateinamerika richtete der ECOSOC selbständig am 25. Februar 1948 eine Wirtschaftskommission ein.⁵ Eine für den nahen Osten geplante Wirtschaftskommission wurde am 8. März 1948 auf einer „ad hoc Basis“ auf Empfehlung der GA vom ECOSOC eingerichtet.⁶ Zur Errichtung einer regionalen Wirtschaftskommission für den

-
- 1. United Nations, Organisation of the Economic and Social Council; in: Yearbook of the United Nations 1947-48, a.a.O., S. 502
 - 2. ebenda
 - 3. vgl. United Nations, The General Assembly; in: Yearbook of the United Nations 1946-47, a.a.O., S. 147
 - 4. vgl. ECOSOC Resolution 36 (IV) des 28. März 1947
 - 5. vgl. ECOSOC Resolution 106 (VI) vom 25. Februar 1948
 - 6. vgl. ECOSOC Resolution 107 (VI) vom 8. März 1948

nahen Osten kam es bis 1949 nicht. Ihre Planung wurde dem ECOSOC von der Generalversammlung in der GA Resolution 120 (II) vom 31. Oktober 1947 übertragen.

4.3.2. Die Aufgabenstellung der Wirtschaftskommissionen

Die regionalen Wirtschaftskommissionen bekamen vom ECOSOC die einheitliche Aufgabenstellung:

- Initiierung und Teilnahme an Aktionen zur Behebung dringender wirtschaftlicher Probleme als Folge des Krieges innerhalb ihrer Region,
- Stärkung der wirtschaftlichen Aktivität der Länder ihrer Region untereinander und mit dritten Ländern,
- Förderung und Durchführung von Untersuchungen zu wirtschaftlichen und technischen Problemen und Entwicklungen innerhalb ihrer Region; Verbreitung solcher Informationen,
- Förderung und Suche nach Lösungen der wirtschaftlich schlechten Lage der Weltwirtschaft insgesamt im Interesse einer weltweiten Erholung und wirtschaftlichen Stabilität.

Diese Formulierungen sind sehr allgemein gehalten. Dennoch lassen sich sämtliche Rohstoffprobleme der EL hierunter subsumieren. Die Aktivitäten der Kommissionen hinsichtlich einer politischen Willensbildung wurden jedoch kanalisiert, indem man sie in die Rahmenkonstruktion der politischen Strategien der UN einband und dem ECOSOC unterstellte.¹

4.3.3. Der territoriale Wirkungsbereich der regionalen Wirtschaftskommissionen

Die territoriale Aufgabenstellung umfaßte für die regionalen

1. „The Economic Commission for Latin America acting within the framework of the policies of the United Nations and subjected to the general supervision of the Council ...“ ECOSOC Resolution 106 (VI) vom 25. Februar 1948. Dieselbe Aufgabenstellung gilt für die anderen Kommissionen, vgl. United Nations, The Economical and Social Council, in: Yearbook of the United Nations 1946-47, S. 483. Für die Wirtschaftskommission für Europa, für die Kommission für Asien und den fernen Osten ebenda, S. 485 und für die „ad hoc Wirtschaftskommission für den nahen Osten“, vgl. United Nations, Economical and Social Council, in: Yearbook of the United Nations 1947-48, S. 543

Kommissionen:

- Europa: die UN-Mitglieder Europas,¹
- Asien und ferner Osten: „The territories of Asia and the Far East shall include in the first instance, British Borneo, Brunei and Sarawak, Burma, Ceylon, China, India, Indo-Chinese-Federation, Hong-Kong, Malayan Union and Singapore, Netherlands Indies, Philippine Republic and Siam.“²
- Lateinamerika: Lateinamerika,³
- naher Osten: die ad hoc Kommission erarbeitete einen Entwurf für eine zukünftige Wirtschaftskommission auf regulärer Basis in der sie als „regional scope“ vorschlug: „... the commissions work, ... should be the territories of the members of the Commission as well as the Non-Self Governing Territories and the territories of states in the Arabian peninsula, the Eastern Mediterranean and North East Africa, admitted by the Commission as associate members or in a consultative capacity.“⁴

4.3.4. Die Mitgliedschaft in den regionalen Wirtschaftskommissionen

Die Regelung der Mitgliedschaft in den regionalen Wirtschaftskommissionen für die EL zeigte, daß die Territorien der EL nicht allein ein Interessensgebiet der EL waren, sondern auch in hohem Maße das der Mittel- und Großmächte.

4.3.4.1. Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika (ECLA)

Die Mitgliedschaft in der Wirtschaftskommission für Lateinamerika war nach der ECOSOC Resolution 106 (IV) „open to

-
1. „The Commission shall give prior consideration during its initial stages to measures to facilitate the economic reconstruction of devastated countries of Europe which are Member of the United Nations,“ zitiert in: United Nations, The Economic and Social Council; in: Yearbook of the United Nations 1946-47, a.a.O., S. 483
 2. ebenda, S. 485
 3. „The Commission shall direct its activities especially towards the study and seeking of solutions of problems arising in Latin America“ (ECOSOC Resolution 106 (VI))
 4. United Nations, Social and Economic Council; in: Yearbook of the United Nations 1947-48, a.a.O., S. 545

members of the United Nations in North, Central and South America, and in the Caribbean area and in France, the Netherlands and the United Kingdom." Als nicht stimmberechtigte, assoziierte Mitglieder konnten Länder an den Sitzungen der Kommission teilnehmen und auf der Ebene von Unterkommissionen mitarbeiten, die innerhalb der Reichweite der Kommissionen lagen, „on presentation of its application to the Commission by the member responsible for the international relations of such territory, part or group of territories."

4.3.4.2. Die Wirtschaftskommission für Asien und den fernen Osten (ECAFE)

Als Mitglieder der Kommission wurden genannt: Australien, China, Frankreich, Indien, Niederlande, Philippinische Republik, Siam, UdSSR, Vereinigtes Königreich, USA.

Auch spätere Mitglieder der UN aus dieser Region sollten wählbar sein.¹ Die Kommission nur mit EL dieser Region zu besetzen gelang nicht. Das einzige Land, welches sich dafür aussprach war die UdSSR. Dieser Vorschlag fand aber weder bei den EL noch bei den Ländern des Westens positive Resonanz.²

Eine assoziierte Mitgliedschaft sollte es den noch unter nicht vollständiger Souveränität lebenden Völkern ermöglichen, ihren Einfluß in die Kommission wenigstens begrenzt einzubringen. Die Resolution 69 (V) vom 5. August 1947 des ECOSOC formulierte für die oben aufgeführten Einzugsregionen der Kommission die Regel, daß auf Antrag des Staates, der verantwortlich für die Wahrnehmung der internationalen Angelegenheiten für dieses Gebiet zeichnete, Teile oder Gruppen dieser Gebiete als assoziierte Mitglieder zugelassen werden könnten. Diese sollten das Recht haben, an allen Treffen der Kommission ohne Stimmrecht teilzunehmen und zu Mitgliedern von Komitees oder untergeordneten Körperschaften, welche die Kommission einsetzte, ernannt zu werden. Nach Erlangung der vollständigen Souveränität sollten diese Gebiete dann selbständig einen Antrag auf Aufnahme als

1. vgl. ECOSOC Resolution 36 (IV) vom 28. März 1947

2. vgl. United Nations, The General Assembly; in: Yearbook of the United Nations 1947-48, a.a.O., S. 98 f

assoziierte Mitglieder stellen können.¹

Auf der siebten Sitzung des ECOSOC (144 (VII) B) des Jahres 1948 wurde beschlossen, daß die Kommission die Autorität haben sollte, Mitglieder aus ihrem Einzugsbereich selbständig in die Kommission aufnehmen zu dürfen.²

4.3.4.3. Das ad hoc Komitee für den nahen Osten

Im ad hoc Komitee für den nahen Osten waren laut ECOSOC Resolution 107 (VI) als stimmberechtigt für die Erarbeitung einer Kommission die Länder China, Frankreich, Libanon, Türkei, die UdSSR, das Vereinigte Königreich, die USA, Venezuela, Ägypten, Iran und Irak vertreten.

In einer Entwurfsresolution zur Konstituierung einer regulären Kommission empfahl die ad hoc Kommission die Zulassung assoziierter Mitglieder. „Any Non-Self Governing Territory in the Arabian Peninsula, the Eastern Mediterranean and North East Africa may on presentation of its to the Commission by the Member of the United Nations, responsible for the international relations of such territory be admitted by the Commission. If it has become responsible for its own international relations such territoria may be admitted as an associate member of the Commission on itself presenting its application to the Commission.“³

Die regionalen Wirtschaftskommissionen der Gebiete der EL lassen sich nicht als EL-Gruppen qualifizieren, weil ihnen die erste Voraussetzung, die alleinige Anwesenheit von Entwicklungsländern fehlte.

4.3.5. Die Bewertung der regionalen Wirtschaftskommissionen durch die Entwicklungsländer

Die Zufriedenheit der Entwicklungsländer zeigte sich bei den Abstimmungen zu ihrer Errichtung. Die EL, soweit im ECOSOC vertreten, stimmten geschlossen für die Errichtung der regionalen

1. vgl. ECOSOC Resolution 69 (V) vom 5. August 1947

2. vgl. United Nations, The Economic Commission for Asia and the Far East, in: Yearbook of the United Nations 1948-49, a.a.O., S. 509

3. Aus der draft resolution des ad hoc Committees, zitiert nach: United Nations, Economical and Social Council; in: Yearbook of the United Nations 1947-48, a.a.O., S. 545

Wirtschaftskommissionen. Als opponierendes Land erwies sich die UdSSR, dem die anderen im ECOSOC vertretenen sozialistischen Länder meist folgten. Die Abstimmungen zeigten folgendes Verhalten:

- ECOSOC Resolution 107 (VI) vom 8. März 1948, Errichtung der ad hoc Kommission für den nahen Osten, mit 14:0:14 angenommen. Die vier sich der Stimme enthaltenden Länder waren: Tschechoslowakei, UdSSR, Byelorussia SSR und Kanada.¹
- Errichtung der Wirtschaftskommission für Europa: ECOSOC Resolution 36 (IV) vom 28. März 1947, angenommen 17:0:1. Enthaltung von UdSSR.²
- Errichtung der Kommission für Asien und den fernen Osten: ECOSOC Resolution 36 (IV) vom 28. März 1947, angenommen mit 17:0:1. Enthaltung UdSSR.³
- Errichtung der Kommission für Lateinamerika; ECOSOC Resolution 106 (VI) vom 25. Februar 1948, angenommen 13:0:4.⁴

4.3.6. Wertung der Möglichkeiten der Entwicklungsländer sich auf der Ebene der regionalen Wirtschaftskommissionen zu formieren

Die Möglichkeiten sich auf der Ebene der regionalen Wirtschaftskommissionen rohstoffpolitisch zu formieren war für die Entwicklungsländer durch folgende Faktoren begrenzt:

1. Die regionalen Wirtschaftskommissionen sollten mehr ein aktiv auf die Regierungen ihrer Region einwirkendes Instrument sein, als Ausdruck des politischen Willens der Entwicklungsländer.
2. Die Erklärungen der regionalen Wirtschaftskommissionen zur Wirtschaftspolitik und zu den Verhältnissen einzelner Länder oder Kontinente ihres Bereiches waren Ausdruck wirtschaftswissenschaftlicher Forschung. Die Kommissionen erarbeiteten

1. vgl. United Nations, The Economic and Social Council; in: Yearbook of the United Nations 1947-48, a.a.O., S. 544

2. vgl. United Nations, The Economical and Social Council; in: Yearbook of the United Nations 1946-47, a.a.O., S. 484

3. ebenda, S. 486

4. die sich enthaltenden Länder konnten nicht ausfindig gemacht werden.

Berichte, Analysen und Empfehlungen, welche das Ergebnis wissenschaftlichen Forschens waren, aber kein Ausdruck eines politischen Willens.

3. Innerhalb der Wirtschaftskommission war es den IL möglich aktiv mitzuwirken und Einfluß auf die „Politik“ der ECLA und der ECAFE zu nehmen. Dadurch verliert die Kommission den Ausdruck einer EL-Gruppe.

Insgesamt läßt sich sagen, daß die Wirtschaftskommissionen der Gründungszeit, den EL eine Gelegenheit boten, sich auf dieser Ebene ihrer rohstoffpolitischen Ziele und Forderungen bewußt zu werden.¹ Die Kommissionen boten sich dazu als wissenschaftliches Mittel an. Sie waren jedoch selbst kein Instrument rohstoffpolitische Forderungen der EL zu formieren. Dies schließt jedoch nicht aus, daß sich die EL auf Konferenzen oder in Arbeitsgruppen zum Thema Rohstoffe äußerten und Zielgleichheiten zu Formierungen führten.² Die rohstoffpolitischen Formierungen der EL auf den Ebenen der regionalen Wirtschaftskommissionen können durch die zwei graphisch dargestellten „Schritte“ methodisch erarbeitet werden.

-
1. Besonders für die organisatorisch schon formierte latein-amerikanische Gruppe stellte sie nach Meinung von Raul Prebisch ein neues, bislang in dieser Art nicht vorhandenes Forum für alle lateinamerikanischen Länder dar. Die Arbeit dieser Organisation ist für die Erkenntnis wirtschaftlicher Probleme Lateinamerikas gar nicht hoch genug zu schätzen. Bis zum Entstehen dieser Kommission gelten deshalb völlig zu Recht in Hinblick auf Veröffentlichungen lateinamerikanischen Ursprungs die Worte des Direktors ihres Generalsekretariats: „Though many of the problems of these countries are similar, no common efforts has ever been made to examine and elucidate them.“
vgl. Nagel, Karl; Die wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen Lateinamerikas, Nürnberg 1964, S. 44, zitiert wird Raul Prebisch; The economic development of Latin America and its principal problems in ECLA, United Nations, Department of Economic Affairs, Lake Success, New York 1950, S. 2
 2. Die Idee einer besseren Kooperation zwischen den latein-amerikanischen Staaten spielte bei den Überlegungen der lateinamerikanischen Staaten bei der Gründung der Kommissionen eine besonders große Rolle. Dies äußerten Chile und Kolumbien unter dem Beifall der anderen lateinamerikanischen Länder der regionalen Wirtschaftskommission für Lateinamerika im Februar 1948 in den UN.
vgl. United Nations, Economic Commission for Latin America, in: Yearbook of the United Nations 1947-48, a.a.O., S. 537

1. Schritt:

Frage:	Aktivitäten und Arbeiten der ECAFE und ECLA auf dem Gebiet: Rohstoffe.
Objekt:	ECAFE ECLA
mögliche Antworten:	- Studien, Berichte - Arbeitsgruppen

2. Schritt:

Frage:	Rezeption der Ergebnisse der Arbeit von: - Studien, Berichten - Arbeitsgruppen
Objekt:	Entwicklungsländer auf Sitzungen der ECAFE - ECLA im ECOSOC in GA
mögliche Antworten:	- Erklärungen der EL hinsichtlich ihrer Rohstoffziele - Formierungen der EL

4.3.6.1. Die Entwicklungsländer in der ECLA

Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika beschäftigte sich in der Gründungsphase direkt mit dem Thema: Rohstoffe.

Das Executive Sekretariat der ECLA wurde auf der ersten Sitzung der ECLA im Juni 1948 beauftragt bis zur zweiten, terminlich noch nicht festgelegten Sitzung der ECLA eine Wirtschaftsstudie vorzulegen. Der genaue Auftrag lautete:

- „(a) Make a study of the current economic situation in Latin America especially dealing with agricultural activities, including pastoral, forest and fishery production of both foodstuffs and raw materials; with industrial and mineral production; with power resources; equipment; with distribution and transportation and with factors affecting the commercial and financial activities of each country;
- (b) Analyze trade relations within Latin America and between Latin America and the rest of the world;
- (c) Study and present the main characteristics and the problems of the economic structure of Latin American countries.“¹

Zu einer näheren Diskussion über den Auftrag kam es im ECLA und im ECOSOC nicht.

Ein anderer Bericht des ECAFE, der Investitionen in Lateinamerika als Hauptgegenstand der Untersuchungen hatte, der ECLA Bericht (E/810), führte zu einem rohstoffpolitischen Engagement von lateinamerikanischen Ländern im ECOSOC. Anlässlich einer Debatte im ECOSOC über den ECLA Report E/810, der vom 20.-23. August 1948 im ECOSOC diskutiert wurde, kam es zu einem Disput zwischen dem Vertreter der UdSSR und den Vertretern der lateinamerikanischen Länder des ECOSOC über die Bewertung von Auslandskapital. Die lateinamerikanischen Länder erklärten in Einzelerklärungen jedoch inhaltlich übereinstimmend zum Problembereich ausländische Investitionen: Das Auslandskapital sei in der Lage die gewünschte wirtschaftliche Entwicklung und

1. United Nations Report (E/810) of the Economic Commission for Latin America, in: Yearbook of the United Nations 1947-48, a.a.O., S. 541

Diversifizierung zu fördern. Ein Profit dieser Investitionen für die Investeure sei nur fair und gerecht. Unleugbar sei, daß ausländisches Kapital dazu führe, daß inländisches Kapital geschaffen werde, welches zu einer industriellen Entwicklung führe. Als Kontrolle des ausländischen Kapitals sei eine Vermischung von nationalem mit internationalem Kapital ausreichend.¹

Der Wunsch der lateinamerikanischen Länder in der ECLA nach Finanzierungs- und Kapitalhilfen von außen wurde von den lateinamerikanischen Ländern an die erste Stelle ihrer Forderungen gestellt.²

4.3.6.2. Die Entwicklungsländer in der ECAFE

Eine Arbeitsgruppe des ECAFE zur wirtschaftlichen Entwicklung wurde während der zweiten Sitzung des ECAFE im Jahre 1947 gegründet. Diese erarbeitete zwischen der 2. und 3. Sitzung des ECAFE eine Studie zur wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung der Region. Die Studie widmete sich besonders den Gebieten: „fuel and power, transport and transport equipment in relation to industrie, fertilizers and agricultural requisits, basic materials including ores and metals, textiles and heavy engineering industries.“³

Der ECOSOC diskutierte während seiner siebten Sitzungsperiode über diese Studie. Verschiedene Positionen kamen zum Ausdruck. Eine Formierung der EL in der ECOSOC hinter eine Position fand nicht statt. Verabschiedet wurde schließlich einstimmig die ECOSOC Resolution 144 C (VII) vom 18. August 1948⁴, welche die Beschlüsse der 3. Sitzung des ECAFE zur wirtschaftlichen Entwicklung, Handel und Landwirtschaft begrüßte.

-
1. vgl. United Nations, The Economic Commission for Latin America, in: Yearbook of the United Nations 1947-48, a.a.O., S. 543 und United Nations, The Economic Commission for Latin America, in: Yearbook of the United Nations 1948-49, a.a.O., S. 518
 2. vgl. United Nations, The Economic Commission for Latin America, in: General Assembly Official Records, Third Session, Supplement No. 3, New York 1948, S. 23
 3. vgl. United Nations, Economical and Social Council, in: Yearbook of the United Nations 1947-48, a.a.O., S. 533
 4. vgl. United Nations, Economical and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1948-49, a.a.O., S. 534

Der ECAFE wurde angewiesen mit den Spezialagenturen der UN an der Förderung und Koordination der Entwicklung der Industrie in den Ländern Asiens und des fernen Ostens zu arbeiten.

Bei diesen Bemühungen sollten die natürlichen Ressourcen der EL genutzt werden. Die nationalen Bedürfnisse der EL sollten eine besondere Berücksichtigung finden. Das Ziel aller Bemühungen sollte die Hebung des Lebensstandards in den eigenen Ländern und Regionen, und die Hebung des Lebensstandards der Welt durch Handel sein. Außerdem sollte eine Steigerung an Kapital, Krediten und Maschinen durch einen Anstieg an wirtschaftlicher Hilfe von außen und innen angestrebt werden.

Innerhalb der ECAFE wurde in den Jahren 1947/48 die Diskussion über Rohstoffproduktion und -handel einheitlich unter dem Aspekt einer Knappheit an Devisen, speziell US-Dollars und der Knappheit an Investitionsgütern aller Art geführt.

Die Steigerung der Produktion von Rohstoffen allgemein und besonders die der agrarischen Rohstoffe wurde zum Ziel erklärt. Ebenso sollte es zu einer besseren Verteilung verarbeiteter agrarischer Rohstoffe kommen und zu einer Steigerung des Erlöses aus dem Rohstoffhandel.

Zu einer Fraktionierung der EL im ECAFE kam es nicht. Dazu bestand auf Grund der Zielübereinstimmung aller Mitglieder auch keine Veranlassung.

4.3.6.3. Zusammenfassung

Die beiden regionalen Wirtschaftskommissionen, die in der Gründungszeit schon arbeiteten, die ECAFE und die ECLA, zeigten hinsichtlich der Vorstellung, welche Aufgaben die Rohstoffe in der Gründungszeit erfüllen sollten, eine vollkommene Zielgleichheit mit den anderen Ländern in den Kommissionen. Die Aufgabenstellung für die Rohstoffe lautete:

- Hilfestellung bei der Rekonstruktion der verwüsteten Gebiete,
- Erhöhung der Produktion besonders der agrarischen Rohstoffe

1. vgl. die Diskussion in der Kommission während der 4. und 5. Sitzung des ECAFE der Jahre 1947/48, dargestellt in: United Nations, Economic Questions, in: Yearbook of the United Nations 1948-49, a.a.O., S. 512

zur Befriedigung der Grundbedürfnisse und der Erhöhung des Lebensstandards (Verfügungsziel).

Zur Realisierung dieser Ziele wurde eine Steigerung des inländischen sowie des ausländischen Investitionskapitals für die EL-Ökonomien gefordert.

Es lassen sich gleiche Ziele der EL innerhalb dieser Zeit feststellen. Zu einer Formierung dieser Ziele durch eine Organisation gleichartiger Interessen der EL kam es nicht. Die EL arbeiteten weder auf der Ebene der Wirtschaftskommissionen als Gruppe zusammen, noch traten sie bei Diskussionen als Gruppe geschlossen auf.

5. Die internationale Konferenz für Handel und Beschäftigung in ihrer Bedeutung für die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer

Der ECOSOC beschloß am 18. Februar 1946 eine internationale Konferenz für Handel und Beschäftigung einzuberufen.¹ Der ECOSOC nahm damit die Möglichkeit wahr, welche der Art. 62.4 der Charta der Vereinten Nationen ihm gibt, internationale Konferenzen nach von den Vereinten Nationen festgesetzten Regeln einzuberufen.

Die Initiative zur Konferenz kam von den USA und England. Die beiden Staaten hatten schon im September des Jahres 1946 eine „Vorgeschlagene Charta für eine internationale Handelsorganisation“ (ITO) ausgearbeitet. Diese Organisation sollte weltweit den Handel und die Entwicklung fördern. Ein Ziel der Konferenz war es, diese Organisation zu gründen. Außerdem sollte die Konferenz für die Ausweitung des Austausches und Verbrauches von Waren aller Art förderlich sein.²

Im Vorfeld dieser Konferenz kam es zur Errichtung einiger Institutionen, die für die Rohstoffpolitik der IL und EL allgemein

-
1. vgl. United Nations, The Economic and Social Council, in: Yearbook of the United Nations 1946-47, a.a.O., S. 492
 2. vgl. United Nations, Interim Coordinating Committee For International Commodity Arrangement. Review of International Commodity Arrangements, Genf Nov. 1947, S. 7

eine große Rolle spielen sollten, die auf der Ebene der UN wissenschaftlich im Interesse der EL tätig waren oder die wichtige Impulse für die internationale Konferenz für Handel und Beschäftigung setzten.

Diese Institutionen sollen auf Möglichkeiten für die EL untersucht werden, dort ihren Einfluß geltend zu machen und sich rohstoffpolitisch zu formieren.

Das Ergebnis der Bemühungen eine „Internationale Konferenz für Handel und Beschäftigung“ einzuberufen, waren folgende Institutionalisierungen mit Rohstoffrelevanz:

Preparatory Committee of the
United Nations Conference on
Trade and Employment
(Beginn Februar 1946)

Interim Co-ordinating Committee
for International Commodity Arrangements
(Beginn: 28. März 1947)

Drafting Committee
(Arbeit von: 20. Januar - 25.
Februar 1947)

General Agreement on Tariffs and
Trade
(beschlossen von: drafting committee,
20. Januar - 25. Februar 1947)

Conference on Trade and Employment
in Havanna (Kuba)
Beschluß der Modalitäten der Konferenz:
April 1947,
Arbeit der Konferenz: 21. November
1947 - 24. März 1948)

5.1. Das Preparatory Committee

Zur Vorbereitung der Konferenz wurde im Februar 1946 ein „Vorbereitungs-Komitee der Vereinten Nationen Konferenz für Handel und Beschäftigung“ eingerichtet (Preparatory Committee). Das Komitee bestand aus 19 Ländern, von denen sechs zu den EL-Gruppen gehörten (lateinamerikanische Gruppe: Brasilien, Chile, Kuba/afroasiatische Gruppe: Indien, Libanon, China)¹.

Auf dem Gebiet der Rohstoffpolitik beschäftigte sich das Preparatory Committee mit internationalen zwischenstaatlichen Rohstoffabkommen. Dazu wurde auf der ersten Konferenz des Komitees vom 15. Oktober - 26. November 1946 ein Arbeitskomitee eingesetzt. Als Grundlage ihrer Arbeit benutzte dieses Komitee vor allem die von den USA und England vorgeschlagene Charta der ITO. Daneben wurden auch die Vorschläge zu einer Charta von Seiten Brasiliens, Indiens und Großbritanniens berücksichtigt. Es bestand aber keine inhaltliche Absprache zwischen den beiden EL. Zur weiteren Erarbeitung dieses Themas wurde vom Preparatory Committee vorgeschlagen, ein „Interim Co-ordinating Committee“ einzusetzen.²

5.2. Das Interim Co-ordinating Committee

Das „Interim Co-ordinating Committee for International Commodity Arrangements“ wurde von dem Wirtschafts- und Sozialrat in der ECOSOC Resolution 30 (IV) vom 28. März 1947 eingesetzt. „to keep informed and to facilitate by appropriate means ... inter-governmental consultation or action with respect to commodity problems.“ Dieses Komitee hatte einen rein wissenschaftlichen Charakter wie aus dem Auftreten und der Wahl seiner Mitglieder zu sehen ist.³

1. vgl. United Nations, The Economic and Social Council, in: Yearbook of the United Nations 1946-47, a.a.O., S. 492-495 und ebenda, S. 823 f

2. vgl. United Nations, International Trade Organisation, in: Yearbook of the United Nations, 1946-47, a.a.O., S. 822

3. Mitglieder des Komitees waren: Sir James Helmore, als Vertreter der „Interim Commission for the International Trade Organisation, Albert, J. Loveland, der Vertreter der FAO, George Peter, dieser hatte den Auftrag, sich speziell den agrarischen Rohstoffen zu widmen. vgl. United Nations, Annual Report of the Secretary-General of the Work of the Organisation 1. July 1948 - 30. June 1949, General Assembly Official Records, Fourth Session, Supplement No.1, New York 1950, S. 62

5.3. Drafting Committee

Das Preparatory Committee errichtete das Drafting Committee mit dem Auftrag, eine Charta für die geplante internationale Handelsorganisation zu entwerfen. Dieses Gremium setzte sich zusammen aus Mitgliedern des Preparatory Committees und tagte vom 20. Januar bis zum 25. Februar 1947. Es erarbeitete acht Kapitel, von denen sich mit Rohstoffen beschäftigten:

das 4. Kapitel: Wirtschaftliche Entwicklung,

das 6. Kapitel: Restriktive Geschäftsverhalten,

das 7. Kapitel: Zwischenstaatliche Rohstoffabkommen.

Eine gar nicht so geplante Wichtigkeit erlangte ein als vorläufiges Instrument angesehenes Abkommen, das „General Agreement on Tariffs and Trade.“ (GATT)¹

5.4. The General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)

Das GATT wurde von dem Preparatory Committee als ein „Interim Trade Committee“ ins Leben gerufen. Es sollte nach dem Zustandekommen des ITO, welches in der Lage sein sollte, dessen Aufgaben und Funktionen zu übernehmen, wieder aufgelöst werden. Bis dahin sollte es die multilateralen Zollverhandlungen, die auf der Ebene des Preparatory Committees stattgefunden hatten, weiterführen.

Die Teilnehmer dieser Verhandlungen hatten „... compiled a list of commodities which it was interested in exporting and for which it asked tariff concessions from the other members of the Committee. Each member also compiled a schedule of concessions which it was prepared to make to other countries on particular products.“²

Es gelang den Teilnehmern der Konferenz nicht, die in der Charta von Havanna vorgesehene Etablierung der „International Trade Organisations“ (ITO) zu realisieren.

Die Charta von Havanna erhielt weder bei den Entwicklungsländern noch bei den an ihrem Entwurf maßgeblich beteiligten

1. vgl. United Nations, International Trade Organisation, in: Yearbook of the United Nations 1946-47, a.a.O., S. 822 f

2. ebenda, S. 823

USA in ihrer Endfassung Zuspruch. Um die erreichten Zugeständnisse, die allen Teilnehmern zugute kommen sollten, zu retten¹, wurde am 30. Oktober 1947 das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) unterzeichnet.² Die wichtigsten Bestimmungen der Havanna Charta wurden darin aufgenommen.³

Nach der Gründungsverfassung war es den EL nicht möglich ordentliches Mitglied des GATT zu werden. Ein beitrittswilliges Land mußte beim Eintritt in das GATT bestimmte Zollkonzessionen offerieren. Diese Zolleinnahmen stellten für die EL lebensnotwendige Einnahmen dar. Ihnen blieb nur die Möglichkeit eines nicht stimmberechtigten provisorischen Mitgliedes und die Hoffnung, daß sich IL zu Fürsprechern ihrer Interessen machten.⁴

„Die vorgesehenen, auf Reziprozität basierenden Maßnahmen zur Wiederbelebung des internationalen Handels, trugen dem jeweiligen Entwicklungsstand der am Welthandel beteiligten Länder grundsätzlich keine Rechnung.“⁵ Diese Haltung der EL wird als „fehlendes Interesse der EL am GATT“ gerügt.⁶

In der Begründung stimmen jedoch Kritiker der Haltung der EL, wie auch die Interessensvertreter der EL darin überein, daß das GATT „suffered from a certain imbalance as most of its provisions were more direct interests to the developed countries than to the developing countries. Moreover the special problems of the developing countries had scarcely been dealt with in it, except

-
1. vgl. Morgenroth, Ute; Institutionelle Fragen in Zusammenhang mit der Ausweitung des internationalen Handels, in: Auswertung der Dokumentation der Welthandelskonferenz, Heft 2, (Hrsg.) BMZ, Stuttgart 1966, S. 122
 2. vgl. Grosser, Dieter/Woyke, Wichard; GATT (Allgemeines Zoll und Handelsabkommen), in: Woyke, Wichard (Hrsg.); a.a.O., S. 122
 3. vgl. Jägeler, Franz Jürgen; Kooperation oder Konfrontation - GATT-Runde 1973, Hamburg 1974, S.
 4. vgl. Morgenroth, Ute; a.a.O., S. 430-439
 5. vgl. ebenda, S. 432
 6. vgl. Jäger, Dieter; Handelspolitik als Entwicklungspolitik, Band 2, Bielefeld 1968, S. 108

in some saving clauses of a purely negative charakter."¹

Bis zum Jahre 1954/55, als das GATT einer Revision unterzogen wurde, war es den EL nicht möglich dort präsent zu sein. Somit schließt sich diese Ebene als Aktionsebene der EL aus.

5.5. Die Konferenz für Handel und Beschäftigung

Das Hauptereignis der Tätigkeiten des ECOSOC in der Gründungszeit ist die Konferenz für Handel und Beschäftigung in Havanna vom 21. November 1947 - 24. März 1948. Die Konferenz endete am 24. März 1948 mit der Annahme der Charta von Havanna durch die Vertreter der Teilnehmerländer.

5.5.1. Die Teilnehmer an der Konferenz

An der Konferenz nahmen Vertreter von 58 Nationen teil. Nicht nur UN-Mitglieder konnten an der Konferenz teilnehmen. Bei einer Aufteilung in die EL-Gruppen, wie sie der Untersuchung zugrunde liegt, gehören zur:

- Gruppe westeuropäischer und anderer Länder: 18 Länder,
- afroasiatischen Gruppe: 18 Länder,
- lateinamerikanischen Gruppe: 18 Länder,
- osteuropäischen Gruppe: 2 Länder.

Die Beschlüsse der Konferenz wurden ohne Abstimmung getroffen. So konnten alle Nationen ihren Einfluß geltend machen und nicht nur die Mitglieder der UN.²

-
1. UNCTAD, Fourth Committee, Summary Record of the Fifteenth Meeting, E/Cof.46/C.4/SR.15, 28 May 1964, P.2
Der Ausschließlichkeitscharakter des GATT bestand auch darin, daß dieses marktwirtschaftliche System nur zwischen Ländern mit ähnlichen Wirtschaftsstrukturen zum allseitigen Vorteil funktionieren kann, nicht aber zwischen so unterschiedlichen Ländergruppen wie den Industrieländern einerseits und den Entwicklungsländern andererseits."
Stecher, Bernd; Die internationale Rohstoffpolitik: Bisherige Erfahrungen und pragmatische Ansätze, in: Dams, Theodor/Grohs, Gerhard (Hrsg.); Kontroversen in der internationalen Rohstoffpolitik, Mainz 1977, S. 41 f
 2. vgl. Mickwitz, Eugen von; Welthandelscharta, in: Europa-Archiv, September 1948, S. 1548

5.5.2. Die Rohstoff-Ziele der Charta

Die Charta von Havanna wollte folgende Ziele erreichen:

- die Liberalisierung des Welthandels,
- die Regelung und Kontrolle internationaler privatrechtlicher Handelsvereinbarungen,
- die Regelung internationaler Rohstoffabkommen,²
- die Errichtung der Internationalen Handelsorganisation (ITO).

Im Bereich der Rohstoffabkommen wurden folgende Ziele für den Rohstoffhandel genannt:

- stabile Rohstoffpreise (faire Preise),
- Vermeidung von Rohstoffüberschüssen und Überproduktion,
- Erschließung neuer Rohstoffquellen und deren Ausbau,
- gerechte Verteilung von Rohstoffen.²

1. vgl. Mario, Ludwig; Internationale Rohstoffpolitik, a.a.O., S. 5 und Knote, Jürgen; a.a.O., S. 88-91

2. vgl. Artikel 57 der Charta von Havanna (Kapitel VI) nächste Seite.

ARTICLE 57

Objectives of Inter-governmental Commodity Agreements

The members recognize that inter-governmental commodity agreements are appropriate for the achievement of the following objectives:

- (a) to prevent or alleviate the serious economic difficulties which may arise when adjustments between production and consumption cannot be effected by normal market forces alone as rapidly as the circumstances require;
- (b) to provide, during the period which may be necessary, a framework for the consideration and development of measures which have as their purpose economic adjustments designed to promote the expansion of consumption or a shift of resources and man-power out of over-expanded industries into new and productive occupations, including as far as possible in appropriate cases, the development of secondary industries based upon domestic production of primary commodities;
- (c) to prevent or moderate pronounced fluctuations in the price of a primary commodity with a view to achieving a reasonable degree of stability on a basis of such prices as are fair to consumers and provide a reasonable return to producers, having regard to the desirability of securing long-term equilibrium between the forces of supply and demand;
- (d) to maintain and develop the natural resources of the world and protect them from unnecessary exhaustion;
- (e) to provide for the expansion of the production of a primary commodity where this can be accomplished with advantage to consumers and producers, including in appropriate cases the distribution of basic foods at special prices;
- (f) to assure the equitable distribution of a primary commodity in short supply.

zitiert nach:

Wilcox, Clair; A Charter For World Trade, New York 1949, S. 88

5.5.3. Die Formierung der Entwicklungsländer auf der Konferenz

Die lateinamerikanischen Teilnehmer vertraten geschlossen schon vor der Konferenz abgestimmte Forderungen.¹ Sie verlangten einen Koordinationsausschuß zur Klärung der Gegensätze zwischen wirtschaftlich rückständigen und wirtschaftlich unentwickelten Ländern einzusetzen. Sie forderten das Recht, über mengenmäßige Handelsrestriktionen als Einzelstaaten entscheiden zu können, ohne Bevormundung einer internationalen Organisation und das Recht, Vorzugszölle ohne Genehmigung durch die ITO vergeben zu können.²

Auf der Konferenz organisierten sich 40 Entwicklungsländer auf der Ebene des Koordinationsausschusses. Sie formulierten eine gemeinsame Politik zu den Bereichen: Zollabbau (Schutzzölle für unterentwickelte Länder) und mengenmäßige Handelsbeschränkungen (Verfügungsgewalt der Staaten über mengenmäßige Beschränkungen).³

Die Rohstoffe als wichtiger Faktor der EL-Ökonomien fanden keine besondere Erwähnung bei den Forderungen.

5.5.4. Die Bedeutung der Konferenz für die Entwicklungsländer

Nach dem Art. 63 der Charta sollten die Rohstoffverträge als ein primäres Ziel jederzeit eine angemessene Befriedigung der Weltnachfrage sicherstellen.

Hierbei wurde ein Widerspruch formuliert, den Knoten wie folgt wiedergibt: (Die Rohstoffabkommen) „sollten ferner Vorkehrungen dafür treffen, daß der Weltbedarf zunehmend aus Quellen befriedigt wird, die am produktivsten sind, wobei jedoch übermäßige wirtschaftliche und soziale Umwälzungen vermieden und die besonderen Schwierigkeiten wirtschaftlich benachteiligter Gebiete berücksichtigt werden sollten.“⁴

In der Literatur wird die Charta als „wohlabgewogenes System bezeichnet, das den Interessen von Erzeugern und Verbrauchern

1. vgl. Mickwitz, Eugen von; a.a.O., S. 1548

2. vgl. ebenda, S. 1548 f

3. vgl. ebenda, S. 1549

4. Knoten, Jürgen; a.a.O., S. 90 f

wie auch den Erfordernissen einer gesunden weltweiten Entwicklung von Wirtschaft und Handel gerecht zu werden versucht.¹ Oder als „besonders stark von amerikanischem wirtschaftspolitischem Gedankengut beeinflusst, besonders in der Zielsetzung.“²

Die Charta und die mit ihr im Zusammenhang geplante internationale Welthandelsorganisation (ITO) wurden nicht verwirklicht. „Das Kapitel über internationale Rohstoffabkommen hat aber dadurch, wenn auch in vermindertem Umfang, Rechtswirkung erhalten, daß der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen in mehreren Entschlüssen³ seinen Mitgliedern empfohlen hat, die in Kapitel VI der Charta enthaltenen allgemeinen Grundsätze beim Abschluß von Rohstoffabkommen zu betrachten. In der Praxis sind bei allen unter Mitwirkung der Vereinten Nationen abgeschlossenen Abkommen diese Bestimmungen auch als verbindlich betrachtet und angewandt worden.“⁴

Der Versuch, im Sinne der rohstoffexportierenden Länder einen Preis zu schaffen, der nicht nur den Namen „fair“ trägt, sondern es tatsächlich auch ist, unternahmen Ecuador und Neuseeland. Sie forderten „die Schaffung eines Gleichgewichtes der Preise und Einkommen zwischen Rohstoffen und Fertigwaren und ihren Produzenten.“⁵ Die Großmächte: USA, Großbritannien und Kanada lehnten es jedoch ab, „eine Preisstabilisierung durch internationale Planung, die hierfür nötig wäre, sicherzustellen, da diese im Widerspruch zur Welthandelsbelebung stehen würde.“⁶

1. Knotte, Jürgen; a.a.O., S. 91

2. „The reader of the Charta should bear in mind that its main purpose as visualised in the proposals of the United States Government is the balanced Growth of world economy, governd by normal market forces, and favouring higher standards of living all over the world. In its negative aspect it is the abolition of trade barriers.“ Alexandrowicz, Charles Henry; a.a.O., S. 162, und vgl. Ludwig, Mario; Internationale Rohstoffabkommen aus der Nachkriegszeit, a.a.O., S. 90 f

3. vgl. ECOSOC Resolutionen 30 (VI), 296 (XI), 373 (XIII) und 557 F (XVIII)

4. Knotte, Jürgen; a.a.O., S. 89

5. Mickwitz, Eugen von; a.a.O., S. 1552 (S. 1547-1554)

6. ebenda, S. 1948

IV. ZUSAMMENFASSENDE WERTUNG

1. Die Bedeutung der Organe der Vereinten Nationen und der von ihnen geschaffenen Kommissionen

Eine Untersuchung der Rohstoffpolitik der Gründerzeit zeigt, daß die eigentliche „Schaltstelle der Macht“ in den Vereinten Nationen bei der Generalversammlung liegt. Der ECOSOC ist schon bei seiner Wahl an die Mehrheiten in der Generalversammlung gebunden; denn die Mitglieder des Rates bedürfen einer 2/3 Mehrheitswahl durch die GA. Die Richtlinien der Politik für den Bereich der Rohstoffe werden dort vorgegeben und von der ECOSOC, auch wenn nicht direkt von der GA beauftragt, in diesem Sinne ausgeführt.

Die vom ECOSOC geschaffenen Kommissionen (funktionale Kommissionen, regionale Kommissionen) sind in ihrer Bedeutung für die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL auf Grund der ihnen gegebenen Möglichkeiten als politisch wenig bedeutsam anzusehen. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, wie sie von diesen Kommissionen in der Hauptsache vorgenommen werden, sind für die politische Meinungsbildung der EL von großer Bedeutung. Es zeigte sich, daß die Struktur der Kommissionen und ihre Aufgabe keine rohstoffpolitische Formierung der EL vorsah. Tatsächlich kam es auch nicht zu rohstoffpolitischen Formierungen der EL auf der Ebene der Kommissionen bis zum Jahre 1949. Die regionalen Wirtschaftskommissionen stellten jedoch ein hervorragendes Instrumentarium wissenschaftlicher Forschung im Interesse der EL dar. Diese Forschungsergebnisse werden auch auf der Ebene des ECOSOC diskutiert. Dort werden diese Forschungsergebnisse in politische Forderungen umgesetzt. Somit kann sich die Untersuchung rohstoffpolitischer Forderungen der EL auf die Ebene des ECOSOC beschränken.

2. Verfügungsziel: agrarische Rohstoffe

2.1. Zielgleichheit

Ziele

Das Verfügungsziel wird in der Gründungsphase der UN nur im Bereich der agrarischen Rohstoffe angesprochen.

Die EL verlangten in Übereinstimmung mit allen übrigen UN-Mitgliedern den Einsatz aller verfügbaren agrarischen Rohstoffe zur Beseitigung von Hungersnöten und der Knappheit an Lebensmitteln (strategisches Ziel).¹ Als Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles wurden gefordert (taktische Ziele):

- nationale und internationale Aktionen,²
- die Lagerung und gerechte Verteilung von Überschüssen,³
- Steigerung der Produktion der agrarischen Rohstoffe durch bessere Nutzung des Bodens durch den besseren und vermehrten Einsatz von Technik und Chemie,⁴
- eine vermehrte Beachtung der Probleme der Vermarktung und des Transports der agrarischen Rohstoffe.⁵

Das Maß der Zielgleichheit

Die EL wiesen bei allen Zielvorstellungen eine vollkommene Zielgleichheit auf. Einzelne EL-Gruppen vertraten keine differenzierten Zielvorstellungen.⁶

2.2. Aktionsformation

Zusammenarbeit

Die EL arbeiten bei der Vorlage von draft resolutions weder als EL-Gruppen zusammen noch arbeiten die EL überhaupt zusammen. Nur bei einer einzigen draft resolution (CE/AC.6/20) im Fe-

-
1. vgl. GA Resolution 27 (I) vom 14. Februar 1946
GA Resolution 45 (I) vom 11. Dezember 1946
GA Resolution 202 (III) vom 8. Dezember 1948
ECOSOC Resolution 103 (VI) vom 1. März 1948
ECOSOC Resolution 223 (IX) vom 22. Juli 1949
 2. vgl. GA Resolution 27 (I) vom 14. Februar 1946
ECOSOC Resolution 223 (IX) vom 22. Juli 1949
 3. vgl. GA Resolution 27 (I) vom 14. Februar 1946
GA Resolution 202 (III) vom 8. Dezember 1948
ECOSOC Resolution 223 (IX) vom 22. Juli 1949
 4. vgl. GA Resolution 27 (I) vom 14. Februar 1946
GA Resolution 45 (I) vom 11. Dezember 1946
GA Resolution 202 (III) vom 8. Dezember 1948
ECOSOC Resolution 103 (VI) vom 1. März 1948
 5. vgl. GA Resolution 202 (III) vom 8. März 1948
ECOSOC Resolution 103 (VI) vom 1. März 1948
 6. vgl. im Text 2. Teil, II.3.1.2. und 4.1.

bruar/März 1948 sind im ECOSOC zwei EL aktiv bei der Einbringung einer draft resolution von verfassungspolitischer Relevanz. Doch sind die EL dort nicht alleine aktiv, sondern mit anderen UN-Mitgliedern gemeinsam bei der Erarbeitung der draft resolution tätig.¹

Abstimmungsverhalten

Es bietet sich kein Hinweis dafür, die Einstimmigkeit der EL bei den Resolutionen als das Ergebnis von Absprachen der EL untereinander zu werten.

Vielmehr ist davon auszugehen, daß eine von allen UN-Mitgliedern empfundene schlechte Versorgungslage und die sehr allgemeinen und unverbindlichen Forderungen die Einstimmigkeit der EL und fast aller UN-Mitglieder zur Folge hatte.

Das Maß der Aktionsformation

Für die EL besteht wegen der Nichterfüllung der qualifizierenden Merkmale einer Aktionsformation keine Aktionsformation.

1. vgl. im Annex Ia die draft resolutions zu ECOSOC Resolution 103 (VI) vom 1. März 1948

2.3. Das Maß der Formierung

Festgestellt wurde:

- vollkommene Zielgleichheit
- keine Aktionsformation

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
	mittlere	geringe
mittlere		
hohe	große	ad hoc
vollkommene	vollkommene	vollkommene

Für das agrarische Verfügungsziel läßt sich für die EL somit eine mittlere/große Formierung feststellen. (6,0)

3. Erlössteigerungs- und -sicherungsziel

3.1. Zielgleichheit

Das Ziel der UN-Rohstoffpolitik der Gründungszeit war es, die Produktion der Rohstoffe zu steigern und ihren Transport zu erleichtern. Dieses Ziel verfolgte nicht den Zweck, den Verkaufspreis der Rohstoffe zu sichern oder zu erhöhen. Vielmehr beabsichtigten die Mitglieder der UN eine Wiederbelebung der durch den Krieg und seine Folgen zerstörten Weltökonomie. Diese Zielvorstellungen wurden von den EL einstimmig mitgetragen, wengleich jedes Land einzeln seine Eigeninteressen mit dem Wiederaufbau der Weltökonomie verbinden mochte.¹

Das eigentliche Ziel, eine Sicherung und Steigerung der Exporterlöse der Rohstoffe wurde von den EL erst später in die Diskussion gebracht. Anlässlich der Konferenz von Havanna vom 21. November 1947 - 23. März 1948 forderten die lateinamerikanischen Länder und mit ihnen 40 Entwicklungsländer die Möglichkeit durch Handelsquoten und Zollmaßnahmen ihre Märkte zu schützen. Die Rohstoffe der EL wurden dabei namentlich nicht erwähnt.

Eine konkrete rohstoffpolitische Forderung wurde nur durch die Forderung nach fairen Rohstoffpreisen von Ecuador im Verein mit Neuseeland vorgebracht.²

In der GA Resolution 202 (III) vom 8. Dezember 1948 forderten alle EL unter anderem den ECOSOC und die FAO auf, ihre Aufmerksamkeit Maßnahmen zur Erreichung von Preisstabilität für agrarische Rohstoffe zu schenken.

Eine Zielgleichheit der EL läßt sich nur im Bereich der agrarischen Rohstoffe feststellen. Bei diesem spezifischen Teilbereich der Rohstoffe vertreten jedoch alle EL die selbe Forderung. Somit ist eine thematisch enge, jedoch vollkommene Zielgleichheit der EL festzustellen.

1. vgl. GA Resolution 19 (I) vom 2. Februar 1946
GA Resolution 49 (I) vom 6. Dezember 1946
GA Resolution 52 (I) vom 14. Dezember 1946

2. vgl. im Text II. Teil III. 5.5.4.

3.2. Aktionsformation

Zusammenarbeit der Entwicklungsländer

Die draft resolutions zu den hier relevanten Resolutionen zeigen keine EL-Interessenskoalition.¹ Die lateinamerikanischen Länder und mit ihnen 40 EL auf der Ebene der Konferenz von Havanna sind in ihren gemeinsamen Erklärungen das Resultat einer Zusammenarbeit und Absprache.²

Diese betraf jedoch nicht das Erlössicherungs- und Steigerungsziel. Auf diesem Gebiet ist keine Zusammenarbeit der EL festzustellen.

Abstimmungsverhalten

Die Literatur enthält keinerlei Hinweise, die die Übereinstimmung der EL bei den GA Resolutionen als das Ergebnis von vorherigen Beratungen rechtfertigen würden.³

Innere und äußere Geschlossenheit

Die EL traten bei den Forderungen weder als EL-Gruppen noch als Gesamtheit durch einen Sprecher auf. Bei den Abstimmungen zu relevanten Resolutionen zeigten sie kein von den übrigen UN-Mitgliedern abweichendes Verhalten. Somit kann nicht von innerer oder äußerer Geschlossenheit gesprochen werden.

Da keines der Qualifikationsmerkmale erfüllt ist, gibt es keine Aktionsformation.

1. vgl. Annex Ia

2. vgl. im Text II.Teil III.5.5.4.

3. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politic ..., a.a.O., S. 65 f und Bailey, Sydney; The General Assembly, a.a.O., S. 33 f

3.3. Das Maß der Formierung

Für die EL läßt sich im Bereich des Erlössteigerungs- und Sicherungszieles feststellen:

- keine Aktionsformation,
- eine vollkommene Zielübereinstimmung.

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
	mittlere	geringe
mittlere		
	große	ad hoc
hohe		
	vollkommene	vollkommene
vollkommene		

Somit läßt sich eine mittlere/große Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL bezüglich des Erlössteigerungs- und Sicherungszieles feststellen. (6,0)

4. Kontrollziel

4.1. Zielgleichheit

Ziele

Das Kontrollziel wurde von der Generalversammlung nur ein Mal in der GA Resolution 200 (III) vom 4. Dezember 1948 angesprochen und dort auch nur auf den Bereich der technischen Hilfe begrenzt.¹ Diese Forderung nach Respektierung der Souveränität der Empfängerländer begleitet nur die Hauptforderung der GA Resolution 202 (III) nach umfassender Hilfe für die EL. Es ist nicht vertretbar das Abstimmungsverhalten zur Hauptforderung auf die Nebenforderung zu übertragen. Diese einmalige Erwähnung des Kontrollzieles als EL-Forderung rechtfertigt nicht von einem entwickelten EL-Ziel oder einer Zielgleichheit der EL oder von einer Aktionsformation der EL zu sprechen. Somit ist für das Kontrollziel keine Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL festzustellen.

5. Beteiligungsziel

Das Beteiligungsziel wird von den EL im ersten Teil in keiner draft resolution oder Resolution oder gemeinsamen Erklärung von EL inhaltlich gefordert. Die Rohstoffe werden in der ersten Phase nicht unter diesem Gesichtspunkt in den UN behandelt. Eine Formierung der EL findet nicht statt.

1. „(a) The technical assistance shall not be a means of foreign economic and political interference in the internal affairs of the country concerned and shall not be accompanied by any consideration of a political nature ...”

GA Resolution 200 (III) vom 4. Dezember 1948

III. TEIL

DIE ZWEITE PHASE - DER KALTE KRIEG UND SEINE AUSWIR- KUNGEN AUF DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER (1949 - 1954)

I. WELTPOLITISCHE RAHMENDATEN DER FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER UND DIE ALLGEMEINPOLITISCHE FORMIERUNG DER ENTWICKLUNGSLÄNDER

1. Der kalte Krieg in Ursache und Wirkung für die Entwicklungsländer

1.1. Die Ursachen des kalten Krieges

Die Vereinten Nationen, gegründet als eine Kriegsallianz gegen die Achsenmächte, erlebten nach ihrem Sieg im Jahre 1945 eine Phase der Euphorie. Es schien den westlichen Siegermächten anfänglich möglich mit der Sowjetunion friedlich zu kooperieren.¹ Die fordernde Politik der Sowjetunion gegenüber den Westmächten, die auf Machtgewinn orientierte Politik Stalins und die wieder in den Vordergrund tretenden ideologischen Gegensätze, bewirkten eine sich mehr und mehr verschlechternde Atmosphäre zwischen den sich formierenden westlichen und östlichen Lagern. Diese Situation wurde als „Kalter Krieg“ bezeichnet.

In Stichworten ergab sich folgendes Bild der beiden Supermächte UdSSR und USA.²

USA:

Durch den 2. Weltkrieg am wenigsten in Mitleidenschaft gezogen erlebten die USA einen Boom ihrer Industrien.

Eine sich ausweitende Industrie in den USA verlangte nach internationalen Absatzmärkten und einer Sicherung des Handels durch die Etablierung eines weltweiten Freihandelssystems. Die Überlegenheit ihrer Demokratie schien den meisten Amerikanern durch den Sieg über die Achsenmächte und die günstige wirtschaftliche Situation bestätigt und der „american way of life“

-
1. Durch die Gründung der UN schien 1945 das Ziel der friedlichen Zusammenarbeit der beiden ideologischen Hauptkontrahenten nach dem 2. Weltkrieg, der USA und der UdSSR, durch einen institutionellen Charakter zu erhalten.
vgl. Loth, Wilfried; a.a.O., S. 180 (S. 180-185) und
vgl. Pfahlig, Bernhard; a.a.O., S. 55
 2. vgl. Sharr, Walter R., The United Nations Economical and Social Council, New York 1969, S. 74 f und
vgl. Loth, Wilfried; a.a.O., S. 180-185

wurde zur allgemeingültigen Ideologie erklärt.

Die USA verfügten als Folge des Aufrüstungsprogrammes anlässlich der Teilnahme am 2. Weltkrieg über das weltweit größte militärische Potential.

UdSSR:

Durch die Kriegsfolgen war die UdSSR an den Rand der wirtschaftlichen Katastrophe gedrängt.

Die UdSSR war den USA wirtschaftlich und militärisch unterlegen. Um der wirtschaftlichen und militärischen Unterlegenheit zu entkommen, unternahm die UdSSR gewaltige Rüstungsanstrengungen. Sie schuf einen „antikapitalistischen Ring“ durch die Einsetzung kommunistisch dominierter Regierungen in den von sowjetischen Truppen besetzten Gebieten Ost- und Mitteleuropas. In diesen Ländern wurde eine radikale Umstellung der Produktionsstrukturen auf die sozialistische Planwirtschaft bewirkt. Gleichzeitig kam es zu einer wirtschaftlichen Ausbeutung politisch und militärisch beherrschter Gebiete zu Gunsten der UdSSR.¹

1.2. Die Auswirkungen des kalten Krieges auf die Entwicklungsländer

Die Konfrontation der Machtblöcke führte auch in den UN zu einer Blockbildung nach den Kriterien einer prowestlichen oder -östlichen Einstellung. Dieses Kriterium bestimmte zugleich die Zulassung neuer Mitglieder. So kam es zwischen 1949 und 1955 zu nur einer Aufnahme eines EL in die UN. 1950 wurde Indonesien in die Vereinten Nationen aufgenommen. „Zwischen 1946 und 1955 war die Diskussion über die Zulassung neuer Mitglieder in unterschiedlich offene Form von der Strategie des kalten Krieges beeinflusst und bestimmt. Während die westlichen Staaten unter Führung der USA der Aufnahme kommunistischer Mitglieder in die Weltorganisation mit der Begründung widersprachen, daß Kommunismus mit den in Art. 4 niedergelegten Qualifikationen für die

1. vgl. Loth, Wilfried; a.a.O., S. 181 und
vgl. Rosenfeldt, Günter; Geschichte der Sowjetunion, Berlin 1961, S. 651-657 und
vgl. Lieber, Hans Joachim/Ruffmann, Karl Heinz; Der Sowjetkommunismus, Berlin 1964, Band 2, S. 603-610

Mitgliedschaft nicht vereinbar sei, setzte die Sowjetunion ihr Vetorecht ein, um eine Veränderung der Mitgliederzahl zu ihren Ungunsten zu verhindern."¹

In den UN kam es auf der Ebene der GA und des Sicherheitsrates zu zahlreichen „Kraftproben“ der Machtblöcke.² Erst die Akzeptanz der Neutralen als politische Kraft ermöglichte ab dem Jahre 1955 eine an den eigenen Interessen orientierte Politik der EL.

2. Die Entwicklung des internationalen Rohstoffmarktes in seiner Bedeutung für die Entwicklungsländer

Infolge des 1950 beginnenden Koreakrieges kam es zu einer Belebung der Nachfrage auf dem Rohstoffmarkt, wie sie für Kriegssituationen typisch ist. Die negativen Folgen eines bestehenden Überangebotes an Rohstoffen (Preisverfall, Verteilungskämpfe, Kartellbildung) wurden aufgefangen. Es kam zu Preisanstiegen für Rohstoffe aller Art.³

Diese für die EL günstige Entwicklung der Rohstoffpreise veränderte sich jedoch als die IL ihre Lager mit Rohstoffen gefüllt hatten. Der Rohstoffboom ließ nach und die Preise sanken.⁴

Die EL betraf die Situation, wie die ECOSOC Mitglieder Argentinien, Kuba, Philippinen und Venezuela während der März Sitzungen des ECOSOC im Jahre 1953 erklärten, wie folgt: „The under-developed countries were very much at the mercy of the

1. Brückner, Jens A.; a.a.O., S. 60 und vgl. Pahlberg, Bernhard; a.a.O., S. 189 f

2. vgl. Hüfner, Jens/Naumann, Klaus; Das System der Vereinten Nationen, Düsseldorf 1974, S. 51-54

3. „In the later part of 1950 this demand reached a very high level with rearmament programmes, increased government purchases and anticipatory commercial buying. In many primary commodities serious shortages developed and prices rose very sharply. As a result consideration was given to the question of international allocation. In the case of wheat, however, the existence of an international agreement assured imports of certain quantities at a maximum price.“
United Nations, International Commodity Problems, in: Yearbook of the United Nations 1950, New York 1951, S. 481 und vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1950, a.a.O., S. 362

4. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1952, New York 1953, S. 348

forces governing international trade; during the period of sharp increases in external demand and prices for raw materials in 1950 and the first half of 1951, intense inflationary pressures had been encountered. Subsequently, primary products had been the first to be hit when demand had begun to waver and prices had fallen in mid-1951. Within a few month some countries had passed from relative prosperity to a situation of great difficulty. Many of these countries had had to tighten import restrictions and reduce internal demand, so that standards of living had declined."¹

Dieser Analyse stimmten auch die Länder Ägypten, Indien und Uruguay zu.²

Der anfängliche Preisanstieg für Rohstoffe hatte neben Mehreinnahmen rohstoffexportierender EL auch seine „ökonomischen Schattenseiten.“ Es kam zu einer Verknappung der Rohstoffe für den eigenen Bedarf der EL. Die gestiegene Nachfrage führte zu einer Steigerung der Rohstoffproduktion und damit zu einer gesteigerten Abhängigkeit der EL vom Rohstoffexport. Außerdem kam es in Folge der Deviseneinnahmen zu einer Weitergabe der hohen Inflation der Währungen der Industrieländer an die rohstoffexportierenden EL.³

In den Jahren 1952-1954 kam es zu großen Preisschwankungen für Rohstoffe auf den internationalen Märkten.⁴ Dies bedeutete für die EL eine Behinderung und Verzögerung der von ihnen geplanten wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder.

3. Die allgemeinpolitische Formierung der Entwicklungsländer-Gruppen auf der Ebene der Vereinten Nationen

3.1. Die Formierung der afroasiatischen Gruppe

-
1. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1953, a.a.O., S. 288
 2. vgl. ebenda
 3. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 364 f
 4. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 104-107 und vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1955, a.a.O., S. 87-89

3.1.1. Aktionsformation

Die afroasiatische Gruppe begann sich auf der Ebene der UN nach Meinung Hovets auf einer ad hoc Basis zu formieren.¹ Dabei ist der Terminus „ad hoc Basis“ zu verstehen, als eine sich jeweils zu einem Verhandlungsgegenstand organisierende Interesseneinheit mehrerer Länder, welche durch ein gemeinsames Auftreten auf der UN-Ebene versucht, eine Politik in ihrem Sinne zu erreichen.² Diese Gruppe hatte noch keine „Eigenexistenz“, sondern wurde am Anfang jeder GA-Sitzungsperiode neu gegründet. Dabei waren diese Gruppen problemkonzentriert, das heißt sie behandelten Probleme gemeinsamen Interesses, die zur Beratung vor der Generalversammlung anstanden.

Praktisch sah die Arbeit der ad-hoc Gruppe so aus, daß man sich zu Gesprächen traf. „Those attending meetings of the in 1950 were: Afghanistan, Burma, Egypt, India, Indonesia, Iran, Irak, Lebanon, Pakistan, Saudi Arabia, Syria and Yemen, and all those countries except Syria and Lebanon consulted together on the Tunisian question in 1951. Syria and Lebanon returned to the group in 1952, and Thailand joined in 1954.“³

Innere und äußere Geschlossenheit

Die Gruppe trat nicht durch einen Sprecher vertreten Dritten gegenüber auf. Sie traf sich jedoch zu Gesprächen und zeigte Dritten gegenüber eine innere Geschlossenheit, die sie auch in einigen Sitzungsperioden der GA durch ein mittleres Maß an Abstimmungsgleichheit bewies (vgl. Abstimmungsverhalten).

Es kann von einer schwach ausgebildeten inneren und äußeren Geschlossenheit der Gruppe gesprochen werden.

-
1. „Thus, beginning in 1949 and 1950, some of the Asian-African caucusing group organised on an ad hoc basis;“ Hovet, Thomas; Bloc voting in the United Nations, a.a.O., S. 78
 2. Sichtbar wird dies am erstmaligen Auftreten der afroasiatischen Gruppe 1949 als ad hoc Gruppe. Aläblich des Unvermögens der GA sich über die weitere Verfügungsgewalt über die früheren italienischen Kolonien zu einigen, schaffte es der Botschafter Indiens an den UN, Sir Benegal Rau, 12 afroasiatische Länder zu einem gemeinsamen Lösungsvorschlag zu veranlassen, der als Beschluß von der GA akzeptiert wurde. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 78 f
 3. Bailey, Sydney D.; a.a.O., S. 36

Das Abstimmungsverhalten der afroasiatischen Gruppe

Nach der Formierung als ad hoc Gruppe zeichnete sich in der GA folgendes Abstimmungsverhalten in folgenden Sitzungsperioden ab (in Prozent gemessen):

		Abstimmungsverhalten		
		Identisch	Solidarisch	Getrennt
V.	Sitzungsperiode	50	27	23
VI.	Sitzungsperiode	35	40	25
VII.	Sitzungsperiode	28	43	25
VIII.	Sitzungsperiode	78	17	5
IX.	Sitzungsperiode	18	29	53
X.	Sitzungsperiode	42	38	20 ¹

Dies ist ein bedeutender Anstieg des inneren Zusammenhaltes im Vergleich zu den vorherigen Sitzungsperioden, in identischem und solidarischem Abstimmungsverhalten.

Das Maß an identischem und solidarischem Abstimmungsverhalten in einigen GA Sitzungen läßt die Aussagen zu, daß die Gruppe ein mittleres Maß an Abstimmungsgleichheit zeigte. D.h. mehr als die Hälfte der Mitglieder der Gruppe stimmten im Durchschnitt nicht getrennt.

Die Zusammenarbeit der Gruppe

Es gab regelmäßige Treffen, die jedoch kein einheitliches Verhalten oder eine automatisch gleichgeschaltete Meinung zur Folge hatten, wohl aber bei Punkten gemeinsamen Interesses oder Betroffenseins eine enge Zusammenarbeit bewirkten.²

Die ad hoc Gruppe wurde in jeder Sitzungsperiode neu gegründet. Nach Thomas Hovet arbeitete die Gruppe in folgenden UN-Institutionen themenzentriert zusammen.

-
1. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 164, Chart 43
 2. „Deutlich wurde das vor allem zur Zeit der Koreakrise, als die arabischen Staaten die Nichteinmischung empfahlen, während die asiatischen Mitglieder der Gruppe ein Engagement befürworteten ... Nach der Koreakrise nahm die Gruppe jedoch eine geschlossenere Form an, da nun die gemeinsamen Interessen des Anti-Kolonialismus und der Wirtschaftshilfe in den Vordergrund traten. Hinzu kam bald die Rassenfrage, die in der Apartheid-Politik der Südafrikanischen Union ihren Hauptgegenstand hatte.“
Pfahlberg, Bernhard; a.a.O., S.243

Sitzungsperiode	Themen	UN-Organisation
V.	Koreakrise	GA
VI.	Französisch-Tunesien	GA Disarmament Commission
	andere gemeinsame Probleme	Human Rights Commission of the ECOSOC
VII.+VIII.	Themen gemeinsamen Interesses	GA

Es kann soweit von einer kontinuierlichen Zusammenarbeit der ad hoc Gruppe gesprochen werden.

Die enge themenzentrierte Zusammenarbeit der Gruppe und die Art ihrer Zusammenarbeit verbunden mit einem hohen Maß an Abstimmungsgleichheit lassen die Aussage zu, daß die Gruppe eine innere und äußere Geschlossenheit aufwies.

Das Maß der Aktionsformation

Gegeben ist:

- eine Zusammenarbeit,
- eine innere und äußere Geschlossenheit der Gruppe,
- ein mittleres Maß an Abstimmungsgleichheit.

Diese Aktionsformation bestand nach Aussage Hovets während der oben angeführten Sitzungsperioden.¹ Die qualifizierenden Merkmale einer ad hoc Gruppe sind erfüllt.

3.1.2. Zielgleichheit

Das hohe Maß an innerem Zusammenhang, bewiesen durch ein geringes Maß an getrenntem Abstimmungsverhalten², bewies eine mittlere Zielgleichheit auf dem Gebiet der allgemeinen Politik. Im Durchschnitt stimmen mehr als die Hälfte der Gruppenmitglieder gemeinsam für die gleichen Ziele.

1. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 79 f

2. vgl. Abstimmungsverhalten

3.1.3. Das Maß der Formierung

Festgestellt werden konnte:

- eine ad hoc Formation (mit inhaltlicher Einschränkung),
- ein hohes Maß an Zielgleichheit.

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
	mittlere	geringe
mittlere		
	große	ad hoc
hohe		
	vollkommene	vollkommene
vollkommene		

Für die afroasiatischen Länder ist im Bereich der allgemeinen politischen Zielforderungen eine große Formierung festzustellen. (6,9)

3.2. Die Formierung der lateinamerikanischen Gruppe

3.2.1. Aktionsformation

Die Zusammenarbeit blieb im schon bestehenden Umfang bestehen. Dies umschloß Konsultationen der Gruppenmitglieder, wo diese von ihnen gewünscht wurden und den Versuch einer Geschlossenheit der Gruppe, der aber nicht zwingend war.¹

Bei Abstimmungen in der Generalversammlung stimmten im Durchschnitt der hier aufgeführten Generalversammlungsperioden fast die Hälfte aller Gruppenmitglieder nicht identisch oder solidarisch ab.² Somit kann von einem nicht gleichen Abstimmungsverhalten der Gruppe gesprochen werden. Die Gruppe trat weder durch einen gemeinsamen Sprecher auf, noch waren die Konsultationen institutionalisiert, noch zeigte sich in ihrem Abstimmungsverhalten eine große innere Geschlossenheit. Somit ist keine innere und äußere Geschlossenheit der Gruppe anzunehmen.

Das Maß der Aktionsformation ist bei Erfüllung nur eines Merkmales gering.

3.2.2. Zielgleichheit

Das Abstimmungsverhalten der lateinamerikanischen Länder zeigt eine mittlere Zielgleichheit (mehr als ein Drittel stimmen im Durchschnitt identisch oder solidarisch).³ Die lateinamerikanischen Länder zeigten folgenden Gruppenzusammenhalt bei den Abstimmungen in der GA:

		Abstimmungsverhalten		
		Identisch	Solidarisch	Getrennt
IV.	Sitzungsperiode	22	36	42
V.	Sitzungsperiode	30	38	32
VI.	Sitzungsperiode	8	49	43
VII.	Sitzungsperiode	20	58	22
VIII.	Sitzungsperiode	27	15	58
IX.	Sitzungsperiode	30	25	45

1. vgl. Bailey, Sydney D.; a.a.a., S. 33 und
vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 65 f

2. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 140, Chart 19

3. vgl. ebenda, S. 140, Chart 19 und S. 143, Chart 20

3.2.3. Das Maß der Formierung

Für die lateinamerikanischen Länder kann für die allgemeine Politik festgestellt werden:

- eine mittlere Zielgleichheit
- eine geringe Aktionsformation

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
	mittlere	geringe
mittlere		
hohe	große	ad hoc
vollkommene	vollkommene	vollkommene

Die Präsenz der lateinamerikanischen Länder hat das Maß einer mittleren Formation erreicht. (5,3)

4. Die numerische Präsenz der Entwicklungsländer auf der Ebene des ECOSOC

Mitglieder des ECOSOC¹

	1949	1950	1951	
1.	Venezuela	l Mexico	l Mexico	l
2.	Belgien	w Belgien	w Belgien	w
3.	Chile	l Chile	l Chile	l
4.	Australien	w Australien	w Philippinen	a
5.	Libanon	l Pakistan	a Pakistan	a
6.	Brasilien	l Brasilien	l Uruguay	l
7.	China	a China	a China	a
8.	Neuseeland	w Kanada	w Kanada	w
9.	Dänemark	w Dänemark	w Schweden	w
10.	Polen	o Polen	o Polen	o
11.	Frankreich	w Frankreich	w Frankreich	w
12.	Türkei	w Iran	a Iran	a
13.	Peru	l Peru	l Peru	l
14.	Indien	a Indien	a Indien	a
15.	UdSSR	o UdSSR	o UdSSR	o
16.	Vereinigtes Königreich	Vereinigtes w Königreich	Vereinigtes w Königreich	w
17.	USA	w USA	w USA	w
18.	Byelorussia SSR	o Tschechoslowakei	o Tschechoslowakei	
		*	*	*
	w = westeuropäische u. andere Länder	8	7	6
	o = osteuropäische Länder	3	3	3
	a = afroasiatische Länder	3	4	5
	l = lateinamerikani- sche Länder	4	4	4

* Zahl der im ECOSOC vertretenen Länder der EL-Gruppen
(Fußnote siehe Seite 142)

Mitglieder des ECOSOC

	1952	1953	1954	
1.	Mexico	l Venezuela	l Venezuela	l
2.	Belgien	w Belgien	w Belgien	w
3.	Argentinien	l Argentinien	l Argentinien	l
4.	Uruguay	l Uruguay	l Ecuador	l
5.	Pakistan	a Türkei	w Türkei	w
6.	Kuba	l Kuba	l Kuba	l
7.	China	a China	a China	a
8.	Kanada	w Australien	w Australien	w
9.	Schweden	w Schweden	w Norwegen	w
10.	Polen	o Polen	o Tschechoslowakei	o
11.	Frankreich	w Frankreich	w Frankreich	w
12.	Iran	a Indien	a Indien	a
13.	Ägypten	a Ägypten	a Ägypten	a
14.	Philippinen	a Philippinen	Pakistan	a
15.	UdSSR	o UdSSR	o UdSSR	o
16.	Vereinigtes Königreich	Vereinigtes w Königreich	Vereinigtes w Königreich	w
17.	USA	w USA	w USA	w
18.	Tschechoslowakei	o Jugoslawien	o Jugoslawien	o
		*	*	*
w = westeuropäische u. andere Länder	7	7	7	7
o = osteuropäische Länder	3	3	3	3
a = afroasiatische Länder	4	4	4	4
l = lateinamerikani- sche Länder	4	4	4	4

* Zahl der im ECOSOC vertretenen Länder der EL-Gruppen

-
1. vgl. United Nations, Function and Organisation of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1948-49, New York 1950, S. 95 und
vgl. United Nations, Function and Organisation of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1950, New York 1951, S. 67 und
vgl. United Nations, Function and Organisation of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1951, New York 1952, S. 53 und
vgl. United Nations, Structure and Organisation of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1952, New York 1953, S. 36 und
vgl. United Nations, Structure and Organisation of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1953, New York 1954, S. 26 und
vgl. United Nations, Appendix II, Structure of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1954, New York 1955, S. 560

II. DIE FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER

1. Verfügungsziel - nicht agrarische Rohstoffe

1.1. Die Bedeutung der Rohstoffe in der gesamtwirtschaftlichen und sozialen Strategie der Vereinten Nationen

Die Politik der Vereinten Nationen vor 1950 hinsichtlich der Rohstoffe war integriert in eine Gesamtpolitik der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der unterentwickelten Länder.

Diese Politik war in ihren Grundzielen von allen in den UN vertretenen Ländern mitgetragen.

Ihre Grundaussagen waren schon 1948 in den Resolutionen 198 (III) und 200 (III) zum Ausdruck gekommen.

Die Resolution 200 (III) vom 4. Dezember 1948 kann als die für die weitere EL-Politik und damit auch für die Rohstoffpolitik, als die entscheidende Selbstverpflichtung der Vereinten Nationen angesehen werden. Die Generalversammlung verpflichtete sich, in Auslegung der Charta der Vereinten Nationen, zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes aller Länder und im besonderen zur Förderung der unterentwickelten Gebiete.¹

Die in den beiden Resolutionen enthaltenen Aufforderungen wurden in der einstimmig angenommenen GA Resolution 305 (IV) vom 16. November 1949 wiederholt.²

Die Rohstoffe wurden bei diesen Resolutionen „expressis verbis“ nicht genannt. In diesen GA Resolutionen wurde zur Erreichung eines höheren Lebensstandards in unterentwickelten Gebieten die Ausbildung von Experten auf dem Gebiet der Wirtschaft und die Gewährung von technischer Hilfe durch Regierungen der UN-organe gefordert.

Bei all diesen Maßnahmen wurde der ECOSOC zur Mitarbeit aufgerufen.

1. vgl. II. Teil II.3.1.3.

2. vgl. United Nations, Economic Questions, in: Yearbook of the United Nations 1948-49, a.a.O., S. 440

Der ECOSOC nahm diese Aufforderung der GA an und erklärte in der ECOSOC Resolution 180 (VIII) vom 4. März 1949 einstimmig die Notwendigkeit internationaler Kooperation, speziell durch die UN, und die Wichtigkeit internationalen Austausches an technischen Kenntnissen.¹

Im ECOSOC wurde am 8. März 1949 in der ECOSOC Resolution 188 (VIII) einstimmig der „Economic Survey of Latin America 1948“ angenommen.²

Die regionale Wirtschaftskommission für Lateinamerika zeigte in ihrem „Economic Survey of Latin America 1948“ (E/CN. 12/82) für die Rohstoffe folgende Situation auf: Lateinamerika war vor allen Dingen eine Landwirtschafts-Ökonomie mit einer Beschäftigungsrate von 60 % in einigen Ländern auf diesem Gebiet.

Eine industrielle Entwicklung bedurfte großer Mengen an importiertem Investitionskapital.

Das Exportvolumen zeigte nur einen geringen Anstieg und die Preisrelationen zwischen Export- und Importgütern hatten sich seit 1870 beständig verschlechtert, d.h. „Lateinamerika“ mußte seine Rohstoffe zu einem relativ niedrigen Preis exportieren, im Vergleich zu den hohen Preisen verarbeiteter Artikel, die es importieren mußte.

Besonders betont wurde in der Studie die Notwendigkeit von Produktionserhöhungen auf dem industriellen Sektor und dem Anstieg an ausländischem Kapital und ausländischer Investition, um Lateinamerika in die Lage zu setzen ein wirtschaftliches Wachstum zu erreichen.³

Anläßlich der Präsentation des jährlichen Reports der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (E/13330/Rev.1) für die Zeit vom 26. Juni 1948 bis zum 14. Juni 1949 kam es im ECOSOC während seiner 295. und 296. Vollversammlung vom 14. und 15.

1. vgl. United Nations, Economic Questions, in: Yearbook of the United Nations 1948-49, a.a.O., S. 441

2. vgl. United Nations, Economic Commission for Latin America (ECLA), in: Yearbook of the United Nations 1948-49, a.a.O., S.521

3. vgl. ebenda, S. 518 f

Juli 1949 zu einer Diskussion.¹ Dabei kam es zu einer Aussage des chilenischen Vertreters über die Ziele der lateinamerikanischen Ökonomie, sowohl im strategischen als auch im taktischen Sinne, der sich die Vertreter Brasiliens, Venezuelas, Perus, Frankreichs und Englands anschlossen. Als langfristige Ziele, bei deren Erfüllung auch die regionale Wirtschaftskommission ECLA eine entscheidende Rolle spielen sollte, wurden die Hebung des Lebensstandards und die Sicherung der sozialen und politischen Stabilität der lateinamerikanischen Länder und ihrer Demokratien durch eine wirtschaftliche Transformation der Struktur dieser Länder genannt.

Zur Erreichung dieses Zieles wurde für die lateinamerikanischen Länder eine Stärkung und Diversifizierung ihrer Ökonomien, die Ermutigung ausländischer Investitionen, die Erhöhung der einheimischen Investition und die Erhöhung der nationalen Produktion und somit des nationalen Einkommens gefordert.

Die Rohstoffe, als wichtigste Exportgüter Lateinamerikas, waren hier implizit angesprochen. Erstmals kam es zu einer klaren national orientierten Funktionsaussage lateinamerikanischer Länder mit einer ableitbaren Aussage über die ökonomische Funktion der Rohstoffe.

1.2. Die Bedeutung der Rohstoffe im UN-Konzept der Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer vor dem Koreakrieg

Die Rohstoffe spielten auf der Ebene des ECOSOC und der GA noch keine so große Rolle, daß sie „expressis verbis“ als Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung genannt wurden. Neben den bekannten Forderungen nach der Ausbildung von Experten für die EL und einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technik und der technischen Hilfe für die EL,² wurde im Jahre 1950 die Forderung nach mehr finanzieller Hilfe für die EL ge-

1. vgl. United Nations, Economic Questions, in: Yearbook of the United Nations 1948- 49, a.a.O., S. 522

2. vgl. GA Resolution 200 (III) und 201 (III) vom 4. Dezember 1948, ECOSOC Resolution 180 vom 4. März 1949

stellt.¹

Aufgrund der Empfehlung der GA Resolution 307 (IV) vom 16. November 1949 sich ausführlich mit der Frage der Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung der EL zu beschäftigen, begann der ECOSOC 1950 aktiv zu werden.

Der ECOSOC beauftragte in der ECOSOC Resolution 268 (X) vom 2. März 1950 einstimmig eine „Unterkommission für wirtschaftliche Entwicklung“ mit der Studie vorhandenen Materials und der Ausarbeitung von praktischen Empfehlungen zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Gebiete.³

Diese „Sub Commission on Economic Development“ war von der „Economic and Employment Commission“ ausgewählt worden. Ihr gehörten bis zum 31. Dezember 1950 folgende Mitgliedsländer an: Brasilien, Mexico, China, UdSSR, Indien, USA, Tschechoslowakei.⁴

1. „The General Assembly“

„Recognizing further that, although the economic development of underdeveloped countries, in particular depends primarily upon the efforts of the people in those countries, the necessary acceleration of that development, on the basis of their own plans and programmes, requires not only technical but also financial assistance from abroad, and particular from the more developed countries,“ GA Resolution 400 (V) angenommen mit der Mehrheit der EL. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1950, a.a.O., S. 459 f

2. Die GA nahm am 16. November 1949 einstimmig die Resolution 307 (IV) an, worin sie „Recommends that, in the Economic and Social Council's forthcoming work and studies on economic development, further attention should be paid to such questions of international economic and commercial policy as may influence the process of development of the economies of underdeveloped countries, with a view to making recommendations to the General Assembly.“ Einen inhaltlich gleichlautenden Auftrag formulierte auch die einstimmig angenommene GA Resolution 306 (IV) vom gleichen Tag.
vgl. dazu auch: GA Resolution 198 (III) und 200 (III) vom 4. Dezember 1948. vgl. United Nations, Economic Questions, in: Yearbook of the United Nations 1948-49, a.a.O., S. 457 f
3. vgl. United Nations, Economical and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1950, a.a.O., S. 439
4. vgl. United Nations, Function and Organisation of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1950, a.a.O., S. 94

Die Subkommission arbeitete eine Studie aus, welche den EL zur Förderung von Privatinvestitionen in ihren Gebieten empfahl:

- in unterentwickelten Ländern arbeitende Privatunternehmen der geringstmöglichen staatlichen Kontrolle zu unterwerfen,
- mit ausländischen Investoren „Nicht-Diskriminations-Abkommen“ abzuschließen,
- Verpflichtungen der Regierungen hinsichtlich der Sicherheit ausländischer Personen und ihres Vermögens abzugeben,
- ausländischen Firmen die Präferenz einzuräumen, ihre Verdienste oder ihr Kapital im Falle von Zahlungsschwierigkeiten zurückziehen zu können,
- den Privatunternehmungen für den Fall von Verstaatlichungen gerechte Wiedergutmachung und die Möglichkeit des Transfers ihrer Gewinne zuzusichern,
- sich davor zu hüten, unflexible Vorschriften für Investeure zu erlassen hinsichtlich des Prozentsatzes an ausländischem Besitz, der Anzahl oder Proportion an örtlichen Direktoren, Managern oder Angestellten.¹

Diese Studie wurde vom ECOSOC in der einstimmig gefaßten ECOSOC Resolution 294 (XI) vom 12. August 1950 zur Kenntnis genommen und bestätigt.²

Für den Mangel an in- und ausländischen Investitionen wurde die wirtschaftliche Unterentwicklung der EL verantwortlich gemacht, die den Investeuren keinen wirtschaftlichen Anreiz biete.

Einige EL (Brasilien, Chile, Kolumbien, Philippinen, Haiti) forderten zum Anreiz ausländischer Investitionen eine Politik der Vergünstigungen.

Die Länder der arabischen Gruppe erklärten geschlossen, Gelder von Regierungen oder internationalen Agenturen seien Privatinvestitionen aus dem Ausland vorzuziehen; Privatinvesti-

1. vgl. Report der Subkommission für wirtschaftliche Entwicklung (E/CN.80 & Add.1) dargestellt in: United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1950, a.a.O., S. 439

2. vgl. ebenda, S. 443

tionen seien erfahrungsgemäß ungenügend groß. Außerdem sei die Wahrscheinlichkeit einer Einmischung der Investeure in die Unabhängigkeit des leihenden Landes groß.¹

In der einstimmig angenommenen² GA Resolution 400 (V) vom 20. November 1950, wurde die Bereitstellung internationaler öffentlicher Fonds zur Behebung des Kapitalmangels der EL gefordert.

Dieser Resolution lagen drei draft resolutions mit EL-Beteiligung zu Grunde.³

Die ECOSOC Resolution 301 (XI) vom 7. August 1950 nahm mit den Stimmen aller EL (13:0:2)⁴ den Bericht der Wirtschaftskommission für Lateinamerika an.

Festgestellt wurde darin unter anderem, daß

- fehlende Auslandsinvestitionen und eine Unfähigkeit des heimischen Marktes Ersparnisse zu machen die notwendigen Investitionen im industriellen und agrarischen Bereich unmöglich machten,
- der Mangel an ausländischen Devisen den Ankauf neuer notwendiger Technologien verhindere.⁵

Die Unzufriedenheit der EL mit dem bislang erreichten machte sich bemerkbar in gemeinsamen Positionserklärungen der EL. Während der 459. bis 465. Sitzung des ECOSOC vom 7. - 20. März 1951 kam es zu folgenden gemeinsamen Positionen:

- die heimischen finanziellen Ressourcen der EL reichten nicht aus, die gewünschte wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen,

1. Diese Positionen kamen während der Generaldebatte des zweiten Komitees der Generalversammlung vom 9. - 19. Oktober 1950, in dem die UN-Mitglieder alle vertreten sind, zum Ausdruck. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1950, a.a.O., S. 456-458

2. vgl. United Nations, Economic Development of Underdeveloped Areas, in: Yearbook of the United Nations 1950, a.a.O., S. 459

3. vgl. ebenda und Annex II

4. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1950, a.a.O., S. 510

5. vgl. ebenda, S. 506-509

(Chile, Iran, Indien, Mexico, Pakistan),

- externe finanzielle Hilfe sei dringend erforderlich (Chile, Mexico),
- die Notwendigkeit der Nutzung und Vermehrung nationaler Ersparnisse wurde betont (Chile, Pakistan, Peru)¹.

Die Forderungen nach verstärkten Investitionen gingen vom „status quo“ der Struktur der EL aus. Für die auf den Rohstoffexport festgelegten EL bedeutete dies, durch eine effektivere, wirtschaftlichere Nutzung ihrer Rohstoffe das funktionale Verfügungsziel erreichen zu wollen. Dieses kann aus den Forderungen nur geschlossen werden, weil die Rohstoffe bislang als besondere Einnahmequelle der EL noch keine Erwähnung fanden.

1.3. Der Koreakrieg als verfügunspolitische Herausforderung der Entwicklungsländer

Das Jahr 1950 hat für die Rohstoffpolitik der Vereinten Nationen und die der EL eine besondere Bedeutung.

Am 25. Juni 1950 drangen Truppen Nordkoreas in das Territorium der Republik Korea (Südkorea) ein. Dies führte zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Ländern, an denen sich die beiden kontrahierenden Supermächte in unterschiedlichem Maße beteiligten.

Politisch kam es zu einer Intensivierung des kalten Krieges. Militärisch folgte eine weltweite Wiederbewaffnung und Aufrüstung. Militärisch relevante Rohstoffe wurden verstärkt nachgefragt, ebenso wie lebenswichtige Rohstoffe, von denen die EL sich Lager anlegten.²

Der Weltwirtschaftsbericht 1950-51 des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zeigte für die rohstoffexportierenden Länder als Folge des Koreakrieges folgendes Bild auf: „Diese Länder erreichten einen großen Anstieg in ihren Einkünften aus dem Export von Rohstoffen zu Höchst-Preisen in den ersten neun Monaten, die dem Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea folgten. Anschließend

1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, S. 378 f

2. vgl. im Text III. Teil, I.1. und 2.

erlitten sie eine beträchtliche Reduktion an Einkünften, als der Rohstoffboom nachließ."¹

Die EL reagierten auf diese ökonomische Aufwertung der Rohstoffe mit einer politischen Aufwertung der Rohstoffe. Die Rohstoffe wurden nicht mehr als Grundlage einer wirtschaftlichen Effektivierung angesehen, sondern ihr Verkauf wurde zu einem Eigenfaktor politischer Forderungen bei der Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung der EL.

Die besondere Bedeutung der Rohstoffe für die wirtschaftliche Entwicklung allgemein wurde in der ECOSOC Resolution 345 (XII) vom 9. März 1951 erklärt, angenommen mit den Stimmen aller EL.² Die natürlichen Ressourcen wurden als wichtig und stützend bei der wirtschaftlichen Entwicklung bezeichnet.³

Für ihre Nutzung wurde die internationale Zusammenarbeit, und zur Steigerung der Produktion die Nutzung der besten Technik gefordert (GA Resolution 522 (VI) vom 12. Januar 1952).⁴ Die Resolution wurde mit 44:0:10 Stimmen angenommen. Vorschläge für die Resolution hatten Haiti (A/C.2/L.95) und die USA (A/C.2/L.119) entwickelt.⁵

1. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1952, a.a.O., S. 348

2. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 413

3. „The Social and Economic Council“ ...
„Recognizing the importance of promoting the effective and sustained use of the world natural resources as a means of furthering economic development, and recognizing further the progress that may be made in this direction through the holding of international conferences in which there is an exchange of information pertinent to particular types of resources or particular resource problems common to a group of countries.“ ECOSOC Resolution 345 (XII) vom 9. März 1951

4. „The General Assembly“...
„Considering that to ensure more rapid economic progress of the world as a whole, closer international co-operation is required to facilitate the best use of the world's manpower resources, natural resources and productive equipment,“
„Believing that an important increase in the rate of growth of world production could be achieved by the application of the latest available scientific knowledge to techniques of production“ GA Resolution 522 (VI) vom 12. Januar 1952

5. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 417

Die einstimmig angenommene GA Resolution 523 (VI) vom 12. Januar 1952 formulierte das Verfügungsziel der EL als „Sollvorschrift“. Den EL wird durch diese Resolution das Recht gegeben, „to determine freely the use of their natural resources.“ Gleichzeitig wird jedoch den EL eine Zielrichtung der wirtschaftlichen Nutzung ihrer Ressourcen vorgegeben. Sie sollten ihre Rohstoffe zur Verbesserung ihrer Position, zur Verwirklichung ihrer nationalen Interessen und zur Ausweitung der Weltwirtschaft nutzen.²

Diese strategischen Rohstoffziele wurden durch konkrete Maßnahmenempfehlungen der GA unterstützt. So empfahl die GA den UN-Mitgliedern eine generelle Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die

- sich an den in der ECOSOC Resolution 341 (XII) dargelegten Zielen orientierte,
- mit Hilfe von Wirtschaftsverträgen versucht, die Ziele zu erreichen:
 - a. Beschaffung von Maschinen, von Ausrüstung und Rohstoffen für die Entwicklung und Hebung des Lebensstandards der EL,
 - b. Entwicklung der natürlichen Rohstoffe zur Befriedigung des heimischen Bedarfs der EL als auch des Bedarfs des internationalen Handels.

Bei den Vorschlägen zur GA Resolution 523 (VI) kam es zu einer Interessenkoalition von 10 Ländern, zu denen drei EL gehörten. Diese unterstützten einen Vorschlag des „Drafting Committee“, der zur Annahme der Resolution führte.³

Die GA Resolution 623 (VII) vom 21. Dezember 1952, angenommen mit der Mehrheit der EL-Stimmen, stellte erstmalig

1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 418

2. „The General Assembly“...
„Considering that the under-developed countries have the right to determine freely the use of their natural resources and that they must utilize such resources in order to be in a better position to further the realisation of their plans of economic development in accordance with their national interests, and to further the expansion of the world economy.“

3. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 418 und Annex II

die Nutzung der Rohstoffe als Mittel zur Erreichung des wirtschaftlichen Fortschrittes den bisherigen Vorschlägen zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung der EL gleich.¹

Fortschritte in Richtung ausgeglichener und fairer Rohstoffpreise, fair terms of trade und eine Stabilität der Währungen der rohstoffproduzierenden Länder wurden in der Resolution zu wichtigen Maßnahmen der Friedensbewahrung erklärt.

Gleichzeitig relativierte die GA Resolution 626 vom 21. Dezember 1952 die Freiheit der EL über ihre Rohstoffe zu verfügen. Die EL wurden auf die ökonomische Notwendigkeit von Investitionskapital, internationalem Vertrauen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit hingewiesen.² Die Abstimmungsergebnisse der Resolution³ gaben keine Hinweise auf den EL Anteil der Zustimmung.

Bei der Abstimmung über die GA Resolution 623 (VII) zeigten sich Gruppenformierungen beim Abstimmungsverhalten. Die latein-amerikanische Gruppe und die arabische Gruppe stimmten

-
1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1952, a.a.O., S. 377

„The General Assembly“...

„Recognizing that the problem of financing the economic development of countries in the process of development is fundamental to the maintenance of the peace of mankind, and that, therefore high priority should be given to the consideration of this practical solution in the international relations, Considering:

(a) That the urgent and satisfactory solution of this problem requires the full utilization of all sources of financing among with the ability to obtain adequate and stable proceeds from exports is one of the most important for all under-developed countries,”

GA Resolution 623 (VII) vom 21. Dezember 1952

3. „The General Assembly“...

„Recommends all Member States, in the exercise of their right freely to use and exploit their natural wealth and resources whenever deemed desirable by them for their own progress and economic development, to have due regard, consistently with their sovereignty, to the need for maintaining the flow of capital in conditions of security, mutual confidence and economic co-operation among nations.”

GA Resolution 626 (VII) vom 21. Dezember 1952

3. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1952, a.a.O., S. 390 und Annex II

geschlossen für die Resolution. Doch eine Gesamtformierung der afroasiatischen Gruppe blieb aus. Die Resolution wurde mit 35:15:9 Stimmen angenommen.¹ Der Resolution lagen draft resolutions einiger EL zugrunde. Diese EL konnten ihre Forderungen vollständig in die GA Resolution einbringen.²

Die Bewertung der Rohstoffe als wichtiger Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung der EL fand ihre Bestätigung in den Resolutionen der folgenden Jahre. Darin wurden mit der Mehrheit der EL-Stimmen Forderungen zur Erreichung der Stabilisierung der Rohstoffpreise und ihrer Erlössteigerung gestellt.³

1.4. Zusammenfassende Auswertung

1.4.1. Zielgleichheit

Bei der Betrachtung des Verfügungszieles ist in den Jahren 1950/51 eine Zäsur zu beobachten. Ursache ist der Koreakrieg mit seinen rohstoffpolitischen Auswirkungen. Die Zielübereinstimmung der EL wird dadurch wenig beeinträchtigt, wohl aber die Bedeutung, welche den Rohstoffen von den EL zugemessen wird.

Vor dem Wirksamwerden der Koreakrise für die Rohstoffe stimmten die EL darin überein, daß es notwendig sei, unter Zugrundelegung des status quo, welcher für die meisten EL eine einseitige Festlegung auf die Produktion von Rohstoffen bedeutete, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Sie wollten die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder vorantreiben (strategisches Ziel) durch:

- internationale Kooperation auf dem Gebiet der technischen Hilfe⁴

1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1952, a.a.O., S. 377

2. vgl. ebenda, S. 374-377 und Annex II

3. vgl. ECOSOC Resolution 462 (XV) vom 10. April 1953, ECOSOC Resolution 553 B (XVIII) vom 4. August 1954, ECOSOC Resolution 512 A (XVII) vom 30. April 1954, ECOSOC Resolution 531 C (XVIII) vom 4. August 1954, ECOSOC Resolution 487 (XVI) vom 31. Juli 1953
In ihren inhaltlichen Aussagen werden diese Resolutionen beim Erlössicherungs- und Steigerungsziel dargestellt.
vgl. III. Teil II.5.

4. vgl. ECOSOC Resolution 180 (VII) vom 4. März 1949

- Investitionsanreize für ausländisches Kapital,¹
- die stärkere Investition durch internationale Fonds.²
(taktische Ziele)

Als Folge des Koreakrieges kam es zu einer verstärkten Nachfrage nach militärischen und lebenswichtigen Rohstoffen. Die verstärkte Nachfrage führte zu einer Steigerung dieser Rohstoffe in ihrer Produktion, dem Verkauf und dem Erlös. Dementsprechend wurden der Verkauf dieser Rohstoffe auch essentieller für das gleichbleibende strategische Ziel, die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der EL.

Der Wechsel der Bewertung der Rohstoffe durch die EL als einem Produktionsfaktor unter anderen³, zu einem wichtigen Faktor, mit dem schon Aufgaben und Verpflichtungen verbunden waren⁴, bis zu einem der wichtigsten Faktoren der EL⁵ zeigt die wachsende Bedeutung, die die EL der Nutzung der Rohstoffe zusprechen. Bis zur GA Resolution 523 (VI) kann noch eine Einstimmigkeit in den Resolutionen festgestellt werden, während die GA Resolution 623 (VII) vom 21. Dezember 1952 geringe Abweichungen in der Einstimmigkeit zeigte.

So kann bis zum Jahre 1955 von einer vollen Übereinstimmung der EL im strategischen Verfügungsziel gesprochen werden und von einer vollen Übereinstimmung der EL bei den taktischen Zielen bis zum Wirksamwerden der Koreakrise. Danach ist nur noch eine hohe Übereinstimmung der EL bei den Forderungen zu sehen.

Somit läßt sich für die zweite Phase eine mittlere Zielgleichheit feststellen.

1.4.2. Aktionsformation

Eine Zusammenarbeit der EL, sichtbar gemacht in gemeinsam erarbeiteten draft resolutions als dem Resultat von Treffen und

1. vgl. ECOSOC Resolution 294 (XI) vom 12. August 1950

2. vgl. GA Resolution 400 (V) vom 20. November 1950

3. vgl. ECOSOC Resolution 345 (XII) vom 9. März 1951

4. vgl. GA Resolution 523 (VI) vom 12. Januar 1952

5. vgl. GA Resolution 623 (VII) vom 21. Dezember 1952

Konsultationen, gab es in der zweiten Phase weder für die EL insgesamt, noch für die EL-Gruppen. Es kam jedoch in der Generalversammlung und im ECOSOC zu Interessenkoalitionen einzelner EL. Im ECOSOC erarbeiteten einige EL während der siebten ECOSOC-Sitzungsperiode gemeinsame draft resolutions. Zu einer weiteren kontinuierlichen Zusammenarbeit von EL kam es jedoch nicht im ECOSOC.

In der GA zeigte die arabische Gruppe bei der draft resolution (A/C2/L.35 Add. 1) zur GA Resolution 400 (V) vom 20. November 1950 mit einer Beteiligung von 5 der 7 Gruppenmitglieder eine beinahe geschlossene Zusammenarbeit. Es kam zu spontaner interessenorientierter Zusammenarbeit einiger EL, die aber weder zu einer „ad hoc Zusammenarbeit“ für die Dauer einer Sitzungsperiode, noch zu längerer Zusammenarbeit führte.¹ Einige lateinamerikanische Länder arbeiteten bei den draft resolutions zur GA Resolution 623 (VII) vom 21. Dezember 1952 zusammen.² Zu einer weiteren Zusammenarbeit dieser Gruppen kam es in der GA jedoch nicht.

Bei den Abstimmungen stimmten die EL meist mit der Mehrheit.³ Doch auch bei einem differenzierten Abstimmungsverhalten, wie bei der Abstimmung über die GA Resolution 623 (VII) zeigten die EL kein einheitliches Abstimmungsverhalten.⁴

Im ECOSOC kam es zu einigen Abstimmungsergebnissen, die die EL als geschlossene Einheit zeigten, doch dieses war die Ausnahme. Somit zeigten die EL auch durch ihre Abstimmungsergebnisse kein geschlossenes Auftreten Dritten gegenüber.

Das Maß der Aktionsformation

Für die EL kann festgestellt werden:

1. vgl. im Annex II, GA Resolution 400 (V), 522 (VI), 523 (VI), 623 (VII)
2. vgl. im Annex II, GA Resolution 623 (VII)
3. vgl. im Annex II, GA Resolution 305 (IV), 307 (IV), 400 (V), 523 (VI), ECOSOC Resolution 180 (VIII), 188 (VIII), 294 (XI)
4. vgl. im Annex II, ECOSOC Resolutionen 301 (XI), 345 B (XII)

- keine Zusammenarbeit,
- ein mangelndes geschlossenes Auftreten,
- ein uneinheitliches Abstimmungsverhalten.

Somit ist keine Aktionsformation vorhanden.

1.4.3. Das Maß der Formierung

Für die EL als Gesamtgruppe konnte festgestellt werden:

- eine mittlere Zielgleichheit
- keine Aktionsformation

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
	mittlere	geringe
mittlere		
hohe	große	ad hoc
	vollkommene	vollkommene
vollkommene		

Somit besteht für die EL-Gruppe insgesamt für die Forderung hinsichtlich des Verfügungszieles über die nicht agrarischen Rohstoffe eine mittlere Formierung. (3,5)

2. Verfügungsziel - agrarische Rohstoffe

2.1. Bedeutung und Funktion der agrarischen Rohstoffe

Die Generalversammlung maß dem Problem der agrarischen Rohstoffe in der GA Resolution 401 (V) vom 20. November 1950 eine große Bedeutung bei. Die industrielle Entwicklung wurde in ihrer Bedeutung der landwirtschaftlichen Entwicklung gleichgestellt. Die Bedingungen landwirtschaftlicher Produktion wurden als entscheidendes Hindernis dargestellt, auf dem Weg zu:

- höherer wirtschaftlicher Produktivität,
- einem höheren Lebensstandard,
- einer industriellen Entwicklung.

Die Generalversammlung forderte den Generalsekretär der FAO auf in Zusammenarbeit mit dem ECOSOC Empfehlungen zu folgenden Themenbereichen auszuarbeiten:

- Landreform und Institutionen zu ihrer Durchführung,
- landwirtschaftliche, technische Hilfe,
- Kredite für die Landwirtschaft,
- landwirtschaftliche Zusammenarbeit,
- staatliche Förderung der Finanzierung,
- Weiteranbietung von landwirtschaftlichen Produkten auf regionaler Ebene,
- eine die Landwirtschaft erleichternde Steuerpolitik,
- Sicherheit der Farmer.

Der einstimmig angenommenen Resolution lagen von einzelnen EL vorgetragene draft resolutions zugrunde.¹ Die ECOSOC Resolution 370 (XIII) vom 7. September 1951 - angenommen mit den Stimmen aller EL - bestätigte diese Forderungen.²

1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1950, a.a.O., S. 460 f

2. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 406 f

Wiederum einstimmig wurde die GA Resolution 402 (VI) vom 20. November 1950¹ angenommen. Für den niedrigen Lebensstandard mancher unterentwickelter Regionen wurde die unzureichende Ausdehnung des nutzbaren Bodens verantwortlich gemacht. Als besonders dringlich wurde dieses Problem angesichts des wachsenden Anstiegs der Weltbevölkerung eingestuft.

Die Resolution forderte die Förderung der gerechten Verteilung des Landes und die Nutzbarmachung unfruchtbaren Bodens durch Bewässerung.

Die ECOSOC Resolution 424 (XIV) vom 19. Juni 1952 stellte fest, daß die Erfolge bei der Bekämpfung von Nahrungsmittelknappheiten und Hungersnöten unzureichend gewesen seien.

Es wurde festgestellt, daß der Anstieg in der Nahrungsmittelproduktion bis zum Jahre 1951 um ein Prozent gelungen war, wohingegen die Weltbevölkerung um dreizehn Prozent gestiegen war, und daß der kritische Anstieg der Bevölkerung größtenteils in den unterentwickelten Gebieten stattgefunden hatte.

Die westliche Gruppe forderte gemeinsam mit den EL in der GA Resolution 525 (VI) vom 26 Januar 1952² eine Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion und eine bessere Verteilung der Nahrungsmittel durch einen erleichterten Transport. Zur Erreichung dieser Ziele wurden folgende Maßnahmen gefordert:

- die Inanspruchnahme aller UN-Institutionen (FAO, ECOSOC, Generalsekretär World Health Organisations),
- die maximale Inanspruchnahme heimischen und ausländischen Kapitals zur Ausweitung eines landwirtschaftlichen Kredit-systems,
- die Durchführung aller notwendigen Landreformen durch die UN-Mitgliedstaaten,
- die Verfügung über mehr technische und statistische Informationen,
- die Bereitstellung von mehr wirtschaftlichen Hilfsprogrammen durch die Mitgliedstaaten.

1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1950, a.a.O., S. 462

2. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 435

Die Forderung nach Landreformen wurde in der GA Resolution 524 (VI) vom 12. Januar 1952 einstimmig wiederholt.¹

Den beiden Resolutionen lagen auch Vorschläge von EL zugrunde. Mehr als zwei EL fanden sich jedoch nicht zu Interessenskoalitionen zusammen.²

Die ECOSOC Resolution 425 (XIV) vom 30. Juni 1952 (einstimmig angenommen)³ bestätigte ausdrücklich die Forderungen der GA Resolution 525 (VI) vom 26. Januar 1952. Bei den Vorschlägen zur Resolution arbeiteten zwei EL in einer draft resolution mit den USA zusammen. Sonst fand keine EL-Zusammenarbeit statt.⁴ Auch die GA Resolution 628 (VII) vom 21. Dezember 1951 (einstimmig angenommen)⁵ bestätigte noch einmal diese Forderungen. Zu dieser Resolution gab es nur eine EL-draft resolution.⁶

Im Jahre 1954 stellten einige EL neue Forderungen auf. Eine Interessenkoalition der EL Bolivien, Costa Rica, El Salvador, Indonesien, Saudi Arabien und Uruguay bildete sich. Diese forderten in der draft resolution (A/C.2/L.250 and Rev.1)⁷ im November/Dezember 1954 vom Generalsekretär in Zusammenarbeit mit der FAO eine Studie über die Wünschbarkeit von Weltnahrungsréserven innerhalb des Systems der UN zu erstellen. Geforscht werden sollte zu Möglichkeiten, dadurch die Notsituation an Nahrungsmitteln zu beheben und positiv auf die Preisstabilität agrarischer Rohstoffe einzuwirken.

Die Vollversammlung akzeptierte mit den Stimmen aller EL in der GA Resolution 827 (IX) vom 14. Dezember 1954⁸ die Forderungen nach Vermeidung übermäßiger Preisschwankungen bei

-
1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 410
 2. vgl. ebenda, S. 409 f und S. 433-435
 3. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1952, a.a.O., S. 405
 4. vgl. ebenda, S. 404 f und Annex II
 5. vgl. ebenda, S. 408
 6. vgl. ebenda, S. 407 f und Annex II
 7. vgl. United Nations, Question of Establishing a World Food Reserve, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 169-171 und Annex II
 8. vgl. ebenda, S. 171

landwirtschaftlichen Gütern und nach rationeller Verteilung periodischer Überschüsse an landwirtschaftlichen Gütern. Die Forderung nach Einrichtung von Nahrungsmittelreserven im System der UN wurde von der GA nicht akzeptiert. Man einigte sich auf die Feststellung, daß es in einigen Ländern zu einer effektiven Nutzung von Nahrungsmittelreserven gekommen sei. Die Generalversammlung empfahl eine Prüfung dieses Vorschlages in einer Studie.

2.2. Zusammenfassende Auswertung

2.2.1. Zielgleichheit

Die schwierige Versorgungslage der Weltbevölkerung und besonders der Entwicklungsländer blieb in ihrer Problematik für die zweite Phase bestehen. Die Situation verschlechterte sich noch durch einen zum Anstieg der Nahrungsmittelproduktion überproportionalen Anstieg der Weltbevölkerung, besonders in den unterentwickelten Gebieten.

Bei den langzeitigen strategischen Zielen bestand während der zweiten Phase eine Einheit zwischen den EL im ECOSOC und in der GA. Diese Einheit stimmte immer mit den Zielen der westlichen IL und manchmal mit denen der östlichen Gruppe überein. Als langzeitige strategische Ziele wurden gefordert:

- höhere wirtschaftliche Produktivität der agrarischen Rohstoffe zur Erhöhung des Lebensstandards,
- Sicherung der agrarischen Rohstoffe als Grundlage der industriellen Entwicklung.¹

Bei den Forderungen nach konkreten Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele (taktische Ziele) zeigten die EL auch hier eine vollkommene Zielgleichheit bei den Forderungen nach:

- Ausweitung des Systems landwirtschaftlicher Kredite,
- Landreformen, wo sie eine notwendige Maßnahme darstellten,

1. vgl. GA Resolution 401 (V) vom 20. November 1950
GA Resolution 525 (VI) vom 26. Januar 1952
ECOSOC Resolution 370 (XIII) vom 7. September 1951
GA Resolution 628 (VIII) vom 21. Dezember 1952
ECOSOC Resolution 425 (XIV) vom 30. Juni 1952

- bessere Verteilung der Lebensmittel,
- mehr technische Hilfe,¹
- Linderung der Härten der Nahrungsmittelknappheit,
- Inanspruchnahme aller relevanten UN-Organen.²

Eine „bahnbrechende Forderung“ wurde 1954 von einigen EL in der Vollversammlung vorgeschlagen. Die Vereinten Nationen sollten innerhalb ihres Systems Nahrungsmittelreserven anlegen. Alle Entwicklungsländer sahen die Idee als konstruktiv an und eine Studie dazu wurde in Auftrag gegeben.

2.2.2. Aktionsformation

Die Resolutionen, die zu einer Ausformung des agrarischen Verfügungszieles führten, zeigten bis zur GA Resolution 827 (IX) vom 11. Dezember 1954 keine Indikatoren einer Zusammenarbeit der EL. Wo sich EL zu einer Aktionseinheit zur Erarbeitung gemeinsamer Vorschläge zusammenfanden, wie bei den Resolutionen:

- GA Resolution 525 (VI) vom 26. Januar 1952,
- GA Resolution 524 (VI) vom 12. Januar 1952,
- GA Resolution 827 (IX) vom 14. Dezember 1954,
- ECOSOC Resolution 425 (XIV) vom 30. Juni 1952,

war die Zusammenarbeit auf diesen Moment begrenzt und schloß IL mit ein.

Somit kann für die EL als Gesamtgruppe keine Zusammenarbeit festgestellt werden.

Die EL zeigten auf der Ebene der Generalversammlung ein einheitliches Abstimmungsverhalten³ - wie auch auf der Ebene des

1. vgl. GA Resolution 401 (V) vom 20. November 1950
GA Resolution 402 (V) vom 20. November 1950
GA Resolution 524 (VI) vom 12. Januar 1952
GA Resolution 525 (VI) vom 26. Januar 1952

2. vgl. GA Resolution 525 (VI) vom 26. Januar 1952
ECOSOC Resolution 425 (XIV) vom 30. Juni 1952
GA Resolution 827 (IX) vom 14. Dezember 1954

3. vgl. die Abstimmungsergebnisse zu GA Resolution 401 (V), 402 (V), 524 (VI), 525 (VI), 27 (IX) im Annex II

ECOSOC.¹

Das Abstimmungsverhalten der EL zeigt eine vollkommene Zielgleichheit der EL, ohne das sich EL-Gruppen im Abstimmungsverhalten zeigten.

Angesichts der mangelnden Zusammenarbeit kann die Einstimmigkeit der EL beim Abstimmungsverhalten nicht als Resultat von Konsultationen der EL bewertet werden. Somit ist auch ein innerer und äußerer Zusammenhalt der EL und der EL-Gruppen zu verneinen.

Da keine Qualifikationsmerkmale erfüllt sind, kann nur von einer nicht formierten Gruppe gesprochen werden.

1. vgl. ECOSOC Resolution 370 (XIII) und ECOSOC Resolution 425 (XIV) im Annex in den Abstimmungsergebnissen

2.2.3. Das Maß der Formierung

Festgestellt werden konnte:

- volle Zielgleichheit der EL
- keine Aktionsformierung der EL

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
	mittlere	geringe
mittlere		
	große	ad hoc
hohe		
	vollkommene	vollkommene
vollkommene		

Die Forderungen hinsichtlich der Verfügung über die agrarischen Rohstoffe überschreiten das Maß einer mittleren bis großen Formierung nicht. (5,2)

3. Die Sicherung des souveränen Verfügungsrechts über die Rohstoffe

3.1. Das Recht der souveränen Verfügung über die natürlichen Ressourcen als Völkerrecht

Die Sicherung des souveränen Verfügungsrechtes durch Völkerrecht wurde erstmalig von der Vollversammlung durch die GA Resolution 421 (V) vom 4. Dezember 1950 angesprochen. In den Katalog der Menschenrechte sollte das Recht auf Selbstbestimmung der Völker und Nationen aufgenommen werden. Mit der Durchführung dieser Aufgabe wurde der ECOSOC beauftragt, bzw. dessen Kommission für Menschenrechte. Alle EL stimmten dieser Resolution zu, wie aus der Diskussion um diese Resolution hervorgeht.¹ Der Resolution lagen mehrere draft resolutions zugrunde, an denen EL mitgearbeitet hatten. Zu einer mehr als EL umfassenden Zusammenarbeit kam es nicht.²

Die ECOSOC Resolution 384 (XIII) vom 29. August 1951 bestätigt inhaltlich die GA Resolution 421 (V) vom 4. Dezember 1950.

Die Kommission für Menschenrechte wurde nochmals aufgefordert, den Wirtschafts-, Kultur- und Sozialrechten als Menschenrechten Ausdruck zu geben. Die Resolution wurde angenommen mit 11:5:2 Stimmen.

Dabei zeigte das Abstimmungsverhalten Interessenblöcke, die mit den EL-Gruppen nicht übereinstimmten. Für die Resolution stimmten: Belgien, China, Kanada, Frankreich, Indien, Iran, Peru, Schweden, England, USA, Uruguay. Gegen die Resolution stimmten: Chile, Tschechoslowakei, Mexiko, Pakistan, Philippinen. Es enthielten sich: Polen, UdSSR.³

Die Zusammenarbeit der EL bei den draft resolutions zur ECOSOC Resolution 314 (XIII) war gering. Zwei EL arbeiteten mit drei Ländern der Gruppe westeuropäischer und anderer Länder zusammen.⁴

1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1950, a.a.O., S. 524-532

2. vgl. ebenda und Annex II

3. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 481

4. vgl. ebenda, S. 480 und Annex II

Im dritten Komitee der Generalversammlung zeigte sich im Januar 1952 eine Formierung einiger EL hinter der draft resolution (A/C.3/L.186 and Add.1) die vorschlug: „All people shall have the right to selfdetermination“. Es handelte sich um die Länder: Afghanistan, Burma, Ägypten, Indien, Indonesien, Iran, Libanon, Pakistan, Philippinen, Saudi Arabien, Syrien, Jemen.¹

Diese Grundsatzforderung nahm die Generalversammlung in der GA Resolution 545 (VI) vom 5. Februar 1952 mit 42:7:5 Stimmen an.² Eine vorherige Abstimmung nur über diesen Absatz in der 374. Vollversammlung der GA im Februar 1952 ergab das Abstimmungsergebnis 36:11:12 Stimmen.

Gegen die Formulierung sprachen sich aus: Australien, Belgien, Brasilien, Kanada, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, England, USA, Neuseeland.

Es enthielten sich: Argentinien, China, Kolumbien, Costa Rica, Honduras, Island, Israel, Norwegen, Schweden, Türkei, Uruguay, Venezuela. Doch mehr als die Hälfte der EL stimmten für die Resolution, wobei die arabische Gruppe geschlossen für die Resolution stimmte.³

Die GA Resolution 626 (VII) vom 21. Dezember 1952 bestätigte noch einmal das Recht der Völker über ihre Rohstoffe frei zu verfügen.⁴ Nochmals verstärkt wurde dieses Recht durch die negative Abgrenzung, bzw. die Mahnung an alle Staaten diese Souveränität zu respektieren.⁵

Doch auch bei dieser wichtigen Aussage über das Souveräni-

1. vgl. United Nations, Human Rights, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 485

2. vgl. ebenda, S. 486

3. vgl. ebenda

4. „The General Assembly“

„Remembering that the right of peoples freely to use and exploit their natural wealth und resources is inherent in their sovereignty and is in accordance with the purposes and principles of the Charter of the United Nations.“

5. „The General Assembly“

„Further recommends all Member States to refrain from acts, direct or indirect, designed to impede the exercise of the sovereignty of any State over its natural resources.“

GA Resolution 626 (VII) vom 21. Dezember 1952

tätsrecht gab es keine geschlossene EL-Formierung. Die GA Resolution 626 (VII) vom 21. Dezember 1952 wurde angenommen mit 36:4:20 Stimmen. Die ablehnenden Länder waren: Neuseeland, Südafrikanische Union, England, USA.

Es enthielten sich der Stimme: Australien, Belgien, Kanada, China, Kuba, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Haiti, Island, Israel, Luxemburg, Niederlande, Nicaragua, Norwegen, Peru, Philippinen, Schweden, Türkei, Venezuela.

35 EL sprachen sich für die Resolution aus.¹

Das Recht auf Selbstbestimmung wurde in der GA Resolution 637 A (VII) vom 16. Dezember 1952 mit der Mehrheit der EL-Stimmen bestätigt.² Die Generalversammlung empfahl den UN-Mitgliedern die Prinzipien der Selbstbestimmung, die zur Voraussetzung des vollen Genußes der fundamentalen Menschenrechte erklärt wurden, zu befolgen.

Die Resolution wurde von der Vollversammlung angenommen mit 40:14:6 Stimmen.³ Auch hier zeigten die EL-Gruppen ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten. Die Resolution lehnten nur die Staaten der westlichen und andere Staaten Gruppe ab. Die arabische Gruppe stimmte geschlossen für die Resolution. Die sich der Stimme enthaltenden Mitglieder der UN waren Ecuador, Israel, Nicaragua, Paraguay, Thailand und die Türkei. Von diesen zählen mit Ausnahme von Israel und der Türkei alle zu den EL-Gruppen. Eine Einheit der Gesamtentwicklungsländer-Gruppen ist somit nicht gegeben, wenngleich das Maß des gemeinsamen Abstimmungsverhaltens gegenüber der GA Resolution 545 (V) vom 5. Februar 1952 schon gestiegen war.⁴

Bei der Einbringung der draft resolution zu dieser Resolution kam es zu einer EL-Zusammenarbeit, an der besonders die latein-amerikanischen Länder zahlenmäßig stark beteiligt waren.⁵

1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1952, a.a.O., S. 390

2. vgl. ebenda, S. 445

3. vgl. ebenda

4. vgl. ebenda, S. 443 f

5. vgl. ebenda und Annex II

In der GA Resolution 738 (VIII) vom 28. November 1953 wurde die Wichtigkeit der Beachtung und des Respektes vor dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung betont. Die Resolution wurde angenommen mit 43:9:5 Stimmen. Bei der Abstimmung über diese Resolution widersetzten sich acht Länder der westlichen Gruppe der Resolution. Die Mehrheit der EL stimmte dafür.¹

Bei den draft resolutions, die dieser Resolution zugrunde lagen, zeigten sowohl einige lateinamerikanische Länder als auch einige afroasiatische Länder eine zahlenmäßig schon beachtliche Zusammenarbeit. Eine Zusammenarbeit einer EL-Gruppe als geschlossene Aktionseinheit fand nicht statt.²

Die Generalversammlung forderte in der GA Resolution 837 (IX) vom 14. Dezember 1954 mit der Mehrheit der EL-Stimmen³ die Kommission für Menschenrechte auf, die Ausarbeitung von Empfehlungen zur Respektierung des internationalen Rechts der Völker und Nationen auf Selbstbestimmung und permanente Souveränität über ihren natürlichen Reichtum und ihre Ressourcen fortzusetzen. Die von der Kommission auszuarbeitenden Empfehlungen sollten dabei die Rechte und Pflichten der Staaten hinsichtlich des internationalen Rechtes beachten und die internationale Zusammenarbeit bei der wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Länder fördern.

Obwohl diese Resolution die Rechte der EL stärkte, fand sie nicht den ungeteilten Beifall aller EL. Die Resolution wurde mit der Mehrheit der EL (41:11:3) angenommen. Abstimmung und Diskussion im Dritten Komitee der Generalversammlung über dieses Thema zeigten dieses.⁴

Der Resolution lagen draft resolutions mit einer starken EL Beteiligung vor. Zur geschlossenen Zusammenarbeit einer EL-Gruppe kam es nicht.⁵

1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1953, a.a.O., S. 400

2. vgl. ebenda, S. 398-400 und Annex II

3. vgl. United Nations, Documentary Notes, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 212

4. vgl. ebenda, S. 209-212

5. vgl. ebenda, S. 212 und Annex II

3.2. Zusammenfassende Wertung

3.2.1. Zielgleichheit

Die Bemühungen, das Recht auf souveräne Verfügung über die Rohstoffe völkerrechtlich durch die Aufnahme dieses Rechtes in den Katalog der Menschenrechte abzusichern, wurden seit Beginn dieser Bemühungen, die erstmalig in den Sitzungen des dritten Komitees der Generalversammlung vom 18. Oktober 1950 sichtbar wurden, nicht von allen EL unterstützt.¹ Die Aufforderung der Generalversammlung an den ECOSOC, bzw. dessen Kommission für Menschenrechte, sich mit der Ausformulierung dieses Rechtes zu beschäftigen², führte während der zweiten Phase nicht zum gewünschten Erfolg. Auf Initiative einiger EL wurde dieser Auftrag an die Kommission für Menschenrechte durch UN Resolutionen wiederholt gegeben.

Inhaltlich kam es zu deutlichen Aussagen der Generalversammlung mit einer Mehrheit der Stimmen der EL über das Recht auf Selbstbestimmung der Völker, das jedoch noch keine Bestätigung dieses Rechtes als Menschenrecht darstellte.³

Das Recht auf Selbstbestimmung, aufgeführt in einigen Resolutionen, wurde von fast allen EL durch Abstimmung als Forderung bestätigt.⁴ Die GA Resolution 837 (IX) vom 14. Dezember 1954 stellte mit der Mehrheit der EL Rahmenrichtlinien auf, die die Kommission für Menschenrechte bei der weiteren Arbeit beachten sollte.

Die Kommission sollte die Rechte und Pflichten der Staaten hinsichtlich des internationalen Rechtes beachten und die internationale Zusammenarbeit fördern.⁵

Mehr als die Hälfte der EL stimmte für die Resolution:

- ECOSOC Resolution 384 (XIII) vom 29. August 1951

1. vgl. im Text S. 2

2. vgl. GA Resolution 421 (V) vom 4. Dezember 1950

3. vgl. GA Resolution 545 (VI) vom 5. Februar 1952, siehe dazu im Text S. 4

4. vgl. GA Resolution 626 (VII) vom 21. Dezember 1952, GA Resolution 637 A (VII) vom 16. Dezember 1952, GA Resolution 738 (VIII) vom 28. November 1953

5. vgl. GA Resolution 847 vom 14. Dezember 1954, siehe dazu im Text S. 8

- GA Resolution 626 (VII) vom 21. Dezember 1952
- GA Resolution 637 (VII) vom 16. Dezember 1952
- GA Resolution 738 (VIII) vom 28. November 1953
- GA Resolution 837 (IX) vom 14. Dezember 1954
- GA Resolution 421 (V) vom 4. Dezember 1950
- GA Resolution 545 (VI) vom 5. Februar 1951

Es läßt sich für die Forderungen der EL eine mittlere Zielgleichheit feststellen.

3.2.2. Aktionsformation

Bei der Vorlage von draft resolutions trat besonders die arabische Gruppe als Aktionseinheit hervor. Die arabische Gruppe arbeitete dabei auch mit anderen EL an der Formulierung von draft resolutions zusammen. Einige arabische Länder waren besonders aktiv bei der Vorlage von draft resolutions zu den GA Resolutionen 545 (VI), 738 (VIII) und 837 (IX).¹ Die Zusammenarbeit in diesen Interessensformationen erstreckte sich jedoch weder über eine GA Sitzungsperiode, noch ging sie darüber hinaus. Die Länder der arabischen Gruppe vertraten dort ihre Forderungen einzeln, oder in Verbindung mit anderen EL oder IL.²

Die Länder der lateinamerikanischen Gruppe zeigten keine kontinuierliche Zusammenarbeit. Bei den Vorbereitungen zu einigen Resolutionen zeigten sie jedoch ein hohes Maß an Zusammenarbeit.³

Die asiatischen Länder beteiligten sich in geringerer Zahl an der Zusammenarbeit, doch gab es kaum eine Resolution an deren Vorbereitung nicht wenigstens ein asiatisches Land mit beteiligt war.⁴ Eine geringe Zusammenarbeit der EL als Gesamtheit läßt

-
1. vgl. die draft resolutions bei den Resolutionen im Annex II
 2. vgl. die draft resolutions zur GA Resolution 421 (V) und GA Resolution 738 (VIII) im Annex II
 3. vgl. die draft resolutions zu den Resolutionen: GA Resolution 637 A (VII) vom 16. Dezember 1952, GA Resolution 738 (VIII) vom 28. November 1953, GA Resolution 837 A (IX) vom 14. Dezember 1954
 4. vgl. die im Annex II aufgeführten draft resolutions zu den gekennzeichneten Resolutionen (VS)

sich feststellen. Diese war jedoch nicht institutionell verankert.

Das Abstimmungsergebnis zeigt die EL noch nicht als geschlossen auftretende EL-Gruppen oder als Gesamtgruppe. Die Zerrissenheit der EL zeigt sich deutlich.¹ Die EL-Gruppen sind verschieden stark im inneren Zusammenhalt. Die arabische Gruppe zeigt den größten Zusammenhalt bei den Abstimmungsergebnissen. Sie stimmte geschlossen für die GA Resolutionen: 545 (VI), 637 A (VII) und 626 (VII).

Die lateinamerikanische Gruppe stimmte im ECOSOC und in der Generalversammlung nicht als geschlossene Gruppe ab.²

Auch die afroasiatische Gruppe zeigte bei den Abstimmungen keine Geschlossenheit.³

Insgesamt läßt sich bei den Abstimmungen zu dem völkerrechtlichen Problem der Rohstoffe ein differenziertes Abstimmungsverhalten der EL beobachten, welches aber weder ein EL-Gruppen-Abstimmungsverhalten, noch ein Gesamt-EL-Abstimmungsverhalten zur Folge hatte.

Für die arabische Gruppe läßt sich eine zeitweise große Zusammenarbeit und ein zeitweises geschlossenes Abstimmungsverhalten feststellen. Somit ist für die arabische Gruppe eine geringe Aktionsformation gegeben.

Die EL - als Gesamtgruppe betrachtet - zeigen nur eine geringe Zusammenarbeit. Da die EL damit eines der qualifizierenden Merkmale einer Aktionsformation teilweise erfüllen, kann eine geringe Aktionsformation angenommen werden.

-
1. vgl. das Abstimmungsverhalten der EL zu den Resolutionen: ECOSOC Resolution 384 (XIII), GA Resolution 545 (VI), dargestellt im Text
 2. vgl. im Text das Abstimmungsverhalten der lateinamerikanischen Länder bei den Resolutionen: ECOSOC Resolution 384 (XIII), GA Resolution 545 (VI), GA Resolution 637 A (VIII), GA Resolution 626 (VII)
 3. vgl. im Text die Abstimmungen zu den Resolutionen: ECOSOC Resolution 384 (XIII), GA Resolution 545 (VI), GA Resolution 637 A (VIII), GA Resolution 626 (VII)

3.2.3. Daß Maß der Formierung

Festgestellt werden konnte für die EL:

- eine mittlere Zielgleichheit
- eine geringe Aktionsformierung als Gesamtgruppe

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
mittlere	mittlere	geringe
	große	ad hoc
hohe		
vollkommene	vollkommene	vollkommene

Für die Forderung nach einem souveränen Verfügungsrecht, gesichert durch das Völkerrecht, ist eine mittlere / große Formierung (6,0) festzustellen.

4. Das Kontrollziel

4.1. Das Kontrollziel als Nebenforderung

Das Kontrollziel wurde auch in der zweiten Phase der Untersuchung von den EL als eine Zielvorstellung vertreten, die andere Zielvorstellungen, wie das Erlössicherungs- und Steigerungsziel, lediglich begleitete und inhaltlich einschränkte.

Im Jahre 1950 forderten alle EL von den IL und internationalen Organisationen mehr Investitionen in ihren Ökonomien. Der Sektor „Rohstoffe“ wurde dabei nicht ausdrücklich erwähnt, ist aber aufgrund seiner ökonomischen Bedeutung für die EL logischerweise mit eingeschlossen. Die arabische Gruppe in den UN unterstützte geschlossen diese Forderung. Ebenso geschlossen formulierten sie ihren Vorbehalt gegenüber Privatinvestitionen. Die arabische Gruppe erklärte geschlossen, staatliche Gelder oder Gelder aus internationalen Fonds seien privaten Investitionen vorzuziehen. Die privaten Investitionen seien nicht nur ungenügend, es bestehe auch die große Wahrscheinlichkeit einer Einmischung der privaten Investeure in die Unabhängigkeit des leihenden Landes.¹

Geschlossen forderten die EL in der GA Resolution 525 (VI) vom 26. Januar 1952² im Bereich der agrarischen Rohstoffe wirtschaftliche Hilfsprogramme. Begleitet wurde die Forderung von der Ermahnung an die Geberländer die Notlage von Empfängerländern nicht zur Durchsetzung militärischer, wirtschaftlicher oder politischer Privilegien auszunutzen.³

Ebenso geschlossen unterstützten die EL die GA Resolution 523 (VI) vom 12. Januar 1952.⁴ Den rohstoffbesitzenden EL wurde

1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1950, a.a.O., S. 456-458

2. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 435

3. „The General Assembly“
„Recommends the observance of the Principle, that assistance to regions suffering food shortages and famine should not be made subject to demands for political, economic or military privileges for the countries according such assistance;“
GA Resolution 525 (VI) vom 26. Januar 1952

4. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 418

darin die freie Verfügung und Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen zugesprochen. Zwecks allgemeiner Steigerung des Rohstoffhandels wurde den EL vorgeschlagen, Handelsabkommen zu schließen. Diese Handelsabkommen wurden unter die Bedingung gestellt, nicht die souveränen Rechte der EL zu verletzen. Außerdem sollte das Recht der EL auf die Festsetzung eigener Pläne für die wirtschaftliche Entwicklung davon nicht berührt werden.

Die GA Resolution 626 (VII) vom 21. Dezember 1952 (angenommen mit der Mehrheit der EL Stimmen)¹ bestätigten den EL noch einmal das Recht, über ihre Ressourcen frei verfügen zu können. In einer Anwendung dieses Rechtes wurden die UN-Mitgliedsstaaten aufgefordert, sich direkter oder indirekter Akte zu enthalten, die geeignet sein könnten, das Recht irgendeines Staates, souverän über seine natürlichen Ressourcen zu verfügen, zu behindern.

Die EL hielten die Realisierung des Kontrollzieles für weniger wichtig als die Realisierung anderer Rohstoffziele. Dies zeigt die Diskussion über die Bedeutung von Fremdinvestitionen in EL, welche 1954 stattfand. Die Beachtung der Souveränität der EL wurde hierbei von einigen EL in keiner Weise erwähnt.

In einer Diskussion während der 17. Sitzungsperiode des ECOSOC erklärten unter anderem die EL ihre Position zu Fremdinvestitionen. Die Länder Ägypten, Indien, Pakistan, Jugoslawien und Chile erklärten, es gäbe nicht genügend Investitionen, trotz aller Erleichterungen für Investeure seitens der Empfängerländer. Die privaten Investitionen seien nicht ausreichend für die wirtschaftliche Entwicklung der EL.²

Die Länder Belgien, Kuba, Ecuador und Frankreich forderten die Aufmerksamkeit rechtlichen und organisatorischen Abkommen zu geben. Private Investitionen sollten sowohl zum Vorteil der Länder als auch der Privatinvesteure angeregt werden.³

1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1952, a.a.O., S. 390

2. vgl. United Nations, Economic Development of Undeveloped Areas, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 132

3. vgl. ebenda

Eine gemeinsam von den Ländern Belgien, Pakistan, Türkei und den USA vorgeschlagene draft resolution (E/AC.6/L.79), angenommen als ECOSOC Resolution 512 B (XVII) vom 30. April 1954 bestätigte die Notwendigkeit eines wechselseitigen Nutzens einer Privatinvestition sowohl für den Investeur als auch für die Empfängerländer¹.

Während der neunten Sitzung der Generalversammlung im Jahre 1954 erklärten die Länder Griechenland, Saudi Arabien und Venezuela, es sei notwendig, daß sowohl die kapitalexportierenden als auch die kapitalimportierenden Länder den Zustrom privater Investitionen ermunterten.²

Die Länder Kolumbien, Mexiko und Venezuela warnten während der neunten Sitzung der Generalversammlung vor dem Druck ausländischer Investeure, für ihre Investitionen spezielle Behandlung oder Privilegien zu fordern. Frankreich und Iran befürworteten einen „Code of Conduct“ für private Investitionen.³

Mit den Stimmen aller EL wurde die ECOSOC Resolution 512 B (XVII) am 30. April 1954 angenommen.⁴ Diese forderte zu Investitionen aller Art in den EL auf.

Die GA Resolution 824 (IX) vom 11. Dezember 1954, angenommen mit den Stimmen aller EL (48:0:8)⁵ rief zur Beachtung der Interessen der EL bei Investitionen aus dem Ausland auf. Ausländische Investitionen sollten in Harmonie mit dem bestehenden Wirtschaftsablauf der EL getätigt werden.⁶

1. vgl. United Nations, Economic Development of Underdeveloped Areas, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 133

2. vgl. ebenda

3. vgl. ebenda

4. United Nations, Documentary Notes, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 134 f

5. vgl. United Nations, Economic Development of Underdeveloped Areas, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 133-135

6. „The General Assembly“...

„5. Declares that, in order for new foreign investments to be an effective contribution to the economic development of the under-developed countries, it is advisable to take into account, among other things, the situation with regard to previously established enterprises so as not to affect their normal development provided that this is in harmony with national interest;“

4.2. Zusammenfassung

Die multinationalen Konzerne wurden in keiner Forderung direkt angesprochen. Die Forderungen wurden nicht zu Hauptaussagen von Resolutionen gemacht, sondern begleiteten allgemeinerwirtschaftliche und allgemein rohstoffpolitische Forderungen. So wurde die Beachtung der staatlichen Souveränität und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der EL bei der technischen Hilfe¹ und der wirtschaftlichen Hilfe² gefordert. Bei einer Bestätigung des Rechtes der EL, frei über die Ressourcen verfügen zu können, wurden die UN-Mitgliedstaaten aufgefordert, sich aller direkten oder indirekten Akte zu enthalten, die die Souveränität irgendeines Staates über seine natürlichen Rohstoffe zu verletzen, verletzen könnte.³

5. Erlössteigerungs- und -sicherungsziel

5.1. Die Bedeutungssteigerung der Rohstoffe für die Entwicklungsländer als Finanzierungsquelle der wirtschaftlichen Entwicklung

Am 2. August 1950 wurde die Resolution 296 (XI) einstimmig vom ECOSOC angenommen.⁴ Für den Bereich der Rohstoffe wurde das Kapitel VI der Havanna Charta als „general guide in international consultation or action with respect to commodity problems ...“ empfohlen und der Generalsekretär ermächtigt, auf Rat des Interim-Co-ordinating Committee für Rohstoffabkommen und auf Ersuchen von zwischenstaatlichen Studiengruppen, zwischen-

1. vgl. GA Resolution 525 (VI) vom 26. Januar 1952

2. vgl. GA Resolution 523 (VI) vom 12. Januar 1952

3. „Further recommends all Members to refrain from acts, direct or indirect, designed to impede the exercise of the sovereignty of any State over its natural resources.“
GA Resolution 626 (VII) vom 21. Dezember 1952

4. Der Resolution lag eine draft resolution (E/1718) des Interim Coordination Committee for International Commodity Arrangements vor, welche nach zwei Verbesserungsvorschlägen Indiens und Englands als die ECOSOC Resolution 296 (XI) angenommen wurde.
vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1950, a.a.O., S. 482 f

staatliche Konferenzen zu einem bestimmten Rohstoff einzuberufen. An den Konferenzen sollten Mitglieder der Vereinten Nationen, Mitglieder der „Interim Commission for the International Trade Organisation“, Mitglieder der „Food and Agriculture Organisation“, Teilnehmer an zwischenstaatlichen Studiengruppen und bedeutende Konsumenten oder Produzenten von Rohstoffen teilnehmen können.

Welch große Bedeutung die Vereinten Nationen diesen Konferenzen, bzw. der Möglichkeit dazu beimaßen, wurde durch die einstimmig angenommene ECOSOC Resolution 373 (XIII) vom 13. Dezember 1951 noch einmal bestätigt.¹

Die gestiegene Nachfrage nach Rohstoffen als Folge der Wiederaufrüstung und der Lagerung wichtiger Rohstoffe führte zu steigenden Rohstoffpreisen im Jahre 1950.²

Im ECOSOC kam es 1951 zu einer Interessen- und Meinungskonfrontation der rohstoffproduzierenden und rohstoffkonsumierenden Länder.

Die Vertreter der westlichen Gruppe: Belgien, Kanada, Frankreich, Schweden, England, USA vertraten zu den Rohstoffpreisstigerungen die Meinung:

- die Knappheit an Rohstoffen erfordere eine Steigerung der Produktion der Rohstoffe,
- eine Preisstabilität der Rohstoffe sei erforderlich,
- die beste Garantie, die die IL den EL für deren wirtschaftliche Entwicklung geben könnten, sei die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und die Stabilität der Kaufkraft,³
- zur Bewältigung der Rohstoffknappheit sei eine internationale Kooperation nötig.⁴

1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 424

2. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1950, a.a.O., S. 481

3. vgl. United Nations, Considerations by the Economic and Social Council at its Thirteenth Session, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 369-370

4. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 364

Die lateinamerikanischen Länder im ECOSOC vertreten gemeinsame Forderungen zur Sicherung der Erlöse aus dem Verkauf von Rohstoffen.

Die Länder Chile, Mexiko, Peru und Uruguay forderten in einer dem ECOSOC vorgeschlagenen Resolution (E/L.154 and Corr.1) im März 1951 die Sicherung der Preise wichtiger Güter und des Nachschubs für die unterentwickelten Länder durch die Regierungen, die Sicherung des Realwertes aus dem Verkauf von Rohstoffen und die Ausarbeitung von Maßnahmen zum Schutz der Ökonomien vor Preis- und Nachfragefluktuationen auf den internationalen Märkten.¹

Die EL Chile, China, Indien, Mexiko, Pakistan, Peru, Philippinen und Uruguay erklärten im März des Jahres 1951 übereinstimmend zu den Rohstoffen, es sei notwendig eine internationale Kooperation für eine verbesserte und gerechte Verteilung wichtiger knapper Güter zu erreichen. Notwendig sei eine weitere Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Regionen trotz der Aufrüstung.

Die unterentwickelten Länder könnten möglicherweise nicht in der Lage sein, ihre Wirtschaften zu erweitern und zu diversifizieren, angesichts der drückenden Nachfrage nach Export und Produktion von Rohstoffen.

Der Preisanstieg für Rohstoffe sei kein Grund für Optimismus, weil die betroffenen EL es nun zunehmend schwierig fänden, Rohstoffe für den Eigenbedarf sicherzustellen und die Anhäufung von Geldern zur Inflation innerhalb der rohstoffexportierenden EL führe.

Die EL versuchten nicht Vorteile aus der Notsituation der IL zu ziehen, indem sie die Preise für Rohstoffe ungebührlich anhöben. Sie wünschten vielmehr einen fairen Preis für ihre Exporte zu erhalten, um sich weiterhin Güter für die wirtschaftliche Entwicklung und die Hebung des Standards ihrer Länder beschaffen zu können. Zumindest solle ein Absinken des

1. vgl. United Nations, Proposals Submitted to the Economic and Social Council, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 365 f

Lebensstandards verhindert werden.¹

Mitte 1951 begannen die Rohstoffpreise zu sinken. Die Nachfrage nach militärisch wichtigen Rohstoffen war gesättigt. Für die EL bestand die Gefahr eines beträchtlichen Einnahmeverlustes.² Sie erklärten im ECOSOC geschlossen, der Preisverfall der Rohstoffe mit militärischer Bedeutung bedeute die doppelte Beeinträchtigung der rohstoffproduzierenden Länder, weil der Verfall der Rohstoffpreise gekoppelt sei mit laufend steigenden Preisen für Fertigwaren, Transport und Versicherungskosten.

Aus der Sicht dieser Länder bestanden die größten Gefahren und Probleme für die EL im schnellen Anstieg der Importgüterpreise und in der Anhäufung ausländischer Währungsüberschüsse.³

Die ECOSOC Resolution 341 (XII) vom 20. März 1951, angenommen mit den Stimmen aller EL (13:0:4),⁴ nahm die Forderungen der EL und der westlichen IL in sich auf.

Der ECOSOC empfahl den Mitgliedern der UN in der Zeit der Knappheit an Gütern durch spezielle Maßnahmen die Produktion und die Verteilung von Kapitalgütern, Konsumgütern und Rohstoffen zu sichern. Dies müsse sowohl im Interesse einer Sicherung des internationalen Friedens und der Sicherheit als auch zur Wahrung des Lebensstandards und der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Entwicklung geschehen.

Es sollten in der Zeit eines allgemeinen inflationären Druckes direkte oder indirekte Maßnahmen ergriffen werden zur Regelung der Preise wichtiger Güter des internationalen Marktes.

-
1. vgl. die Meinungen während der ECOSOC Sitzungen 449-458 und 477-478 vom 1.-20. März 1951, in: United Nations, Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 364 f
 2. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1953, a.a.O., S. 288
 3. vgl. die Diskussion während der 13. Sitzung des ECOSOC vom 30. Juli-21. September 1951, zusammengefaßt in: United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 369 f
 4. Die ablehnenden Länder waren keine EL, sondern Länder der östlichen Gruppe, die zum Thema Wiederaufrüstung eine konträre Meinung hatten. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 366

Eine Entwicklung des inflationären Druckes sollte durch die Verhinderung von Spekulationsprofiten und die Aufrechterhaltung der Kaufkraft der armen Teile der Bevölkerung unterbunden werden.

Eine Gruppe von Experten sollte gebildet werden. Diese sollten in einem Bericht Maßnahmen zur Behebung der Verletzlichkeit der Wirtschaften der unterentwickelten Gebiete durch Fluktuationen des internationalen Marktes vorschlagen. Außerdem sollte die Kommission besondere Maßnahmen entwickeln, um die Preise von Rohstoffen denen von Fertigsgütern anzupassen. So sollte eine wirtschaftliche Stabilität erreicht werden.

Dieser Resolution lagen zwei draft resolutions der EL mit EL-Beteiligung zugrunde. Besonders einige lateinamerikanische Länder waren dabei aktiv.

Die ECOSOC Resolution 375 (XIII) vom 13. September 1951, angenommen mit den Stimmen aller EL (12:3:2)¹, forderte für den Handel allgemein einen freien Wettbewerb, Monopolkontrollen, einen Handel in Übereinstimmung mit Kapitel 5 der Charta von Havanna und einen freien Zugang zu allen Märkten.

Die im ECOSOC vertretenen lateinamerikanischen Länder betonten in der der Resolution vorangehenden Diskussion vom 11.-13. Dezember 1951 gemeinsam die Bedeutung öffentlicher kommerzieller Unternehmen für ihr Land und ihre positive Einschätzung des freien Welthandels.²

Die EL legten zur Resolution keine eigene draft resolution vor. Einige EL unterstützten aber die draft resolution (E.L.270), vorgelegt von den USA. Diese draft resolution wurde von den Ländern: Belgien, Kanada, China, Frankreich, Indien, Iran, Peru, Philippinen, Schweden, England und Uruguay unterstützt.³

Die GA Resolution 523 (VI) vom 12. Januar 1952, - einstimmig angenommen⁴ - faßte die in der ECOSOC Resolution 341 (XII)

1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, S. 365 f und Annex II

2. vgl. ebenda, S. 427

3. vgl. ebenda, S. 425 f

4. vgl. ebenda, S. 418

dargelegten Probleme zusammen.

Als Probleme der EL wurden genannt:

- ständige Schwankungen der Rohstoffpreise,
- ein Anstieg der Preise und eine verminderte Verfügbarkeit bei wichtigen Gütern für die wirtschaftliche Entwicklung der EL (Maschinen, Ausstattung und Konsumgüter, industrielle Rohstoffe),
- ein inflationärer Druck, der eine ernsthafte Gefährdung der wirtschaftlichen Entwicklung der EL darstelle.

Zur Verbesserung der Situation der EL wurde eine verbesserte Entlohnung ihrer Dienstleistungen und Exporte gefordert. Die EL sollten in den Stand gesetzt werden, ihre wirtschaftliche Entwicklung aus eigener Kraft voranzutreiben.¹ Zu dieser Resolution gab es nur eine draft resolution der EL. Dabei arbeiteten drei afroasiatische Länder zusammen.²

Die GA Resolution 623 (VII) vom 21. Dezember 1952, angenommen mit der Mehrheit der EL-Stimmen,³ zeigte, welche Bedeutung die EL den Rohstoffpreisen für ihre ökonomische Entwicklung zuwiesen.⁴

1. „The General Assembly“

„Bearing in mind, that one way of obtaining the means necessary for carrying out economic development plans in under-developed countries ist the creation of conditions under which these countries could more readily acquire machinery, equipment, and industrial raw materials for the goods and services exported by them.“

GA Resolution 523 (VI) vom 12. Januar 1952

2. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 417 f und Annex II

3. vgl. United Nations, Considerations by the General Assembly at its Seventh Session, in: Yearbook of the United Nations 1952, a.a.O., S. 377

4. „The General Assembly“

„Considering“ ...

„(d) That the economic prosperity of countries in the process of development is especially vulnerable to wide short-term fluctuations in the prices of primary commodities which affect their terms of trade, and that any deterioration in the terms of trade affects the economic development and monetary equilibrium of these countries and so hampers not only the acquisition of the necessary amount of external means of payment but also the formations of sufficient domestic savings,“ GA Resolution 623 (VII) vom 21. Dez. 1952

In der Resolution wurden zur Förderung der EL-Ökonomien ein Abbau der Handelsrestriktionen gegen Rohstoffimporte gefordert und der Abschluß von zwei- oder mehrseitigen internationalen Handelsverträgen über Rohstoffe und verarbeitete Güter.

So sollte eine Preisstabilität der Rohstoffe in Bezug auf verarbeitete Güter, und Kapitalgüter erreicht werden, wie auch die Sicherung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes aller Länder, sowohl der rohstoffkonsumierenden als auch der rohstoffproduzierenden Länder.

In dieser Resolution gab es einige draft resolutions der EL, die schließlich zur erfolgreichen Verabschiedung der Resolution im Sinne der EL führte.¹

Die ECOSOC Resolution 462 A (XV) vom 10. April 1953, angenommen mit den Stimmen aller EL², bestätigte die Aussagen zu Rohstoffabkommen der ECOSOC 30 (IV), 296 (XI) und 373 (XIII). Sie empfahl allen Ländern die Annahme des Kapitels VI der Havanna Charta als allgemeine Richtlinien bei zwischenstaatlichen Rohstoffverhandlungen und -abkommen.

Dieser Resolution lagen keine draft resolutions mit EL Beteiligung zugrunde.³

Die ECOSOC Resolution 487 (XVI) vom 31. Juli 1953 bestätigte die Resolution 375 (XIII). Die Resolution 487 (XVI) vom 31. Juli 1953, angenommen mit den Stimmen aller EL⁴, erklärte restriktive Handelspraktiken zu Hindernissen einer allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung.⁵

1. vgl. United Nations, Considerations by the General Assembly at Its Seventh Session, in: Yearbook of the United Nations 1952, a.a.O., S. 377 und Annex II

2. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1953, a.a.O., S. 341

3. vgl. ebenda

4. vgl. ebenda

5. „The Social and Economic Council“ ... „Bearing in mind, that restrictive business practices in international trade may have harmful effects on the attainment of the higher standards of living, full employment and conditions of economic and social progress and development envisaged in Article 55 of the Charter of the United Nations.“

ECOSOC Resolution 487 (XVI) vom 31. Juli 1953

Der Resolution lagen draft resolutions mit EL-Beteiligung zugrunde.¹

Während der 17. Sitzung des ECAFE vom 30. März - 30. April 1954 wurde der „Economic Survey of Asia and the Far East 1953“ im ECOSOC besprochen. Die Vertreter Argentiniens, Australiens, der Tschechoslowakei und Indiens sprachen sich dafür aus, den gewaltsamen Rohstoffpreisfluktuationen der vergangenen Jahre mehr Aufmerksamkeit zu schenken.²

Auch der Report der ECLA über die wirtschaftliche Situations Lateinamerikas wurde während der 17. Sitzung diskutiert. Dabei sprachen die lateinamerikanischen Länder im ECOSOC nicht mit einer Stimme. Getrennt voneinander brachten sie ihre besonderen Interessenstandpunkte zur Problematik der Rohstoffe vor.³

In der ECOSOC Resolution 512 A (XVII) vom 30. April 1954 zeigte sich beim Abstimmungsverhalten eine Nord-Süd-Blockbildung. Die EL stimmten geschlossen für die Resolution.⁴ Die Rohstoffe wurden unter dem Gesichtspunkt der Instabilität der Rohstoffexportpreise betrachtet. Die bisherigen Ergebnisse auf diesem Gebiet wurden als unzufriedenstellend bezeichnet angesichts ihrer großen Bedeutung für die meisten EL. Zur Stabilisierung der Rohstoffexporterlöse und zur Stabilisierung der terms of trade wurde die Errichtung einer besonderen Kommission gefordert (die "Permanent Advisory Commission on International Commodity Trade").

Die Kommission sollte die Aufgaben haben:

- Prüfung von Maßnahmen zur Verhinderung großer Preisschwankungen und Schwankungen im Handelsvolumen der Rohstoffe,
- Prüfung von Maßnahmen zur Beibehaltung eines gerechten und ausreichenden Preisverhältnisses zwischen Rohstoffen und

1. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1953, a.a.O., S. 339 f und Annex II

2. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 194

3. vgl. Activities of the Regional Economic Commission, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 199 f

4. vgl. United Nations, Documentary Notes, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 167

verarbeiteten Gütern,

- Beobachtung der Lage der Weltrohstoffpreise,
- Publikation von Studien und Analysen zu den relevanten Themenbereichen des internationalen Rohstoffhandels.

Die Kommission sollte sich aus allen im ECOSOC vertretenen Staaten zusammensetzen. Der Resolution lagen von einzelnen EL vorgebrachte draft resolutions zugrunde.¹

Die Situation der EL im Jahre 1954 war gekennzeichnet durch eine nachlassende Nachfrage nach strategisch wichtigen Rohstoffen, für die EL sich verschlechternde terms of trade und durch unzureichende Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung der EL mittels privater, staatlicher und internationaler Finanzierungshilfen. Die EL schlugen einzeln oder in gemeinsamen draft resolutions vor, Maßnahmen zur Lösung der Probleme zu ergreifen. Dies geschah während der 18. Sitzung des ECOSOC vom 26. Juni - 6. August 1954.²

Pakistan schlug vor, Maßnahmen zur Stabilisierung von Rohstoffgütern und zur Erleichterung von Zufluß privater Gelder in die EL zu ergreifen.

Argentinien, Ägypten und Jugoslawien schlugen vor, die UN-Mitglieder sollten gemeinsame Schritte unternehmen um eine Abnahme an wirtschaftlichen Aktivitäten zu verhindern. Regierungen sollten eingeladen werden, Maßnahmen zu ergreifen, um eine sich ausweitende Produktion und Beschäftigung für den Fall reduzierter Rüstungsausgaben zu sichern.

Die Länder Argentinien, Kuba, Ecuador und Venezuela schlugen vor (E/AC.6/L.107), Resolutionen zu entwickeln, welche die Bedürfnisse der EL besonders berücksichtigten. Empfohlen wurde, Resolutionen zu entwickeln, in denen dem Wunsch der EL nach einer schnellen wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder, einer speziellen Behandlung ihrer wirtschaftlichen Probleme und internationalen Strategie mit positiven Folgen für Beschäftigung,

-
1. vgl. United Nations, Documentary Notes, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 166 und Annex II
 2. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 103-107

Stabilität und Entwicklung speziell der weniger entwickelten Länder Rechnung getragen wurde.

Eine von zwölf Ländern (Argentinien, Belgien, Kuba, Ecuador, Ägypten, Frankreich, Norwegen, Pakistan, England, USA, Venezuela und Jugoslawien) erarbeitete draft resolution (E/AC.6/L.103 Rev. 1) forderte:

- die Behebung der inflationären Tendenzen,
- die Aufrechterhaltung eines hohen Produktions- und Beschäftigungsniveaus angesichts sinkender Rüstungsausgaben,
- die Vermeidung von Politiken die besonders für die EL Beschäftigung, Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen könnten,
- die Stabilität der Rohstoffpreise,
- mehr private Investitionen in EL.¹

Die Annahme dieser draft resolution durch das Economic Committee führte zur ECOSOC Resolution 553 B (XVIII) vom 4. August 1954. Diese Resolution wurde mit den Stimmen aller EL angenommen.²

Die Resolution 553 B (XVIII) nahm die Forderungen aller draft resolutions in sich auf. Außerdem wurde festgestellt, daß es gerade die Struktur der Entwicklungsländer sei, die eine erwünschte Vollbeschäftigung der EL behindere. Als Merkmal dieser Struktur wurden das Festgelegtsein des Außenhandels auf Rohstoffexporte und die große Anfälligkeit für excessiv schwankende terms of trade genannt. Für die excessiv schwankenden terms of trade wurden jedoch größtenteils Faktoren außerhalb des Kontrollbereichs der EL verantwortlich gemacht.

Einstimmig angenommen wurde die ECOSOC Resolution 531 C (XVIII) vom 4. August 1954³. Darin wurde festgestellt, daß der

-
1. vgl. United Nations, Full Employment, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 113 - 117 und Annex II
 2. vgl. ebenda, S. 118
 3. angenommen mit den Stimmen aller EL (49:0:5), vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 111

internationale Handel, bzw. dessen Verbesserung, den EL bei der Entwicklung ihrer Wirtschaften helfen könne.¹ Gefordert wurde von den Regierungen der UN eine Erleichterung des internationalen Handels.²

Die ECOSOC Resolution 531 C (XVIII) wurden mit der Mehrheit der EL-Stimmen (49:0:5) in der GA Resolution 830 (IX) vom 14. Dezember 1954 bestätigt.³

5.2. Zusammenfassende Wertung

5.2.1. Aktionsformation

Auf der Ebene des Wirtschafts- und Sozialrates kam es während der ECOSOC-Sitzungsperioden XII, XIII, XVI, XVIII zu einer EL-Koalition der vier lateinamerikanischen Mitglieder des ECOSOC. Die lateinamerikanischen Länder waren auch in den übrigen Sitzungsperioden des ECOSOC - einzeln und in Interessenskoalition mit anderen EL und IL - aktiv: Es läßt sich für die oben genannten Sitzungsperioden eine punktuelle Zusammenarbeit feststellen, die jedoch nicht kontinuierlich für die gesamte Sitzungsperiode galt oder sich auf die Zusammenarbeit in der Generalversammlung erweiterte.

In der Generalversammlung kam es bei den draft resolutions lediglich zu punktueller Zusammenarbeit einiger EL, meist in Zusammenarbeit mit IL.⁴ Eine geringe Zusammenarbeit aller EL ist feststellbar.

-
1. "The Social and Economic Council" ...
"Recognizing the contribution which a continuing expansion of international trade can make to increasing production, employment, standards of living, economic development of under-developed countries and international stability," ECOSOC Resolution 531 C (XVIII) vom 4. August 1954
 2. "The Social and Economic Council" ...
"Urges that governments take all practicable steps to facilitate the further expansion of mutually beneficial international trade;" ECOSOC Resolution 531 C (XVIII) vom 4. August 1954
 3. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 111
 4. vgl. dazu die im Annex II gekennzeichneten relevanten Resolutionen (E) und deren draft resolutions.

Die EL stimmten in fast allen Fragen des Erlössteigerungszieles in den Abstimmungen einstimmig ab.¹ Die Diskussion des Themas im ECOSOC und der GA zeigen eine deutliche Differenz der IL- und EL-Positionen, die in der GA Resolution 623 (VII) vom 21. Dezember 1952 durch keinen Kompromiß mehr verdeckt eine zukünftige Nord-Süd-Polarisierung anzeigte.

Das Abstimmungsverhalten der EL im ECOSOC kann aufgrund der vielen EL-Initiativen als bewußtes Gruppenverhalten der EL gewertet werden, welches auch in der Generalversammlung in der GA Resolution 623 (VII) seinen klaren Ausdruck findet.

Als Maß der Aktionsformation für die lateinamerikanische Gruppe kann eine zeitweilige Zusammenarbeit einiger EL im ECOSOC und ein Gruppenverhalten bei der Abstimmung festgestellt werden. Somit ist eine geringe Aktionsformation vorhanden.

Für die übrigen EL-Gruppen ist keine Aktionsformation feststellbar. Für die Gesamt-EL-Gruppe ist eine geringe Zusammenarbeit und eine hohe Abstimmungsgleichheit festzustellen. Somit ist eine geringe Aktionsformation der gesamten EL vorhanden.

5.2.2. Zielgleichheit

Die Rohstoffe als eigenständiges Objekt der Betrachtung gewinnen mit ihrer ökonomischen Aufwertung durch den Korea-Krieg eine größere Bedeutung als Quelle der Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung der EL.

5.2.2.1. Rohstoffabkommen

Die Problematik eines Anstieges von Rohstoffpreisen wurde von den EL ebenso wie von den IL gesehen. Die Havanna Charta mit dem Kapitel VI, den Vorschlagsregelungen zu internationalen Rohstoffabkommen, kam erneut in die Diskussion und wurde als Richtlinie für die Aushandlung internationaler Rohstoffabkommen von allen Ländern im ECOSOC als Interessenskompromiß akzeptiert.²

1. vgl. die im Annex II angegebenen Resolutionen (E)

2. vgl. ECOSOC Resolutionen 296 (XI) vom 2. August 1950, 462 A (XV) vom 10. April 1953, 375 (XIII) vom 13. September 1951

Die Forderungen des Kapitel VI der Charta von Havanna nach

- stabilen Rohstoffpreisen,
- Vermeidung von Rohstoffüberschüssen und -überproduktion,
- Erschließung neuer Rohstoffquellen und deren Ausbeutung,
- gerechter Verteilung von Rohstoffen

stellen eine Konkretisierung der Gedanken des Wirtschaftsliberalismus auf den internationalen Rohstoffmarkt dar.¹ Alle EL erklärten sich mit diesen Forderungen einverstanden.²

5.2.2.2. Sicherung der Rohstoffpreise

Die EL forderten geschlossen eine Stabilisierung der Rohstoffpreise. In einer Zeit der steigenden Rohstoffpreise waren sich IL und EL in der Forderung nach einem fairen Rohstoffpreis einig.³ Als die Preise für Rohstoffe allgemein sanken, forderten die EL im ECOSOC geschlossen den Preisverfall zu stoppen.⁴ Die EL erklärten geschlossen ihre Unzufriedenheit mit dem bislang von den UN auf dem Gebiet der Preisstabilität geleisteten.⁵ Somit läßt sich sagen, daß während der zweiten Phase die EL eine gemeinsame Zielsetzung in der Erreichung einer Preisstabilität für Rohstoffe hatten.

5.2.2.3. Terms of Trade

Die Forderungen nach gerechten terms of trade verbanden die EL mit der Absicht, durch eine angemessene Entlohnung für den Export von Rohstoffen, die für die Modernisation ihrer Ökonomien notwendigen Investitionen vorzunehmen, nachdem sich die Fremdinvestitionen allein als unzureichend für die EL erwiesen hatten.⁶

-
1. vgl. Kapitel VI der Charta von Havanna und besonders Artikel 57 im Text
 2. vgl. ECOSOC Resolutionen 373 (XIII) vom 13. Dezember 1951, 375 (XIII) vom 13. September 1951 und 462 (XV) vom 10. April 1953
 3. vgl. ECOSOC Resolution 341 (XII) vom 20. März 1951
 4. vgl. GA Resolutionen 523 (VI), 623 (VII), 830 (IX) und ECOSOC Resolutionen 462 A (XV), 512 A (XVII), 553 B (XVIII)
 5. vgl. ECOSOC Resolution 512 A (XVIII) vom 30. April 1954
 6. vgl. GA Resolution 400 (V) vom 20. November 1950

Die EL bemängelten gemeinsam und geschlossen die Situation der terms of trade. Besonders heftig wurde darüber im ECOSOC während der 13. Sitzungsperiode im Jahr 1951 diskutiert. Für die Verschlechterung der terms of trade wurden der Anstieg der Importgüterpreise wie auch eine in die EL-Länder getragene Inflation (durch die Anhäufung ausländischer Währungsüberschüsse) verantwortlich gemacht.¹ Besonders die lateinamerikanischen Länder forderten die Sicherstellung der für die Entwicklung ihrer Ökonomien notwendigen Investitionsgüter durch eine Sicherung des Realwertes ihrer Gelder.² Geschlossen forderten die EL die Wiederherstellung gerechter terms of trade.³

Die einstimmig angenommene ECOSOC Resolution 341 (XII) vom 20. März 1951 bestätigte diese Forderungen. Zur Abwehr von Inflation und zur Sicherung wichtiger Investitionsgüter, wie Maschinen, Ausstattung, Konsumgüter und industrielle Rohstoffe forderten die EL in einer einstimmig angenommenen GA Resolution 523 (VI) vom 12. Januar 1952 den Abschluß von Wirtschaftsabkommen zwischen den UN-Mitgliedern. Die GA Resolution 623 (VII) vom 21. Dezember 1952 wiederholt die Forderungen, indem sie auf die Wichtigkeit stabiler terms of trade und einer Währungsstabilität für die wirtschaftliche Entwicklung der EL hinwies. Darin stimmten alle EL überein. Die Stabilisierung der terms of trade wurde auch von den EL gemeinsam in der GA Resolution 512 A (XVII) vom 30. April 1954 gefordert. Zu ihrer Erreichung sollte eine „Advisory Commission of the Economic and Social Council“ gebildet werden. Die terms of trade in ihrem schlechten Zustand wurden in der ECOSOC Resolution 553 B (XVIII) vom 4. August 1954 von allen EL als mitursächlich für die mangelhafte wirtschaftliche Struktur der EL genannt.

Somit läßt sich eine vollkommene Übereinstimmung der EL im

-
1. vgl. die Diskussion während der 13. Sitzungsperiode des ECOSOC im Jahre 1951, in: United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1951, a.a.O., S. 369 f
 2. vgl. joint resolution (E/L.154 and Corr.1) in: ebenda, S. 365
 3. vgl. ECOSOC Resolutionen 341 (XII) vom 20. März 1951, 512 A (XVII) vom 30. April 1954, 531 C (XVII) vom 4. August 1954 und GA Resolution 523 (VI) vom 12. Januar 1952

Zielbereich der terms of trade und der sie umgebenden Problematik feststellen.

5.2.2.4. Die Liberalisierung des Handels

Die EL hofften bei einer Anwendung des Kapitel VI der Charta von Havanna ökonomische Mißstände, wie die Rohstoffüberproduktion und einen Preisverfall, vermeiden zu können. Gemeinsam forderten die EL alle UN-Mitglieder auf Rohstoffabkommen abzuschließen. Sie forderten dafür die Einberufung zwischenstaatlicher Konferenzen.¹ Die EL sprachen sich geschlossen für einen freien Wettbewerb auf allen Märkten unter Zugrundelegung der Prinzipien der Havanna Charta für die Rohstoffe aus.²

Die Freiheit des Handels wurde von allen EL gefordert, wobei konkret für die Rohstoffe der Abbau von Handelsrestriktionen gefordert wurde. Diese Forderung wurde mit der Forderung nach dem Abschluß zwei- oder mehrseitiger internationaler Handelsverträge über Rohstoffe und verarbeitete Güter verbunden.³ Die restriktiven Handelspraktiken mancher Länder wurden ausdrücklich von allen EL zu Hindernissen einer allgemeinen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung erklärt.⁴

Dem Wunsch nach freiem Handel und der damit verbundenen Hoffnung nach einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der EL gaben die EL geschlossen Ausdruck.⁵

5.2.2.5. Das Maß der Zielgleichheit

Die EL stimmten bei allen Resolutionen, bis auf die GA Resolution 623 (VII) vom 21. Dezember 1952 einstimmig, wo drei EL nicht mit den übrigen EL stimmten.⁶

Für die Gesamtgruppe der EL läßt sich eine mittlere Zielgleichheit (sehr hohe Zielgleichheit) feststellen. Für die einzelnen EL-Gruppen läßt sich folgende Zielgleichheit feststellen:

-
1. vgl. ECOSOC Resolution 296 (XI) vom 2. August 1950
 2. vgl. ECOSOC Resolution 375 (XIII) vom 13. September 1951
 3. vgl. GA Resolution 623 (VII) vom 21. Dezember 1952
 4. vgl. ECOSOC Resolution 487 (XVI) vom 31. Juli 1953
 5. vgl. ECOSOC Resolution 531 C (XVIII) vom 4. August 1954
 6. vgl. Annex II

Bei der lateinamerikanischen Gruppe herrschte bis auf die GA Resolution 623 (VII) vollkommene Übereinstimmung (Haiti enthielt sich der Stimme). Es läßt sich eine beinahe vollkommene Zielgleichheit feststellen.

Bei der afroasiatischen Gruppe herrschte bis auf die GA Resolution 623 (VII) eine vollkommene Zielgleichheit (Pakistan stimmte gegen, China enthielt sich der Stimme). Es läßt sich eine beinahe vollkommene Zielgleichheit feststellen.

5.2.3. Das Maß der Formierung

Festgestellt werden konnte für die EL-Gesamtgruppe:

- eine geringe Aktionsformation
- eine mittlere (sehr hohe) Zielgleichheit

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
	mittlere	geringe
mittlere		
	große	ad hoc
hohe		
	vollkommene	vollkommene
vollkommene		

Daraus folgt eine mittlere/große Formierung für die Gesamtheit der EL hinsichtlich der Forderungen nach Erlössteigerung und -sicherung. (6,0)

Für die lateinamerikanische Gruppe läßt sich feststellen:

- eine geringe Aktionsformation
- eine mittlere (sehr hohe) Zielgleichheit.

Somit besteht für die lateinamerikanische Gruppe eine große Formierung. (6,0)

6. Beteiligungsziel

Das Beteiligungsziel wurde in der ersten Phase von den EL nicht in Forderungen erwähnt. In der zweiten Phase der Untersuchung wurde es von den EL nur als Forderung nach einer Diversifizierung ihrer Ökonomien gestellt. Die lateinamerikanischen ECOSOC-Mitglieder stellten diese Forderung während der 295. und 296. Sitzung des ECOSOC vom 14. und 15. Juli 1949.

Gefordert wurde eine Diversifizierung der agrarischen Struktur Lateinamerikas.¹ Mit der Mehrheit der EL-Stimmen wurde in der GA Resolution 623 (VIII) vom 21. Dezember 1952² eine vertikale Diversifizierung der rohstoffproduzierenden Ökonomien gefordert. Dadurch sollten neben einer allgemeinen Steigerung des Lebensstandards vor allem neue Arbeitsplätze geschaffen werden.³ Die Forderung nach einer allgemeinen Diversifizierung der auf den Rohstoffexport festgelegten EL wurde in der ECOSOC Resolution 553 B (XVIII) mit den Stimmen aller EL gestellt.⁴

Über Zielgleichheit und Formation der EL lassen sich zum Beteiligungsziel keine gesicherten Aussagen machen. Das Beteiligungsziel ist zu sehr ein begleitendes Ziel und die Formierungen, die sich dabei hinter den Hauptzielen bilden, lassen sich nicht auf das Beteiligungsziel übertragen. Somit läßt sich nur sagen, daß bis zum Ende der zweiten Phase die EL dem Beteiligungsziel im Vergleich zu allen anderen Zielen die geringste Aufmerksamkeit schenkten.

-
1. vgl. United Nations, Economic Questions, in: Yearbook of the United Nations 1948-49, a.a.O., S. 522
 2. vgl. United Nations, Considerations by the General Assembly at its Seventh Session, in: Yearbook of the United Nations 1952, a.a.O., S. 438
 3. „The General Assembly“ ...
„Recommends, that the countries in the progress of development should adopt and give affect to national programmes of integrated economic development conducive to the rational utilization of the proceeds of their primary activities, the absorption of their surplus active population and the improvement of their standards of living.“
 4. vgl. United Nations, Full Employment, in: Yearbook of the United Nations 1954, a.a.O., S. 118

IV. TEIL

DIE DRITTE PHASE DER BEOBACHTUNG - DIE ZEIT DER POLITISCHEN IDENTITÄTSFINDUNG DER ENTWICKLUNGSLÄNDER

(1955 - 1961)

I. RAHMENDATEN DER FORMIERUNG DER ROHSTOFF-POLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER

1. Die Konferenz von Bandung

Die Konferenz fand von 18.-24. April 1955 in Bandung (Indonesien) statt.

1.1. Die Bedeutung der Konferenz von Bandung für die Entwicklungsländer allgemeinpolitisch

1.1.1. Die Initiative zur Konferenz

Die Konferenz kam auf Initiative mehrerer asiatischer Länder zustande.¹ Als ihre eigentliche geistige Motivation wird der Wunsch angeführt, „dem Westen“ (worunter man sich vornehmlich die früheren Kolonialmächte und die Vereinigten Staaten vorzustellen hat), ein irgendwie geartetes Gegengewicht entgegenzustellen.²

1.1.2. Die Ablehnung eines aufgezwungenen Konfliktes, des Ost-West-Konfliktes

Die Konferenz kann als neutral in dem Sinne gelten, daß die Teilnehmer sowohl eine Dominanz des Ostens wie auch des Westens in den Ländern der Dritten Welt verurteilten.³ Neben dieser Gemeinsamkeit der Teilnehmer teilten alle die Hoffnung und den Wunsch nach wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt.⁴

1. Als die Förderer und Initiatoren einer auf die freien Länder Afrikas und Asiens begrenzten Konferenz werden die fünf „Colombo Mächte“ genannt (Burma, Ceylon, Indien, Indonesien, Pakistan). vgl. Meister, Irene W.; a.a.O., S. 233

Als persönliche Förderer der Konferenz werden dabei genannt: der ceylonische Premierminister Sir John Kotelawala, der indonesische Ministerpräsident Dr. Ali Sostroamidjojo, der indische Ministerpräsident Nehru. vgl. Gasteyger, Curt; a.a.O., S. 8295

2. vgl. ebenda

3. vgl. Meister, Irene W.; a.a.O., S. 245-251

4. vgl. Romulo, Carlos P.; The Meaning of Bandung, University of North Carolina Press, Chapel Hill 1957, S. 3

1.1.3. Die Formulierung eigener Probleme der Dritten Welt

Die Absicht der Konferenzteilnehmer, sich ausschließlich um die eigenen Probleme zu kümmern und sich nicht von den Großmächten vereinnahmen zu lassen, kommt klar im Schlußkommunique von Bogor zum Ausdruck.¹ Demnach sollten Konferenzthemen sein:

- die Zusammenarbeit zwischen den Nationen Afrikas und Asiens,
- die Förderung und Erforschung gemeinsamer Interessen,
- eine Beretung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme und Beziehungen der anwesenden Länder,
- eine Beratung von speziellen Interessen Afrikas und Asiens wie nationale Souveränität, Rassismus und Kolonialismus,
- eine Betrachtung der Macht und des Einflusses Afrikas und Asiens auf die Förderung von Weltfrieden und Zusammenarbeit.²

1.1.4. Die Konferenz und die Vereinten Nationen

Die Konferenz hatte 29 Staaten zu Gast. Die Idee, nur Mitglieder der Vereinten Nationen aus den freien afrikanisch-asiatischen Ländern einzuladen, wurde fallengelassen, um mehr Ländern, in der Hauptsache aber der Volksrepublik China, die Teilnahme zu ermöglichen.³

Die Prinzipien der Vereinten Nationen und die Organisation selbst fanden dennoch inhaltlich Eingang in die Konferenz:

1. Durch eine positive Wertschätzung, welche die Konferenzteilnehmer den Prinzipien der Vereinten Nationen gaben und eine Inanspruchnahme dieser, um die unzweifelbare Korrektheit ihrer moralischen Position zu beweisen.⁴

1. In Bogor (Indonesien) wurde von den fünf Colombo-Staaten Ende 1954 der konkrete Beschluß zur Abhaltung der Konferenz gefaßt. vgl. Gasteyger, Curt; a.a.O., S. 8295 f

2. vgl. Meister, Irene W.; a.a.O., S. 235

3. vgl. ebenda, S. 234 f. Die Teilnehmer sind namentlich im Annex I aufgeführt.

4. vgl. Meister, Irene W.; a.a.O., S. 241 und vgl. Konferenz von Bandung, a.a.O., S. 7567

2. Indem die Teilnehmer der Konferenz Resolutionen beschlossen, die sich inhaltlich auf die Charta und auf die Entscheidungen der Vereinten Nationen bezogen.¹
3. Durch die Empfehlung der Konferenz an die Teilnehmer, gemeinsam mit Organisationen der Vereinten Nationen Ziele der Dritten Welt zu erreichen.
4. Durch die Forderung der Konferenz, mehr Länder in die UN aufzunehmen.²
5. Durch die Forderung nach einer baldigen Errichtung eines UN-Sonderfonds für wirtschaftliche Entwicklung.³

1.1.5. Die Folgewirkung der Konferenz für die afroasiatischen Länder in den UN

Als eine Folge der Konferenz begann sich die asiatisch-afrikanische Gruppe in den UN formal zu organisieren.⁴ Ihr Zusammenhalt zeigte sich in der Zukunft durch eine große Harmonie im Abstimmungsverhalten, durch einen großen Willen nach Einheit⁵ und durch koordinierende Gespräche in den UN.⁶ Dieses war der Anfang einer Entwicklung fortschreitender Organisation der „farbigen Völker“. ⁷ Es wurde als sicher angenommen, daß diesem ersten Schritt viele weitere folgen würden.⁸

Seit der Bandung-Konferenz begannen sich die Länder der Dritten Welt als politisch neutrale Kraft zu formieren. Auch auf der Ebene der Vereinten Nationen traten die EL als eigenständige politische Kraft auf.⁹

1. vgl. Meister, Irene W.; a.a.O., S. 241

2. Die Konferenz sah folgende Länder als qualifiziert an, in die UN aufgenommen zu werden: Kambodscha, Ceylon, Japan, Jordanien, Laos, Libyen, Nepal und ein vereinigtes Vietnam. vgl. Konferenz von Bandung, a.a.O., S. 7566

3. vgl. ebenda, S. 7564

4. vgl. Hovet, Thomas; Bloc politics ..., a.a.O., S. 86 und vgl. Brückner, Jens A.; a.a.O., S. 61

5. Diese Einheit kam dadurch zustande, daß es eine Praxis war, keine Gespräche und Zusammenkünfte über Themen zu führen, die einen Konflikt innerhalb der Gruppe beinhalteten. vgl. Hovet, Thomas; Bloc politics ..., a.a.O., S. 84

6. vgl. ebenda, s. 82-91 und dergl.; Africa ..., a.a.O., S. 25

7. Gasteyger, Curt; a.a.O., S. 8303

8. vgl. dazu Meister, Irene W.; a.a.O., S. 237

9. vgl. Brückner, Jens A.; a.a.O., S. 61 f

1.2. Die Konferenz in ihrer rohstoffpolitischen Bedeutung

1.2.1. Das Verfügungsziel

Die rechtliche Verankerung des Verfügungszieles - das Recht auf Selbstbestimmung

Die Konferenz erklärte ihr grundsätzliches Einverständnis mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und im besonderen mit der Selbstbestimmung der Völker und Nationen. Die Konferenz sprach sich besonders für eine Verankerung des Rechtes auf permanente Souveränität über die natürliche Ressourcen und Reichtümer der Völker aus, welches im Recht auf Selbstbestimmung der Völker und Nationen verankert werden sollte.¹ Die dazu von den UN empfohlenen Resolutionen wurden von der Konferenz jedoch lediglich zur Kenntnis genommen. Dies wird als eine inhaltliche Unzufriedenheit mit den Forderungen der UN Resolutionen verstanden. Die Konferenz stufte das bisher von den UN erreichte als „Vorbedingung für den vollen Genuß der fundamentalen Menschenrechte“² ein.

Die Gleichsetzung von freier Verfügung über die Ressourcen der EL mit dem Kampf gegen den Kolonialismus

Das Recht der Produzenten, die souveräne Kontrolle über ihre natürlichen Ressourcen auszuüben, wurde inhaltlich nicht ausdifferenziert.

Der besondere Wert der Konferenz liegt aber darin, der funktionalen Verfügung eine neue Qualität gegeben zu haben. Das Ziel, Verfügung der Produzentenländer über ihre Ressourcen, wurde gleichgesetzt mit dem Kampf gegen den Kolonialismus in all seinen Formen und den sich daraus ergebenden Mißständen.³ Ausbeutung und Beherrschung wurden als Ausformungen dieses Kolonialismus angesehen. Die Konferenz wertete diese Form des Kolonialismus als ein Übel, „das baldigst beseitigt werden sollte.“⁴

1. vgl. Konferenz von Bandung, a.a.O., S. 7565-7568

2. ebenda, S. 7565

3. vgl. ebenda, S. 7566

4. ebenda

Die Konferenz forderte hinsichtlich der natürlichen Ressourcen ihrer Länder:

- ein Ende der ökonomischen und politischen Dominanz Europas und der USA¹,
- die Behandlung des „Rohstoffthemas“ unter der Prämisse: „Befreiung vom Kolonialismus in all seinen Formen“. Der politischen Souveränität sollte das Recht folgen, als Ausdruck wirtschaftlicher Souveränität, frei über die Bodenschätze verfügen zu können.²

1.2.2. Das Kontrollziel

Obwohl die Konferenz die ausländischen Unternehmungen nicht ausdrücklich erwähnte, wird die folgende Feststellung aus dem Schlußkommunique der Konferenz als „Wirtschaftsmanifestation mit politischem Trend“³ gewertet.

„Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz war der Ansicht, daß der Austausch von Informationen über Fragen des Erdöls, wie über die Überweisung von Gewinnen und über Besteuerung, schließlich zur Formulierung einer gemeinsamen Politik führen könnte.“⁴

Irene W. Meister macht für die Dominanz politischer Überlegungen über wirtschaftliche Probleme die noch vorhandene Angst der asiatischen Öl-Staaten vor dem Kapitalismus im allgemeinen und den ökonomischen Ausdrucksformen desselben im besonderen verantwortlich.⁵

Obwohl der Begriff „Neo-Kolonialismus“ weder von den Teilnehmern der Konferenz noch von den zeitgenössischen Kritikern der Konferenz gebraucht wird, bezeichnet er jedoch treffend die Befürchtung, besonders der Öl-Staaten der Region, vor ausländischer wirtschaftlicher Dominanz und die analytische Ausgangssituation der Forderung.

1. vgl. Schümperli, Walter; Die Vereinten Nationen und die Dekolonisation, Bern 1970, S. 74 f

2. vgl. ebenda, S. 74

3. Meister, Irene W.; a.a.O., S. 344

4. Konferenz von Bandung, a.a.O., S. 7564

5. vgl. Meister, Irene W.; a.a.O., S. 244

Bemerkenswert und für die Zukunft von Bedeutung ist die besondere „Vorreiterposition“ des Rohstoffes Erdöl und die Absicht, eine „gemeinsame neue Politik“ im Bereich der Gewinnbeteiligung und der Besteuerung der Länder zu betreiben.

1.2.3. Das Erlösstabilisierungs- und -steigerungsziel

Die Konferenz empfahl zum Zwecke der Stabilisierung der internationalen Preise für Rohstoffe gemeinsame Aktionen der Teilnehmerländer und „... ein gemeinsames Vorgehen in dieser Angelegenheit in der ständigen beratenden Kommission für internationalen Warenhandel der Vereinten Nationen und in anderen internationalen Körperschaften ...“¹.

Hier liegt der Wert der Aussage weniger in der Wiederholung einer „klassischen Produzentenforderung“ als in der Betonung der Gemeinsamkeit von Aktionen.

1.2.4. Das Beteiligungsziel

Die Konferenz empfahl eine vertikale Differenzierung der Rohstoffexporte und eine Untersuchung des Problems der Veränderungen der Frachtsätze der Schifffahrtslinien und ein gemeinsames Vorgehen, um einen Einfluß auf diese Schifffahrtslinien auszuüben.²

2. Die Präsenz der Entwicklungsländer

Die Zahl der Entwicklungsländer in den Vereinten Nationen stieg im Zeitraum von 1955 bis 1962 erheblich an. Von den 45 neuzugelassenen Mitgliedern der UN waren 34 EL. Alle 34 gehörten zur afroasiatischen Gruppe. Davon gehörten zur

- afrikanischen Gruppe: 24
- asiatischen Gruppe: 6
- arabischen Gruppe: 4

Die übrigen zugelassenen Länder waren

- westliche und andere Länder-Gruppe: 6
- östliche Gruppe: 5³

1. Konferenz von Bandung, a.a.O., S. 7564

2. vgl. ebenda

3. vgl. Annex I

2.1. Die Entspannung des Ost-Westverhältnisses und ihre Auswirkungen auf die Neuzulassung von UN-Mitgliedern

Die seit der Gründung der Vereinten Nationen im Jahre 1945 bis zum Jahre 1955 neu zugelassenen neun Länder¹ waren von den beiden Supermächten USA und UdSSR als neutral im Ost-Westkonflikt angesehen worden.²

Als Grund für die Neuzulassung von UN-Mitgliedern, bzw. dem Verlassen der gegenseitigen Blockierung bei der Zulassung wird eine internationale Entspannung angenommen.³ Sichtbarer Beweis dieser Entspannung waren

das Ende des Koreakrieges (1953) und

das Genfer Gipfeltreffen (1955).

Auf der Ebene der Vereinten Nationen fand diese Entspannung ihren Ausdruck in der Zulassung von 16 neuen Staaten am 14. Dezember 1955.⁴ Weitere acht Staaten wurden als Folge dieser Entspannung bis zum Jahre 1960 noch in die Vereinten Nationen aufgenommen.⁵

2.2. Der Antikolonialismus auf der Ebene der Vereinten Nationen und seine politischen Konsequenzen

Im Jahre 1960 kam es in der GA Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 zu einer Grundsatzerklärung der Vereinten Nationen (Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples), auf Antrag des Vertreters Kambodschas im Namen von 42 afroasiatischen und zwei europäischen Staaten (Türkei und Zypern).

Diese Resolution wird als Zusammenfassung und Höhepunkt des Versuchs der antikolonialen Gruppen verstanden, die koloniale Ära

1. vgl. Annex I

2. vgl. Brinkmann, Matthias; Majoritätsprinzip und Einstimmigkeit in den Vereinten Nationen, Köln 1978, S. 139

3. vgl. Pfahlberg, Bernhard; a.a.O., S. 57 und vgl. ECOSOC Resolution 614 A (XVIII) vom 9. August 1956

4. vgl. Resolution des Sicherheitsrates S/3509 und GA Resolution 995 (X)
die Liste der neuzugelassenen Staaten, siehe Annex I

5. vgl. Annex I

zu beenden, welche mit der Konferenz von Bandung ihren Anfang nahm.¹ Die Vereinten Nationen konnten sich dem Verlangen der in die Freiheit entlassenen Staaten nicht verweigern. Am 20. Dezember 1960 wurden 16 afrikanische Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen. Dadurch verschob sich das Stimmengewicht in der Generalversammlung entscheidend und endgültig zugunsten der Entwicklungsländer.² Sieben weitere Staaten (sechs afrikanische, ein asiatischer) folgten bis zum Jahre 1962³. Damit hatten im Dezember 1960 die EL schon die absolute Mehrheit in der GA erreicht.⁴

2.3. Die allg. neue politische Formierung der Entwicklungsländer auf der Ebene der Generalversammlung

2.3.1. Die lateinamerikanische Gruppe

2.3.1.1. Aktionsformation

Zusammenarbeit

Die lateinamerikanische Gruppe begann im Dezember 1956 durch einen Sprecher ihre Positionen und Forderungen bekannt zu geben.⁵

Seit der neunten Sitzungsperiode der Generalversammlung traf sich die Gruppe regelmäßig zu wöchentlichen Gesprächen. Die Zusammenarbeit mit anderen EL-Gruppen blieb weiterhin unformalisiert bestehen.⁶

Abstimmungsverhalten

Der innere Zusammenhalt stieg auch sichtbar durch das Abstimmungsverhalten an (angegeben in Prozentwerten, siehe Tabelle S. 202)⁷.

1. vgl. Schümperli, Walter; a.a.O., S. 83

2. vgl. Hüfner, Klaus/Naumann, Jens; Das System der Vereinten Nationen, Düsseldorf 1974, S. 185

3. vgl. Annex I

4. vgl. Annex I

5. vgl. Bailey, Sydney D.; a.a.O. S. 97

6. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ...; a.a.O. S. 64 und vgl. Houston, John A.; Latin America in the United Nations, New York 1956, S. 6 f

7. darstellbar nur bis zur 13. Sitzung, bis zu der Thomas Hovet seine empirischen Untersuchungen zu den Blöcken in der GA geführt hat. vgl. Hovet, Thomas: Bloc Politics ..., a.a.O., S. 140

Sitzungsperiode	<u>Abstimmungsverhalten</u>		
	identisch	solidarisch	getrennt
X	40	20	40
XI	53	30	27
XII	33	45	22
XIII	40	58	2 ¹

Es zeigt sich, daß bei den Abstimmungen keine absolute Einheit vorhanden war.² Die Einheit als Summe eines identischen und solidarischen Abstimmungsverhaltens gegenüber den vorherigen Sitzungsperioden war jedoch gestiegen und bei der XIII. Sitzungsperiode sogar fast vollständig erreicht. Unter Berücksichtigung des hohen Maßes an Zusammenarbeit kann somit ein hohes Maß an innerem Gruppenzusammenhalt festgestellt werden.

Die äußere Geschlossenheit

Die Gruppe unterscheidet sich in ihrem Abstimmungsverhalten kaum von der Mehrheit der GA. So zeigt die Mehrheit der Gruppe in der GA folgendes Verhalten in Relation zur GA-Mehrheit:

Sitzungsperiode	<u>Abstimmungsverhalten</u>		
	Mit der Mehrheit	Gegen die Mehrheit	Enthaltung
X	83	17	10
XI	87	5	8
XII	97	3	-
XIII	90	3	7

Die Gruppe trat durch einen Sprecher in der GA gemeinsam auf. Sie zeigte ein wachsendes Maß an gemeinsamem Abstimmungsverhalten. Doch bietet das Abstimmungsverhalten keinen Anhaltspunkt dafür, etwa durch ein zu anderen UN-Gruppen getrenntes Abstimmungsverhalten, von einem bewußten Gruppenverhalten zu sprechen.

Somit kann nur von einer mittelmäßig ausgebildeten Geschlossenheit gesprochen werden.

-
1. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 140, Chart 19
 2. Die Gruppe wollte ihrem Selbstverständnis nach auch keine bindenden Entscheidungen treffen.
vgl. Bailey, Sidney D.; a.a.O., S. 33

Maß der Aktionsformation

Gegeben war für die lateinamerikanische Gruppe:

- eine Zusammenarbeit,
- ein (hohes) Maß an Abstimmungsgleichheit,
- eine (nicht immer gegebene) innere und äußere Geschlossenheit.

Da alle qualifizierenden Merkmale einer Aktionsformation gegeben sind, kann eine vollkommene Aktionsformation festgestellt werden.

2.3.1.2. Zielgleichheit

Das hohe Maß an innerer Geschlossenheit läßt die Vermutung auf eine mittlere Zielgleichheit zu.¹ Mehr als die Hälfte der Länder der Gruppe zeigte in der GA ein identisches oder solidarisches Abstimmungsverhalten.

1. vgl. oben das Abstimmungsverhalten der lateinamerikanischen Gruppe.

2.3.1.3. Das Maß der Formierung

Gegeben ist:

- eine vollkommene Aktionsformation
- eine mittlere Zielgleichheit

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
mittlere	mittlere	geringe
	große	ad hoc
hohe		
vollkommene	vollkommene	vollkommene

Für die allgemeinpolitische Formierung der lateinamerikanischen Gruppe ist eine große Formierung sichtbar. (8,1)

2.3.2. Die afroasiatische Gruppe

2.3.2.1. Aktionsformation

Zusammenarbeit

Die afroasiatische Gruppe wurde nach der Konferenz von Bandung im Jahre 1955 „formal“ organisiert.¹ Das heißt, man traf sich regelmäßig zur Diskussion mit der inhaltlichen Einschränkung, daß die Gruppe über konfliktträchtige Gründe nicht sprach, um die Harmonie nicht zu gefährden.² Die Gruppe versuchte durch die Formalisierung ihrer Treffs die verschiedenen wirtschaftlichen, kulturellen und ethnischen Interessen der verschiedenen Teilgruppen zu überwinden. Auch die Interessensgegensätze wirtschaftlich so unterschiedlich entwickelter Länder wie Indien und Japan sollte durch die Suche nach gemeinsamen Interessen überbrückt werden. Diese gemeinsamen Interessen aller afroasiatischen Länder schienen in einer Ablehnung des westlichen und östlichen Imperialismus und einer gemeinsamen Hoffnung auf eine wirtschaftliche Entwicklung und einen sozialen Fortschritt gefunden zu sein.³

Für die Aktionsformation läßt sich eine (hohe) Zusammenarbeit feststellen.

Abstimmungsverhalten

Hovet sieht die afroasiatischen Länder seit der X. Sitzung der GA als regulär organisierte Gruppe an. Er zählt 17 Länder zu dieser caucusing group.⁴

Bei den Abstimmungen in der GA verhielten sich diese Länder unterschiedlich im Ausmaß an gegenseitiger Unterstützung ihrer Forderungen. Der Zusammenhalt der afroasiatischen Gruppe stellt sich in Prozentwerten so dar:

-
1. vgl. Hovet, Thomas; Africa ..., a.a.O., S. 100
 2. vgl. ders.; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 84 f
 3. vgl. ebenda, S. 84-91
 4. vgl. ebenda, S. 83

Sitzungsperiode	<u>Abstimmungsverhalten</u>		
	identisch	solidarisch	getrennt
X	38	40	22
XI	32	30	38
XII	31	31	38
XII	25	50	25

Mehr als die Hälfte (bis zwei Drittel) der Länder unterstützten wechselseitig ihre Forderungen. Damit kann von einem hohen Maß an Abstimmungsgleichheit gesprochen werden (in Anlehnung an den Maßstab „Zielgleichheit“).

Innere und äußere Geschlossenheit

Die arabischen und asiatischen Länder hatten sich als einzelne caucusing groups in den UN organisiert und sprachen getrennt voneinander in den UN durch ihre Vertreter.¹ Die afrikanischen Länder hatten drei caucusing groups in der UN und keine gemeinsamen Vertreter.²

Die Mehrheit der Gruppe zeigte im Vergleich zum Abstimmungsverhalten der Mehrheit der UN-Mitglieder ein wechselhaftes Abstimmungsverhalten:

Sitzungsperiode	<u>Abstimmungsverhalten</u>		
	Mit der Mehrheit	Gegen die Mehrheit	Enthaltung
X	83	6	11
XI	72	10	18
XII	65	25	10
XIII	63	22	15 ³

Eine innere und äußere Geschlossenheit der Gruppe ist somit nicht anzunehmen.

1. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 29

2. vgl. ders.; Africa ..., a.a.O., S. 100-106

3. vgl. ders.; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 169, Chart 48

2.3.2.2. Zielgleichheit

Das oben aufgeführte Abstimmungsverhalten zeigt, daß mehr als die Hälfte (beinahe zwei Drittel im Durchschnitt) die Ziele der Gruppe bei den Abstimmungen unterstützen. Somit kann von einer mittleren Zielgleichheit gesprochen werden.

2.3.2.3. Das Maß der Formierung

Ergeben hat sich:

- eine geringe Aktionsformation
- eine mittlere Zielgleichheit

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
mittlere	mittlere	geringe
	große	ad hoc
hohe		
vollkommene	vollkommene	vollkommene

Daraus ergibt sich eine mittlere Formierung der allgemeinen politischen Forderungen der afroasiatischen Gruppe. (5,2)

3. Die Präsenz der Entwicklungsländer im ECOSOC

In der Zeit von 1955 - 1961 betrug die Zahl der im ECOSOC vertretenen EL sieben oder acht Länder. In der Zeit von 1955 - 1958 waren die EL durch 8 Länder, von 1959 - 1961 durch 7 Länder vertreten. Dabei waren die afroasiatischen Länder durch ein Land weniger vertreten.¹ Ein Grund für diese Reduzierung ist nicht ersichtlich.

-
1. Die Zahlen für die ECOSOC-Mitgliedschaft wurden aus den Jahrbüchern der Vereinten Nationen ermittelt. United Nations, Appendix II, Structure of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1955, New York 1956, S. 464

United Nations, Appendix II, Structure of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations, 1956, New York 1957, S. 498 f

United Nations, Appendix II, Structure of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1957, New York 1958, S. 515

United Nations, Appendix II, Structure of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1958, New York 1959, S. 521

United Nations, Appendix III, Structure of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1959, New York 1960, S. 568

United Nations, Appendix III, Structure of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1960, New York 1961, S. 723

United Nations, Appendix III, Structure of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1961, New York 1963, S. 714

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrates 1955 - 1957

1955		1956		1957	
1. Australien	w	Tschecho- slowakei	o	Argentinien	l
2. Indien	a*	Ecuador	l	China	a
3. Türkei	w*	Norwegen	w	Dominikanische l Republik	l
4. USA	w	Pakistan	a*	Ägypten	a*
5. Venezuela	l	UdSSR	o	Frankreich	w
6. Jugoslawien	o	England	w	Niederlande	w
7. Tschecho- slowakei	o	Argentinien	l	Brasilien	l
8. Ecuador	l	China	a	Kanada	w
9. Norwegen	w	Dominikanische l Republik	l	Griechenland	w
10. Pakistan	a*	Ägypten	a*	Indonesien	a*
11. UdSSR	o	Frankreich	w	USA	w
12. England	w	Niederlande	w	Jugoslawien	o
13. Argentinien	l	Brasilien	l	Finnland	w
14. China	a	Kanada	w	Mexiko	l
15. Dominikanische l Republik	l	Griechenland	w	Pakistan	a*
16. Ägypten	a*	Indonesien	a*	Polen	o
17. Frankreich	w	USA	w	UdSSR	o
18. Niederlande	w	Jugoslawien	o	England	w

w = westeuropäische und andere Länder

o = osteuropäische Länder

a = afroasiatische Länder

l = lateinamerikanische Länder

* = Länder, die an der Konferenz von Bandung teilgenommen hatten

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrates 1958 - 1961

1958		1959		1960		1961	
1. Brasilien	l	Finnland	w	Chile	l	Afghanistan	a*
2. Kanada	w	Mexiko	l	China	a	Bulgarien	o
3. Griechenland	w	Pakistan	a*	Costa Rica	l	Neuseeland	w
4. Indonesien	a*	Polen	o	Frankreich	w	Spanien	w
5. USA	w	UdSSR	o	Niederlande	w	USA	w
6. Jugoslawien	o	England	w	Sudan	a*	Venezuela	l
7. Finnland	w	Chile	l	Afghanistan	a*	Brasilien	l
8. Mexiko	l	China	a	Bulgarien	o	Dänemark	w
9. Pakistan	a*	Costa Rica	l	Neuseeland	w	Japan	a*
10. Polen	o	Frankreich	w	Spanien	w	Polen	o
11. UdSSR	o	Niederlande	w	USA	w	UdSSR	o
12. England	w	Sudan	a*	Venezuela	l	England	w
13. Chile	l	Afghanistan	a*	Brasilien	l	El Salvador	l
14. China	a	Bulgarien	o	Dänemark	w	Äthiopien	a*
15. Costa Rica	l	Neuseeland	w	Japan	a*	Frankreich	w
16. Frankreich	w	Spanien	w	Polen	o	Italien	w
17. Niederlande	w	USA	w	UdSSR	o	Jordanien	a*
18. Sudan	a*	Venezuela	l	England	w	Uruguay	l

w = westeuropäische und andere Länder

o = osteuropäische Länder

a = afroasiatische Länder

l = lateinamerikanische Länder

* = Länder, die an der Konferenz von Bandung teilgenommen hatten

Zahl der im ECOSOC vertretenen Länder der EL-Gruppen 1955 - 1961

	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
westeuropäische u. andere Länder	7	7	7	7	7	8	8
osteuropäische Länder	3	3	3	3	3	3	3
afroasiatische Länder	3	4	4	4	4	3	3
lateinamerikanische Länder	5	4	4	4	4	4	4

4. Die Wirtschaftskommission für Afrika

Am 29. April 1958 wurde in der ECOSOC Resolution 671 A und B (XXV) die Wirtschaftskommission mit den Stimmen aller EL für Afrika gegründet. Die Aufgabenzuweisung war dieselbe wie sie auch für die beiden anderen Wirtschaftskommissionen (ECLA und ECAFE) galten. Die Mitgliedschaft in der neuen Kommission stand offen für: "Belgium, Ethiopia, France, Ghana, Italy, Liberia, Libiya, Marocco, Portugal, Spain, Sudan, Tunisia, the Union of South Africa, The United Arab Republic and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and to any State in the area which may hereafter become a Member of the United Nations, provided that States which shall cease to have any territorial responsibilities in Africa shall cease to be members of the Commission."¹

Daneben gab es für einige noch nicht in die Souveränität entlassene afrikanische Länder, die Möglichkeit, als assoziierte Mitglieder in der Kommission mitzuarbeiten.² An der Formulierung und Etablierung arbeiteten einige afrikanische Länder durch die Vorlage gemeinsamer Erklärungen auf der Ebene des ECOSOC zusammen.³

5. Die Nachfrage- und Angebotssituation des internationalen Rohstoffmarktes in seiner Bedeutung für die Entwicklungsländer (1955-1962)

Das Ende des Koreakrieges 1953 und der sich entwickelnde Dialog zwischen den bipolaren Supermächten USA - UdSSR führte zu einer besonders im Westen spürbaren Verlangsamung der Aufrüstung im militärischen Bereich und einem nachlassenden Streben, strategisch wichtige Güter anzuhäufen. Im Bereich der zivilen Produktion kam es zu einem Produktionsanstieg, der jedoch die Nachfragehöhe wie zu Zeiten der militärischen Hochkonjunktur nicht erreichte. Die Preise für Rohstoffe, die im Jahre 1953/54 stabil gewesen waren, stiegen infolge einer Nachfrageerweiterung in

1. ECOSOC Resolution 671 A und B (XXV) vom 29. April 1958

2. vgl. ebenda Paragraph 6 - 8

3. vgl. United Nations, Regional Economic Comissions, in: Year-book of the United Nations 1958, a.a.O., S. 194

Westeuropa, bei gleichzeitig allgemein günstiger Situation der Rohstoffe überhaupt.

Die Nahrungsmittelproduktion stieg in der ganzen Welt an. Die Ölförderung im Nahen Osten nahm zu und die afrikanischen Länder verzeichneten im Bereich des Exportes mineralischer Rohstoffe einen Anstieg.¹ Im Jahr 1955 sank der Rohstoffpreis allgemein. Die Ausnahme waren einige Rohstoffe des Maschinenbaubereichs, der durch die Umstellung auf zivile Produkte einen Boom erlebte. Insgesamt aber verschlechterte sich die Situation der Rohstoffe, einschließlich der agrarischen Rohstoffe, die im Preis erheblich sanken. In einem Bericht des Generalsekretärs des Jahres 1955 wurde für das Verhältnis Rohstoffe - EL festgestellt, daß jedes Jah weniger EL wüßten, wie sie ihre ökonomischen Planung bewerkstelligen sollten. Dies sei eine Folge der Unsicherheit der Exportgewinne und der daraus resultierende Unsicherheit über die verfügbaren Auslandsdevisen. Deshalb wurden vom Generalsekretär wie auch von einigen EL rohstoffstabilisierende Maßnahmen gefordert.²

Im Jahr 1956 setzte sich diese Tendenz fort. Der Rohstoffexport der EL ließ zunehmend nach. Der Wechsel in der Nachfrage der IL und die Unfähigkeit der EL sich diesem Bedarf anzupassen führte zu einer Verknappung der Einnahmen; wichtigen Investitionen fehlte es an den dazu notwendigen finanziellen Mitteln. Nur im Bereich des Rohöls und der Baumwolle kam es zu einem Anstieg im Export (arabische Länder) und der Preisverlust der agrarischen Güter konnte in dieser Region durch den verstärkten Export wieder aufgefangen werden. In Afrika konnte dieser Preisverlust durch weiterhin steigende Exporte mineralischer Rohstoffe ausgeglichen werden. Der erhoffte Aufschwung der EL-Ökonomien und eine Verbesserung der Außenhandelsbilanzen konnten jedoch nicht erreicht werden.³

Für das Jahr 1957 stellte der UN-Weltwirtschaftsbericht einen

-
1. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1955, a.a.O., S. 83
 2. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1956, a.a.O., S. 153-155
 3. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1957, a.a.O., S. 121-125

weltweiten Verfall der Rohstoffexportpreise und eine starke Betroffenheit vieler EL aufgrund ihrer starken Abhängigkeit von den Einkünften des Exportmarktes in den Bereichen Investitionsfähigkeit, Währungsstabilität und Industrialisierung fest. Insgesamt bedeutete dies eine starke Verzögerung der wirtschaftlichen Entwicklung der EL.¹

Für das Jahr 1958 stellte der Weltwirtschaftsbericht der Vereinigten Nationen eine weitere Verschlimmerung der EL-Situation fest infolge der Unfähigkeit von Rohstoffproduzenten durch alleinige Aktionen ihre Schwierigkeiten zu beheben und als Folge eines zunehmenden Protektionismus und einer Preisunterstützungspolitik der IL für ihre eigenen Produkte. Als weitere Faktoren der Verschlimmerung der Lage der EL wurde ein Überangebot an Rohstoffen auf dem Weltmarkt angesichts einer Rezession in den IL genannt, und ein weiterer Rückgang der Exportgewinne aller EL bis auf den regionalen Raum des mittleren Ostens, wo für das Jahr 1957/58 aus den Gebieten der Landwirtschaft, Industrie und Öl volkswirtschaftliche Gewinne gemeldet wurden.²

Ein Mitte des Jahres 1958 beginnender wirtschaftlicher Aufschwung der wirtschaftlich entwickelten Länder führte zu einer Belebung ihres Außenhandels. Besonders beträchtlich war die Ausweitung des Marktes der verarbeiteten Güter. Dieses bewirkte eine steigende Nachfrage nach Rohstoffen und steigende Exportgewinne der rohstoffexportierender Länder.

Für die EL bedeutete dieses eine Verbesserung der in den Jahren 1957-1958 sehr negativen Außenhandelsbilanzen und eine Verbesserung ihrer Importkapazität.³

Die Situation der rohstoffexportierenden Länder war im Jahre 1960 gekennzeichnet durch eine Ausweitung des Konsums, der Produktion und der Investition. Der agrarische Sektor bildete dabei

-
1. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1958, a.a.O., S. 92 - 94
 2. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1959, New York 1960, S. 92 - 95
 3. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1960, New York 1961, S. 210 - 212

die Ausnahme.

Die Rohstoffpreise für den Export begannen im Jahre 1960 nach dem Preisanstieg im Jahre 1959 langsam wieder zu fallen mit der Folge einer Anspannung der Außenhandelsbilanzen der EL.¹ Die Verschlechterung der Rohstoffpreise hielt auch im Jahre 1961 an. Bei einem gleichzeitigen Anstieg der Preise für verarbeitete Güter der IL führte dies zu sich ständig verschlechternden terms of trade zu Ungunsten der EL. Die Zielvorstellung der EL von ausbalancierten und diversifizierten EL-Ökonomien wurden durch diese Entwicklung der Rohstoffpreise zunehmend frustriert.²

-
1. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 175 - 177
 2. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1962, New York 1964, S. 162 und vgl. United Nations, International Trade und Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 172

II. DIE FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER WÄHREND DER DRITTEN PHASE

1. Verfügungsziel - nicht agrarische Rohstoffe

1.1. Die Entwicklung der Forderungen der Entwicklungsländer

Das Verfügungsziel, welches den funktionalen Einsatz der Rohstoffe für die Interessen der EL anspricht, wurde in der dritten Phase sehr häufig und mit wechselnder Akzentuierung angesprochen.

Schon in der zweiten Phase der Untersuchung hatten die EL volle Übereinstimmung in der Forderung erreicht, die Rohstoffe als einen der wichtigsten Faktoren der EL-Entwicklung anzusehen. Sie hatten dementsprechend eine Sicherung der Rohstoffpreise und eine Absatzgarantie für Rohstoffe gefordert.¹

Die Wertschätzung des Rohstoffexports als Quelle der Finanzierung der Entwicklung der EL-Ökonomien verstärkte sich in den folgenden Jahren noch.

Die von vielen EL initiierte GA Resolution 1218 (XII), die mit den Stimmen aller EL (75:0:9) am 14. Dezember 1957 angenommen wurde,² betonte nachdrücklich die Wichtigkeit des Exportmarktes für die EL.³ Diese Sichtweise wurde durch die einstimmig angenommene GA Resolution 1319 (XIII) vom 12. Dezember 1958 bestätigt.⁴

1. vgl. im Text Teil II.1.

2. vgl. United Nations, Economic Development of Underdeveloped Countries, in: Yearbook of the United Nations 1957, a.a.O., S. 138 und Annex III

3. "The General Assembly..."

"Considering that it is essential to the economic development of the underdeveloped countries. That they should be able to derive appreciable resources from their own national savings, Mindful that the export revenues are basic for the economical development of many countries, and in particular of the under-developed countries," GA Resolution 1218 (XII) vom 14. Dezember 1957

4. vgl. United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1958, a.a.O., S. 158

In der einstimmig angenommenen ECOSOC Resolution 674 B (XXV) vom 1. Mai 1958, der draft resolutions aller im ECOSOC vertretenen lateinamerikanischen EL zugrunde lagen¹, wurde die von den EL angestrebte Industrialisierung von der Entwicklung des Rohstoffexportmarktes der EL abhängig gemacht.²

Im Dezember 1959 wurde in der von 38 Ländern (meist EL) erarbeiteten draft resolution (A/C. 2/L. 439 and Add. 1,2,4) für den besseren Einsatz der Rohstoffe der EL eine von den UN entworfene Planung und der Einsatz der neuesten Technik gefordert.³

Die Forderung übernahm auch die einstimmig angenommene GA Resolution 1428 (XIV) vom 5. Dezember 1959.⁴

Im Jahre 1960 wurden die Rohstoffe, bzw. deren Nutzung in einer entschieden politischeren Funktion gesehen als bisher. Galt es bislang, diese für wirtschaftliche und soziale Entwicklung der EL zu nutzen, so wurde ihnen als gleichberechtigte Funktion nun aufgetragen, die Unabhängigkeit der EL zu sichern und die Schere zwischen dem Lebensstandard der EL und der IL zu schließen. Dabei sollten die UN mit all ihren Einrichtungen an diesem Ziel mitwirken. Dies kam in der GA Resolution 1515 (XV) vom 15. Dezember 1960, die einstimmig beschlossen wurde,⁵ zum Ausdruck. Der Resolution lagen zahlreiche draft resolutions von EL mit eben dieser Zielrichtung zugrunde.⁶

1. vgl. Economic Development of Under-Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1958, a.a.O., S. 153 f.

2. The Economic and Social Council
"Recognizing that industrialisation cannot be undertaken on the desired scale without continuing imports of the equipment required and that primarily the latter must be paid for by the export of the under-developed countries,
Recognizing the importance attached to the relationship between the prices of raw materials exported by the under-developed countries and of the manufactured goods exported by the industrialized countries for the industrial and general economic advancement of the under-developed countries."
674 B (XXV) vom 1. Mai 1958

3. vgl. United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1959, a.a.O., S. 95 f.

4. vgl. ebenda S. 97

5. vgl. United Nations, The world Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 222

6. ebenda S. 221

Die Ga Resolution 1527 (XV), die mit den Stimmen aller EL (72:0:9) am 15. Dezember 1960 angenommen wurde, forderte nochmals eine bessere Planung des Abbaus und des Einsatzes von Rohstoffen, insbesondere der Gewinne aus dem Rohstoffhandel. Für die EL wurde gefordert, daß die Rohstoffe die Funktion haben sollten, die Unabhängigkeit der notleidenden und neu in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten zu sichern.¹

Der Gedanke des Verfügungszieles wurde zunehmend mit dem Gedanken der Eigenfinanzierung der Entwicklung der EL auf der Basis gegenseitigen Vorteils und Respektes der Souveränität verknüpft. Auch die GA Resolution 1517 (XV), einstimmig angenommen am 15. Dezember 1960², beinhaltet diese EL-Forderungen. Beiden Resolutionen lagen zahlreiche draft resolutions unter EL Beteiligung zugrunde.³

Im Jahre 1961 wird bei gleichbleibendem verfügunbspolitischem Ziel und der bekannten Ausformulierung die zunehmende Unmöglichkeit dieses Weges festgestellt. Dies kommt in der vom ECOSOC angenommenen Resolution 846 (XXXII) vom 3. August 1961 zum Ausdruck.⁴ Dieser Resolution lag eine draft resolution von drei rohstoffexportierenden Ländern, davon zwei EL, zugrunde.⁵

Eine stärkere Beteiligung der Produzenten an den Rohstoffexportgewinn verlangte die einstimmig angenommene GA Resolution 1710 (XVI) vom 19. Dezember 1961.⁶

1. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 275

2. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 218

3. vgl. Annex III

4. "The Economic and Social Council, ...
Noting that many countries exporting primary commodities, especially those with are under-developed or highly dependend on a narrow range of agricultural exports, have been funding it increasingly difficult to finance, from their exports, the imports which are essential to their economic and social development and have had to rely to an undue extent on foreign financing, the servicing of which may place a growing strain on their future export income,"
ECOSOC Resolution 846 (XXXII) vom 3. August 1961

5. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 190

6. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 231

Diese Resolution kam auf Initiative mehrerer EL zustande. Besonders die afro-asiatischen Länder zeigten eine große Initiative und Zusammenarbeit bei den draft resolutions.¹

Die Ausarbeitung eigener Entwicklungsprogramme wurde von der Generalversammlung in der einstimmig ² angenommenen GA Resolution 1708 (XVIII) vom 19. Dezember 1961 als Notwendigkeit für eine wirtschaftliche Entwicklung der EL angesehen.³

Dieser Resolution lagen eine Reihe von EL draft resolutions zugrunde.⁴

In der GA Resolution 1706 (XVI) vom 19. Dezember 1961 wurde mit den Stimmen aller EL ⁵ die Errichtung eines besonderen Fonds zur Unterstützung einer selbständigen und beschleunigten Entwicklung der EL - Ökonomien gefordert. Die Hilfe soll dabei den EL zur freien Verfügung stehen und für die EL auch im Rahmen einer selbstgewählten Entwicklung verplanbar sein.⁶

Die GA Resolution 1707 (XVI) vom 19. Dezember 1961, angenommen mit den Stimmen aller EL ⁷, erklärte die Nutzung der heimischen Ressourcen, worin die Rohstoffe eingeschlossen sind,

1. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 230 f und Annex II
2. vgl. ebenda, S. 235
3. „The General Assembly“ ...
„Convinced of the urgent need of the less developed countries to establish and implement national, all-inclusive and well-integrated development plans to build up their societies in accordance with their own individual precepts,
Realizing that to this end it is necessary to advance further the development of planing techniques that can be adjusted to the specific needs and problems of various countries,"
GA Resolution 1708 (XVI) vom 19. Dezember 1961
4. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 235
5. vgl. ebenda, S. 239
6. „Assistance from the fund should be given in a flexible manner and not necessarily be limited to specific projects or groups of projects. Assistance can also be given to support general development plans, where such plans exists, or to meet general development requirements."
GA Resolution 1706 (XVI) vom 19. Dezember 1961
7. vgl. United Nations, International Trade Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 191

zur Hauptquelle der Finanzierung der Entwicklung der EL.¹

Dieser Resolution lagen einige draft resolutions bei besonders starker Beteiligung afroasiatischer Länder zugrunde.²

1.2. Zusammenfassende Wertung

1.2.1. Zielgleichheit

Das strategische Ziel der EL, durch die Vermarktung der Rohstoffe ihrer Länder die finanziellen Mittel zu erhalten, um die wirtschaftliche Entwicklung der EL zu realisieren, blieb auch für die dritte Epoche bestehen. Dies bestätigten die EL durch einstimmig unterstützte Forderungen³ und Forderungen, welche die Mehrheit der EL stützte.⁴ Alle EL forderten die Industrialisierung ihrer Ökonomien als wichtigste wirtschaftliche Entwicklung.⁵ Alle EL forderten ein stärkeres Engagement der UN bei der Planung des Einsatzes und Abbaus von Rohstoffen, wie auch bei der Gewährung technischer Hilfe.⁶

Die EL verlangten, dem Gedanken der Souveränität ihrer Länder auch praktischen Ausdruck zu geben. Die EL sollten durch eine bessere Entlohnung für ihre auf den Weltmärkten verkauften Produkte die Abhängigkeit von Krediten der IL und Institutionen internationaler Art reduzieren können. Außerdem verlangten die EL eine bessere Beteiligung der EL an den Rohstoffgewinnen. Auch dadurch versprachen sich die EL eine Sicherung ihrer Sou-

1. „The General Assembly, ... Convinced that the economic development of countries must be based primarily on their own efforts through the utilization of all their productive resources.
2. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 191
3. vgl. ECOSOC Resolution 674 B (XXV) vom 1. Mai 1958, GA Resolutionen 1428 (XIV) vom 5. Dezember 1959, 1515 (XV) vom 15. Dezember 1960, 1710 (XVI) vom 19. Dezember 1961, 1517 (XV) vom 15. Dezember 1960 (Annex III)
4. vgl. GA Resolution 1218 (XII) vom 14. Dezember 1957 (Annex III)
5. vgl. ECOSOC Resolution 674 B (XXV) vom 1. Mai 1958 (Annex III)
6. vgl. GA Resolutionen 1515 (XIV) vom 5. Dezember 1959 und 1428 (XIV) vom 5. Dezember 1959

veränität. Diese Forderungen wurden von allen EL gestellt.¹

Die EL legten einen immer stärkeren Wert auf die „richtige Nutzung“ ihrer Rohstoffe. Im Jahre 1961 wurde in der GA Resolution 1707 (XVI) die Nutzung der heimischen Ressourcen, worin die Rohstoffe eingeschlossen sind, zur Hauptquelle der Entwicklungsfinanzierung der EL-Ökonomien erklärt. Diese Erklärung fand die Zustimmung aller EL.²

Somit läßt sich für diesen Bereich eine vollständige EL-Gleichheit in der Zielsetzung feststellen.

1.2.2. Aktionsformation

Zusammenarbeit

Die EL zeigten weder auf der Ebene der Generalversammlung noch auf der Ebene des ECOSOC ein Auftreten als eine EL-Gruppe, noch kristallisierte sich eine EL-Gruppe als auf Dauer zusammengehörige Arbeitsgemeinschaft heraus. Die Aktivitäten der EL hinsichtlich des Verfügungszieles fallen thematisch häufig mit den Bemühungen um das Erlössicherungs- und -steigerungsziel zusammen.³

Die EL-Gruppenbeteiligung war dabei unterschiedlich hoch, wie im folgenden zu sehen ist. Gemessen wird auch die Beteiligung der in den UN vertretenen Teilnehmerländer an der Konferenz von Bandung (B-Länder).

-
1. vgl. GA Resolutionen 1515 (XV) vom 15. Dezember 1960, 1517 (XV), 1527 (XV) vom 15. Dezember 1960 (Annex III)
 2. vgl. GA Resolution 1707 (XIV) vom 19. Dezember 1961 (Annex III)
 3. Die GA Resolutionen 1218 (XII) vom 14. Dezember 1957 und 1428 (XIV) vom 5. Dezember 1959 werden beim Erlössicherungs- und -steigerungsziel ausgewertet. Auf die GA Resolution 1717 vom 15. Dezember 1960 und die ECOSOC Resolution 846 (XXXII) vom 3. August 1961 trifft dies auch zu. Diese wurden jedoch hier ausgewertet.

draft resolution	Anzahl der EL		Zahl der in den UN ver- tretenen Länder der EL-Gruppen
ECOSOC Resolution 674 B (XXV) vom 1. Mai 1958			
E/AC.6/L.204 and Rev.1	lateinamerikanisch	3	4 (ECOSOC)
zu GA Resolution 1515 (XV) vom 15. Dezember 1960	afroasiatisch	2	46
	afrikanisch	1	22
	asiatisch	1	14
	lateinamerikanisch	1	20
A/C.2/L.461 and Add. 1	B-Länder	1	22
A/C.2/L.488	lateinamerikanisch	1	20
	afroasiatisch	4	46
	asiatisch	3	14
	arabisch	1	11
	B-Länder	4	22
zu GA Resolution 1527 (XV) vom 15. Dezember 1960	afroasiatisch	7	46
	afrikanisch	4	22
	arabisch	3	11
	B-Länder	4	29
A/C.2/L.509			
A/C.2/L.509/Rev.1/ Add. 1,2	afroasiatisch	14	46
	afrikanisch	6	22
	asiatisch	2	12
	arabisch	6	12
	B-Länder	4	22
zu ECOSOC Resolution 846 (XXXII) vom 3. Au- gust 1961	arabisch	1	4
	lateinamerikanisch	1	4
	B-Länder	1	4
E/AC.6/L.273 and Rev.1			

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die afroasiatische Gruppe die aktivste EL-Gruppe war. Für die gesamte EL-Gruppe läßt sich aber nur eine geringe EL-Zusammenarbeit feststellen. Bemerkenswert ist der hohe Anteil der B-Länder an den draft resolutions.

Abstimmungsgleichheit

Die EL zeigten bei allen besprochenen Resolutionen eine vollkommene Zielgleichheit im Abstimmungsverhalten. Da alle diese Resolutionen wenigstens unter Mitarbeit von EL zustande kamen¹ und alle Resolutionen EL-Forderungen enthielten, sind Konsultationen der EL zu den jeweiligen Resolutionen zu bejahen. Somit ist

1. vgl. die draft resolutions der mit (V) gekennzeichneten Resolutionen im Annex III und die draft resolutions oben.

eine vollkommene Abstimmungsgleichheit anzunehmen.

Äußerer und innerer Zusammenhalt

Die EL zeigten bei einem vollkommenen Maß an Abstimmungsverhalten eine geringe Zusammenarbeit und kein gemeinsames Auftreten durch einen Sprecher. Somit besteht nur ein geringer Gruppenzusammenhalt.

Maß der Aktionsformation

Festgestellt werden konnte für die EL-Gesamtheit:

- eine vollkommene Abstimmungsgleichheit,
- eine geringe Zusammenarbeit,
- ein geringer innerer und äußerer Gruppenzusammenhalt.

Somit ist nur eine geringe Aktionsformation festzustellen.

1.3. Das Maß der Formierung

Für die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL läßt sich im Bereich der verfügunspolitischen Forderungen feststellen:

- eine vollkommene Zielgleichheit,
- eine geringe Aktionsformation.

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
mittlere	mittlere	geringe
	große	ad hoc
hohe		
vollkommene	vollkommene	vollkommene

Es läßt sich im Bereich der nicht agrarischen Rohstoffe für das verfügunspolitische Ziel der EL eine große Formierung (7,5) der EL feststellen.

2. Verfügungsziel - agrarische Rohstoffe

2.1. Die Entwicklung der Forderungen

Auch in der Zeit bis zum Jahre 1962 wurden die bisherigen Forderungen der EL, mit denen auch die IL übereinstimmten, weiterentwickelt.

Sechs im ECOSOC vertretene Länder, davon vier EL, brachten die Resolution E/AC.6/L.176 ein. Deren Forderungen wurden in die einstimmig angenommene ECOSOC Resolution 649 B (XXIII) vom 2. Mai 1957 aufgenommen.¹ Die Resolution wertete die bisher erreichten Landreformen positiv. Landreformen wurden sowohl für die soziale Entwicklung der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit niedrigem Einkommen, als auch für die wirtschaftliche Entwicklung aller gesellschaftlichen Gruppen der EL als wichtig qualifiziert.

Die zuständigen Organe der Vereinten Nationen wurden aufgefordert, die Regierungen bei Landreformen zu unterstützen, und die Pläne für erfolgreiche Landreformen auszuarbeiten. Auch die Regierungen wurden aufgefordert an Landreformen mitzuarbeiten mit dem Ziel einer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Länder.

Die Diskussion über die agrarischen Rohstoffe wurde im Jahre 1959 im Wirtschafts- und Sozialrat wieder aufgenommen. Eine effektivere Produktion landwirtschaftlicher Güter wurde ebenso stark gefordert, wie die besondere Förderung der Einkommen der von der Landwirtschaft abhängigen Bevölkerung.

Weil die EL noch nicht in der Lage waren den Eigenbedarf an Lebensmitteln zu produzieren, wurden die für die anderen Rohstoffe typischen verfügpolitischen Forderungen nicht gestellt. Das heißt, die EL-Forderungen zielten nicht darauf hin, durch den Verkauf von agrarischen Rohstoffen auf Weltmärkten die Entwicklung von EL-Ökonomien und insbesondere die EL-Industrialisierung zu finanzieren. Die Befriedigung der primären Bedürfnisse

1. vgl. United Nations, Economic Development of Under-Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1957, a.a.O., S. 153 und Annex III

der eigenen Bevölkerung war das verfügenspolitische Hauptanliegen der EL. Die hinreichende Versorgung der eigenen Bevölkerung mit Lebensmitteln wurde als materielle Voraussetzung einer Industrialisierung angesehen. Besonders die lateinamerikanischen Länder waren aktiv bei der Formulierung dieser Forderungen. Eine alle lateinamerikanischen Länder vereinigende Aktion fand jedoch nicht statt.¹

Die ECOSOC Resolution 712 (XXVII) vom 17. April 1959, angenommen mit den Stimmen aller EL (14:0:4)², basierte auf der draft resolution dreier Länder (zwei EL).³ Die Forderungen der ECOSOC Resolution 649 B (XXVIII) wurden inhaltlich bestätigt. Die GA Resolution 1426 (XIV) vom 5. Dezember 1959, angenommen mit den Stimmen aller EL (81:0:1)⁴, vertiefte diese Forderungen, indem sie die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, die Verbesserung der technischen Fähigkeiten der Landbevölkerung und die Hebung des Lebens- und Sparniveaus der Landbevölkerung forderte.

Für manche EL sah die Resolution die Notwendigkeit struktureller Veränderungen durch eine Erweiterung der rein agrarischen Märkte bestimmter Länder auf industrielle Güter und eine Diversifizierung der agrarischen Produktion vor.

Die Resolution forderte auch ein Engagement der UN-Institutionen zur Verwirklichung dieser Ziele. Zur Mitarbeit wurden der ECOSOC, der Generalsekretär, die Internationale Bank für Wiederaufbau und der Spezialfond aufgerufen.

Die EL äußerten aber auch eine allgemeine Unzufriedenheit über die Geschwindigkeit, mit der die Entwicklung voranging. Gefordert wurde auch im Bereich der agrarischen Rohstoffe die Beschleunigung der Entwicklung der EL-Ressourcen. Diese in der

1. vgl. die Diskussion im ECOSOC und in der GA im Jahre 1959 in: United Nations, Economic Development of Under-Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1959, a.a.O., S. 157-160

2. vgl. ebenda, S. 159

3. vgl. ebenda

4. vgl. United Nations, General Assembly Official Records Fourteenth Session 1959 Plenary Meeting, New York 1959, S. 637 f

ECOSOC Resolution 740 A (XXVIII) vom 31. Juli 1959 einstimmig zum Ausdruck gebrachte Überzeugung basierte auf einer Initiative von drei EL und einem IL.¹

Im Jahre 1960 wurde auf die Mitinitiative einiger EL hin, von der Generalversammlung in der GA Resolution 1496 (XV) vom 27. Oktober 1960 (einstimmig angenommen²) die beschleunigte Bekämpfung der Nahrungsmittelknappheit der EL gefordert. Die Resolution stellte den engen Zusammenhang zwischen der allgemeinen wirtschaftlichen Unterentwicklung der EL und ihrer Lebensmittelknappheit dar.³

Nochmals wurde in der GA Resolution 1526 (XV) vom 15. Dezember 1960, die einstimmig gefaßt wurde, auf Antrag von fünf EL und einem sozialistischen Land die Notwendigkeit von Landreformen betont.⁴ Diese in ihrer Qualität nicht neue Forderung wurde auch hier verstärkt durch die Forderung an die Institutionen der Vereinten Nationen, den Generalsekretär, den ECOSOC, die FAO und andere zuständige Agenturen, an der Lösung des Problems mitzuarbeiten.

Die ECOSOC Resolution 832 (XXXII) vom 2. August 1961, angenommen mit den Stimmen aller EL (14:0:3)⁵, forderte alle UN-Mitglieder auf, überschüssige Nahrungsmittel an die EL zu verteilen. Dieser Resolution lagen keine EL-draft resolutions zugrunde.⁶

1. vgl. United Nations, Economic Development of Under-Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1959, a.a.O., S. 163
2. vgl. United Nations, Economic Development of Under-Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 301
3. „The General Assembly ...
Recognizing further that the ultimate solution to the problem of hunger lies in an effective acceleration of economic development allowing the under-developed countries to increase their food production and enabling them to purchase more food through normal channels of international trade,"
GA Resolution 1496 (XV) vom 27. Oktober 1960
4. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 303
5. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 248
6. vgl. ebenda, S. 248 und Annex III

2.2. Zusammenfassende Auswertung

2.2.1. Zielgleichheit

Bei den Forderungen der EL zu den agrarischen Rohstoffen gab es eine vollkommene Zielgleichheit aller EL.¹

Die Forderung nach einer besseren Versorgung der Bevölkerung der EL mit Lebensmitteln wurde eindringlicher gestellt. Die Zielvorstellung, durch die richtige Nutzung der agrarischen Rohstoffe der eigenen Länder eine gesicherte Ernährung der Bevölkerung zu erreichen und somit eine Grundlage für die Industrialisierung zu schaffen, fand die Zustimmung aller EL.² Dieses Ziel stand im Vordergrund der EL Bemühungen. Ihm dienten auch die konkreteren Forderungen aller EL nach einer aktiven Mitarbeit der Organe und Organisationen der UN³ bei der Verbesserung der technischen Fähigkeiten der Landbevölkerung und bei einer Diversifizierung der agrarischen Produktion.⁴

Besonders deutlich waren die Forderungen der EL nach Landreformen. Diese Forderung verknüpften die EL eng mit dem Basisziel, der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Diese Landreformen waren nicht durch irgendeine Ideologie motiviert, sondern wurden von allen UN-Mitgliedern als Voraussetzung für die EL betrachtet, eine ausreichende Ernährung aller sichern zu können. Die EL sahen die Notwendigkeit einer Lösung der Probleme der Landbenutzung, des Landbesitzes und des Landeigentums als äußerst dringlich an. Gefordert wurde die Mitarbeit der Vereinten Nationen und seiner Institutionen bei der Lösung dieses Problems.⁵

Durch die verbesserten Absatzmöglichkeiten nicht agrarischer Rohstoffe versprachen sich die EL auch die Möglichkeit durch den Ankauf von Nahrungsmitteln aus fremden Ökonomien das Basisproblem, die Ernährung der eigenen Bevölkerung, besser lösen zu

-
1. vgl. die Abstimmungen zu den Resolutionen im Text
 2. vgl. ECOSOC Resolution 712 (XXVII) vom 17. April 1959, vgl. GA Resolutionen 1426 (XIV) vom 5. Dezember 1959 und 1496 (XV) vom 27. Oktober 1960
 3. vgl. ECOSOC Resolution 649 B (XXIII) vom 2. Mai 1957, GA Resolution 1426 (XIV) vom 5. Dezember 1959
 4. vgl. GA Resolution 1426 (XIV) vom 5. Dezember 1959
 5. vgl. ECOSOC Resolution 649 B (XXII) vom 2. Mai 1957 und ECOSOC Resolution 712 (XXVII) vom 17. April 1959

können.¹ Dem selben Ziel galten auch die Forderungen der EL, überschüssige Nahrungsmittel der IL zu verteilen.²

Somit ist eine vollkommene Zielgleichheit der EL bei diesen Forderungen im grundsätzlichen zu beobachten. Zu detaillierten Forderungen der EL hinsichtlich der Landreformen, der Verteilung von Nahrungsmitteln oder andere Forderungen kam es auf der Ebene der Generalversammlung oder des ECOSOC nicht.

2.2.2. Aktionsformation

Zusammenarbeit

Die EL arbeiteten bei der Formulierung ihrer Forderungen in unterschiedlichem Maß zusammen. Es kam weder zu einer Zusammenarbeit aller EL bei der Einbringung von draft resolutions, noch zur Zusammenarbeit einzelner EL-Gruppen unter Beteiligung aller EL. Das Maß der Zusammenarbeit kann bei der Aufzählung einzelner draft resolutions, bei denen die EL zusammenarbeiteten, aufgezeigt werden. Hierbei werden ausschließlich die EL aufgezählt.

draft resolution	Anzahl der EL	Anzahl der EL auf der betreffenden UN-Ebene
zu ECOSOC Resolution 649 (XXIII) vom 2. Mai 1957	lateinamerikanisch 2	4
	afroasiatisch 2	4
	asiatisch 1	3
E/AC.6/L.176	afrikanisch 1	1
	Teilnehmerland der Konferenz von Bandung (B-Land) 1	22
zu GA Resolution 1496 (XV) vom 27. Oktober 1960	lateinamerikanisch 2	20
	afroasiatisch 2	46
	afrikanisch 1	22
A/C.2/L.459 and Rev. 1,2 Rev.2/Corr.1	asiatisch 1	14
	B-Länder 2	22
A/C.2/L.463 and Corr.1	afroasiatisch 4	46
	asiatisch 2	14
	arabisch 1	11
	afrikanisch 1	22
	B-Länder 2	22

1. vgl. GA Resolution 1496 (XV) vom 27. Oktober 1960

2. vgl. GA Resolution 1714 (XVI) vom 19. Dezember 1961 und vgl. ECOSOC Resolution 831 (XXXII) vom 2. August 1961

draft resolution	Anzahl EL	Anzahl der EL auf der betreffenden UN-Ebene
zu GA Resolution 1515 (XV) vom 15. Dezember 1960	lateinamerikanisch 1 afroasiatisch 2 afrikanisch 1 asiatisch 1	20 46 22 14
A/C.2/L.461 and Add.1	B-Länder 1	22
zu GA Resolution 1526 (XV) vom 15. Dezember 1960	lateinamerikanisch 1 afroasiatisch 6 arabisch 2 afrikanisch 1	20 46 11 22
A/C.2/L.490 and Rev.1	asiatisch 3 B-Länder 2	13 ¹ 22 ¹

Es läßt sich sagen, daß die Zusammenarbeit der EL, wie sie sich in den draft resolutions niederschlägt, nur gering ist. Es zeigt sich, daß alle Teilnehmer der Konferenz von Bandung stark an der Ausarbeitung der draft resolutions beteiligt waren.

Abstimmungsverhalten

Wie schon bei der Zielgleichheit festgestellt, zeigen die EL bei den Abstimmungen ein vollkommen gleiches Abstimmungsverhalten auf. Dies ist jedoch weniger das Ergebnis von Verhandlungen der EL untereinander, als das Resultat von Forderungen, die alle EL prinzipiell als kleinsten gemeinsamen Nenner aller unterstützen konnten, zumal keine der Forderungen so konkret formuliert war, daß eines der EL darin eine Störung der eigenen innenpolitischen Verhältnisse hätte sehen können. Da die EL auch bei allen besprochenen Resolutionen aktiv an der Ausarbeitung der Resolutionen beteiligt waren, Konsultationen der EL untereinander somit bejaht werden können, ist ein vollkommenes Abstimmungsverhalten gegeben.

Innere und äußere Geschlossenheit der Entwicklungsländer

Wenngleich sich die EL bei den Abstimmungen als geschlossene Einheit zeigten, ist darin keine Abgrenzung nach außen zu sehen, weil die meisten Resolutionen mit den Stimmen aller UN-Mitglieder gefaßt wurden.² Dabei traten die EL auch nicht mit einer

1. vgl. dazu Annex III

2. vgl. ECOSOC Resolutionen 649 B (XXIII) vom 2. Mai 1957, 831 (XXXII) vom 2. August 1961, GA Resolutionen 1496 (XV) vom 27. Oktober 1960, 1515 (XV) und 1526 (XV) vom 15. Dezember 1960

Stimme, bzw. durch einen Vertreter auf. Somit kann trotz vollkommener Abstimmungsgleichheit nur eine geringe innere und äußere Geschlossenheit der EL gesehen werden.

Insgesamt läßt sich nur eine geringe Aktionsformation annehmen.

2.3. Das Maß der Formierung

Das Maß der Formierung bei den Forderungen der EL nach einer Verfügung über die agrarischen Rohstoffe setzt sich zusammen aus:

- einer vollkommenen Zielgleichheit
- einer geringen Aktionsformation

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
mittlere	mittlere	geringe
	große	ad hoc
hohe		
vollkommene	vollkommene	vollkommene

Das Maß der Formierung der Forderungen der EL auf dem Gebiet des Verfügungsziels hinsichtlich der agrarischen Rohstoffe ist groß. (7,5)

3. Der Versuch der Entwicklungsländer, die verfügenspolitischen Forderungen rechtlich zu sichern

3.1. Die Entwicklung der Forderungen

Die Kommission der Menschenrechte hatte schon der neunten Generalversammlung im Jahre 1954 Vorschläge zur internationalen Regelung der Menschenrechte vorgelegt (Draft International Conveneants on Human Rights). Die Generalversammlung hatte die Diskussion dieser Vorschläge auf die zehnte Sitzungsperiode der Generalversammlung vertagt und an das dritte Hauptkomitee der Generalversammlung zur Diskussion und Vorbereitung überwiesen.¹

Der Wirtschafts- und Sozialrat legte der Generalversammlung in der ECOSOC Resolution 586 D (XX) vom 29. Juli 1955 die von der Human Rights Commission erarbeiteten Vorschläge der Generalversammlung mit der Empfehlung der Annahme als Resolution vor. Der Resolution lagen draft resolutions von Ägypten und den USA zugrunde.² In der Vorschlagsresolution wurde noch einmal die Notwendigkeit betont, das Recht der Völker über ihre natürlichen Reichtümer und Ressourcen, welches ihnen im Einklang mit dem Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen zugestanden wurde, unzweideutig zu klären.³

Zur inhaltlichen Diskussion aller UN-Mitgliedstaaten über die Vorschläge der Menschenrechtskommission kam es im Dritten Hauptkomitee der Generalversammlung im November und Dezember 1955. Die EL, von denen einige erst seit geraumer Zeit die Souveränität erlangt hatten und zu den Vereinten Nationen gehörten, legten aus ihrer kolonialen Erfahrung heraus den Wert weniger auf die den Staaten zugesicherten Garantien, sondern betonten das Primat der Individuen, deren soziale und wirtschaftliche Rechte es zu sichern gälte.⁴

1. vgl. United nations, Human Rights, in: Yearbook of the United Nations 1955, a.a.O., S. 153 f
2. vgl. ebenda, S. 160
3. vgl. ECOSOC Resolution 586 C (XX) vom 29. Juli 1955
4. „The States hereto, Recognizing that, in accordance with the Universal Declaration of Human Rights, the ideal for free human beings enjoying civil and political freedom and freedom from fear and want can only be achieved if conditions can be created whereby everyone may enjoy his civil and political rights, as well as his economic, social and cultural rights, ...“ Aus der Präambel Draft Conveneant on Civil and Political Rights, in: ebenda, S. 158

Hierin stimmten alle EL überein, wie die Abstimmung über die Präambel im Dritten Ausschuß ergab.¹

Zum Artikel I der Draft International Conventions, die das Recht der Völker über ihre Ressourcen und ihre natürlichen Reichtümer mit einschloß, gab es zahlreiche EL-Resolutionen. Dabei zeigten nur die lateinamerikanischen Länder eine geringe Zusammenarbeit beim Einbringen gemeinsamer draft resolutions. Eine inhaltliche Einheit bei den Forderungen konnten die EL nicht erreichen. Dies kommt auch in der Abstimmung über den Artikel I zum Ausdruck. Die EL stimmten zwar in der Mehrheit für den Artikel I, doch kam keine Einstimmigkeit bei dem mit 33:12:13 angenommenen Artikel I zustande. Ein Blick auf die nicht zustimmenden Länder läßt erkennen, daß hier ein Ost-West Konflikt die Entscheidung mit zu beeinflussen schien. Die nicht zustimmenden Länder sind alle dem westlichen Einflußkreis zuzurechnen. Dies zeigt auch die Diskussion im Dritten Komitee.²

Der Artikel I sprach im zweiten Absatz den Völkern das Recht zu, über ihre Rohstoffe zu verfügen:

- für ihre eigenen Zwecke,
- nach eigenem Ermessen ohne durch Verpflichtungen aus internationaler Zusammenarbeit gebunden zu sein,
- nach den Prinzipien wechselseitigen Nutzens,
- nach den Prinzipien internationalen Rechts.

Außerdem sollte ein Volk niemals der Mittel der eigenen Versorgung beraubt werden.³

Zu einer Beschlußfassung der Generalversammlung kam es nicht, weil die Behandlung des Themas immer wieder hinaus-

1. vgl. United Nations, Human Rights, in: Yearbook of the United Nations 1955, a.a.O., S. 157

2. vgl. ebenda, S. 153-157

3. „2. The People may, for their own ends, freely dispose of their natural wealth and resources without prejudice to any obligations arising out of international economic co-operation, based upon the principle of mutual benefit and international law. In no case may a people be deprived of its own means of subsistence.“

Art.1.2. der Draft Convention On Civil And Political Rights, vgl. ebenda, S. 158

geschoben wurde und weil die UN-Mitglieder zu diesem Thema keine Einigung finden konnten.¹

Während der 12. Sitzungsperiode der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahre 1957 wurde im Dritten Komitee der GA vom 26. November bis zum 3. Dezember 1957 das Recht auf Selbstbestimmung diskutiert. Dort bildete sich eine Interessengemeinschaft der Länder: Afghanistan, Panama, Philippinen, Saudi Arabien und Uruguay. Sie forderten eine Förderung des Rechts auf Selbstbestimmung über die natürlichen Ressourcen und Reichtümer. Sie forderten von der GA die Beschlußfassung darüber, daß die „inadequate realization of the right of selfdetermination“ nicht nur die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern unterminierte, sondern auch konträr zu den Absichten und Prinzipien der Vereinten Nationen sei. Verwirklicht werden konnte diese Absicht jedoch nur bei Ersetzung von „inadequate realization“ durch das schwächere Wort „disregard“ in der GA Resolution 1188 (XII) vom 11. Dezember 1957 gegen die Stimmen von fast allen IL und mit den Stimmen aller EL.²

Eine nähere Bestimmung oder Schutzgarantie für das Recht auf Selbstbestimmung hinsichtlich der Ressourcen, der natürlichen Reichtümer der Völker, konnte nicht erreicht werden. Vielmehr wurde eine detaillierte Besprechung dieses Themas in der GA Resolution 1188 (XII) vom 11. Dezember 1957 auf die 13. Sitzungsperiode verschoben.

Die Nord-Süd-Konfrontation spitzte sich 1958 während der 13. Sitzungsperiode der GA zu. Die GA Resolution 1314 (XIII) vom 12. Dezember 1958 - angenommen mit den Stimmen fast aller EL (1 EL enthielt sich der Stimme) und gegen die Stimmen aller IL (52:15:8)³ - forderte dringlicher als bislang die Herstellung des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker über ihre natürlichen Ressourcen.

-
1. vgl. United Nations, Human Rights, in: Yearbook of the United Nations 1955, a.a.O., S. 160
 2. vgl. United Nations, Human Rights, in: Yearbook of the United Nations 1957, a.a.O., S. 205
 3. vgl. United Nations, Human Rights, in: Yearbook of the United Nations 1958, a.a.O., S. 214 und Annex III

Mit einem Verweis auf die von der Kommission für Menschenrechte schon vorgelegten Vorschläge zu ihrer Regelung („Draft International Convenant On Human Rights“) beschloß die GA die Errichtung einer Kommission. Diese sollte:

- ein Gutachten über den Zustand der Verwirklichung des Rechtes auf Selbstbestimmung erstellen,
- Empfehlungen zur Verwirklichung dieses Rechtes ausarbeiten,
- eine Untersuchung der Rechte und Pflichten der Völker nach dem internationalen Recht vornehmen und
- eine Untersuchung der Wichtigkeit internationaler Zusammenarbeit und ihrer Ermutigung für die wirtschaftliche Entwicklung der unterentwickelten Länder vornehmen.

Zur Unterstützung die Kommission wurden die regionalen Wirtschaftskommissionen, die zuständigen Agenturen und der Generalsekretär aufgefordert.

Die EL konnten sich auch in der Folgezeit nicht untereinander auf einheitliche Forderungen hinsichtlich der Verankerung des Rechtes auf Selbstbestimmung über die natürlichen Ressourcen und Reichtümer ihrer Länder einigen. Mit den IL konnte keine weiter als in der ECOSOC Resolution 586 D (XX) vom 29. Juli 1955 gehende Sicherung des Selbstbestimmungsrechtes ausgehandelt werden. Am 15. Dezember 1960 wurde die GA Resolution 1515 (XV) von der GA einstimmig angenommen.¹ Darin sollten die Hauptprinzipien der Charta auf die Situation des Jahres 1960 aktualisiert werden. Die GA konnte sich aber zum Selbstbestimmungsrecht der Völker nur auf die rechtlich ungeklärten Termini: „sovereign right of every State“, in Abgrenzung zu den „rights and duties of States under international law“, einigen.² Auch bei den Vorschlägen zu dieser Resolution kam es zu keinen außerge-

1. vgl. United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 222

2. „The General Assembly ... Recommends further that the sovereign rights of every State to dispose of its wealth and its natural resources should be respected in conformity with the rights and duties of States under international law; ...“
GA Resolution 1515 (XV) vom 15. Dezember 1960

wöhnlichen und irgendeine Gruppeneinheit signalisierenden EL-Aktionseinheiten.

3.2. Zusammenfassende Auswertung

3.2.1. Zielgleichheit

Bei den Basiszielen des verfassungspolitischen Zieles waren sich die EL ebenso einig wie bei der Forderung nach einer Sicherung dieses Rechtes durch die Vereinten Nationen. Der kleinste gemeinsame Nenner aller EL ist in der Formulierung, „all people have the right of selfdetermination“.² Diese Formulierung in einfacher oder erweiterter Form, konkret auf die Rohstoffe bezogen³, fand immer die einstimmige Unterstützung aller EL (strategisches Ziel). Wenn es jedoch darum ging, dieses Recht inhaltlich zu füllen, so erwiesen sich die EL als nicht einig in den konkreten Zielforderungen.

Sie schafften es auch nicht, durch Vorverhandlungen untereinander eine gemeinsame Vorgehensweise zu erreichen. Die im Artikel I der Draft International Conventions on Human Rights vorhandenen Forderungen, die aufgrund ihres Werdeganges als die klarsten EL-Forderungen aller EL betrachtet werden können, sind inhaltlich auch am weitestgehenden. Die EL kündigten die koloniale Vergangenheit auf, indem sie über die Rohstoffe primär zu ihrem eigenen Nutzen verfügen wollten. Die ihnen aufgetroffenen internationalen Arbeitsteilung suchten sie aufzuheben, indem sie gewachsene Strukturen nicht als gewohnheitsrechtliche Bindung akzeptierten, sondern eine Neuorientierung der Zusammenarbeit nach den Prinzipien wechselseitigen Nutzens und den Prinzipien des internationalen Rechts suchten. Hier klingt der „Geist der Konferenz von Bandung und Belgrad“ an.⁴ Doch gab es erstaunlicherweise trotz dieser grundsätzlichen Forderungen keine EL-Einheit bei der

-
1. vgl. United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 221 f und Annex III
 2. vgl. Art.1.1. der Draft Convention on Civil And Political Rights, in: United Nations, Human Rights, in: Yearbook of the United Nations 1955, a.a.O., S. 158, vgl. GA Resolution 1188 (XII) vom 11. Dezember 1957 (Annex III)
 3. vgl. ECOSOC Resolution 586 D (XX) vom 29. Juli 1955, GA Resolution 1515 (XV) vom 15. Dezember 1960
 4. vgl. IV. Teil, I.1.2.1.

Abstimmung über den Artikel I. Während 28 EL zustimmten, enthielten sich weitere 10 EL der Stimme.¹

Bei einer inhaltlich abgeschwächten Ausformulierung des Verfügungsrechtes der Völker über ihre Rohstoffe und natürlichen Reichtümer wurde in einer Negativ-Abgrenzung bei „disregard“ eine Verletzung der Prinzipien der Charta der UN angenommen.² Diese Formulierung fand die Zustimmung aller EL.

Alle EL sahen die Entwicklung eines kodifizierten Rechts auf Selbstbestimmung jedoch als wichtig an. Sie erzwangen gegen den Widerstand der IL eine weitere Suche nach einem allgemein anerkannten Recht auf Selbstbestimmung, das auch auf wirtschaftlichem Gebiet seine Geltung haben sollte. Fast einheitlich (bei Enthaltung Thailands) wurde die Weiterentwicklung dieses Rechtes durch eine Studie über die tatsächliche Verwirklichung der Souveränität auf diesem Gebiet durch die GA Resolution 1314 (XIII) vom 12. Dezember 1958 veranlaßt.³

Summarisch kann für den dritten Zeitraum der Beobachtung im grundsätzlich strategischen Ziel eine volle Zielgleichheit festgestellt werden. Bei den dazu notwendigen Maßnahmen, den taktischen Zielen, kann eine mittlere Zielgleichheit (Artikel I der Draft Convention), eine beinahe vollkommene Zielgleichheit (GA Resolution 1314 (XIII) vom 12. Dezember 1958) und eine vollkommene Zielgleichheit (GA Resolution 1188 (XII) vom 11. Dezember 1957) festgestellt werden. Somit ist für den gesamten Bereich der Forderungen der EL, ihre Ansprüche auf die freie Verfügung über die Rohstoffe rechtlich zu sichern, eine hohe Zielgleichheit anzunehmen.

3.2.2. Aktionsformation

Zusammenarbeit

Die EL zeigten ein unterschiedliches Maß an Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung von draft resolutions. Von den 7 EL der Men-

-
1. vgl. Annex III und United Nations, Human Rights, in: Yearbook of the United Nations 1955, a.a.O., S. 157
 2. vgl. GA Resolution 1188 (XII) vom 11. Dezember 1957
 3. vgl. United Nations, Human Rights, in: Yearbook of the United Nations 1958, a.a.O., S. 214

schenrechtskommission des Jahres 1955¹ wirkten 5 an der Einbringung der draft resolutions mit, die zur Abfassung der Draft International Convenant on Human Rights führte. Bei der Diskussion im Dritten Hauptkomitee der Generalversammlung arbeiteten einige lateinamerikanische Länder bei der Abfassung von draft resolutions zusammen. Doch waren die Interessenskoalitionen wechselnd und umfaßten weniger als ein Fünftel der anwesenden lateinamerikanischen Staaten.²

Bei der GA Resolution 1188 (XII) vom 11. Dezember 1957 fanden sich fünf Länder zu einer gemeinsamen draft resolution zusammen: Afghanistan, Panama, Philippinen, Saudi Arabien und Uruguay.³ Doch erwies sich diese Interessenskoalition als nicht kontinuierlich. Die EL wurden erst 1960 wieder auf dem Gebiet der Menschenrechte durch aktive Zusammenarbeit tätig. Bei der GA Resolution 1515 (XV) vom 15. Dezember 1960, bei der unter anderem bezüglich des Rechtes der Völker auf permanente Souveränität über ihre Ressourcen und natürlichen Reichtümer Grundsatzaussagen gemacht wurden, kam es zu Interessenskoalitionen einiger EL.⁴ Aber auch diese Interessenskoalitionen zeigten keine Kontinuität.

Insgesamt läßt sich nur eine geringe Zusammenarbeit der EL festmachen. Eine gezielte Zusammenarbeit einer EL-Gruppe auf diesem Gebiet wurde nicht sichtbar.

Abstimmungsverhalten

Wie bei der Messung der Zeitgleichheit gesehen, zeigten EL ein unterschiedliches Maß an gleichem Abstimmungsverhalten. Es konnte auch nicht bei allen Resolutionen eine klare EL-Beteiligung

1. vgl. United Nations, Structure of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1955, a.a.O., S. 466
2. vgl. United Nations, Human Rights, in: Yearbook of the United Nations 1955, a.a.O., S. 157 und Annex III
3. vgl. United Nations, Human Rights, in: Yearbook of the United Nations 1957, a.a.O., S. 205
4. vgl. United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 221 f und Annex III

an den draft resolutions festgestellt werden. Eine Geschlossenheit der EL aufgrund eines gleichen Abstimmungsverhaltens kann nicht angenommen werden.

Innere und äußere Geschlossenheit der EL

Die EL zeigten bei der Einbringung von draft resolutions einen geringen Gruppenkontakt. Auch das hohe Maß beim Abstimmungsverhalten ist eher auf die qualitativ niedrigen Forderungen, d.h. auf den kleinsten gemeinsamen Nenner dieser Forderungen, denn auf eine Auseinandersetzung der Gruppen untereinander zurückzuführen.

Die EL zeigten keine gemeinsame Vertretung ihrer Positionen durch einen Sprecher, zwar ein hohes Maß an Unterscheidung im Abstimmungsverhalten von den IL¹, doch kein gemeinsames Abstimmungsverhalten. Somit kann von einer geringen inneren und äußeren Geschlossenheit der EL gesprochen werden.

Das Maß der Aktionsformation

Vorhanden ist:

- eine geringe Zusammenarbeit der EL,
- ein gemeinsames Abstimmungsverhalten,
- eine geringe innere und äußere Geschlossenheit.

Insgesamt ist eine gering formierte Aktionseinheit festzustellen.

1. vgl. die entsprechenden Resolutionen (VS) im Annex III

3.3. Das Maß der Formierung

Festgestellt werden kann für die Formierung der Forderungen:

- ein hohes Maß an Zielgleichheit,
- ein geringes Maß an Aktionsformation.

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
	mittlere	geringe
mittlere		
	große	ad hoc
hohe		
	vollkommene	vollkommene
vollkommene		

Für den Bereich der Bemühungen der EL, ihre verfügungspolitischen Ziele rechtlich zu sichern, kann eine mittlere bis große Formierung der Forderungen festgestellt werden. (6,0)

4. Kontrollziel

In der dritten Phase gab es keine EL-Forderung, die Kontrollzielforderungen zum Hauptgegenstand der Forderungen gemacht hätte. An die Adresse der multinationalen Firmen wurden noch keine Forderungen gestellt.

Bei der Errichtung des „Spezial Fonds“ im Jahre 1958, einer freiwilligen EL-Finanzierungseinrichtung von Regierungen und nationalen und internationalen Institutionen unter der Schirmherrschaft der Generalversammlung und des ECOSOC¹, wurde in der GA Resolution 1240 (XIII) vom 14. Oktober 1958 mit den Stimmen aller EL² gefordert, daß die Hilfe des Spezial Fonds nicht zu politischen oder wirtschaftlichen Einmischungen in die inneren Angelegenheiten eines Landes mißbraucht würden oder unter Bedingungen gestellt würden, die einer Einmischung gleichkämen.³

Dieselbe Forderung nach Nichteinmischung begleitete die Errichtung eines „United Nations capital development fund“ im Jahre 1961, aus dem EL Gelder zur Diversifizierung ihrer Ökonomien beziehen sollten.⁴ Auch hier standen die EL geschlossen hinter der Forderung.⁵

Ebenso wurde im Jahr 1961 das technische Hilfsprogramm der Vereinten Nationen, bzw. das von den Vereinten Nationen im Rahmen dieses Programms entsandte technische Personal unter die oberste Aufsicht der Empfänger-Staaten gestellt. Dies geschah durch die ECOSOC Resolution 849 (XXXII) vom 4. August 1961, welche mit 13:3:2 Stimmen angenommen wurde. Dabei enthielten sich zwei EL (Afghanistan und Jordanien) der Stimme.⁶

1. vgl. United Nations, Economic Development of Under-Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1958, a.a.O., S. 131-135

2. vgl. ebenda, S. 137

3. vgl. GA Resolution 1240 (XIII) vom 14. Oktober 1958

4. vgl. GA Resolution 1706 (XVI) vom 19. Dezember 1961

5. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 239

6. vgl. United Nations, United Nations Operational Activities For Economic and Development, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 222

Verlangt wurde die Zustimmung des Empfänger-Landes zum jeweiligen Personal und die letztendliche Aufsicht über das Programm durch den Empfängerstaat.¹ Die hier angesprochenen Prinzipien begleiteten die Forderungen der EL nach Entwicklungshilfe.

5. Das Erlösstabilisierungs- und -steigerungsziel

5.1. Die Entwicklung der Forderungen

Die Notwendigkeit eines stabilen und sich ausweitenden Welthandels war im Jahre 1955 die gemeinsame Grundüberzeugung aller EL im ECOSOC geworden.²

Die lateinamerikanischen Länder beklagten den einseitigen Preisverfall der Rohstoffe und die sich dadurch zu Ungunsten der EL verändernden terms of trade.³ Diese Einheit führte zu einer von vier lateinamerikanischen Ländern vorgelegten draft resolution.⁴ Die Rohstoffe betreffend forderten die EL einstimmig die UN-Mitgliedstaaten auf:

- bei ihren internationalen Handelsbeziehungen und Handelsstrategien möglichst schädigende Wirkungen auf EL mit einer hohen Abhängigkeit vom Rohstoffexport von relativ wenigen Rohstoffen zu vermeiden,
- innerhalb ihrer Länder den Welthandel zu fördern durch Erweiterung der Kenntnisse über:
 - a) die Vorteile von Standardisierung des Verarbeitungsgrades der Rohstoffe (Erreichung einer gleichbleibenden Qualität der Rohstoffe und ihre Aufbereitung zu einem standardisierten Artikel) und
 - b) Kenntnisse der Wirtschaft,

1. vgl. ECOSOC Resolution 849 (XXXII) vom 4. August 1961

2. vgl. ECOSOC Resolution 579 (XX) vom 4. August 1955, einstimmig vom ECOSOC angenommen, in: United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1956, a.a.O., S. 89

3. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1955, a.a.O., S. 87 f

4. vgl. ebenda, S. 89

- den Handelsförderungsdienst in ihren Ländern auszuweiten,
- zur Teilnahme an internationalen Messen aufzurufen.

Allgemein wurden die UN-Mitgliedsregierungen aufgefordert, zur Erreichung einer Ausweitung des Welthandels Handelsbarrieren und Beschränkungen unter besonderer Berücksichtigung der Erfordernisse der Bedürfnisse der EL abzubauen.¹ Der Rohstoffhandel wurde auch hier wie schon traditionell in den Vereinten Nationen nicht als Sonderfall internationaler Beziehungen gesehen,² sondern als ein für die EL sehr wichtiger Bereich, der in Problematik und Lösungsansätzen als ein Teilbereich eines Gesamtproblems betrachtet wurde.

Dieser sollte zum Vorteil der EL und IL ausgeweitet und erleichtert werden. Zur aktiven Mitarbeit dazu wurden die regionalen Wirtschaftskommissionen und der Generalsekretär aufgefordert.

Zur Förderung der Ausweitung des Welthandels wurde vom ECOSOC in der ECOSOC Resolution 592 (XX) am 4. August 1955 einstimmig der Gedanke an die Einrichtung einer internationalen Maschinerie für gut befunden.³ Diese Maschinerie sollte im System der Vereinten Nationen etabliert werden.⁴

Die Forderung nach einer Beseitigung der Handelshemmnisse waren in der ECOSOC Resolution 568 (XIX) vom 26. März 1955 schon vorgetragen worden, hatten aber nicht die Unterstützung aller ECOSOC-Mitglieder gefunden.⁵

1. vgl. ECOSOC Resolution 579 A (XX) vom 4. August 1955

2. vgl. dazu die Darstellung der Erlössicherungs- und -steigerungsziele in Teil II und III.

3. vgl. United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1955, a.a.O., S. 90

4. „The Economic and Social Council
Considering the increasing need and wide-spread desire for having international machinery, within the framework of the United Nations, to facilitate the development of international trade,"
ECOSOC Resolution 592 (XX) vom 7. Dezember 1955

5. vgl. United Nations, Restrictive Business Practices, in: Yearbook of the United Nations 1955, a.a.O., S. 125 f

Im Jahre 1956 setzte der ECOSOC die Diskussion über die Förderung des Handels fort. In der einstimmig angenommenen ECOSOC Resolution 614 (XXII) vom 9. August 1956 wurde mit Genugtuung die Entspannung der internationalen Situation festgestellt (Ost-West-Konflikt). Es wurde auf die daraus resultierenden günstigen Bedingungen für die Entwicklung von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Staaten hingewiesen. Inhaltlich wurden die Forderungen der ECOSOC Resolutionen 579 A (XX) und 592 (XX) übernommen, wie auch die Forderung nach einem effektiven Einsatz der erwähnten UN-Organe zur Lösung des Problems.¹ Wenngleich sich alle ECOSOC-Mitglieder auf diese Forderungen einigen konnten, fand doch zwischen den EL keine Verständigung statt, die zu gemeinsamen Vorschlägen und zu Resolutionen geführt hätte.²

Alle Mitglieder des ECOSOC forderten in der ECOSOC Resolution 614 A und B (XXII) vom 9. August 1956 nationale und internationale Aktionen zur Ausweitung des Handels. Sie forderten eine Diversifizierung der rohstoffexportierenden Länder hinsichtlich des Angebotes (horizontale Diversifizierung) und die Erforschung neuer Absatzmärkte. Diese Forderungen wurden einstimmig erhoben.³

Zur Realisierung solcher Aufgaben forderte die UdSSR im Februar 1957 im Zweiten Komitee der Generalversammlung zusammen mit anderen Delegationen die Zusammenkunft einer Welt-Wirtschafts-Konferenz. Dieser Gedanke wurde von der Mehrheit der Mitglieder unter Hinweis auf die bestehenden Wirtschaftsorganisationen und deren hinreichende Befähigung abgelehnt.

Die Einrichtung einer Handelskooperationsorganisation wurde jedoch mit Interesse begrüßt.⁴

1. vgl. ECOSOC Resolution 614 (XXII) vom 19. August 1956

2. vgl. United Nations, International Trade, in: Yearbook of the United Nations 1956, a.a.O., S. 159 und Annex III

3. vgl. ebenda, S. 160

4. vgl. ebenda, S. 158 f und GA-Resolution 1027 (XI) vom 20. Februar 1957

Die Förderung des Handels war auch im Jahre 1957 ein Hauptthema der Vereinten Nationen. Alle UN-Mitglieder stimmten darin überein, daß eine Ausweitung des internationalen Handels die Probleme Vollbeschäftigung, Hebung des Lebensstandards und wirtschaftliche Entwicklung der EL beheben könne. Dies kam in der einstimmig angenommenen ECOSOC Resolution 654 A (XXIV) vom 30. Juli 1957 und in der Diskussion zur Resolution im Zweiten Komitee der Generalversammlung zum Ausdruck.¹ Dabei kam es zu einer Kontroverse über den richtigen Weg zur Erreichung einer Verbesserung des Weltwirtschaftshandels. Die sozialistischen Länder folgten dem Vorschlag der UdSSR, im System der Vereinten Nationen eine eigene Organisation zu errichten, die sich mit Fragen des internationalen Handels beschäftigen sollte.

Brasilien unterstützte im ECOSOC den Vorschlag der UdSSR. Argentinien und Pakistan sprachen sich mit anderen EL für die Errichtung einer Organisation für Handels-Kooperation aus, die jedoch nicht ausdrücklich eine UN-Organisation sein sollte. Die Zerstrittenheit über diesen Gegenstand auch bei den EL zeigte die Abstimmung über die GA Resolution 1156 (XII) vom 26. November 1957. Die Resolution sprach sich für eine Förderung des Welthandels aus, ohne sich inhaltlich auf einen Vorschlag festzulegen. Die Resolution wurde mit 51:7:19 Stimmen angenommen.² Die der Abstimmung vorangegangene Diskussion zeigt eine große Uneinigkeit bei den EL.³

Im selben Maße unbestimmt waren die Forderungen der UN zu den Rohstoffen. Gefordert wurde eine internationale Zusammenarbeit zur Erreichung fairer und gerechter Lösungen, um den EL bei ihrer Entwicklung zu helfen.⁴

1. vgl. ECOSOC Resolution 654 A (XXIV) vom 30. Juli 1957, einstimmig angenommen und vgl. United Nations, International Trade, in: Yearbook of the United Nations 1957, a.a.O., S. 134 f

2. vgl. ebenda, S. 135

3. vgl. ebenda, S. 133 f

4. "The Economic and Social Council, ...
Considering the international co-operation in seeking fair and equitable solution to commodity price problems is calculated to promote international economic relations and particularly the development of underdeveloped countries,"
ECOSOC Resolution 656 (XXIV) vom 30. Juli 1957

Auch die EL selbst hatten zu dieser Zeit weder klare Vorstellungen über eine Lösung, noch eine Organisationsform innerhalb derer Überlegungen zu Lösungen mit nachweislichen Resultaten stattfanden. Drei der vier im ECOSOC vertretenen lateinamerikanischen Staaten brachten eine Vorschlagsresolution ein, die als ECOSOC Resolution 656 (XXIV) am 30. Juli 1957 mit den Stimmen aller EL angenommen wurde.¹

Ohne konkrete Möglichkeiten zur Lösung aufzuzeigen, forderte die GA die Stabilisierung der instabilen Rohstoffpreise in den GA Resolution 1218 (XII) vom 14. Dezember 1957. Dieser von allen EL angenommenen Resolution (75:0:3) lagen draft resolutions mit großer EL-Beteiligung zugrunde.² Die Resolution forderte den ECOSOC auf, an der Stabilisierung der Rohstoffpreise mitzuarbeiten.

Im Jahre 1958 widmeten die Vereinten Nationen der Ausweitung des Welthandels auf der Ebene der Vereinten Nationen breiten Raum. Dabei zeichnete sich in der Frage nach einer Institution der UN zur Frage der Förderung des Welthandels eine Ost-West-Konfrontation ab, an welcher die EL nicht aktiv teilnahmen. So forderten die Länder Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien, UdSSR und Jugoslawien die Errichtung einer weltweiten Handelsorganisation, welche für alle beitrittswilligen Länder offen sein sollte. Die westlichen Industrieländer Belgien, Frankreich und die Niederlande erklärten, durch eine Öffnung des GATT und durch den Beitritt aller Interessierten zur „Organisation of Trade Co-operation“ (OTC) seien die Probleme lösbar.³

Die GA Resolution 1322 (XIII) vom 12. Dezember 1958 enthielt nur die bekannten allgemeinen Forderungen zur Ausweitung des Welthandels. Die Resolution erreichte die Annahme ohne Einwand durch die Vermeidung der Aufnahme divergierender Vorstellungen zur Erreichung dieses Zieles.⁴

1. vgl. United Nations, Economic Development of Underdeveloped Countries, in: Yearbook of the United Nations 1957, a.a.O., S. 138 f

2. vgl. ebenda, S. 138 und Annex III

3. vgl. United Nations, International Trade, in: Yearbook of the United Nations 1958, a.a.O., S. 120

4. vgl. ebenda, S. 122 f

Auf der Ebene des ECOSOC wurde durch die ECOSOC Resolution 691 A und B (XXVI) vom 31. Juli 1958 mit den Stimmen aller EL¹ zur Lösung der nochmals aufgeführten bekannten Probleme des Rohstoffhandels in seiner besonderen Bedeutung für die EL die „Commission on International Commodity Trade“ eingerichtet. Diese sollte die Aufgabe haben, durch Studien und Analysen an der Vermeidung excessiver Preisschwankungen bei den Rohstoffexportpreisen zu Ungunsten der EL mitzuarbeiten.

Die EL beteiligten sich bei der Einbringung der Resolution zur Gründung dieser Kommission, ohne jedoch irgend ein Maß an Aktionseinheit zu zeigen.²

Die GA Resolution 1324 (XIII) vom 12. Dezember 1958 bestätigte die ECOSOC Resolution 691 A und B (XXVI) inhaltlich voll und ermunterte die neu gegründete „Commission on International Trade“ zu einer erfolgreichen Arbeit. Hier stimmten alle EL geschlossen für die Resolution mit der Ausnahme Brasiliens, welches gegen die Resolution stimmte.³

Die GA Resolution 1324 (XIII) unterstützte die vom ECOSOC unternommenen Anstrengungen, alle UN-Kräfte im Bereich der Rohstoffproblematik zu mobilisieren. Zur Mitarbeit bei der Lösung der Rohstoffprobleme wurden die UN-Mitgliedstaaten, die FAO und ihr spezielles Rohstoffkomitee, das Interim Co-ordinating Committee for International Commodity Arrangements, die Mitglieder des GATT und die Mitglieder aller betroffenen Spezialagenturen der UN aufgefordert. Vermerkt werden kann eine intensivere Behandlung des Themas Rohstoffe durch die UN. Die Aufforderungen wurden im Ton drängender und schlossen die UN-Organe mehr und mehr ein.⁴ Bei der Erarbeitung der Resolution arbeiteten mehrere EL mit IL zusammen.⁵

1. vgl. United Nations, International Trade, in: Yearbook of the United Nations 1958, a.a.O., S. 128

2. vgl. ebenda und vgl. Annex III

3. vgl. ebenda, S. 129

4. vgl. GA Resolution 1324 (XII) vom 12. Dezember 1958 und ECOSOC Resolution 691 A und B (XXVI) vom 31. Juli 1958

5. vgl. United Nations, International Trade, in: Yearbook of the United Nations 1958, a.a.O., S. 129 und Annex III

Auf Antrag einer großen Anzahl von EL¹ im Zweiten Komitee der Generalversammlung während des 624. Treffens im Jahre 1959 erklärte die Generalversammlung einstimmig in der GA Resolution 1428 (XIV) vom 5. Dezember 1959 die Notwendigkeit eines Neubeginns, bzw. einer Neubetrachtung des Rohstoffproblems.² Allgemein wurde vom ECOSOC in der Resolution 780 A (XXVIII) vom 31. Juli 1959 einstimmig festgestellt, daß die Ressourcen der EL ungenügend entwickelt seien.³

Die GA Resolution 1421 (XIV) vom 5. September 1959 setzte neue Maßstäbe für die Betrachtung des internationalen Handels. Rohstoffe wurden hierbei nicht ausdrücklich erwähnt, sie sind jedoch logischerweise mit in die Forderungen eingeschlossen.

Der Handel allgemein wurde zum natürlichen und zuverlässigen Faktor in der Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen Staaten erklärt. Es wurde von allen UN-Mitgliedsstaaten verlangt, den Handel aller wirtschaftlichen Systeme zu fördern und auszuweiten.

Für den Bereich des Rohstoffmarktes wurde ein Engagement aller UN-Mitglieder innerhalb der Vereinten Nationen und auf anderen geeigneten Foren gefordert. Dies Engagement sollte sich die Stabilisierung des Rohstoffmarktes, die Entwicklung eines Handels zwischen IL (highly developed) und EL (less developed countries) auf der Basis wechselseitigen Vorteils und Nichtdiskriminierung, wo nötig kurz-, mittel- oder langfristige Handelsabkommen und internationale Rohstoffabkommen zum Ziele setzen.

1. vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1959, a.a.O., S. 96 und Annex III

2. „The General Assembly ...

Noting that the growing pace of industrialization and the rapid advance of science and technology necessitate a fresh approach to the question of the demand for, and the supply of raw materials and other means of production ...

Believing that the social and economic needs of underdeveloped countries require a comprehensive approach to the economic problems of the world."

GA Resolution 1428 (XIV) vom 5. Dezember 1959

3. vgl. United Nations, Economic Development of Underdeveloped Countries, in: Yearbook of the United Nations 1959, a.a.O., S. 163

Die Etablierung einer internationalen Studiengruppe¹ sollte dazu dienlich sein. Diese Resolution basierte auf einer draft resolution von drei sozialistischen Ländern: Bulgarien, Tschechoslowakei und Polen, sowie ihrer Unterstützung durch Liberia und Indien.² Diese Resolution wurde mit den Stimmen aller EL 80:0:1 angenommen.³

Die einstimmig angenommene GA Resolution 1422 (XIV) vom 5. Dezember 1959⁴, an deren Ausarbeitung auch einige EL teilnahmen, hob noch einmal die große Bedeutung der Rohstoffe für die EL hervor und forderte als beste ökonomische Hilfe für die EL die Aufhebung der Instabilität des Rohstoffmarktes.⁵ Die Generalversammlung drängte deshalb die Regierungen der Mitgliedsländer diskriminierende quantitative Handelsbegrenzungen und andere restriktive Praktiken aufzugeben und bei ihrer Handelspolitik die Position der EL, insbesondere der rohstoffexportierenden Länder zu berücksichtigen. Die multilaterale finanzielle Hilfe wurde in vielen Fällen als nicht ausreichend angesehen, um die Folgen eines Preissturzes bei Rohstoffen in ihren Auswirkungen auf die Handelsbilanzen und die Entwicklungsprogramme der EL auszugleichen.⁶

1. vgl. GA Resolution 1421 (XIV) vom 5. Dezember 1959
2. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1959, a.a.O., S. 100 f und vgl. Annex III
3. vgl. ebenda, S. 100
4. vgl. ebenda, S. 105 und Annex III
5. „The General Assembly, ...
Convinced that policy of economic assistance to the underdeveloped countries will be more effective if the excessive instability of commodity markets is reminded, and that to seek solutions to this problem should be one of the main concerns of all Member States."
GA Resolution 1422 (XIV) vom 5. Dezember 1959
6. „The General Assembly, ...
Considering however that the procedures of multilateral financial assistance do not always enable countries that suffered from a sharp and sudden drop in the prices of the raw materials they export to overcome rapidly in the deficit in their balance of payments and at the same time to carry out their development programs,..."
GA Resolution 1422 (XIV) vom 5. Dezember 1959

Die GA Resolution 1423 (XIV) vom 15. Dezember 1959, der drei EL-draft resolutions zugrunde lagen,¹ ging von der Notwendigkeit einer Unterstützung des Rohstoffhandels der EL aus.² Dabei wurde erstmalig der Gedanke einer Entschädigungszahlung aufgegriffen³, welche in den draft resolutions der EL gefordert worden war. Dem widersprachen besonders die USA mit dem Hinweis auf die mit wenigen Ausnahmen generell gute Funktion des freien Marktes.⁴ Auch im ECOSOC begann die Diskussion um die Rohstoffe mehr und mehr zu einem EL-Problem zu werden, d.h. der Gesichts- und Interessenspunkt der EL gewann an Dominanz. Dies kam in der einstimmig angenommenen ECOSOC Resolution 726 (XXVIII) vom 24. Juli 1959⁵, die vom Sudan vorgelegt wurde, klar zum Ausdruck.⁶

1. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1959, a.a.O. S. 106 und vgl. Annex III
2. "The General Assembly, ...
Considering the necessity of devising means to combat large fluctuations in commodity prices, when accompanied by a general fall in the price levels of primary commodities and the rising price levels of manufactured goods, and the resulting decline in the terms of trade against the underdeveloped countries, ..."
GA Resolution 1423 (XIV) vom 5. Dezember 1959
3. "The General Assembly ...
Requests the Secretary General to appoint a group of not more than seven experts to assist the Commission on International Commodity Trade in its consideration of commodity problems by examine the feasibility of establishing machinery, within the framework of the United Nations, designed to assist in offsetting the effects of large fluctuations in commodity prices on balances of payments, with special reference to compensatory financing, and to submit its report and recommendations to the Commission on International Commodity Trade by its ninth session, and requests the Economic and Social Council to comment on and transmit its report to the General Assembly."
GA Resolution 1423 (XIV) vom 5. Dezember 1959
4. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1959, a.a.O., S. 103
5. "The Economic and Social Council ...
Realizing the importance of research into commodity trade problems, principally in view of the connections between them and the problems of the underdeveloped countries, ..."
ECOSOC Resolution 726 (XXVIII) vom 24. Juli 1959
6. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1959, a.a.O., S. 104 und Annex III

Im Jahre 1960 wurde in die Diskussion um die Handelspolitik und damit auch um die Rohstoffpolitik ein neues Element eingeführt - die Forderung nach ökonomischer Planung. Dieser Initiative lag ein Bericht des Generalsekretärs zugrunde. Die Forderungen nach lanzeitiger Planung der Ökonomien wurden im ECOSOC erst von den westlichen IL und später auch von einigen EL aufgegriffen.¹ In der einstimmig angenommenen ECOSOC Resolution 777 (XXX) vom 3. August 1960 wurden die UN-Mitgliedsnationen, die Spezialagenturen der UN, der Generalsekretär und die Wirtschaftskommissionen eingeladen zusammenzuarbeiten, um ihre Planungstechniken zu verbessern. Bei der Ausarbeitung dieser Resolution arbeiteten einige EL mit westlichen IL zusammen.² Die Einrichtung von Seminaren und die Organisation von Treffen wurden gefordert, um so die angewandte und verbesserte Planung allen Interessenten nahezubringen. Das Ziel war die Verbesserung der nationalen und internationalen wirtschaftlichen und sozialen Planung. Die Notwendigkeit einer verbesserten Planung, besonders im Bereich der Rohstoffe der EL, wurde von allen durch die einstimmig³ angenommene GA Resolution 1517 (XV) vom 15. Dezember 1960 anerkannt.⁴ Bei der Einbringung dieser Resolution waren auch EL beteiligt.⁵

Der Gedanke an Entschädigungszahlungen durch die Vereinten Nationen, um die Auswirkungen der Rohstoffschwankungen aufzufangen, wurde erneut diskutiert und fand zunehmend _____

1. vgl. United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 215-217
2. vgl. ebenda, S. 217 und Annex III
3. vgl. ebenda, S. 218
4. „The General Assembly ...
Considering the importance of projections of certain major international economic trends, particularly in the field of primary products,
Aware of the special importance of such projections to the less developed countries, including those which have recently achieved their political independence, for the formulation of their long-term policies and plans for economic development, including the use of their natural resources, ...“
GA Resolution 1517 (XV) vom 15. Dezember 1960
5. vgl. United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 217 f und Annex III

Anhängerschaft unter den EL.¹

Die GA Resolution 1515 (XV) vom 15. Dezember 1960 der einige draft resolutions bei zahlreicher EL-Beteiligung zugrunde lagen, verlangte einstimmig², daß die Rohstoffe auf sich ausweitenden Märkten zu lohnenden und stabilen Preisen für die EL verkauft würden. Bemerkenswert ist, daß die UN erstmalig nicht nur eine Stabilität der Rohstoffpreise, sondern eine Steigerung der Rohstoffexporterlöse für die EL verlangten. Die sich ständig zu Ungunsten der EL verschlechternden terms of trade wurden in der einstimmig angenommenen GA Resolution 1520 (XV) vom 15. Dezember 1960³, der eine draft resolution von zwei EL zugrunde lag⁴, zu einem der Hauptprobleme der EL erklärt.⁵ Gefordert wurden Rohstoffabkommen mit günstigen Bedingungen für die EL und ein erleichterter Zugang für die EL zu den Märkten der IL.

Einstimmiger Konsens herrschte auch in der GA in der Ansicht, daß es notwendig sei, die Kräfte zu untersuchen, die die Kaufkraft in den EL unterminierten.⁶

Immer wieder wurde auch im Jahre 1960 der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß der internationale Handel und seine Verbesserung essentiell für die Herbeiführung wirtschaftlichen und

1. vgl. United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 220

2. vgl. ebenda, S. 222

3. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 231

4. vgl. ebenda und Annex III

5. „The General Assembly, ...

Recalling that one of the greatest economic development problems in most of the underdeveloped countries is the imbalance between the prices of the products they export and those of the merchandise and other goods which they need to import,

Considering that these terms of trade have been deteriorating steadily in recent years, thereby contributing to difficult situation of economic and social instability in the countries concerned, ...”

GA Resolution 1520 (XV) vom 15. Dezember 1960

6. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 230

sozialen Fortschrittes für die EL seien.¹

Angesichts weiter sinkender Rohstoffpreise und sich zu Ungunsten der EL verschlechternder terms of trade kam die 18-köpfige Expertengruppe der „Commission on International Commodity Trade“ (CICT) im Mai 1961 zu der Grundüberzeugung, daß die Instabilität des internationalen Rohstoffmarktes ernsthaft sei und kein Grund bestehe, anzunehmen, daß das Problem nicht für eine Reihe von Jahren weiterhin so bestehen würde. Die Situation verlange nach kompensierenden Maßnahmen in der einen oder anderen Form. Dieses - so wurde betont - schließe die Wünschbarkeit laufender Bemühungen nicht aus, die Stabilität durch andere Mittel zu fördern, besonders durch Rohstoffabkommen.²

Im ECOSOC fand die Idee der Kompensations-Finanzierung bei den EL Gehör. Eine einheitliche Position konnte aber nicht erreicht werden. Die EL waren ebenso wie die IL in verschiedene Positionen aufgespalten. So waren die USA, Afghanistan, Brasilien, Äthiopien und Japan sich einig, daß jede kurzfristige Maßnahme im Einklang mit langfristigen Perspektiven zu stehen habe. Dies kann als Bekräftigung des freien Welthandels verstanden werden. Die UdSSR, Bulgarien und Venezuela waren sich einig, daß die Lösung des Problem es weniger in ad hoc Maßnahmen, denn in einer strukturellen Veränderung der Produktion durch Diversifikation und Industrialisierung der rohstoffexportierenden Länder zu geschehen habe. Frankreich und Uruguay hielten eine Studie des Einflusses der synthetischen Rohstoffe und deren langzeitiger Perspektive für erforderlich³ und forderten eine Produktionsveränderung der EL, ohne jedoch gesellschaftliche Veränderungen implizieren zu wollen. Eine Einigung konnten die EL lediglich in der mit allen

1. vgl. die einstimmig angenommene ECOSOC Resolution 778 (XXX) vom 3. August 1960, in: United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 229 und GA Resolution 1519 (XV) vom 15. Dezember 1960, angenommen mit den Stimmen aller EL (74:0:8), in: ebenda, S. 226-229
2. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1961, New York 1962, S. 184 f
3. vgl. ebenda, S. 184-187

Stimmen der EL angenommenen ECOSOC Resolution 831 (XXXII) vom 2. August 1961¹ erzielen, in welcher die Idee der Ersatzzahlungen begrüßt wurde und ihre Diskussion auf eine spätere Sitzung verschoben wurde.²

Speziell im Bereich der agrarischen Rohstoffe wurden Maßnahmen gefordert, die den Absatz der agrarischen Produkte auf den Weltmärkten ermöglichen sollten, um so einen stabilen Preis zu erzielen. Im ECOSOC wurde dazu von einigen EL (Jordanien, Uruguay, Venezuela) eine größere Liberalität des Welthandels gefordert.³ In einer von drei Ländern, davon den zwei EL Jordanien und Uruguay, eingebrachten draft resolution, die als ECOSOC Resolution 846 (XXXII) am 3. August 1961 einstimmig angenommen wurde⁴, wurden die Regierungen im Bereich der agrarischen Rohstoffe speziell aufgefordert, eine Politik zu verfolgen - national wie auch international -, die den internationalen Handel ermutige und den agrarischen Gütern auch fremder Länder den Zugang zu den heimischen Märkten gewähre, und durch den Abbau von steuerlichen Handelshemmnissen und anderen Barrieren den Konsum von agrarischen Produkten aus „underdeveloped or other developing countries“ zu erleichtern.

In der einstimmig angenommenen GA Resolution 1707 (XVI) vom 19. Dezember 1961⁵, der einige EL-draft résolutions unter lebhafter EL-Beteiligung vorlagen, wurde zusätzlich noch die Verteilung agrarischer Überschüsse gefordert.⁶

Es kam im Bereich der Handelspolitik erstmalig zu einer klaren Nord-Süd-Konfrontation im Zweiten Komitee der GA bei der Abstimmung über die Forderung, für den Bereich der Handelspolitik internationale Treffen und Konferenzen abzuhalten, um eine effektive Lösung zu erhalten. Elf westliche Staaten stimmten

1. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 187

2. vgl. ECOSOC Resolution 831 (XXXII) vom 2. August 1961

3. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 188 f

4. vgl. ebenda, S. 190

5. vgl. ebenda, S. 191

6. vgl. ebenda S. 190 und vgl. Annex III, die draft resolutions zur GA Resolution 1707 (XVI) vom 19. Dezember 1961

gegen den Vorschlag mit dem Hinweis auf die schon zur Verfügung stehenden Organe, wie z.B. das GATT.¹ Einstimmig wurden in der GA Resolution 1707 (XVI) die bekannten Forderungen zur Ausweitung des internationalen Handels beschlossen. Erstmals wurde aber den IL eine gewisse Schuld an dem Zustand der EL im Bereich der Rohstoffe und deren Konsequenzen zugesprochen. Die Generalversammlung stellte fest, daß das Handelsvolumen der Rohstoffe, bzw. ihr Export, und die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt durch Praktiken des Dumping und der unkontrollierten Verteilung von Lagervorräten auf internationalen Märkten so negativ beeinflußt würden, daß die Ökonomien der EL in ihrem Wachstum, ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und in ihrer industriellen Struktur geschädigt würden. Die Verantwortung für die Lösung der Handelsprobleme der EL und damit auch die Rohstoffprobleme wurden in die Verantwortlichkeit der IL gelegt.²

In direkter Ansprache an die IL wurden diese aufgefordert:

- maximale Anstrengungen zu unternehmen, um für die EL eine günstigere Situation zu erreichen,
- bei der Gewährung von Vorteilen nicht unbedingt Reziprozität zu verlangen,
- als Angelegenheit von größter Dringlichkeit bilaterale, multilaterale und / oder regionale Verhandlungen zu führen, möglicherweise auch unter der Schirmherrschaft des GATT, um die aufgeführten Ziele zu erreichen.

Außerdem wurde der Generalsekretär auf Antrag von acht lateinamerikanischen Ländern aufgefordert, die UN-Mitgliedsregierungen zu konsultieren und die Mitglieder der Spezialorganisationen, um ihre Meinung über die Ratsamkeit einer internationalen Konferenz über Handelsprobleme und speziell die Probleme des

1. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 190

2. „The General Assembly ...
Reaffirming that it is the recognized responsibility of the more highly industrialized countries to make appropriate efforts to co-operate in accelerating the economic development of the developing and underdeveloped countries, ...“
GA Resolution 1707 (XVI) vom 19. Dezember 1961

Rohstoffmarktes zu hören. Diese sollten auch im Falle einer Bejahung einer solchen Konferenz, Punkte der Tagesordnung vorschlagen.

Am selben Tag, dem 19. Dezember 1961, wurde auch die GA Resolution 1710 (XVI) einstimmig verabschiedet.¹ Darin wird festgestellt, daß trotz aller Bemühungen der wirtschaftliche und soziale Fortschritt in den EL sich weit vom Punkt der Zufriedenheit entfernt befände. Die Resolution stellte fest, daß das grundsätzliche Ziel aller Volkswirtschaften die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und ihrer Länder, speziell den EL nicht gelungen sei. Die Resolution forderte von den Regierungen der UN-Mitgliedsländer und den Mitgliedern der Spezialagenturen eine Politik zu verfolgen mit dem Ziel, die EL in den Stand zu versetzen mehr Rohstoffe zu lohnenden Preisen auf sich ausweitenden Märkten zu verkaufen, um so ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung finanzieren zu können.

Diese Aufforderung wurde verstanden als Teil eines Gesamtprogrammes der „United Nations Development Decade“, welches für die 60er Jahre seine Gültigkeit haben sollte. In dieser Dekade sollte ein dreifaches Ziel für die EL verwirklicht werden:

1. die Industrialisierung
2. die Diversifikation
3. die Entwicklung eines hochproduktiven agrarischen Sektors.

Als Eigenleistung sollten die EL durch erhöhte Erlöse aus dem Rohstoffverkauf die Pläne finanzieren.²

1. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 230 f

2. vgl. ebenda

5.2. Zusammenfassende Wertung

5.2.1. Zielgleichheit

Die Forderungen der EL bezüglich der Sicherung und Steigerung der Rohstoffgewinne verändern sich in der Zeit von 1955-1961 in ihrer allgemeinen Zielrichtung nicht. Auch 1961 noch wurden die Rohstoffe nach den Worten der von allen EL mitgetragenen GA Resolution 1710 (XVI) vom 19. Dezember 1961 als die Hauptquelle der Finanzierung der wirtschaftlichen Eigenentwicklung der EL betrachtet. Eine Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder erschien den EL am schnellsten und sichersten durch eine Eigenfinanzierung aus dem Erlös des Rohstoffverkaufes möglich zu sein. Sie forderten die optimalen Bedingungen zum Verkauf ihrer Rohstoffe auf den Weltmärkten. Wenn die EL immer wieder den freien Welthandel forderten, so deshalb, weil sie sich davon einen besseren Absatz ihrer Rohstoffe auf den Märkten und stabile und einträgliche Rohstoffpreise versprachen.¹ Über die Wege zur Erreichung eines verbesserten Welthandels mit Rohstoffen konnten sich die EL jedoch nicht immer einigen. Einigkeit bestand über die Notwendigkeit, die Kenntnisse der EL über Marktverhalten durch die Teilnahme an Messen und die Einrichtung von Förderdiensten in den EL zu verbessern. Gleichzeitig sollten die Rohstoffprodukte standardisiert werden, um so leichter auf dem Weltmarkt absetzbar zu sein.²

Die Einbeziehung der UN-Organe, wie die regionalen Wirtschaftskommissionen und den Generalsekretär in den Prozeß der Lösung des Problems fand bei allen EL eine gemeinsame Zustimmung³, wie auch die Einrichtung einer internationalen Ma-

1. vgl. ECOSOC Resolutionen 568 (XIX) vom 26. Mai 1956, 579 (XX) vom 4. August 1955, 592 (XX) vom 7. Dezember 1955, 614 (XXIII) vom 9. August 1959, 726 (XXVIII) vom 24. Juli 1959, 778 (XXX) vom 3. August 1960 und GA Resolutionen 1322 (XII) vom 12. Dezember 1958, 1428 (XIV) vom 5. Dezember 1959, 1517 (XV) vom 15. Dezember 1960, 1707 (XVI) vom 19. Dezember 1961, 1710 (XVI) vom 19. Dezember 1961
2. vgl. ECOSOC Resolutionen 579 (XX) vom 4. August 1955 und 831 (XXXII) vom 2. August 1961 und GA Resolution 1707 (XVI) vom 19. Dezember 1961
3. vgl. die einstimmig angenommene ECOSOC Resolution 579 (XX) vom 4. August 1955

schinerie zur Förderung des Welthandels, solange sie noch unbestimmt in Form und Auftrag blieb.¹ Der von den sozialistischen Ländern in die Diskussion gebrachte Gedanke an eine Weltwirtschaftskonferenz zu Handelsfragen stieß bei den westlichen IL auf heftigen Widerstand. Die EL schlossen sich unterschiedlichen Haltungen zu diesem Problem im Jahre 1957 an.² Anfangs schlossen sich nur wenige EL (1957 Brasilien, 1958 Jordanien) dem Vorschlag nach Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz an. Im Jahre 1961 wurde in der GA Resolution 1707 (XVI) vom 19. Dezember 1961 der Generalsekretär aufgefordert, die Meinung der UN-Mitgliedstaaten zur Ratsamkeit einer internationalen Konferenz über Handel und Entwicklung zu erfragen. Dies geschah auf Antrag acht lateinamerikanischer Länder.

Eine vollkommene Zielgleichheit herrschte bei der allen EL gemeinsamen Forderung nach stabilen und lohnenden Rohstoffpreisen.³ Die Forderung wurde einstimmig in der GA Resolution 1515 (XV) vom 15. Dezember 1960 auf die Erlössteigerung erweitert. Die EL forderten sich ausweitende Märkte für Rohstoffe bei stabilen und gerechten Preisen. Diese Forderung wurde auch in der ECOSOC Resolution 846 (XXXII) vom 3. August 1961 mit den Stimmen aller EL einstimmig wiederholt.

Die Forderungen nach einer Erhöhung der Rohstoffpreise wurde angesichts der sich verschlechternden bzw. stark schwankenden Rohstoffpreise nicht gestellt. Im engen Zusammenhang mit der Forderung nach stabilen und steigenden Einkünften aus dem Rohstoffgeschäft standen die EL-Forderungen nach verbesserten terms of trade zugunsten der EL. Hiervon zeigten die EL eine vollkommene Zielgleichheit.⁴

1. vgl. die einstimmig angenommene ECOSOC Resolution 592 (XX) vom 7. Dezember 1955
2. vgl. GA Resolution 1156 (XII) vom 26. November 1957
3. vgl. ECOSOC Resolutionen 656 (XXIV) vom 30. Juli 1957, angenommen mit den Stimmen aller EL 16:0:2, 691 A (XXVI) vom 31. Juli 1958, einstimmig angenommen und GA Resolutionen 1428 (XIV) vom 5. Dezember 1959, 1422 (XIV), einstimmig angenommen am 5. Dezember 1959.
4. vgl. ECOSOC Resolution 691 A vom (XXVI) vom 31. Juli 1958, GA Resolutionen 1324 (XIV) vom 5. Dezember 1959, 1520 (XV) vom 15. Dezember 1960, angenommen mit den Stimmen aller EL

Die Einstimmigkeit bei den Forderungen nach einer generellen Verbesserung der EL-Position in wirtschaftlicher Hinsicht blieb nach konkreten Maßnahmen zur Erreichung dieser Situation nicht bestehen. Der von der „Commission on International Trade“ im Mai 1961 entwickelte Vorschlag, Rohstoffexporteuren im Falle starker Rohstoffpreisschwankungen, die zu großen Einnahmeverlusten führten, durch kompensatorische Zahlungen zu entschädigen und so ein ständiges und sicheres Einkommen den betroffenen EL zu sichern, fand bei den EL aus prinzipiellen Gründen keine einheitliche Befürwortung. Die EL waren in „plan- oder marktwirtschaftlich denkende Lager“ aufgespalten.

Eine Einheit entwickelten die EL lediglich in einer Negation. In der von allen EL mitgetragenen GA Resolution 1707 (XVI) vom 19. Dezember 1961 wurden die IL in dem Sinne für die bestehende Notlage der EL verantwortlich gemacht, daß die EL eine Veränderung ihrer Situation von einem Engagement der IL abhängig machten. Wenngleich sich die Rohstoffziele (Erlössteigerung und -sicherung) nicht änderten, so zeigt diese Forderung doch eine entscheidende Bewußtseinsänderung der EL an. Die EL erklärten ihre Abhängigkeit von den IL. Bei dieser „Bewußtseinsbildung“ sind die sozialistischen Länder sehr aktiv gewesen. In zahlreichen Resolutions-Anträgen und wirtschaftlichen Analysen zur Rohstoffsituation machten sie vor allem die wirtschaftlichen Strukturen der IL für die Preis- und Absatzprobleme der EL verantwortlich.¹ Im Bereich der Sicherung und Steigerung des Erlöses aus dem Verkauf von Rohstoffen läßt sich somit in den wirtschaftlichen Zielforderungen (strategische Ziele):

- stabile und lohnende Preise,
- Ausweitung des Rohstoffhandels, bzw. Beseitigung der Hemmnisse der Erweiterung des Handels,

eine vollkommene Zielgleichheit feststellen. Diese bestand jedoch

1. vgl. Jacobsen, Harold Karan; a.a.O., S. 211 und United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1957, a.a.O., S. 129 f und United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1959, a.a.O., S. 94 und United Nations, The Economic Development of Less developed Countries in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 228-230

schon vor 1955. Bei den Forderungen nach Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele waren die EL bis zum Jahre 1962 noch zu keiner einheitlichen Haltung gekommen. Dabei handelte es sich um die Forderungen (taktische Ziele):

- Errichtung einer internationalen Maschinerie zur Analyse des Welthandels (alternative Vorschläge waren: Weltwirtschaftskonferenz der UN oder internationale Handelskooperation oder Nutzbarmachung des GATT),
- Ersatzzahlungen an rohstoffexportierende Länder für entgangene Gewinne in Folge von Mengen und Preisschwankungen.

Eine Zielgleichheit der EL konnte nicht festgestellt werden. Einig waren sich die EL bei der grundsätzlichen Forderung nach einer Nutzbarmachung der UN für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme der EL und bei der Verweisung der effektiven Maßnahmen zur Behebung der Rohstoffprobleme der EL in den Herrschaftsbereich der IL. Diese „Anklage“ der IL als verantwortliche für die bestehende und zukünftige Situation der EL stellt so etwas wie einen Minimalkonsens der EL dar. Dieser ist gleichzeitig Ausdruck einer großen „Frustration“ der EL über die bisherigen wirtschaftspolitischen Leistungen der UN.¹

Angesichts der richtungsweisenden Bedeutung der neuen strategischen Forderungen kann die Uneinigkeit bei den taktischen Zielen soweit reduziert werden, daß insgesamt eine hohe Zielgleichheit angenommen wird.

5.2.2. Die Aktionsformation

Zusammenarbeit

Die EL zeigten weder auf der Ebene des ECOSOC noch auf der Ebene der Generalversammlung ein Auftreten als eine Gruppe durch das Einbringen gemeinsamer Resolutionen.

Das Auftreten der einzelnen EL-Gruppen mit Vorschlägen im ECOSOC oder in der Generalversammlung nahm im Laufe der Zeit zu. In keiner Antragsresolution kam es zu einer von allen Mit-

1. vgl. GA Resolution 1710 (XVI) vom 19. Dezember 1961

gliedern der EL-Gruppen getragenen Resolution.¹ Die EL arbeiteten mit IL, mit sozialistischen Ländern und mit EL aus anderen EL-Gruppen zusammen.

Wenn es gilt, die EL-Gruppen in ihrer Zusammenarbeit zu bewerten, so ist die lateinamerikanische EL-Gruppe im ECOSOC in den Sitzungsperioden (XX, XXII, XXIV, XXV, XXVI, XXVII, XXVIII, XXXII, XXXIV) die aktivste und intensivste der EL-Gruppen. In diesen Sitzungsperioden kam es im ECOSOC zu einer intensiven Zusammenarbeit einiger lateinamerikanischer Länder, meist in Zusammenarbeit mit IL bei der Vorlage von draft resolutions.² In der Generalversammlung waren die afroasiatischen Länder in der Anzahl aktiver als die lateinamerikanischen Länder. Hierbei erreichten insbesondere die arabischen Länder ein hohes Maß an Zusammenarbeit. Eine Aufgliederung in die Anzahl der Unterstützer einer draft resolution im Vergleich zu den vorhandenen EL-Gruppen mag dies verdeutlichen. Aufgezeigt wird außerdem die Teilnahme der Länder der Konferenz von Bandung an den draft resolution (B-Länder).

draft resolution	Anzahl der EL	Zahl der in den UN vertretenen Länder der EL-Gruppen
A/C.2/L.357 (zu GA Resolution 1218 (XII) vom 14. Dezember 1957)	lateinamerikanisch 1 afroasiatisch 10 asiatisch 2 arabisch 8 B-Länder 8	20 28 14 10 22
A/C.2/L.359 (zu GA Resolution 1218 (XII) vom 14. Dezember 1957)	lateinamerikanisch 6 afroasiatisch 9 asiatisch 1 arabisch 8 B-Länder 9	20 28 14 10 22
A/C.2/L.395 and Add.1,2 and Rev.1,2 (zu GA Re- solution 1324 (XIII) vom 12. Dezember 1958)	lateinamerikanisch 5 asiatisch 2 B-Länder 2	20 14 22

1. die Ausnahme war die arabische Gruppe, die einmal mit allen Ländern ihrer Gruppe einen Antrag formulierte.
2. vgl. Annex III und die Auflistung auf dieser und der folgenden Seite im Text.

A/C.2/L.437 and Add.1,2 (zu GA Resolution 1423 (XIV) vom 2. Dezember 1959)	lateinamerikanisch	1	20
	afroasiatisch	7	30
	asiatisch	4	14
	arabisch	1	10
	afrikanisch	2	6
	B-Länder	6	22

A/C.2/L.437/Rev.1, Rev.1/Corr.1 (zu GA Resolution 1423 (XIV) vom 2. Dezember 1959)	lateinamerikanisch	1	20
	afroasiatisch	6	30
	asiatisch	3	14
	arabisch	1	10
	afrikanisch	2	6
	B-Länder	6	22

A/C.2/L.439 and Add.1,2 (zu GA Resolution 1428 (XIV) vom 5. Dezember 1959)	lateinamerikanisch	11	20
	afroasiatisch	17	30
	asiatisch	7	14
	arabisch	8	10
	afrikanisch	2	6
	B-Länder	6	22

draft resolutions zu GA Resolution 1710 (XVI) vom 19. Dezember 1961

A/C.2/L.554 and Add.1-3	lateinamerikanisch	2	20
	afroasiatisch	13	52
	asiatisch	4	15
	arabisch	7	11
	afrikanisch	2	26
	B-Länder	5	22

A/C.2/L.587 and Rev.1	lateinamerikanisch	1	20
	afroasiatisch	18	52
	asiatisch	1	15
	arabisch	11	11
	afrikanisch	6	26
	B-Länder	10	22

A/C.2/L.596 and Add.1-2	afroasiatisch	14	52
	asiatisch	1	15
	arabisch	4	11
	afrikanisch	9	26
	B-Länder	8	22

A/C.2/L.622 Rev. 1 and Rev. 2 (zu GA Reso- lution 1718 (XVI) vom 19. Dezember 1961)	lateinamerikanisch	1	20
	afroasiatisch	23	52
	asiatisch	0	15
	arabisch	6	11
	afrikanisch	17	26
	B-Länder	9	22

draft resolutions zu GA Resolution 1707 (XV) vom 19. Dezember 1961

A/C.2/L.556 and Add.1/ Add.1 Rev.1	lateinamerikanisch	0	20
	afroasiatisch	20	52
	asiatisch	2	15
	arabisch	5	11
	afrikanisch	13	26
	B-Länder	7	22

A/C.2/L.550 Rev.2 and Add.1, Rev.3 and Rev.3/Corr.2,3	lateinamerikanisch	7	20
A/C.2/L.559 and Add.1 Rev.1 and Rev.1/Corr.1	afroasiatisch	19	52
	asiatisch	2	15
	arabisch	6	11
	afrikanisch	11	26
	B-Länder	5	22

Somit läßt sich sagen, daß die afroasiatische Gruppe in keiner der dargelegten Vorschlagsresolutionen es erreicht, auch nur die Hälfte ihrer EL-Gruppe zu einer einigen Zusammenarbeit zu bringen. Von dieser Gruppe gelingt es den arabischen Ländern am besten innerhalb ihrer Gruppe eine effektive Zusammenarbeit zu gestalten. Ihnen gelingt es sogar einmal, alle Gruppenländer in einer Aktion zu einen.¹ Bei den afrikanischen EL ist eine zunehmende Gruppenarbeit festzustellen. Insgesamt aber ist die Zusammenarbeit zwischen den lateinamerikanischen und afroasiatischen Ländern sehr schwach ausgeprägt. Von einer Gesamt-EL-Zusammenarbeit kann nur ansatzweise geredet werden. Sie liegt nur in geringem Maße vor. Doch zeigen die B-Länder bei den Vorschlägen der afroasiatischen Gruppe eine hohe Beteiligung, die einmal sogar bis zur vollkommenen Identität der vorschlagenden afroasiatischen Gruppe mit den daran beteiligten B-Ländern geht.

Ein veränderter Aufbau der Jahrbücher der Vereinten Nationen seit 1953 berücksichtigt den organisatorischen Verlauf der Verhandlungen der Länder in den Vereinten Nationen weniger als bisher. Als Folge davon sind weniger Informationen über EL-Einzel- bzw. -Gruppenpositionen und organisatorische Vorgehensweisen der EL zu erfahren. Dafür gibt es keine adäquaten Ersatzinformationen. Die official records der UN, die Auszüge aus Wortprotokollen von Reden vor der Vollversammlung beinhalten, sind dafür als noch detailliertere Information auch nicht kompensierend.

1. vgl. die draft resolution A/C.2/L.587 and Rev.1 zu GA Resolution 1710 (XVI) vom 19. Dezember 1961, auf der Vorseite im Text dargestellt

Abstimmungsverhalten

Wie schon bei der Zielgleichheit diskutiert, schwankte das Abstimmungsverhalten der EL bei grundsätzlichen Zielvorstellungen, bei denen Einstimmigkeit vorherrschte, bis zur totalen Auflösung der EL-Blöcke bei Detailfragen.¹ Eine EL-interne Koordinationsmaschinerie hätte das Auseinanderbrechen, bzw. das Sichtbarwerden des Konsens-Bruches der EL verhindern können, indem solche Fragen im exklusiven Kreis diskutiert worden wären und indem nur unstrittige Punkte den UN zur Abstimmung und Diskussion vorgelegt worden wären. Da eine solche Maschinerie den EL noch nicht zur Verfügung stand, wurden die offenen strittigen Fragen im Plenum mit der Konsequenz sichtbaren Dissenses bei der Abstimmung diskutiert.² Es wurde jedoch bei der Ausarbeitung eines Minimalkonsenses der EL eine Einstimmigkeit bei Hintanstellung einer inhaltlichen Einheit der EL in konstruktiven Forderungen geschaffen.³ Bei den draft resolutions war die Zusammenarbeit der EL schwach. Nicht allen relevanten Resolutionen lagen draft resolutions unter EL-Beteiligung zugrunde.⁴ Das Maß der Konsultationen der EL ist als gering anzusehen. Somit ist ein geschlossenes, kontinuierlich gleiches Abstimmungsverhalten nicht anzunehmen. Da aber mit Ausnahme der GA Resolution 1156 (XII) vom 2. November 1957 bei allen Resolutionen eine vollkommene Abstimmungsgleichheit vorlag, kann insgesamt eine hohe Abstimmungsgleichheit festgestellt werden.

Die innere und äußere Geschlossenheit der EL

Der von Thomas Hovet den EL-Gruppen bescheinigte Zusammenhalt bei der Aktionsformation seit der Konferenz von Bandung⁵, findet keinen nachweislichen Niederschlag in den Aktionen rohstoffpolitischer Art der EL. Die Untersuchung der

1. vgl. GA Resolution 1156 (XII) vom 2. November 1957

2. vgl. ebenda

3. vgl. ECOSOC Resolution 831 (XXXII) vom 2. August 1961

4. vgl. im Text IV. Teil, II.5.1.

5. vgl. Hovet, Thomas; Bloc Politics ..., a.a.O., S. 6 und S. 100 f

rohstoffpolitischen Forderungen der EL zeigte:

- kein Auftreten eines gemeinsamen Sprechers der Gesamt-EL-Gruppe oder einer EL-Gruppe,
- keine gemeinsamen Vorschlagsresolutionen aller EL-Gruppen-Mitglieder, die auf Zusammenarbeit, Konsultationen oder verbindliche Gruppenentscheidungen rückschließen lassen könnten,
- kein vollkommenes Maß an gemeinsamem Abstimmungsverhalten bei allen Rohstoffforderungen,
- keine Unterscheidung der EL-Gruppen durch ein getrenntes Abstimmungsverhalten von den IL.

Somit ist keine innere und äußere Geschlossenheit der Gesamt-EL-Gruppe oder einzelner EL-Gruppen festzustellen. Das Maß der Aktionsformation kann aufgrund der Erfüllung von zwei Qualifikationsmerkmalen als gering angesehen werden.

5.3. Das Maß der Formierung

Es läßt sich feststellen:

- eine geringe Aktionsformation
- eine hohe Zielgleichheit

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
mittlere	mittlere	geringe
	große	ad hoc
hohe		
vollkommene	vollkommene	vollkommene

Das Maß der Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL erreicht hier eine mittlere bis große Formierung. (6,0)

6. Beteiligungsziel

6.1. Die Entwicklung der Forderungen

In der dritten Phase der Beobachtung wurde das Beteiligungsziel von den EL sehr häufig angesprochen. In der Hauptsache wurde dabei die horizontale Diversifikation angesprochen, d.h. die Aufnahmen neuer Tätigkeiten durch Erschließung vorhandener Ressourcen. Die EL reagierten im Jahre 1959 auf einen Bericht des Generalsekretärs mit dem Titel „Management of Industrial Enterprises in Underdeveloped Countries“, in dem die Instabilität des Außenhandelsverdienstes der EL auf die schwankenden Weltrohstoffpreise und die wirtschaftlichen Strukturen der EL zurückgeführt wurde, mit der Forderung nach einer Diversifizierung ihrer Ökonomien. Sie forderten einstimmig die Förderung der Industrialisierung als einen wichtigen Teil ihres Entwicklungsprogrammes. Dies geschah in der einstimmig angenommenen ECOSOC Resolution 707 A (XXVII) vom 17. April 1959. Dieser Resolution lag eine draft resolution zugrunde, die von vier EL und den USA vorgelegt wurde.¹ Zur Verwirklichung dieses Zieles wurde gefordert, auf nationaler und regionaler Ebene Seminare, Beratungs- und Trainingszentren in den EL einzurichten.

Zur Mitarbeit bei der Verwirklichung dieser Forderungen wurden der Generalsekretär und die regionalen Wirtschaftskommissionen aufgefordert. Die ECOSOC Resolution 709 B (XXVII) vom 17. April 1959, bei deren Erarbeitung nur ein EL beteiligt war, wurde mit den Stimmen aller EL angenommen.² Sie erklärte die Notwendigkeit einer Diversifizierung der EL-Ökonomien noch einmal unter einem verfügenspolitischen Aspekt. Angesichts saturierter Exportmärkte für Rohstoffe sei es im Interesse einer kontinuierlichen Entwicklung der Ökonomien der EL nötig durch eine Ersatzfinanzierung die Einkünfte zu sichern. Dieses sollte durch eine Diversifizierung der Exporte geschehen. Dabei wurde

1. vgl. United Nations, Economic Development of Underdeveloped Countries, in: Yearbook of the United Nations 1959, a.a.O., S. 148 und Annex III

2. vgl. ebenda, S. 149

nicht deutlich, ob eine horizontale oder vertikale Diversifizierung gemeint war. Außerdem wurde den EL eine enge Kooperation untereinander vorgeschlagen.¹

Die GA Resolution 1431 (XIV) vom 5. Dezember 1959, der zwei EL draft resolutions unter großer EL-Beteiligung zugrunde lagen, schloß sich diesen Forderungen einstimmig an.² Die EL forderten für ihre Länder eine Industrialisierung mit dem Endziel eines „self sustaining stage“, d.h. eines Zustandes der Selbstversorgung hinsichtlich der Finanzierung ihres wirtschaftlichen Fortschrittes³.

Im Jahre 1960 wurden diese Forderungen von den EL bekräftigt. Besonders die Diversifizierung der vornehmlich agrarischen EL-Ökonomien wurde gefordert.⁴

1. „The Economic and Social Council ... Considering ...

- (b) that in every effort of economic development, wheather at the national or regional level, it is important to maintain a high import capacity and that many of the underdeveloped countries now encounter of in the near future serious difficulties in maintaining that capacity by reason of the saturation of their traditional export markets,
- (c) that those countries should seize every opportunity to deversify their exports, as a means of continuing and intensifying their economic development on the basis of regional co-operation, ..."

ECOSOC Resolution 709 B (XXVII) vom 17. April 1959

2. vgl. United Nations, Economic Development of Underdeveloped Countries, in: Yearbook of the United Nations 1959, a.a.O., S. 150 f

3. „The General Assembly ... Convinced that ...

- (b) Industrialisation will promote the deversification of the economies of underdeveloped countries so that the rate of growth of their production may attain a steadily increasing level, which would overtake the rate increase in their population,
- (c) it is important to attain the self sustaining stage of economic development which involves the maximum reinvestment of the increase of income, ..."

GA Resolution 1431 (XIV) vom 5. Dezember 1959

4. vgl. die einstimmig angenommene GA Resolution 1515 (XV) vom 15. Dezember 1960, vgl. United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 222

Für die afrikanischen Staaten wurde von den EL, besonders von den afroasiatischen Ländern, die Diversifizierung und Industrialisierung ihrer Ökonomien als wichtiger Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung gefordert.¹ Für alle EL fordert die GA Resolution 1524 (XV) vom 15. Dezember 1960 mit allen EL-Stimmen die Errichtung moderner Industrien zur Unterstützung des Verfügungszieles der EL. Der Resolution lagen einige EL draft resolutions zugrunde, die jedoch von den EL einzeln vorgelegt wurden.² In drei ECOSOC Resolutionen des Jahres 1960 wurden die Forderungen der EL präzisiert. Die ECOSOC Resolution 751 (XXIX) vom 12. April 1960, der mehrere draft resolutions mit EL-Beteiligung zugrunde lagen, initiierte mit den Stimmen aller EL³ die Gründung des „Committee for Industrial Development“ zur Erreichung einer industriellen Diversifizierung der EL-Ökonomien.

Die Mitarbeit des Generalsekretärs, bzw. seine Unterstützung des neugegründeten „Committee on Industrial Development“ wurde einstimmig von der ECOSOC Resolution 757 (XXIX) vom 21. April 1960 gefordert.⁴ Die grundsätzliche Wichtigkeit der Wirtschaftskommissionen wurde in der einstimmig angenommenen ECOSOC Resolution 792 I (XXX) vom 3. August 1960⁵ erklärt. Diese Erklärung wurde mit der Aufforderung an die Kommission verbunden, an der Diversifizierung der EL-Ökonomien mitzuarbeiten.

Die EL zeigten ein großes Engagement bei der Formulierung ihrer Forderung nach einer Diversifizierung ihrer Ökonomien. Dies

-
1. vgl. GA Resolution 1527 (XV) vom 15. Dezember 1960, die mit den Stimmen aller EL (Ausnahme Argentinien) angenommen wurde, vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 275 und Annex III
 2. vgl. ebenda, S. 289
 3. vgl. ebenda, S. 291-293
 4. vgl. ebenda, S. 293 f
 5. ebenda, S. 294
„The General Assembly ...
Taking into consideration the substantial interest of the economically less developed countries in developing their own industries as one of the main ways of diversifying their economic structures and developing their national economies generally, ...“
GA Resolution 1525 (XV) vom 15. Dezember 1960

wird deutlich durch die draft resolution A/C.2/L.491 and Add.1-6, die von 39 Ländern (davon 34 EL) im Dezember 1960 eingebracht wurde. Deren Forderung nach Diversifizierung wurde in die einstimmig angenommene¹ GA Resolution 1525 (XV) vom 15. Dezember 1960 aufgenommen. Die GA Resolution 1524 (XV) vom 15. Dezember 1960, einstimmig angenommen², unterstützte diese Forderung. Eine erstmalig konkrete vertikale Diversifizierung forderten die EL in der ECOSOC Resolution 758 (XXIX) vom 21. April 1960. Die Resolution, angenommen mit den Stimmen aller EL³, forderte für den Bereich der Öl-Rohstoffe der EL die Mithilfe der UN beim Training von Öl-Technikern, bei der Bereitstellung von Laboratorien und anderen Einrichtungen und bei der Entwicklung von Öl-Reserven in den EL.

Im Jahre 1961 wurden von den EL für die Realisierung der Diversifikation ihrer Ökonomien einige konkrete Maßnahmen gefordert. Alle EL forderten in der GA Resolution 1708 (XV) vom 15. Dezember 1960⁴, daß unverzüglich EL-Personal in Techniken zur wirtschaftlichen Planung trainiert würde.⁵

Ausdrücklich weist die Resolution auf die Initiativwirkung der Wirtschaftskommissionen Afrikas, Lateinamerikas und der Konferenz der asiatischen Wirtschaftsplaner des Jahres 1961 hin, auf denen inhaltlich gleiche Forderungen erhoben wurden. Darin wurden Institute zur Durchführung dieser Ideen gefordert. Die Generalversammlung forderte die Regierungen auf, dazu ihre

1. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 294

2. vgl. ebenda, S. 289

3. vgl. ebenda, S. 298

4. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 235

5. "The General Assembly ...

Realizing further, that it is imperative that economists, other social scientists and administrators, within and outside government service, be trained without delay in technics and problems relating to planning so as to permit not only the elaboration of plans but also their execution, ...

Taking into consideration the growing trend towards the use of different forms of planning in the economic policies of developing countries, ..."

GA Resolution 1708 (XVI) vom 19. Dezember 1961

Unterstützung zu geben, ebenso wie der ECOSOC und der Generalsekretär zur Mitarbeit angehalten wurden. Die Planungsstellen sollten die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen und die verschiedenen Bedürfnisse und Probleme der unterschiedlichen Gegenden berücksichtigen. Dabei sollten diese Planungen eine Gewähr für die Entwicklung einer Gesellschaft nach den individuellen Vorstellungen der verschiedenen Länder bieten.¹

Die EL begannen auch zunehmend ein Eingreifen in die freie Weltwirtschaft, bzw. eine Korrektur dieser durch die UN zu fordern. Im Rahmen der Forderungen der EL, einen speziellen Fond der Vereinten Nationen für die Entwicklung von EL zu erreichen, wurde in der GA Resolution 1706 (XVI) vom 19. Dezember 1961 (im Annex) als ein Prinzip der Vergabe von Geldern gefordert, daß die Diversifizierung der EL-Ökonomien unter besonderer Berücksichtigung der industriellen Entwicklung gefördert werden sollte.² Diese Resolution wurde mit den Stimmen aller EL beschlossen.³

Die Forderung nach einer Diversifikation wurde in der einstimmig angenommenen GA Resolution 1712 (XVI) vom 19. Dezember 1961⁴ wiederholt, wie auch in der einstimmig angenommenen GA

1. „The General Assembly ...

Convinced of the urgent need of the less developed countries to establish and implement national, all-inclusive and well-integrated development plans to build up their societies in accordance with their own individual precepts, Realizing that to this end it is necessary to advance further the development of planning technics that can be adjusted to the specific needs and problems of various countries, ..."
GA Resolution 1708 (XVI) vom 19. Dezember 1961

2. „1. Assistance from the United Nations capital development fund to underdeveloped countries should be directed towards the achievement of accelerated self-sustained growth of their economies. In keeping with this objective assistance should be oriented towards the diversification of their economies, with due regard for industrial development as a basis for social progress."

GA Resolution 1706 (XVI) vom 19. Dezember 1961, im Annex

3. vgl. die Abstimmung über die draft resolution im Zweiten Komitee der Generalversammlung, in: United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1961, S. 239

4. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 256

Resolution 1710 (XVI) vom 19. Dezember 1961. Dabei wurde auf das ständig wachsende Interesse der EL an den neuesten Erkenntnissen über Wissenschaft, Technologie und industrielle Planung hingewiesen und auf die Notwendigkeit von internationaler Kooperation zur Lösung dieser Probleme. Dieser Resolution lag eine draft resolution unter Mitarbeit mehrerer EL zugrunde.¹

In der GA Resolution 1718 (XVI) vom 19. Dezember 1961 wurde einstimmig² die Diversifikation der Produktion, die Industrialisierung und die Entwicklung einer hochproduktiven Landwirtschaft als wichtige Voraussetzung der Entwicklung der afrikanischen Staaten gefordert. Zur Verwirklichung dieser Idee wurde die Mitwirkung der Vereinten Nationen und das Training von qualifiziertem Personal, besonders im Bereich der wirtschaftlichen Planung und der Entwicklung, gefordert.³ Für alle EL wurde diese Forderung in der ECOSOC Resolution 846 (XXXII) vom 3. August 1961 einstimmig gestellt.⁴

Somit läßt sich summarisch für das Beteiligungsziel in der dritten Phase feststellen, daß eine beachtliche Forderungsliste der EL vorliegt, sowohl die vertikale, als auch die horizontale Diversifikation ihrer Ökonomien betreffend. Festzuhalten ist be-

1. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 256

2. vgl. ebenda, S. 260 f

3. "The General Assembly

3. Requests the Secretary-General:

(a) To lend his full support to the establishment, under the auspices of the Economic Commission for Africa and, at the request of the Governments concerned, with the assistance of the Special Fund, of an African institute of economic development and planning which will provide advisory services and train qualified personal in the field of economic development, especially in the technics of economic planning and development,"

GA Resolution 1718 (XVI) vom 19. Dezember 1961

4. "The Economic and Social Council

Noting also that there are many other trade problems of particular relevance to developing countries, and that ways and means need to be found for expanding and diversifying the export trade of these countries,"

ECOSOC Resolution 846 (XXXII) vom 3. August 1961

vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1961, a.a.O., S. 190

sonders das „Glaubensbekenntnis“ der EL zur Industrialisierung, von der sie sich einen Ausgleich ihrer schwankenden Rohstoffexporteinkünfte versprochen und die immer detaillierter vorliegenden Forderungen nach einer vertikalen Diversifizierung ihrer Ökonomien. Hier wie auch bei den anderen Forderungen wurde die UN-Organisation von den zahlreicher gewordenen EL auf Erfüllung ihrer in der Charta niedergelegten sozialen Pflichten in Anspruch genommen.

6.2. Zusammenfassende Wertung

6.2.1. Zielgleichheit

Beim Beteiligungsziel ist eine grundsätzliche Zielgleichheit der EL festzustellen. Dies gilt sowohl für das grundsätzliche Ziel der EL, ihre in der Hauptsache auf den Export von Rohstoffen fixierten Ökonomien zu diversifizieren durch die Aufnahme anderer Güter in ihr Exportangebot, als auch für die Forderung nach einer Beteiligung der EL an der Weiterverarbeitung der Rohstoffe im eigenen Land, bzw. der Schaffung der strukturellen Voraussetzungen dafür.

Die horizontale Diversifikation - die Aufnahme neuer Tätigkeitsbereiche durch Erschließung vorhandener Ressourcen - wurde durch die Entwicklung einer hochproduktiven Landwirtschaft besonders von und für die afrikanischen Staaten gefordert.¹ Als Maßnahme einer horizontalen Diversifikation wurde auch die Industrialisierung der zum großen Teil agrarischen Ökonomien der EL gefordert. Ohne Einschränkung und einstimmig forderten die EL immer wieder die Industrialisierung ihrer Ökonomien.² Um diese Industrialisierung zu erreichen forderten alle EL:

- Seminare, Trainings- und Beratungszentren³,
- eine von den EL selbst geplante Entwicklung bei Unterstützung durch die UN und alle UN-Mitgliedsländer⁴.

1. vgl. ECOSOC Resolution 1718 (XVI) vom 19. Dezember 1961

2. vgl. ECOSOC Resolutionen 709 A (XXVII) vom 17. April 1959, 709 B (XXVII) vom 17. April 1959, 846 (XXXII) vom 3. August 1961 und GA Resolutionen 1431 (XIV) vom 5. Dezember 1959, 1527 (XV) vom 15. Dezember 1960, 1525 (XV) vom 15. Dezember 1960, 1710 und 1712 (XV) vom 19. Dezember 1961, 1718 (XVI) vom 19. Dezember 1961

3. vgl. ECOSOC Resolution 709 A (XXVII) vom 17. April 1959

4. vgl. GA Resolution 1708 (XV) vom 19. Dezember 1961

Die vertikale Diversifikation - die Angliederung vor- und nachgelagerter Produktionsstufen der Aufbereitung und Weiterverarbeitung - wurde im Bereich der Petroleumindustrie angestrebt. Gefordert wurde die aktive Mithilfe der UN beim Training von Öl-Technikern, bei der Bereitstellung von Laboratorien und der Entwicklung von Öl-Reserven in den EL.¹ Diese Forderungen dienen der Vorbereitung einer vertikalen Diversifikation. Sie sind auch als strukturelle Forderungen zu verstehen, welche die Mitarbeit der EL, bzw. die Teilnahme der EL am internationalen Rohstoffhandel auf allen Ebenen ermöglichen sollen. Die EL verknüpften die Forderungen nach einem speziellen EL-Fond auch mit der Hoffnung auf eine Diversifikation ihrer Ökonomien.²

Insgesamt läßt sich bei den EL eine vollkommene Zielgleichheit feststellen.

6.2.2. Aktionsformation

Zusammenarbeit

Es gab bei der Einbringung von draft resolutions zu keiner Zeit die Zusammenarbeit aller EL. Wohl kam es aber zu einer Zusammenarbeit einiger EL in Form von Interessenskoalitionen, welche im folgenden aufgezeigt werden. Ebenso wird die Anzahl der an der Erarbeitung der draft resolutions mit tätigen Länder der Konferenz von Bandung (B-Länder) aufgezeigt.

draft resolution	Anzahl der EL	Anzahl der EL auf der betreffenden UN-Ebene
E/AC.6/L.236 and Rev.1 (zu ECOSOC Resolution 709 A (XXVII) vom 17. April 1959)	lateinamerikanisch	2
	afroasiatisch	2
	asiatisch	2
	B-Länder	3
E/AC.6/L.237 (zu ECOSOC Resolution 709 B (XXVII) vom 17. April 1959)	lateinamerikanisch	1
		4

1. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1960, a.a.O., S. 296

2. vgl. GA Resolution 1706 (XVI) vom 19. Dezember 1961

zu GA Resolution 1431 (XIV) vom 5. Dezember 1959

A/C.2/L.434 and Rev.1	lateinamerikanisch	9	20
	afroasiatisch	16	30
	asiatisch	7	14
	arabisch	6	11
	afrikanisch	3	5
	B-Länder	10	22

A/C.2/L.446	lateinamerikanisch	2	20
	afroasiatisch	2	30
	asiatisch	1	14
	arabisch	1	11
	afrikanisch	0	5
	B-Länder	2	22

zu ECOSOC Resolution 751 (XXIX) vom 12. April 1960

E/L.860 and Rev. 3	lateinamerikanisch	4	4
E/L.863	lateinamerikanisch	3	4

E/AC.6/L.255 (zu ECOSOC Resolution 757 (XXIX) vom 21 April 1960)	lateinamerikanisch	2	4
	B-Land	1	3

E/AC.6/L.252 (zu ECOSOC Resolution 758 (XXIX) vom 21. April 1960)	lateinamerikanisch	1	4
	afroasiatisch	1	3
	afrikanisch	1	2
	B-Länder	2	3

E/AC.24/L.169 (zu ECOSOC Resolution 792 I (XXX) vom vom 3. August 1960)	lateinamerikanisch	1	4
	afroasiatisch	1	3
	asiatisch	1	3
	B-Länder	2	3

zu GA Resolution 1515 (XV) vom 15. Dezember 1960

A/C.2/L.461 and Add.1	lateinamerikanisch	1	20
	afroasiatisch	2	46
	asiatisch	1	14
	arabisch	0	11
	afrikanisch	1	22
	B-Länder	1	22

A/C.2/L.488	lateinamerikanisch	1	20
	afroasiatisch	4	46
	asiatisch	3	14
	arabisch	1	11
	afrikanisch	0	22
	B-Länder	4	22

zu GA Resolution 1527 (XV) vom 15. Dezember 1960

A/C.2/L.509	afroasiatisch	7	46
	asiatisch	0	14
	arabisch	3	11
	afrikanisch	4	22
	B-Länder	4	22

A/C.2/L.509/Rev.1/ Add. 1,2	afroasiatisch	14	46
	asiatisch	2	14
	arabisch	6	11
	afrikanisch	6	22
	B-Länder	9	22
A/C.2/L.487 and Rev.1 (zu GA Resolution 1524 (XV) vom 15. Dezember 1960)	afroasiatisch	2	46
	asiatisch	1	14
	arabisch	1	11
	afrikanisch	0	22
	B-Länder	2	22
A/C.2/L.491 and Add.1-6 (zu GA Resolution 1525 (XV) vom 15. Dezember 1960)	lateinamerikanisch	4	20
	afroasiatisch	26	46
	asiatisch	2	14
	arabisch	5	11
	afrikanisch	19	22
	B-Länder	12	22
E/AC.6/L.273 and Rev.1 (zu ECOSOC Resolution 846 (XXXII) vom 3. Au- gust 1961)	lateinamerikanisch	1	4
	afroasiatisch	1	3
	arabisch	1	1
	B-Länder	1	4

Damit läßt sich sagen, daß die Zusammenarbeit der EL insgesamt, sowie der EL-Gruppen intern gering war. Nur die afrikanische Gruppe schafft es einmal fast geschlossen einen Resolutionsantrag auszuarbeiten (vgl. dazu: GA Resolution 1525 (XV) vom 15. Dezember 1960). Es zeigt sich, daß die Länder, die an der Konferenz von Bandung teilnahmen bei den afroasiatischen Ländern die aktivsten waren.

Abstimmungsverhalten

Bei den Abstimmungen zum Beteiligungsziel verhalten sich die EL wie bei der Zielgleichheit gesehen, vollkommen homogen. Alle besprochenen Resolutionen enthalten EL-Forderungen.¹ Da bei allen Resolutionen eine Mitarbeit von EL stattfand, kann auch eine Konsultation dieser EL untereinander angenommen werden. (vgl. Zusammenarbeit) Ein vollkommenes Abstimmungsverhalten ist gegeben.

1. vgl. im Text IV. Teil, II.6.1

Innere und äußere Geschlossenheit

- die EL-Gruppe traf keine Vorabentscheidungen durch Konsultationen oder verbindliche Gruppenentscheidungen,
- die EL traten nicht geschlossen durch einen Sprecher auf,
- beim Abstimmungsverhalten stimmten die EL meistens mit der Mehrheit der übrigen UN-Mitglieder,¹
- die EL zeigten ein hohes Maß an Abstimmungsgleichheit und
- die EL zeigten ein geringes Maß an Zusammenarbeit.

Somit kann nur eine geringe äußere und innere Geschlossenheit der EL angenommen werden.

Das Maß der Aktionsformation

Da von den Qualifikationsmerkmalen einige nur teilweise erfüllt sind und nur das Qualifikationsmerkmal Abstimmungsverhalten vollkommen erfüllt ist, kann nur von einer geringen Aktionsformation gesprochen werden.

1. vgl. die Abstimmungsergebnisse der Resolutionen das Beteiligungsziel betreffend

6.3. Das Maß der Formierung

Das Maß der Formierung der Forderungen der EL hinsichtlich des Beteiligungszieles setzt sich zusammen aus:

- vollkommener Zielgleichheit
- geringer Aktionsformation

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
	mittlere	geringe
mittlere		
	große	ad hoc
hohe		
	vollkommene	vollkommene
vollkommene		

Bei den Forderungen zum Beteiligungsziel besteht eine große Formierung der EL. (7,5)

7. Die Auswirkungen der Blockbildung durch die Konferenz von Bandung auf die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer

Die afroasiatischen Länder, die an der Konferenz von Bandung beteiligt waren, erreichten nach Meinung Hovets¹ eine große Harmonie im Abstimmungsverhalten in den UN, unterstützt durch Koordinierungsgespräche auf der Ebene der GA.

Der Schwerpunkt der rohstoffpolitischen Forderungen der Konferenz lag beim Verfügungsziel, und dort zeigte sich auch eine schwerpunktmäßige Arbeit der Teilnehmerländer in den UN. Bei den Abstimmungen zum Verfügungsziel, speziell der völkerrechtlichen Sicherung des Verfügungszieles, gab es eine fast vollkommene Zielgleichheit bei den Abstimmungen, wenngleich sich die Teilnehmerländer dabei nicht von den übrigen EL unterschieden.² Eine Koordination, bzw. das Resultat koordinierender Gespräche, in der Form von gemeinsam vorgelegten draft resolutions aller Teilnehmerländer gab es zu diesem Thema nicht, wenngleich sich beim Verfügungsziel allgemein der Kreis dieser Länder als vorwärtstreibend bei der Vorlage von draft resolutions erwies.³

Beim Beteiligungsziel erwies sich der Kreis der Teilnehmerländer an der Konferenz von Bandung als die Initiativkraft. Wenngleich nicht alle Länder dabei mitarbeiteten, so zeigten sie doch bei den Abstimmungen zu diesem Thema eine vollkommene Zielgleichheit, welche jedoch meistens nicht von denen aller übrigen EL abwich. Die größere Bedeutung der Teilnehmerländer lag auch hier in der Vorlage von draft resolutions. Die Teilnehmerländer traten zwar nicht geschlossen bei der Vorlage von draft resolutions auf, sie waren dennoch von den afroasiatischen Ländern die aktiv-

1. vgl. Hovet, Thomas; Bloc politics ..., a.a.O., S. 84 f

2. vgl. die im Annex III gekennzeichneten Resolutionen (VS)

3. vgl. die im Annex III gekennzeichneten draft resolutions (V,VA,VS) und das bei der Aktionsformation (Zusammenarbeit) aufgezeigte Engagement der Teilnehmerländer an der Konferenz von Bandung (B-Länder)

sten und somit richtungsweisend in den Forderungen.¹ Bei den verbundenen Forderungen gingen die EL jedoch weit über die bei der Konferenz von Bandung geforderte vertikale Diversifizierung der Rohstoffexporte hinaus. Auch beim Erlössicherungs- und -steigerungsziel erwiesen sich die B-Länder als die aktivsten afro-asiatischen Länder.²

Die Teilnehmerländer können aber nicht als ad hoc Gruppe auf der Ebene der Generalversammlung bezeichnet werden, weil ihre Arbeit nicht personell kontinuierlich war. Dennoch erwies sich die Gruppe der Teilnehmerländer als mehr, als eine nur nach außen gemeinsames Verstehen und gemeinsame Absichten verkündende Gruppe.³

Wenngleich die Begrifflichkeiten der Konferenzteilnehmer von Bandung in die Resolutionen der UN keinen Eingang fanden (Kolonialismus, Neokolonialismus, Ausbeutung, Beherrschung), so wurden doch auf dem Gebiet von Beteiligungsziel und Verfügungsziel (Diversifikation) die Forderungen der Konferenzteilnehmer inhaltlich in die Resolutionen aufgenommen.

-
1. vgl. die im Annex III gekennzeichneten Resolutionen und draft resolutions (B) und das bei der Aktionsformation (Zusammenarbeit) aufgezeigte Engagement der Länder.
 2. vgl. im Annex III die mit (E) gekennzeichneten Resolutionen und das bei der Aktionsformation (Zusammenarbeit) dargestellte Engagement
 3. vgl. Cordovez, Diego; a.a.O., S. 145

V. TEIL :

DIE VIERTE PHASE DER BEOBACHTUNG - DER BEGINN DER
DOMINANZ DER ENTWICKLUNGSLÄNDER IN DEN
VEREINTEN NATIONEN (1962 - 1964)

I. RAHMENDATEN DER FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER

Die Zeit zwischen 1962 und 1964 ist für die Umsetzung gleicher Interessen der EL in eine organisierte politische Macht von großer Bedeutung. Zwar wurden bis zum Jahre 1965 nur noch zwölf afroasiatische Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen, bei einer schon erreichten absoluten Mehrheit der EL in der Generalversammlung,¹ doch organisierten sich viele EL in Interessensblöcken, welche die bisherigen EL-Gruppen - mit einer geographischen Orientierung - in ihrer politischen Bedeutung ablösen.² Untersucht werden können hier nur die Interessensbildungen (Blöcke) welche die Politik der Vereinten Nationen eindeutig in ihre Politik mit einbeziehen und dazu Aussagen machen.

Als Beispiel eines nicht berücksichtigten „Interessenblockes“ sei die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) genannt. Die Gründung der OAU im Jahre 1963 als Folge einer Gipfelkonferenz 30 afrikanischer Staats- und Regierungschefs kann als bedeutsam für Afrika angesehen werden, doch hatte sie keine Konsequenzen für die UN-Politik der afrikanischen Staaten. Außer dem in der Resolution der Konferenz vom 25. Mai 1963 verkündeten Willen der Teilnehmer, eine afrikanische Gruppe innerhalb der afroasiatischen Gruppe zu bilden, bindet diese Staaten keine programmatische Aussage mit UN-Relevanz.³

Als wichtige neue Kraft mit Relevanz für die rohstoffpolitischen Forderungen der EL erwiesen sich die Blockbildungen der „Blockfreien“ und die „Gruppe der 77“.

1. vgl. Annex I und Kunzmann, Karl-Heinz; Die Bündnisfreiheit der afro-asiatischen Staaten, Eine Darstellung ihres Abstimmungsverhaltens in der Vollversammlung der Vereinten Nationen, in: Europa Archiv Folge 23, 1961, S. 693-696
2. vgl. die Aktionsformation zu den Rohstoffzielen in der Zeit von 1962-64
3. vgl. Dokumente, Die Gipfelkonferenz der unabhängigen Staaten Afrikas in Addis Abeba im Mai 1963, in: Europa Archiv Folge 13, 1963, S. D. 313-324

1. Die blockfreien Länder in den Vereinten Nationen

Die blockfreien Länder in den Vereinten Nationen können nicht mit der Gruppe der Konferenzteilnehmer von Bandung gleichgesetzt werden, weil einige Länder den UN noch nicht, andere Länder bereits regionalen Allianzen des Ost- oder West-Blockes angehörten. Die erste Zusammenkunft der Blockfreien mit programmatischen Aussagen zu einer Politik in den UN war die Konferenz der Blockfreien in Belgrad 1961, welcher im Jahre 1962 die Konferenz von Kairo folgte.¹ Die zweite Konferenz von Kairo im Oktober 1964 fand erst nach der UNCTAD-Konferenz statt² und ist für die Untersuchung nicht mehr relevant.

Mit Ausnahme von Cypern und Jugoslawien nehmen nur EL an dieser Bewegung teil. Als einigende Gemeinsamkeiten aller blockfreien Länder werden die Gewinnung der Unabhängigkeit nach dem 2. Weltkrieg, die Vergangenheit des kolonialen Beherrschseins und das Gefühl der Solidarität durch den Kampf gegen ähnliche wirtschaftliche und soziale Probleme genannt. Außerdem verband diese Länder die gemeinsame Hoffnung auf eine bessere Zukunft und die Verhandlungsbereitschaft bei den Supermächten zwecks Erhalts wirtschaftlicher Hilfe. Alle Länder hatten den Willen nach eigener wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in Freiheit und ohne Blockbindung.³

Die Bewegung der Blockfreien wird im folgenden in ihrer Bedeutung für die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL gesehen werden. Dabei wird versucht, die daran beteiligten Länder nach ihrem eigenen Willen nicht als neuen Block, sondern als Aktionseinheit mit wachsender Bedeutung zu sehen. Um die steigende Wichtigkeit zu unterstreichen, werden die Blockfreien in ihrer jeweiligen Konstituierung (Anzahl der Teilnehmer und Aussage einer Konferenz) auf ihre Bedeutung für die Formierungsprozesse der EL auf dem Gebiet der Rohstoffpolitik untersucht

1. vgl. Eid, Möhammad; a.a.O., S. 35-39

2. vgl. Dokumente: Die Konferenz blockfreier Staaten in Kairo vom Oktober 1964, in: Europa Archiv Folge 23, 1964, S. 590-606

3. vgl. Eid, Möhammad; a.a.O., S. 40

werden. Für die Arbeit der blockfreien Staaten läßt sich allgemein sagen, daß keine Interessensvertretung durch einen Sprecher stattfand, sondern die Länder vielmehr eine Gruppe von Einzelstaaten darstellten.¹ Die Blockfreien kannten keine automatische Bindung an Konferenzbeschlüsse für die Abstimmung in den UN. Es fanden auch keine institutionalisierten Konsultationen zwischen ihnen statt.²

1.1. Die Belgrader Konferenz der blockfreien Staaten

Der Gedanke der Blockfreiheit - verstanden als Freisein vom Ost- oder Westblock - wurde durch die Belgrader Konferenz blockfreier Staaten vom 1.-6. September 1961 noch verstärkt. An der Konferenz nahmen 25 beschlußfassende Länder teil, von denen die meisten schon an der Konferenz von Bandung teilgenommen hatten.³

Für die Rohstoffpolitik relevante Aussagen wurden zu den Schwerpunkten Selbstbestimmung und wirtschaftliche Entwicklung gemacht. Die Prämisse aller Aussagen war dabei der Begriff „Blockfreiheit“. Die Konferenz verstand blockfrei als Nichteinmischung der Großmächte oder anderer Staaten in die innere Entwicklung der Völker.⁴ Damit verfolgten sie eine Art von Neutralität, welche den beiden Supermächten sehr suspekt erschien.⁵

1. vgl. Eid, Möhammad; a.a.O., S. 207

2. vgl. ebenda, S. 59 f

3. Folgende Länder waren durch ihre Staats- oder Regierungschefs beschlußfassend bei der Konferenz vertreten: Afghanistan, Algerien, Burma, Kambodscha, Ceylon, Kongo, Kuba, Cypern, Äthiopien, Ghana, Guinea, Indien, Indonesien, Irak, Libanon, Mali, Marokko, Nepal, Saudi Arabien, Somalia, Sudan, Tunesien, Vereinigte Arabische Republik, Jemen, Jugoslawien. Beobachter kamen aus folgenden Ländern: Bolivien, Brasilien und Ecuador.

vgl. Belgrader Konferenz blockfreier Staaten vom 1.-6. September 1961, in: Europa Archiv 1961, Jahrgang 16, S. D 587

4. vgl. Kunzmann, Karl-Heinz; a.a.O., S. 693-696 und vgl. Schleicher, Harry; Die Belgrader Konferenz blockfreier Staaten vom 1.-6. September 1961, in: Europa Archiv 1961, Jahrgang 16, S. 525-529

5. vgl. die 27 Punkte-Erklärung der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten vom 6. September 1961, in: ebenda, S. 587-594

Die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten wurde von den meist aus EL stammenden Konferenzteilnehmern - aus der Erfahrung der Geschichte ihrer Länder - als Freisein von Kolonialismus und Neokolonialismus in all seinen Erscheinungsformen verstanden.

Die Konferenzteilnehmer bekräftigten „... feierlich ihre Unterstützung für die auf der 15.Tagung der UN-Vollversammlung angenommene 'Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker' und empfehlen die sofortige, bedingungslose, totale und endgültige Beseitigung des Kolonialismus. Sie sind entschlossen, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um jeder Art von Neokolonialismus und imperialer Beherrschung in allen Erscheinungsformen ein Ende zu bereiten.“¹

Hinsichtlich des Verfügungszieles kam es zu klaren Aussagen der Teilnehmer, in denen Parallelen zur Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den UN unübersehbar waren. So heißt es in Punkt 13 der Erklärung:

„13a. Die Konferenzteilnehmer bekräftigen ihre Überzeugung, daß alle Nationen das Recht auf Einheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit haben und auf Grund dieses Rechtes ihren politischen Status bestimmen und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung frei und ungehindert verfolgen dürfen; und daß

b. alle Völker zu ihrem eigenen Wohl frei über ihre Naturschätze und Ressourcen bestimmen können, ohne irgendwelche Verpflichtungen zu präjudizieren, die sich aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens und des internationalen Rechts ergeben. Auf keinen Fall darf ein Volk seiner Unterhaltungsmöglichkeiten beraubt werden ...

14. Die Teilnehmer geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die Ausübung des Rechtes auf Selbstbestimmung der Völker - einschließlich des Rechtes auf Verfolgung einer konstruktiven und unabhängigen Politik zwecks Erreichung und Erhaltung der Souveränität - durch keine „Einschüchterung oder Einmischung behindert werden sollte.“²

Unter Punkt 21 und 22 wurde gefordert:

- die sofortige Gründung und Inbetriebnahme eines Kapital-Ent-

1. Die Belgrader Konferenz blockfreier Staaten von 1961, in: Europa Archiv 1961, Jahrgang 19, S. D 590 f

2. ebenda, S. D 592

wicklungsfonds der Vereinten Nationen,

- gerechte terms of trade für die EL,
- „konstruktive Anstrengungen zur Beseitigung der übermäßigen Schwankungen der Rohstoffpreise und der restriktiven Maßnahmen und Praktiken, die den Handel und die Einkommen der neuen Länder ungünstig beeinflussen“¹
- die Anwendung der neuesten Technologie auf allen Gebieten zur Herbeiführung einer internationalen Gerechtigkeit.²

Die Teilnehmer der Konferenz einigten sich nicht auf ein geschlossenes Auftreten auf der UN-Ebene. Ihnen war nicht an einer neuen Blockbildung gelegen, wie sie in ihrer 27 Punkte Erklärung betonten.³

1.2. Die Konferenz von Kairo

Vom 9.-18. Juli 1962 fand in Kairo die Konferenz der Blockfreien statt, an der 35 Länder teilnahmen.⁴ Diese Länder stellten in einer von ihnen verabschiedeten Deklaration weitgehende rohstoffpolitische Forderungen auf. Dem Verfügungsziel sind die Forderungen nach einer vollständigen Dekolonialisierung zuzuordnen. Dies wurde als unbedingte Notwendigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung abhängiger Völker und die Ausübung ihres souveränen Rechtes über ihre Ressourcen verstanden. Zum Verfügungsziel gehört auch die Forderung nach Landreformen in den EL.

Zum Erlössteigerungs- und -sicherungsziel zählen die Forderungen nach einer Ausweitung des Handels zwischen den EL,

-
1. Die Belgrader Konferenz blockfreier Staaten von 1961, in: Europa Archiv 1961, Jahrgang 19, S. D 593
 2. vgl. ebenda, S. D 590
 3. vgl. ebenda
 4. Es handelte sich um die Länder: Afghanistan, Algerien, Bolivien, Brasilien, Burma, Kambodscha, Ceylon, Kongo (Leopoldville), Kuba, Zypern, Äthiopien, Föderation von Malaya, Ghana, Guinea, Indien, Indonesien, Kuwait, Libanon, Libyen, Mali, Mexiko, Marokko, Pakistan, Saudi Arabien, Somalia, Sudan, Tanganyika, Tunesien, Vereinigte Arabische Republik, Jemen, Jugoslawien, Chile, Ecuador, Singapur, Uruguay. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1962, New York 1964, S. 252

einer Ausweitung der Exportverdienste für die EL (dafür wurde die aktive Hilfe der UN gefordert), nach einer Stabilisierung des internationalen Rohstoffmarktes und der Errichtung eines internationalen kompensatorischen Finanzierungssystems für EL-Verluste beim Rohstoffhandel. Die IL wurden aufgefordert durch Maßnahmen ihrerseits sicherzustellen, daß die Exporte der EL sich auf ihren Märkten ständig ausweiteten.

Eine Wirtschaftskonferenz sollte für den Beginn des Jahres 1963 zusammengerufen werden mit den Schwerpunkten internationaler Handel, Rohstoffhandel und wirtschaftliche Beziehungen zwischen EL und IL.

Dem Beteiligungsziel können die Forderungen nach einer Aufstellung und Verwirklichung nationaler Entwicklungspläne, einer Diversifizierung der EL-Ökonomien und ihrer Industrialisierung und einer Verbesserung der Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten zugeordnet werden. Die Blockfreien forderten die Errichtung von Trainingszentren für EL-Personal, die Errichtung eines UN-Fonds zur Beschaffung von Fachkräften in den EL und die Anpassung von wissenschaftlicher Forschung und technischer Entwicklung an die EL-Bedürfnisse.

Dieser umfangreiche Forderungskatalog wurde auf Vorschlag der Teilnehmerländer in den UN durch die GA Resolution 1820 (XVIII) am 10. Dezember 1962 als „general approach“ angenommen. Den UN-Mitgliedstaaten, dem ECOSOC und anderen UN-Einrichtungen wurde empfohlen, die Prinzipien der Deklaration bei der Behandlung von Gegenständen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu berücksichtigen.¹

2. Die „Gruppe der 77“

Die „Gruppe der 77“ wurde eine Gruppe von EL genannt, die am Ende der zweiten Tagung des Vorbereitungsausschusses (21. Mai - 29. Juni 1963) durch ihre Vertreter dem Ausschuß eine

1. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 250-253

gemeinsame Stellungnahme vorlegten, in der sie die Ansichten, Bedürfnisse und Erwartungen der Dritten Welt bezüglich der anstehenden UNCTAD-Konferenz zusammenfaßten. Dieselbe Stellungnahme wurde im Namen von 75 EL, welche alle Mitglieder der Vereinten Nationen waren, im selben Jahre der Generalversammlung vorgelegt.¹ Diese Erklärung wird als der Auftakt für die Gründung der „Gruppe der 77“ angesehen.² Die eigentliche Gründung wird auf den 15. Juni festgelegt, wo die „Gruppe der 77“ - inzwischen durch zwei weitere EL auf 77 herangewachsen - die „Gemeinsame Erklärung der Siebenundsiebzig“ vorlegte.³

Die „Gruppe der 77“ war auf der Konferenz kein aktiver Verhandlungsblock. Die Leistung der „Gruppe der 77“ besteht darin, daß sie am Ende der Konferenz eine gemeinsame Position von 77 EL formulierte. Darin wurde die Konferenz als ein „nur Initiativ-Schritt“ begrüßt. Gleichzeitig machten die Länder klar, daß sie die Problemelemente der Konferenz als in keiner Weise gelöst betrachteten.⁴

Die „Gruppe der 77“, in der Anzahl der Länder vom 15. Juni 1964⁵, trat auf der UNCTAD I Konferenz in den Komitees, in denen die Empfehlungen ausgehandelt wurden, nicht in Aktion. Es kam in den Komitees zu Antragsresolutionen von EL, an denen mehr als 70 EL beteiligt waren und bei denen sich auch eine gewisse Kontinuität der daran beteiligten Länder feststellen ließ (mit geringfügigem Länderwechsel). Doch handelte es sich nicht um ein Engagement der „Gruppe der 77“.⁶

1. vgl. GA Resolution 1857 (XXII) vom 11. November 1963, in der die Erklärung der 75 EL der GA am 18. Oktober 1963 in Form einer draft resolution vorgelegt wurde. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1963, New York 1965, S. 169-173
2. vgl. Sauvant, Karl P.; a.a.O., S. 189
3. vgl. ebenda und Timmler, Markus; Die Konferenz ..., a.a.O., S. 3
Die Mitglieder der „Gruppe der 77“ bis 1964 sind im Annex I aufgeführt
4. vgl. Sauvant, Karl; a.a.O., S. 189
5. vgl. United Nations, The United Nations Conference on Trade And Development, in: Yearbook of the United Nations 1964, a.a.O., S. 205 f
6. vgl. United Nations Proceedings of the Conference of the United Nations on Trade And Development, Volume I, a.a.O., S. 101-363

Die „Gruppe der 77“ wird unterschiedlich bewertet. Sie wird von Timmler als Ergebnis einer organisatorischen Bedürfnislage gewertet. Die Bedürfnislage wird so erklärt: Die jungen Staaten mußten damals feststellen, „... daß sie in den damals gebildeten fünf Arbeitsausschüssen sich einzeln weder mit ihren Forderungen noch mit ihren Argumenten durchzusetzen vermochten. Einige von ihnen waren sogar im Begriff wieder dem Einfluß ehemaliger Kolonialmächte zu unterliegen.“¹

Von Naini wird die Gründung der „Gruppe der 77“ als „nahezu historisches Ereignis“ gewertet.² Ebenso empfanden die Mitglieder der „Gruppe der 77“ selbst die Gründung der Gruppe „als das hervorstechendste Ereignis der Konferenz“.³ Brückner sieht den Wert der Gründung der „Gruppe der 77“ in der neugewonnenen Machtbalance der EL und unterstellte den EL die Absicht, „... nicht nur die verbliebenen Privilegien der Großmächte in Form des Vetos im Sicherheitsrat und die gewichtigen Stimmrechte im IMF und der IBRD abzubauen, sondern die Vereinten Nationen im gleichen Maße zur Durchsetzung ihrer Interessen zu nutzen, wie dies die USA und die UdSSR bis 1960 im Rahmen des Ost-West-Konfliktes getan hatten.“⁴ Brückner bezeichnet die „Gruppe der 77“ als einen Block der Ungebundenen.⁵ Sie stellt nach Diego Cordovez die erste internationale Plattform der EL dar. Er wertet die Gruppe als einen Erfolg der 1955 in Bandung gestarteten EL-Eigeninteressensformierung.⁶

1. Timmler, Markus; Die Konferenz ..., a.a.O., S. 4
2. Naini, Ahmad; Alte und neue Zielvorstellungen und Forderungen der Dritten Welt, in: Kebschull, Dietrich; Michalski, Wolfgang; Scharer, Hans-Eckart (Hrsg.); Die neue Weltwirtschaftsordnung, Beiträge zu ausgewählten Forderungen der Entwicklungsländer, Hamburg 1977, S. 40
3. Sauvart, Karl P.; a.a.O., S. 189
4. vgl. Brückner, Jens A.; a.a.O., S. 60 (58-63)
5. vgl. ebenda, S. 60
6. „Within the developing countries, wide disparities-economic, political, social, cultural-obviously existed among the seventy-seven developing nations that attended the first Conference. This explains why all previous efforts to establish a joint international platform - which had started in 1955 at the Bandung Conference, the first inter-continental meeting of developing countries - that resulted only general expressions of understanding and intent.“
Cordovez, Diego; a.a.O., S. 145

Um zu verdeutlichen, daß die „Gruppe der 77“ nicht die spontane Aktion einiger EL ist, sondern das Ergebnis einer langsamen Identitätsfindung durch die Konfrontation mit gemeinsamen Problemen, besonders auf dem Gebiet der Rohstoffpolitik, wird die „Gruppe der 77“, gemessen an ihrer Teilnehmerzahl im Jahre 1964, schon ab dem Jahre 1962 auf gemeinsame Aktionen, bzw. eine gemeinsame Zielgleichheit hin untersucht werden.

3. Die Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD I) im Jahre 1964

Die Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD I) in Genf begann am 23. März 1964 und endete am 16. Juli desselben Jahres. An der Konferenz nahmen 120 Vertreter von Staaten teil. Dabei handelte es sich um die UN-Mitglieder¹ und die Länder Bundesrepublik Deutschland, Liechtenstein, Republik von Vietnam, San Marino und die Heilige See.²

Die Konferenz arbeitete als Plenum, in dem die Spitzen der Delegationen - meist Kabinettsmitglieder - Statements abgaben und in dem es abschließend beschloß. Außerdem arbeitete es in fünf Komitees.³ Diese Komitees hatten alle einen direkten oder indirekten Bezug zur Rohstoffpolitik, bzw. den rohstoffpolitischen Forderungen der EL. Die Komitees behandelten verschiedene Problembereiche:

1. Komitee : internationale Rohstoffprobleme,
2. Komitee : Handel mit Fertig- und Halbfertigwaren,
3. Komitee : Verbesserung des unsichtbaren Handels der EL und einer Finanzierung der Ausweitung des internationalen Handels,
4. Komitee : Untersuchung von Methoden und der Maschinerie zur Durchführung von Maßnahmen der Ausweitung des internationalen Handels,

1. vgl. Annex I

2. vgl. United Nations, The United Nations Conference on Trade and Development, in: Yearbook of the United Nations 1964, a.a.O., S. 196

3. In den Komitees arbeiteten nicht alle UN-Mitglieder aktiv mit, wie aus den Anträgen und Abstimmungsergebnissen zu erschließen ist. vgl. United Nations, Proceeding of the United Nations Conference on Trade and Development, Volume I, a.a.O., S. 101-368

5. Komitee : Ausweitung des internationalen Handels und seine Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Implikationen für die regionalen Gruppenvereinigungen.

In den Komitees arbeiteten Vertreter aller UN-Gruppen als „Committee of the Whole“ an der Ausarbeitung von themenzentrierten Vorschlägen, welche dem Plenum zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollten.¹

Die Beschlüsse der Konferenz basierten auf Vorschlägen des Präsidenten der Konferenz, die dieser in den letzten Tagen der Konferenz der Vollversammlung zur Beschlußfassung und Abstimmung vorlegte. Diese reflektierten Übereinkommen, welche im Prozeß der Verhandlungen und Überlegungen von repräsentativen Gruppen der vertretenen Nationen (working parties) ausgehandelt worden waren, wurden sowohl im 5. Komitee diskutiert als auch der Vollversammlung zur Abstimmung vorgelegt.² Die wichtigsten Ergebnisse inhaltlicher Art der Konferenz sind:

- fünfzehn „generelle Prinzipien“,
- dreizehn „spezielle Prinzipien“,
- acht Prinzipien, die vom Seeweg abgetrennten Länder betreffend,
- Empfehlungen die Rohstoffe, verarbeitete Güter, Finanzierung und Handelsausweitung, Verbesserung des „unsichtbaren Handels“, ein Arbeitsprogramm auf dem Feld von Handel und Entwicklung betreffend.³

Durch die Institutionalisierung der Konferenz als Organ der Vollversammlung durch die GA Resolution 1995 (XX) vom 30. Dezember 1964 eröffneten sich für die EL neue zukunftsweisende Möglichkeiten, ihre Forderungen durch die Nutzung der darin

1. vgl. United Nations, Proceeding of the United Nations Conference on Trade and Development, Volume I, a.a.O., S. 101-368
2. vgl. United Nations, The United Nations Conference on Trade and Development, in: Yearbook of the United Nations 1964, a.a.O., S. 198
3. vgl. ebenda

geschaffenen Organe zu formieren.¹

4. Die Situation der Rohstoffe für die Entwicklungsländer von 1962 bis 1964

Die Jahre 1962 - 1964 sind hinsichtlich der Rohstoffpreise in zwei verschiedene Zeitabschnitte zu unterteilen. Der erste Zeitabschnitt bis 1963 zeigt fallende Rohstoffpreise.² Lediglich die agrarischen Rohstoffe deuten schon 1962 einen beginnenden Preisanstieg an.³ Von 1963 bis zum Jahre 1964 erholen sich die Rohstoffpreise und steigen auf Preise an, wie sie zu Beginn der 50er Jahre bestanden.⁴ Der bei fast allen Rohstoffen zu verzeichnende Preisanstieg⁵ führte zu einer Verbesserung der Einnahmen der rohstoffexportierenden EL. Die aber auch für diese Jahre typischen Begleiterscheinungen der EL-Ökonomien - hohe Inflation, zu Ungunsten der EL bestehende terms of trade, hohe Außenhandelsdefizite - reduzierten diese Gewinne der EL aus dem Rohstoffhandel - gesamtwirtschaftlich betrachtet - erheblich.⁶

-
1. vgl. Wang, Jen Huong; Die Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung (UNCTAD) als neuer Faktor in der internationalen Organisation des Welthandels, Diss., Heidelberg 1970
 2. vgl. United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 164, Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 151 und Kebschull, Dietrich; Künne, Wilfried; Menck, Karl Wolfgang; a.a.O., S. 65-71
 3. vgl. ebenda, S. 65
 4. vgl. für agrarische Rohstoffe und Industrierohstoffe ebenda, S. 56
 5. vgl. ebenda, S. 68-79 und vgl. United Nations, World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1964, a.a.O., S. A 217-220
 6. vgl. ebenda

5. Die Präsenz der Entwicklungsländer im ECOSOC

	1962	1963	1964	
1. Brasilien	- # + 1	El Salvador	# 1	Australien w
2. Dänemark		w Äthiopien	* - # + a	Kolumbien 1
3. Japan		w Frankreich		w Indien * # + a
4. Polen		o Italien		w Senegal # a
5. UdSSR		o Jordanien	* #	a USA w
6. England		w Uruguay	- #	1 Jugoslawien - # + o
7. El Salvador	#	1 Australien		w Argentinien # 1
8. Äthiopien	* - # + a	Kolumbien		1 Österreich w
9. Frankreich		w Indien	* # + a	Tschechoslowakei o
10. Italien		w Senegal	#	a Japan w
11. Jordanien	* #	a USA		w UdSSR o
12. Uruguay	- #	1 Jugoslawien	- + o	England w
13. Australien		w Argentinien	# 1	Algerien - # + a
14. Kolumbien		1 Österreich		w Chile # 1
15. Indien	* # + a	Tschechoslowakei		o Ecuador # + 1
16. Senegal	#	a Japan		w Frankreich w
17. USA		w USSR		o Irak # a
18. Jugoslawien	- + o	England		w Luxemburg w
	3 4 7 4		3 3 7 3	1 2 8 4

Zeichenerklärung: * = Teilnehmer der Konferenz von Bandung / - = Teilnehmer der Konferenz von Kairo /
= Mitgliedsländer der "Gruppe der 77" (Stand 1964) / + = Teilnehmer der Konferenz von Belgrad

Gruppenzugehörigkeiten

	1962	1963	1964
w = westeuropäische und andere Länder	7	7	7
o = Osteuropäische Länder	3	3	3
a = afroasiatische Länder	4	4	4
afrikanisch	2	2	2
asiatisch	1	1	1
arabisch	1	1	1
l = lateinamerikanische Länder	4	4	4 ¹

Für die Zeit von 1962 - 1964 kann eine kontinuierliche Präsenz der EL (8) im ECOSOC festgestellt werden.

1. vgl. United Nations, Annex III, Structure of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 684

United Nations, Annex III, Structure of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 713

United Nations, Annex III, Structure of the United Nations, in: Yearbook of the United Nations 1964, a.a.O., S. 620 f

II. DIE FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER WÄHREND DER VIERTEN PHASE

1. Verfügungsziel

1.1. Die Entwicklung der Forderungen

Das verfügungspolitische Ziel der EL, über die Rohstoffe nach ihrem Gutdünken und Nutzen verfügen zu können, blieb auch während der vierten Phase so bestehen, wie es schon vordem konkret ausgeprägt war.

In das Ziel, durch einen Verkauf ihrer Rohstoffe ihre wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, wurden nun auch die verarbeiteten Produkte mit einbezogen. Gleichzeitig genügte den EL der „Nur-Verkauf“ ihrer Rohstoffprodukte nicht mehr. Die schon bestehende Forderung des Verfügungszieles, die Entwicklung der EL-Ökonomien durch den Verkauf von Rohstoffen finanzieren zu können, wurde qualitativ verstärkt. In der ECOSOC Resolution 917 (XXIV) vom 3. August 1962 forderten alle EL¹ die schnelle Ausweitung ihrer Exporte. Sie versprachen sich davon steigende Einkünfte auch aus dem Bereich des Rohstoffexportes.² Diese Resolution basierte auf einem Vorschlag der „Blockfreien Länder“ im ECOSOC, bei einer Mitarbeit Senegals.³

Diese Forderung wurde in der GA Resolution 1785 (XVII) vom 8. Dezember 1962, der inhaltlich EL-Forderungen zugrunde lagen, mit einer Erweiterung dieser Erwartung auf die Halbfertigprodukte wiederholt.⁴ Diese Resolution wurde von 35 der 57 afroasiatischen Länder der UN eingebracht, wobei sich die Länder der Konferenz von Belgrad und Kairo zwar nicht als völlig identisch mit den An-

1. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 177

2. „The General Assembly ... Bearing in mind the vital importance of the rapid growth of exports and export earnings of developing countries, of primary products and manufactures, for promoting their economic development, ...“
ECOSOC Resolution 917 (XXXIV) vom 3. August 1962

3. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 177 und im Text V.Teil, I.5.

4. vgl. ehen da. S. 175-180

tragstellern, jedoch als eine initiative Kerngruppe erwiesen.¹ Eine neue Variante des Verfügungszieles entstand durch die einstimmig angenommene ECOSOC Resolution 916 (XXXIV) vom 3. August 1962. Auch hier ergriff der auf Senegal erweiterte Kern der im ECOSOC vertretenen Länder der Konferenz von Kairo durch die draft resolutions wieder die Initiative.²

Von den Rohstoffen verlangten die EL einstimmig die wirtschaftliche Basis ihrer Entwicklung auch in der Hinsicht zu sein, daß der eigene Bedarf an Rohstoffen und Energie trotz der Rohstoffexporte sicherzustellen sei. Die Forderung über die Rohstoffe nach Maßgabe der EL-Bedürfnisse verfügen zu können, wurde im Jahre 1963 mit der Zusatzforderung versehen, über die Gesamtkonomie nach eigenem Gutdünken auch planerisch verfügen zu können. Dieses implizierte die Forderung nach der Befähigung von EL-Personal, diese technischen Fähigkeiten zu erlangen, bzw. zu verbessern. Betont wurde dabei die Notwendigkeit einer eigenen Planung. Dieses geschah in der einstimmig angenommenen ECOSOC Resolution 979 (XXXVI) vom 1. August 1963³ und in der einstimmig angenommenen GA Resolution 1939 (XVIII) vom 11. Dezember 1963⁴. Dieser Resolution lag eine draft resolution unter Beteiligung einiger EL zugrunde.⁵ Eine draft resolution von 75 EL, welche am 18. Oktober 1963 als Annex zur GA Resolution 1897 (XVII) vom 11. November 1963 einstimmig angenommen wurde⁶, forderte für die Erreichung eines wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes der EL von den EL die Aktivierung all ihrer Ressourcen.

1. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 178 f

2. vgl. ebenda, S. 234 und vgl. die draft resolutions zur Resolution im Annex IV mit der Liste der Teilnehmerländer im Annex I

3. vgl. United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 152

4. vgl. ebenda, S. 153

5. vgl. ebenda und Annex IV

6. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 171 f

Gefordert wurde ein größeres EL-Engagement im Bereich der Produktion der Rohstoffe, bei der Vermarktung und bei der Verarbeitung von Rohstoffen.

Die EL erhofften sich von der Konferenz über Handel und Entwicklung nicht nur Fortschritte, sondern die Erreichung eines sich selbst finanzierenden Wachstums.¹ Wichtig ist festzustellen, daß das Verfügungsziel nicht mehr abstrakt, sondern sehr konkret unter Angabe von Mitteln und Wegen zur Erreichung des gewünschten Zieles gefordert wurde.

Die Konferenz für Handel und Entwicklung bestätigte das prinzipielle Recht der EL über ihre Rohstoffe nach ihren Interessen, bzw. dem Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung und zum Wohle der eigenen Völker zu verfügen.² Bei der Abstimmung im Plenum stimmten fast alle EL für die Annahme des Principle Three (Ausnahme: Kamerun, Nicaragua und Peru, die sich der Stimme enthielten). Im Fünften Komitee dagegen stimmten alle EL für die Annahme des Principle Three (63:3:18).³

Im General Principle Fourteen wurde von den EL eine besonders scharf formulierte Forderung bezüglich des Rechtes der EL über ihre Ressourcen verfügen zu können erreicht.⁴ Die westlichen IL lehnten geschlossen die von den EL beschlossene inhaltliche Verknüpfung des Kolonialismus in all seinen Formen mit der wirtschaftlichen Entwicklung der EL ab.⁵

1. "... The developing countries look to the Conference to help them reach the stage of self-sustaining growth."
GA Resolution 1897 (XVIII) vom 11. November 1963

2. "General Principle Three
Every country has the sovereign right freely to dispose of its natural resources in the interest of the economic development and well-being of its own people."

3. Annex A.I.1. des Final Act in: United Nations, Proceedings of the United Nations Conference in Trade and Development, Volume I, a.a.O., S. 18 und S. 309 und Annex IV

4. vgl. ebenda, S. 21 und S. 312 und Annex IV

5. "General Principle Fourteen
Complete decolonisation in compliance with the United Nations Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples and liquidation of the remains of colonialism in all its forms, is a necessary condition for economic development and the exercise of sovereign rights over natural resources."

1.2. Zusammenfassende Wertung

1.2.1. Zielgleichheit

Im vierten Zeitraum der Betrachtung war das Grundziel des verfügenspolitischen Anspruches zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Alle EL-Forderungen gingen inhaltlich von dieser Forderung aus und nur bei der UNCTAD-Konferenz wurde bei den General Principles unter General Principle Three noch einmal das funktionale Verfügungsziel mit den Stimmen aller EL verkündet.¹ Es herrschte bei dem Grundsatzziel, wie auch bei den sich daraus ableitenden oder erweiterten Forderungen eine vollkommene Zielgleichheit der EL. Hierbei wurde das verfügenspolitische Ziel mit Zusätzen verbunden, die in die Bereiche der anderen Forderungen hineingingen. Diese spiegelt die komplexe Realität der rohstoffpolitischen Forderungen wieder. Bei totaler EL-Zielgleichheit wurde das Verfügungsziel erweitert auf die Forderungen nach:

- größeren Erträgen aus der funktionalen Anwendung des Zieles durch gesteigerte Exportgewinne²,
- größeren Erträgen aus dem Export der Halbfertigwaren³,
- Sicherung des Eigenbedarfes an Rohstoffen für die eigene wirtschaftliche Entwicklung über den lohnenden Verkauf hinaus⁴,
- Durchführung einer eigenen Planung, bzw. eines Trainings von geeigneten EL-Personal, um sowohl die Ausbeutung der Ressourcen als auch die Entwicklung der damit finanzierten EL-Ökonomien selber zu betreiben⁵,

1. vgl. United Nations, Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Volume I, a.a.O., S. 18 und S. 309 und Annex IV

2. vgl. die einstimmig angenommene ECOSOC Resolution 917 (XXXIV) vom 3. August 1962

3. vgl. GA Resolution 1785 (XVII) vom 8. Dezember 1962

4. vgl. ECOSOC Resolution 916 (XXXIV) vom 3. August 1962

5. vgl. ECOSOC Resolution 979 (XXXVI) vom 1. August 1963 und GA Resolution 1939 (XVIII) vom 11. Dezember 1963

- Aktivierung aller EL-Ressourcen¹,
- kompletter Dekolonisation und Aufhebung auch aller Relikte des Kolonialismus (colonial rests) als Vorbedingung einer wirtschaftlichen Entwicklung der EL (General Principle Fourteen)².

Diese „radikale“ abstrakte Forderung nach Aktivierung aller EL-Ressourcen hat große Bedeutung, weil sie eine originäre EL-Forderung ohne jegliche Mitarbeit oder Beeinflussungsmöglichkeit der IL darstellt. Dies war die erste offizielle Deklaration der „Gruppe der 77“.

Es läßt sich bei vollständiger Zielgleichheit der EL eine Radikalisierung der EL-Forderungen feststellen.

1. vgl. GA Resolution 1897 (XVIII) vom 11. November 1963
2. vgl. United Nations, Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Volume I, a.a.O., S. 21 und S. 312 und Annex IV

1.2.2. Aktionsformation

Zusammenarbeit

Bei den folgenden draft resolutions zeigt sich eine Gruppenzugehörigkeit:

Zahl vorhandener Vertreter der Gruppe / Block im Vergleich zur Zahl der aktiven Länder¹

draft resolution	Bandung	Belgrad	Kairo	Gruppe d. 77
zu ECOSOC Resolution 917 (XXXIV) vom 3. August 1962	(3)	(4)	(4)	(7)
E/L. 958 and Add.1, Rev.1/Rev.1/Corr.1 Rev.2	2	4	3	4
zu ECOSOC Resolution 916 (XXXIV) vom 3. August 1962	(3)	(4)	(4)	(7)
E/AC.6/L.957 and Corr.1	2	4	3	4
E/AC.6/L.281 and Corr.1 and Rev.1 and 2	2	4	3	5
zu GA Resolution 1785 (XVII) vom 3. Dezember 1962	(21)	(26)	(34)	(67)
A/C.2/L.648 and Add.1-5, Add.5/Corr.1	9	14	13	24
A/C.2/L.648/Rev.2 and Corr.1	14	13	19	28
zu GA Resolution 1897 (XVIII) vom 11. November 1963				(75)
A/C.2/L.722 and Rev.1				75
Abstimmung zu General Principle Three (UNCTAD I) im Plenum				(77) 76
Abstimmung zu General Principle Fourteen (UNCTAD I) im Plenum				(77) 77

1. Die Zahl der im angesprochenen Organ der UN vorhandenen Länder des Blockes sind in Klammern gesetzt. Wenngleich die „Gruppe der 77“ sich erst im Oktober 1963 konstituierte, so ist es doch interessant, die Initiativkraft der darin organisierten Länder schon 1962 zu sehen.

Beim Maß der Zusammenarbeit erreicht die „Gruppe der 77“ mit der gemeinsamen Erklärung vom 18. Oktober 1963, welche von der GA als Annex zur GA Resolution 1897 (XVIII) am 11. November 1963 angenommen wurde, ihre größte Einheit. Vor der Existenz der „Gruppe der 77“ gab es auf der Ebene der blockfreien Länder - der Länder, die an der Konferenz von Belgrad teilgenommen hatten - das größte Maß an Zusammenarbeit. Keiner der Blöcke der EL, die auf der Ebene der UN vorhanden waren, waren in der Lage, in der Form regelmäßiger Treffs oder Konsultationen zusammenzuarbeiten. Dieses fand seinen Niederschlag in der zwar hohen Beteiligung der Blockländer an draft resolutions, begründet in einer ideellen Zielgleichheit, einer jedoch unzureichenden kontinuierlichen Zusammenarbeit.

Somit läßt sich für die Gesamtheit der EL sagen, daß eine Auflösung der Gruppenabstimmung der EL zugunsten einer Blockabstimmung stattgefunden hat. Diese Blöcke entwickelten bei der Vorlage von draft resolutions ein hohes Maß an Zusammenarbeit.

Abstimmungsverhalten

Die EL zeigten beim Abstimmungsverhalten ein vollkommenes Maß an Einheit (vgl. Zielgleichheit). Da die Resolution inhaltlich Forderungen der EL enthalten, bzw. bei einer Zusammenarbeit der EL entstanden sind, sind sie somit das Resultat von EL-Konsultationen und es kann von einem vollkommenen Abstimmungsverhalten bzw. von Gleichheit gesprochen werden.

Innere und äußere Geschlossenheit

Die EL traten bei den Abstimmungen geschlossen als Gruppe auf, ohne sich jedoch vor der UNCTAD-Konferenz bei den Abstimmungen von den übrigen UN-Mitgliedern zu unterscheiden. Auf der UNCTAD-Konferenz zeigte sich bei den relevanten General Principles eine klare Nord-Süd-Differenzierung, sodaß letztlich von einer Unterscheidung der EL beim Abstimmungsverhalten gesprochen werden kann. Die EL traten dabei in ihrer Gesamtheit nicht durch einen Sprecher auf. Dennoch kann von einem hohen Maß an innerem und äußerem Gruppenzusammenhalt gesprochen werden.

Das Maß der Aktionsformation

Vorhanden sind:

- eine hohe Zusammenarbeit,
- eine vollkommene Übereinstimmung bei Abstimmungsverhalten,
- ein hohes Maß an äußerem und innerem Gruppenzusammenhalt.

Somit ist nur eine geringe Aktionsformation zu vermerken.

Wenngleich die „Gruppe der 77“ eine beträchtliche Anzahl von EL darstellt, so sind doch von der Gesamtsumme der bis zum März 1964 in den UN versammelten 81 EL (61 afroasiatische, 20 lateinamerikanische) eben nur 77 in der „Gruppe der 77“ organisiert. Weder die „Gruppe der 77“ noch ein anderer Block arbeiten als Interessenseinheit nachweislich zusammen, indem sie in gleichbleibender personeller Besetzung den UN-Gremien Vorschläge in ihrem Interesse vorlegten, bzw. Forderungen aufstellten. Somit ist eine ad hoc Formation der „Gruppe der 77“ nicht gegeben.

1.3. Das Maß der Formierung

Beim Verfügungsziel ergab sich für die EL folgende Formierung ihrer rohstoffpolitischen Forderungen:

- eine vollkommene Zielgleichheit,
- eine geringe Aktionsformation.

Zielgleichheit -->

Formierung

<-- Aktionsformation

geringe	kleine	keine
	mittlere	geringe
mittlere		
hohe	große	ad hoc
vollkommene	vollkommene	vollkommene

Die Formierung der EL ist groß. (7,5)

2. Verfügungsziel - agrarische Rohstoffe

2.1. Die Entwicklung der Forderungen

Das funktionale Verfügungsziel hinsichtlich der agrarischen Rohstoffe war im Jahre 1962 besonders im Bereich der Forderungen nach strukturellen Veränderungen innerhalb der EL stark ausgeprägt. Alle EL sahen die Notwendigkeit von Landreformen ein und forderten diese, wie in der ECOSOC Resolution 916 (XXXIV) vom 3. August 1962¹. Sie verbanden diese Forderung mit der Hoffnung auf eine Leistungssteigerung im agrarischen Sektor. Zur Realisierung von Landreformen forderte die ECOSOC Resolution 887 (XXXIV) vom 24. Juli 1962 mit den Stimmen aller EL, wie auch die GA Resolution 1828 (XVII) vom 18. Dezember 1962² konkrete Maßnahmen. Sie forderten die Errichtung von nationalen Diensten für die Auswertung des Fortschrittes durch Landreformen und ihre sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen. Außerdem verlangten sie die Errichtung von regionalen landwirtschaftlichen Forschungs- und Trainingsinstituten zur Ausarbeitung von Landreformen und zur Ausbildung für dazu fähigem Personal. Bei diesen Maßnahmen sollten die FAO, die regionalen Wirtschaftskommissionen, andere UN-Agenturen und das Sekretariat der UN mitarbeiten.

Von den agrarischen Rohstoffen erwarteten die EL eine schnelle Entwicklung der Fähigkeit, die Bedürfnisse des eigenen Landes zu befriedigen. Dies kam in der Forderung der „Gruppe der 77“, die als Annex zur GA Resolution 1897 (XVII) vom 11. November 1963 einstimmig angenommen wurde, zum Ausdruck.³

Diesem Ziel dienten auch die 1963 wieder von den EL geforderten Landreformen. In zwei UN-Deklarationen wurde ihre Verwirklichung mit detaillierten Angaben gefordert.

1. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 234
2. vgl. ebenda, S. 267
3. vgl. United Nations, International Trade and Commodity, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 171 f

In der ECOSOC Resolution 975 D (XXXVI) vom 1. August 1963 wurden die Regierungen von Mitgliedsstaaten einstimmig dazu aufgefordert¹, da, wo Landreformen nötig seien, Programme zur Erreichung von Landreformen unter Einbeziehung von Community Development Programmes aufzustellen. Sie sollten Informationen über Landreformen und ihre Auswirkungen auf die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen, wie auch über die finanziell vorteilhaften Ergebnisse von Landreformen austauschen. Die Regierungen wurden aufgefordert, sich der dazu bereitstehenden Institutionen der UN - des Special Fund, des Expanded Programm of Technical Assistance, der FAO und der International Labour Organisation - zu bedienen.

Die UN - besonders die regionalen Wirtschaftskommissionen, wie auch die oben aufgeführten Organisationen und der Generalsekretär - wurden aufgefordert, bei der Verwirklichung und Planung von Landreformen mitzuarbeiten.

Die einstimmig angenommene GA Resolution 1932 (XVIII) vom 11. Dezember 1963, der draft resolutions von EL zugrunde lagen², verstärkte diese Forderung. Betont wurde noch einmal der Zusammenhang von industrieller Entwicklung und der Notwendigkeit der Veränderung und Verbesserung der agrarischen Strukturen. Gleichzeitig wurde verdeutlicht, daß Landreformen zu den souveränen Rechten der Staaten gehören.³ Die Konferenz von Genf (UNCTAD I) bestätigte in ihrem Final Act noch einmal den engen Zusammenhang der Forderungen von Modernisierung der wirtschaftlichen Produktion mit all ihren Implikationen und der Forderung nach Industrialisierung. Diese Forderung mit ihrer inhaltlichen Verknüpfung wurde im Special Principal Two von allen Konferenzteilnehmern im Plenum wie auch im 5. Komitee bestätigt.⁴

1. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 241

2. vgl. ebenda, S. 241 f

3. „The General Assembly ... Recognizing that land reforms in within the sovereign rights of States, ...“
GA Resolution 1932 (XVIII) vom 11. Dezember 1963

4. vgl. United Nations, Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Volume I, a.a.O., S. 22 und S. 314 und Annex IV

2.2. Zusammenfassende Auswertung

2.2.1. Zielgleichheit

Das Verfügungsziel über die agrarischen Rohstoffe wurde in der Zeit von 1962 - 1964 unter dem allen EL gemeinsamen Aspekt der Effektivierung und Modernisierung der Landwirtschaft gesehen. Das Ziel einer effektiven Versorgung der Bevölkerung der eigenen Länder mit Nahrungsmitteln wurde dabei im engen Zusammenhang mit dem Ziel einer Industrialisierung gesehen. Dabei sollte den agrarischen Rohstoffen die Aufgabe zukommen, die Nahrungsmittelversorgung bei der Industrialisierung der EL sicherzustellen.¹ Dazu forderten die EL einstimmig die Durchführung von Landreformen. Das Thema „Landreformen“ war besonders im Vorfeld der UNCTAD-Konferenz - bezüglich der agrarischen Rohstoffe - das von den EL in den Vordergrund gestellte Thema. Zur Erreichung und Durchführung von notwendigen Landreformen forderten die EL:

- einen nationalen Service, der die Regierungen der EL im eigenen Lande über die Vorteile der Landreform und ihre günstigen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen informiere,
- den Einsatz aller relevanten UN-Organisationen bei der Untersuchung der Notwendigkeiten und der Durchführung von Landreformen, sowie die Ausbildung von dazu fähigem EL-Personal,²
- die Mitarbeit der UN-Mitgliedsregierungen bei der Erstellung von Planungen,
- die Inanspruchnahme der relevanten UN-Organisationen durch die UN-Mitgliedsländer.³

Es kann von einer vollkommenen Zielgleichheit der EL gesprochen werden.

1. vgl. United Nations, Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Volume I, a.a.O., S. 22 und S. 314, Annex IV und GA Resolution 1897 (XVIII) vom 11. November 1963 in: United Nations, International and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 171 f
2. vgl. ECOSOC Resolution 887 (XXIV) vom 24. Juli 1962, GA Resolution 1828 (XVII) vom 18. Dezember 1962
3. vgl. ECOSOC Resolution 975 D (XXXVI) vom 1. August 1963, GA Resolution 1932 (XVII) vom 11. Dezember 1963

2.2.2. Aktionsformation

Zusammenarbeit

Gemessen wird die Zusammenarbeit am Maß der schon existierenden Blöcke, die sich seit 1955 mit einem Auftrag an die in den UN vertretenen Mitglieder gebildet hatten.

draft resolution	Bandung	Belgrad	Kairo	Gruppe d. 77
zu ECOSOC Resolution 917 (XXXIV) vom 3. August 1962	(3)	(4)	(4)	(7)
E/L.958 and Add.1, Rev.1/ Corr. 1, Rev.2	2	4	3	4
Zu ECOSOC Resolution 916 (XXIV) vom 3. August 1962 siehe Verfügungsziel				
zu GA Resolution 1932 (XVIII) vom 11. Dezember 1963	(21)	(26)	(34)	(68)
A/C.2/L.272/Rev.1	0	0	0	2
A/C.2/L.273/Rev.2 and Rev.3	1	1	0	4

Es läßt sich auf der Ebene des ECOSOC bei den Teilnehmerländern der Konferenz von Belgrad eine enge Zusammenarbeit feststellen. Für die Gesamtheit der EL ist jedoch eine solche Zusammenarbeit nicht festzustellen. Somit herrscht nur ein geringes Maß an Zusammenarbeit.

Abstimmungsverhalten

Wie schon bei der Zielgleichheit festgestellt, stimmten alle EL bei den Abstimmungen gleich ab. Da den Resolutionen aber keine Zusammenarbeit in dem Maße zugrunde lag, daß von EL-Konsultationen gesprochen werden konnte, kann kein vollkommenes Abstimmungsverhalten angenommen werden. Da die Forderungen der Resolutionen aber alle EL-Forderungen enthalten, kann von einer Geschlossenheit der EL bei den Abstimmungen gesprochen werden.

Innere und äußere Geschlossenheit

Die EL zeigten beim Abstimmungsverhalten zu den relevanten Resolutionen¹ keine Unterscheidung vom Abstimmungsverhalten der übrigen UN-Mitglieder. Es herrschte bei diesen Forderungen eine große Einmütigkeit unter den UN-Mitgliedern. Da weder die EL als Gesamtheit, noch einer der Blöcke der EL mit einem Sprecher auftraten, ist keine innere und äußere Geschlossenheit feststellbar.

Das Maß der Aktionsformation

Festgestellt werden kann:

- eine geringe Zusammenarbeit,
- ein geschlossenes Abstimmungsverhalten,
- kein innerer oder äußerer Zusammenhalt.

Somit herrscht nur eine geringe Aktionsformation.

1. vgl. die mit (VA) markierten Resolutionen im Annex IV

2.3. Das Maß der Formierung

Beim Verfügungsziel hinsichtlich der agrarischen Rohstoffe kann festgestellt werden:

- eine vollkommene Zielgleichheit,
- eine geringe Aktionsformation

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
mittlere	mittlere	geringe
	große	ad hoc
hohe		
vollkommene	vollkommene	vollkommene

Für die Gesamtheit der EL kann eine große Formierung festgestellt werden. (7,5)

3. Die völkerrechtliche Sicherung des Verfügungszieles

In der Zeit von 1962 bis 1964 wurde von den EL kein Versuch mehr unternommen, das Recht, über die Ressourcen und Rohstoffe in ihren Ländern verfügen zu können, durch die Einbindung in die Menschenrechte, auch völkerrechtlich zu sichern.

Die „Draft International Convenience on Human Rights“ konnten in diesem Zeitraum von der Vollversammlung nicht verabschiedet werden. In der GA Reslution 1960 (XVIII) vom 12. Dezember 1963 wird als Grund für die weitere Verzögerung angegeben, daß die Neuaufnahme soviel neuer Mitglieder in die Vereinten Nationen es notwendig mache, auch diesen Ländern die Gelegenheit zu geben, ihre Meinung zu diesem Thema darzulegen.

Im Final Act der Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) wird mit den Stimmen aller EL und der meisten IL im General Principle One den Ländern das Recht auf Selbstbestimmung ohne jede weitere inhaltliche Konkretisierung ausgesprochen.¹ Gleichzeitig wurde im General Principle Fourteen, gegen die Stimmen aller westlichen IL², die Ausübung des Rechtes auf souveräne Bestimmung der Völker und Nationen unter die Bedingung der Aufhebung des Kolonialismus in all seinen Formen gestellt.

Es ist zwar eine vollkommene Zielgleichheit der EL auf der Ebene der UNCTAD I festzustellen, da es jedoch bis zur UNCTAD-Konferenz zu keiner Aktionsformation der EL zu diesem Thema kommt, und die zur Verfügung stehenden Daten zur UNCTAD-I-Konferenz keine vertretbaren Aussagen über eine Aktionsformation zulassen, kann eine Weiterentwicklung des Formierungsgrades der EL hier nicht gemessen werden.

1. „General Principle One

Economic relations between countries, including trade relations, shall be based on respect for the principle of sovereign equality of States, self-determination of peoples, and non-interference in the international affairs of other countries.“ in: United Nations, Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Volume I, a.a.O., S. 18 und S. 308

2. vgl. ebenda, S. 21 und S. 312 und Annex IV

4. Kontrollziel

Bis zum Jahre 1964 wurde das Kontrollziel in gewohnter Weise von den EL nur als Nebenforderung angesprochen. Sie forderten, die technische Hilfe für EL (Hauptforderung) unter das Primat der souveränen Pläne der EL zu stellen.¹ Ebenso wurde die Realisierung der Forderung nach Landreformen zum souveränen Recht der Staaten erklärt.²

Auch auf der UNCTAD-Konferenz wurden von den EL keine direkten Kontrollzielforderungen gestellt. Die im General Principle One erhobenen Forderungen sprachen keinen Adressaten an und enthielten auch keine Verbotsnormen zur Unterstützung des Verfügungszieles.

Die EL stimmten sowohl im Plenum (113:1:2) als auch im Fünften Komitee (84:1:2) geschlossen für das Prinzip.³

Auch im General Principle Eleven wurden Forderungen zum Kontrollziel in unveränderter Weise nur als Nebenforderung gestellt, indem sie die Forderungen der EL nach technischer und sonstiger Hilfe von den IL begleiteten. Erklärt wurde im Principle, die geforderte Hilfe dürfe nicht Gegenstand irgendwelcher militärischer oder politischer Bedingungen sein.⁴

Da die Forderungen der EL zum Kontrollziel noch keine eigenständigen Hauptforderungen geworden waren und ihnen die Aktionsformationen zu den Hauptforderungen nicht zugerechnet werden können, ist auch hier keine Messung des Formierungsgrades der Forderungen der EL zum Kontrollziel möglich.

5. Erlössteigerungs- und -sicherungsziel

5.1. Die Entwicklung der Forderungen

Im Jahre 1962 waren die wirtschaftlichen Forderungen der

-
1. vgl. ECOSOC Resolution 949 (XXXVI) vom 5. Juli 1963
 2. vgl. GA Resolution 1932 (XVIII) vom 11. Dezember 1963
 3. vgl. United Nations, Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Volume I, a.a.O., S. 18 und S. 308
 4. vgl. ebenda, S. 21

EL im großen Maße mit der organisatorischen Frage nach den Modalitäten der Konferenz für Handel und Entwicklung verknüpft. Am 3. August 1962 wurde in der einstimmig beschlossenen ECOSOC Resolution 917 (XXXIV)¹ das Stattfinden der Konferenz beschlossen. Dies wurde durch die GA Resolution 1785 (XVIII) vom 8. Dezember 1962 bestätigt. Der Beginn der Konferenz wurde auf den Zeitraum zwischen September 1963 und dem Beginn des Jahres 1964 festgelegt.

Nochmals hervorgehoben wurde in den ECSOC Resolutionen 917 und 919 (XXXIV) vom 3. August 1962 das Ziel der Entwicklungsdekade, bis zum Jahre 1970 eine jährliche Steigerungsrate des Nationaleinkommens der EL von 5 % Minimum zu erreichen. Dabei wurde die existenzielle Wichtigkeit eines schnellen Zuwachses an Exportgewinnen für die EL aus dem Verkauf von Rohstoffen und verarbeiteten Waren hervorgehoben. Bei der Vorlage von draft resolutions erwiesen sich die blockfreien Länder im ECOSOC als federführend.² Die einstimmig angenommene ECSOC Resolution 916 (XXXIV) vom 3. August 1962 forderte zur Erreichung dieser Ziele internationale Rohstoffabkommen und kompensatorische Abkommen, um die excessiven Preisschwankungen von Rohstoffen in ihrer Wirkung auf die EL zu mindern. Außerdem beschloß der ECOSOC die Bildung eines „Preparatory Committee“, welches vom Rat zusammengestellt wurde und sich Anfang 1963 treffen sollte, um die Tagesordnung der Konferenz zu besprechen.³

Die Hoffnung auf eine Verbesserung der EL-Ökonomien einigte die EL. Wenngleich besonders die EL beklagten, daß alle bisherigen UN-Resolutionen zur Reduzierung excessiver Rohstoffpreisschwankungen wenig erreicht hätten, außer die Weltöffentlichkeit auf die Probleme des internationalen Handels aufmerksam zu machen, so erhofften sie sich doch einen Wechsel durch die Konferenz für Handel und Entwicklung.

-
1. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 177
 2. vgl. ebenda, S. 177 und S. 185 und die draft resolutions zu den ECOSOC Resolutionen 917 und 919 (XXXIV) vom 3. August 1962
 3. vgl. ebenda S. 234 f

Sie erhofften sich davon eine Untersuchung der ganzen Bandbreite der Handelsprobleme, mit denen die EL zu kämpfen hatten, und die Vorlage von Lösungen auf einer weltweiten Basis.¹ 35 EL, in der Hauptsache afroasiatische Länder, trugen eine draft resolution vor, in der sie diesen Hoffnungen in der Form von Forderungen Ausdruck gaben. Sie forderten als Schwerpunkte auf der Konferenz zu behandeln:

- "(a) The need of an increasing trade of developing countries in primary commodities as well as in semi-manufactured and manufactured goods so as to ensure a rapid expansion of their export earnings and, for that purpose to examine the possibility of taking various measures and reformulating principles to this end.
- (b) Measures for ensuring stable, equitable and remunerative prices and rising demand for exports of developing countries.
- (c) Measures for the removal of tariff and other trade barriers arising from industrialized countries, whether individually or from economic groupings with adversely affect the exports of developing countries and the expansion of international trade in general.
- (d) Methods and machinery to implement measures relating to the expansion of international trade."²

Es kann als großer Erfolg der EL betrachtet werden, daß diese Forderungen inhaltlich voll in die GA Resolution 1785 (XVII) vom 8. Dezember 1962 aufgenommen wurden. Fast alle UN-Mitglieder stimmten für die Resolution (91:0:1). Die EL stimmten geschlossen für die Resolution.³

-
- 1. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 173 und United Nations, Official Records of the General Assembly, Seventeenth Session, Plenary Meetings, Volume I, New York 1964, 1189th Plenary Meeting, S. 1073-1085
 - 2. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 176
 - 3. vgl. ebenda, S. 179

Darüber hinaus forderte die Resolution, der zahlreiche Vorschläge von EL zugrunde lagen¹, den Abschluß internationaler Rohstoffabkommen und eine internationale „Schadensersatzfinanzierung“ (compensatory financing) für Einkommensverluste der EL aus Preisschwankungen des internationalen Rohstoffmarktes. Die Forderung nach einer kompensatorischen Finanzierung wurde in der ECOSOC Resolution 915 (XXXIV) vom 3. August 1962 mit den Stimmen aller EL bestätigt.² Die Resolution kam hauptsächlich auf Initiative von EL zustande.³ Die Resolution forderte das Modell einer Schadensersatzfinanzierung für Schwankungen bei Exportgewinnen zu prüfen. Diese Finanzierung sollte die Schäden von langzeitigen Rückgängen von rohstoffexportierenden Ländern und die Verschlechterung der terms of trade zu ungunsten der EL aufheben.

Die GA Resolution 1829 (XVII) vom 18. Dezember 1962, die hauptsächlich auf Initiative einiger EL zustande kam und der alle EL zustimmten⁴, stellte mit Zufriedenheit die Diskussion über dieses Thema und seine Behandlung durch den ECOSOC fest.

Erstmalig wurde in einer UN-Resolution im Jahre 1962 von strukturellen Veränderungen gesprochen. Einstimmig wurde das als Tatsache festgestellt, was in den folgenden Jahren als elementare Forderungen der „neuen Weltwirtschaftsordnung“ gekannt werden sollte. Die Generalversammlung bekannte sich einstimmig zu der Erkenntnis, daß die fortschreitende Industrialisierung der EL strukturelle Veränderungen des Welthandels nach sich ziehen würde.⁵

1. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 179 und Annex IV

2. vgl. ebenda, S. 184

3. vgl. ebenda und Annex IV

4. vgl. ebenda, S. 186 und Annex IV

5. „The General Assembly ...

Aware of the fact that the process of industrialization in the economically less developed countries is closely dependend on the expansion of the foreign trade of those countries and that, as the industrialization of the developing countries proceeds, the trade structure of the world will undergo considerable changes, ...”

GA Resolution 1821 (XVII) vom 18. Dezember 1962

Diese Feststellung - einstimmig angenommen in der GA Resolution 1821 (XVII) vom 18. Dezember 1962 - basierte auf zwei draft resolutions mit großer EL-Beteiligung.¹

Im Jahre 1963 konzentrierten sich die Forderungen der EL schon ganz auf die Konferenz für Handel und Entwicklung. Die EL erwarteten von der Konferenz die Verkündung neuer Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit und die Lösung langfristiger internationaler Rohstoffprobleme.²

Am 18. Oktober 1963 legte eine Gruppe von 75 EL („Gruppe der 77“) eine draft resolution vor, die von der Generalversammlung als Annex zur GA Resolution 1897 (XVIII) am 11. November 1963 einstimmig angenommen wurde.³ Alle bisherigen Forderungen der EL zum Handel und besonders zum Rohstoffhandel wurden darin wiederholt. Außerdem wurden die Erfolge des bisherigen Welthandelssystems als negativ für die EL gewertet. Gefordert wurde eine Veränderung dieses Welthandelssystems. Die Resolution sprach von der Notwendigkeit der Errichtung einer neuen internationalen Arbeitsteilung, von einer Umkehrung der bisherigen Handelstrends zur Erreichung der EL-Ziele und von der Notwendigkeit der Errichtung einer neuen internationalen Handelspolitik mit der Zielrichtung einer Hilfe und eines Schutzes für die EL. In der Resolution wurde die Aufdeckung der fundamentalen Handelsprobleme der EL verlangt und die Bereitschaft aller UN-Mitglieder, durch ein aktives Engagement den Problemen abzu-
helfen.

Speziell für den Bereich des Rohstoffhandels wurde die Abschaffung aller Handelsbarrieren und Restriktionen, die den Handel der EL behinderten und ein Anstieg des Rohstoffexportvolumens der EL zu stabilen und einträglichen Preisen verlangt.

1. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 263 und Annex IV
2. vgl. die einstimmig angenommene ECOSOC Resolution 997 (XXXVI) vom 1. August 1963, die einstimmig angenommene GA Resolution 1942 (XVIII) vom 11. Dezember 1963, in: United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 152 f
3. vgl. United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 171

Die Hoffnung der „Gruppe der 77“, daß die UNCTAD-Konferenz diese Forderungen übernehmen würde, erfüllte sich nicht. Die Gruppe war der Meinung, daß die Probleme des Rohstoffhandels auf der Konferenz nicht die adäquate Wertschätzung gefunden hätten. Hinsichtlich einer kompensatorischen Finanzierung der Rohstoffexportverluste und einer Verbesserung der terms of trade sahen sie die Erfolge der Konferenz nur als Anfangsschritte an. Ebenso bewerteten sie die dort entworfenen Modelle nur als den Beginn einer ernsthaften Betrachtung. Die Stärke der „Gruppe der 77“ lag in der gemeinsamen Bewertung der Ergebnisse der Konferenz. Es wäre jedoch übertrieben, die „Gruppe der 77“ schon 1964 eine Aktionseinheit zu nennen, denn ihre Zielgleichheit führte nicht zu gemeinsamen, von allen Gruppenteilnehmern vorgelegten Resolutionen während der Konferenz.¹

Die UNCTAD-I-Konferenz beschloß mit der Mehrheit der EL und gegen die Stimmen der westlichen IL im General Principle Seven nur die Forderungen, welche schon als „traditionelle EL-Forderungen“ bekannt waren.² Die Konferenz verlangte für den Rohstoffhandel gerechte und lohnende Preise, den Abbau von Handelshemmnissen der IL, um den EL den Zugang ihrer Rohstoffe zu den Märkten der IL zu erleichtern und die Einrichtung von internationalen Institutionen zur Erleichterung des Rohstoffhandels.

Zur Stützung der Rohstoffpreise forderte die Konferenz Gegenmaßnahmen zur Substituierungspolitik von Rohstoffen, welche die IL betrieben und die die Absatzmärkte der EL gefährdeten. Im Special Principle Six verlangten alle EL zur Effektivierung ihres Rohstoffhandels und zur Verbesserung des Erlöses aus dem Rohstoffhandel die technische Hilfe von den IL und die Gewährung finanzieller Unterstützung.³

Im Special Principle Seven verlangten die EL Arrangements zur Korrektur von ungleichen Erlösen, welche sich aus dem

-
1. vgl. United Nations, Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Volume I, a.a.O., S. 113 - S. 362
 2. vgl. ebenda, S. 2, S. 315 und Annex IV
 3. vgl. Special Principle Six, abgelehnt von der Gruppe der westlichen IL, in: ebenda, S. 23 und S. 315 und Annex IV

Verkauf von Rohstoffen im Vergleich zu dem Verkauf von verarbeiteten Gütern ergaben.¹ Bei den Rohstoffabkommen gab es eine Reihe von als alternativ empfohlenen Maßnahmen, die mit Rücksicht auf die verschiedenen Rohstoffe sich mit einer abstrakten Aufzählung von Rohstoffvertragsmöglichkeiten begnügten.² Diese erfüllten, wie oben dargelegt, die EL-Vorstellungen von einer neuen Handelspolitik in keiner Weise.

5.2. Zusammenfassende Auswertung

5.2.1. Zielgleichheit

Beim Erlössicherungs- und -steigerungsziel gab es in der Zeit von 1962-1964 eine generelle Einstimmigkeit der EL bei ihren Forderungen. Dabei wurden die Forderungen nach einer Verbesserung der Situation der Rohstoffpreise bis zum Beginn der UNCTAD-Konferenz mit der Konferenz selbst dergestalt verbunden, daß die EL von der Konferenz eine Neuregelung der Politik des internationalen Handels erwarteten.³ Diese Neuregelung implizierte die Forderungen der EL nach:

- Erleichterung der Ausweitung des internationalen Handels der EL durch den Abbau von Handelshemmnissen und die Einrichtung einer Institution zur Durchsetzung der Forderungen,⁴
- stabilen und einträglichen Rohstoffpreisen,⁵
- internationalen Rohstoffabkommen,⁶
- einer internationalen „Schadensersatzfinanzierung“ zur Behebung der Folgeschäden von Rohstoffexportpreisverlusten

1. vgl. Special Principle Seven, abgelehnt von allen IL, in: ebenda, S. 32 und S. 315 und Annex IV

2. vgl. Institut der Weltwirtschaft an der Unieversität Kiel, Auswertung ..., a.a.O., S. 154-158

3. vgl. ECOSOC Resolution 916 (XXXIV) vom 3. August 1962 und GA Resolution 1897 (XVIII) vom 11. November 1963

4. vgl. GA Resolution 1785 (XVII) vom 6. Dezember 1962

5. vgl. GA Resolution 1817 (XVII) vom 11. November 1963

6. vgl. GA Resolution 1785 (XVII) vom 6. Dezember 1962 und ECOSOC Resolution 916 (XXIV) vom 3. August 1962

für die terms of trade (die sich ständig zu ungunsten der EL entwickelt hatten) und für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung,¹

- der Errichtung einer neuen internationalen Arbeitsteilung.²

Das letzte Ziel war in seiner Formulierung neu, stellte jedoch inhaltlich nur die Konsequenz der schon beim Beteiligungsziel früherer Jahre geforderten Beteiligung der EL an der industriellen Produktion dar.

Inhaltlich neu war demnach keine Forderung. Neu war „lediglich“ die Form in der die Forderungen der EL vorgebracht wurden. Das gemeinsame Auftreten der EL als „Gruppe der 77“ führte zu einer radikaleren Formulierung, inhaltlich gleichgebliebener Forderungen.

Bei den Forderungen kann, wie schon oben festgestellt, eine vollkommene Zielgleichheit der EL festgestellt werden.

5.2.2. Aktionsformation

Zusammenarbeit

Im Hinblick auf die Auflösung der EL-Gruppenaktivitäten zugunsten der Entstehung von EL-Blöcken soll die Zusammenarbeit dieser bei den draft resolutions gemessen werden.

draft resolution	Bandung	Belgrad	Kairo	Gruppe d. 77
zu ECOSOC Resolution 917 (XXXIV) vom 3. August 1962	(3)	(4)	(4)	(7)
E/L.958 and Add.1, Rev.1/ Corr.1, Rev.2	2	4	3	4
zu ECOSOC Resolution 995 (XXXIV) vom 3. August 1962	(3)	(4)	(4)	(7)
E/AC.6/L.280 and Add.1	1	0	1	3
E/AC.6/L.280/Rev.1	1	0	1	4
E/AC.6/L.280/Rev.2	1	0	1	5

1. vgl. GA Resolution 1785 (XVII) vom 8. Dezember 1962

2. vgl. GA Resolution 1897 (XVIII) vom 11. November 1963

zu ECOSOC Resolution 907 (XXXIV) vom. 2. August 1962	(3)	(4)	(4)	(7)
E/AC.24/L.202	1	0	0	1
zu GA Resolution 1829 (XVII) vom 18. Dezember 1962	(21)	(26)	(34)	(67)
A/C.2/L.665, Corr.1, Add.1 and Rev.1	1	1	2	5
A/C.2/L.692	3	1	2	3
A/C.2/L.665/Rev.2	1	2	3	7
zu GA Resolution 1821 (XVII) vom 18. Dezember 1962	(21)	(26)	(34)	(67)
A/C.2/L.649/Rev.1 and Add.1,2	5	6	6	11
A/C.2/L.673/Add.1 and Rev.1	0	0	0	4

Es läßt sich sagen, daß die in Blöcken arbeitenden bzw. sich organisierenden Länder wenig Zusammenarbeit bei der Erarbeitung von draft resolutions zeigten. Somit besteht eine geringe Zusammenarbeit der EL.

Abstimmungsverhalten

Die EL zeigten wie bei der Zielgleichheit gesehen, ein vollkommen gleiches Abstimmungsverhalten. Da die Resolutionen inhaltlich EL-Forderungen darstellen und die EL bei ihrer Entstehung aktiv mitarbeiten, woraus eine Konsultation von EL untereinander abgeleitet werden kann, ist von einem vollkommenen Abstimmungsverhalten zu sprechen.

Innere und äußere Geschlossenheit

Bei den Abstimmungen in den UN stimmten die EL meistens mit der Mehrheit der UN-Mitglieder. Bei der UNCTAD-Konferenz zeigte sich ein EL-Blockverhalten bei den Abstimmungen zu dem General Principle Seven, dem Special Principle Six und Seven. Da jedoch die EL weder mit einem gemeinsamen Sprecher auftraten, noch institutionalisierte Konsultationen durchführten, kann nur von einer geringen inneren und äußeren Geschlossenheit gesprochen werden.

Maß der Aktionsformation

Vorhanden sind eine geringe Zusammenarbeit, ein vollkommenes Abstimmungsverhalten, eine geringe innere und äußere Geschlossenheit. Somit ist nur eine geringe Aktionsformation der EL gegeben (vgl. Annex IV).

5.3. Das Maß der Formierung

Vorhanden ist:

- eine vollkommene Zielgleichheit,
- eine geringe Aktionsformation.

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
	mittlere	geringe
mittlere		
	große	ad hoc
hohe		
	vollkommene	vollkommene
vollkommene		

Das Maß der Formierung ist groß. (7,0)

6. Beteiligungsziel

6.1. Entwicklung der Forderungen

Wenngleich alle EL die Diversifizierung der EL-Ökonomien durch die Industrialisierung¹ forderten, so gab es doch bei den Konkretisierungsvorstellungen unter den EL Differenzen. Diese traten im Jahre 1962 während der 34. Sitzung des ECOSOC offen zutage.

Einige Länder forderten die Industrialisierung als erste Präferenz. Für alle anderen Sektoren der Ökonomien versprochen sie sich davon einen Verbesserungseffekt (z.B. Jordanien). Gleichzeitig sollte diese Diversifizierung zu einem besseren Export der EL führen und so dem traditionellen Verfügungsziel dienen (z.B. Brasilien, Äthiopien). Andere sahen die Diversifizierung nur als möglich an bei gleichzeitigen sozialen, wirtschaftlichen und strukturellen Veränderungen (z.B. Indien). Alle EL waren sich darin einig, als Voraussetzung für irgendwelche gesamtökonomischen Erfolge durch eine Diversifizierung die Erreichung von stabilen Rohstoffpreisen und offenen Märkten, bzw. keine Handelsbeschränkungen irgendwelcher Art zu fordern.²

Die Forderung nach einer Diversifizierung des Handels der EL, bzw. ihres Exportes wurde auch in der ECOSOC Resolution 919 (XXXIV) vom 9. August 1962 von allen EL gestellt.³

Eine zweite Forderung des Beteiligungszieles - die Forderung nach einer Ausbildung von EL-Personal - durch welches den EL die Chance gegeben werden sollte, sich an der

1. vgl. die einstimmig angenommene GA Resolution 1785 (XVI) vom 8. Dezember 1962, in: United Nations, Economic and Social Questions, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 179 und die einstimmig angenommene ECOSOC Resolution 916 (XXXIV) vom 3. August 1962, in: ebenda, S. 234 und die GA Resolution 1821 (XVII) vom 18. Dezember 1962, einstimmig angenommen, in: ebenda, S. 264

2. vgl. United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 165

3. vgl. ECOSOC Resolution 919 (XXXIV) vom 3. August 1962 in: United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 185 und Annex IV

Ausbeutung, bzw. der Verwaltung ihrer Ressourcen zu beteiligen, wurde ausführlich diskutiert. Detaillierte Forderungen zur Realisierung dieses Zieles wurden in verschiedenen Resolutionen - bei Zustimmung aller EL - gestellt. So wurde in der ECOSOC Resolution 907 (XXXIV) vom 2. August 1962 die Bereitstellung von Stipendien für das Training von EL-Personal in den EL gefordert. In den IL sollten Servicezentren und in internationalen Organisationen Kurse und Seminare eingerichtet werden. Dabei sollten die regionalen Wirtschaftskommissionen besonders aktiv werden.

Dieser Resolution lag im ECOSOC eine draft resolution von zwei IL unter Beteiligung Jordaniens zugrunde.¹

Die ECOSOC Resolution 916 (XXXIV) vom 3. August 1962 forderte einstimmig², dem „Expanded Programm of Technical Assistance“ und dem „Special Fund“ 150 Millionen \$ zur Finanzierung von EL-Entwicklungszentren zur Verfügung zu stellen.

Die EL forderten weiterhin, der Generalsekretär solle feststellen, inwieweit es möglich und wünschenswert sei, ein Trainingsprogramm unter Aufsicht der Vereinten Nationen mit den Schwerpunkten Ausbildung in Forschung und Verwaltung von noch auszubildendem und schon fortgeschrittenem EL-Personal einzurichten.³ Die EL hielten die Bereitstellung eines Fonds durch die EL und IL zum Training fehlender Fachkräfte für notwendig.⁴

Anstrengungen wurden verlangt, die wissenschaftliche Forschung und die technologische Entwicklung den spezifischen Be-

-
1. vgl. United Nations, Operational Activities for Economic Development, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 218
 2. vgl. die besonders von den Blockunabhängigen initiierte ECOSOC Resolution 916 (XXXIV) vom 3. August 1962 in: ebenda, S. 234
 3. vgl. die von vielen EL mitinitiierte GA Resolution 1827 (XVII) vom 18. Dezember 1962, angenommen mit 85:0:6, in: United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 236 f
 4. vgl. Forderungen der Deklaration von Kairo, die gemäß der GA Resolution 1829 (XVII) vom 18. Dezember 1962 in ihrem Wesensgehalt von den UN beachtet werden sollen, in: ebenda, S. 250-253

dingungen und Bedürfnissen der EL anzupassen. Besondere Aufmerksamkeit für das Training von nationalem technischem Personal wurde auch vom Komitee für industrielle Entwicklung verlangt.¹

Die Forderungen des Jahres 1962 wurden auch im Jahre 1963 in vertiefter Weise und eindringlicher von den EL gestellt. In einer von 75 EL („Gruppe der 77“) am 18. Oktober 1963 vorgelegten draft resolution, die dann von der Generalversammlung als Annex zu GA Resolution 1897 (XVIII) am 11. November 1963 einstimmig angenommen wurde², wurde eine Umkehrung der bestehenden Trends des Welthandels gefordert, weil der bestehende Welthandel nach Meinung der EL die Diversifizierung ihrer Ökonomien, bzw. ihre Anstrengungen dazu „frustriert“. Eine neue Handelspolitik wurde gefordert, um die für die EL notwendigen Diversifizierungen zu realisieren. Die EL erhofften sich von der Konferenz für Handel und Entwicklung die notwendigen richtungsweisenden Entscheidungen. Als neue Forderung des Beteiligungszieles wurde im Bereich des unsichtbaren Handels besonders die Reduzierung der Kosten für Transport und Versicherung verlangt.

Zur Realisierung all ihrer Forderungen, die an die kommende Konferenz gestellt wurden, sollte auch, wenn notwendig, eine neue Maschinerie zur Verwirklichung und Durchführung der Beschlüsse der Konferenz eingerichtet werden.³

Erneut wurde von den EL die Forderung nach Ausbildung von EL-Personal gestellt, um die industrielle Diversifizierung durchführen zu können. Dabei wurden die Forderungen an die EL gestellt, ihre nationalen Fachkräfte durch die Bereitstellung von Ausrüstung und Lehrern zu schulen, um so die technischen Kapazitäten zu erhöhen. Diese Forderung - in der ECOSOC Resolution

1. vgl. die einstimmig angenommene GA Resolution 1824 (XVII) vom 18. Dezember 1962, in: United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 265

2. vgl. GA Resolution 1897 (XVIII) vom 11. November 1963, in: United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 171 f

3. vgl. GA Resolution 1897 (XVIII) vom 11. November 1963

949 (XXXVI) vom 5. Juli 1963 einstimmig gestellt, basierte auf einer draft resolution von acht Ländern, von denen sieben zu den EL gezählt werden.¹

In der GA Resolution 1940 (XVIII) vom 11. Dezember 1963 - einstimmig angenommen² - wurde von der Generalversammlung noch einmal das Ziel der Diversifizierung der EL-Ökonomien gefordert. Als das Ziel der EL wurde ein dynamischer industrieller Sektor genannt. Zur Erreichung dieses Zieles wurden von den EL die Vereinten Nationen und alle relevanten internationalen Organisationen aufgefordert, Hilfe durch Information und Kooperation zu geben. Die bestehenden UN-Mittel und Aktivitäten auf diesem Gebiet wurden als nicht ausreichend bezeichnet. Eine bessere, neue Maschinerie wurde gefordert. Dieser Resolution lagen zahlreiche EL draft resolutions bei großer Zusammenarbeit der EL zugrunde.³

Die bessere Anpassung von Wissenschaft und Technik an die Bedürfnisse der EL wurde nochmals in der ECOSOC Resolution 980 (XXXVI) vom 1. August 1963 gefordert. Dieser Resolution - angenommen mit den Stimmen aller EL - lagen draft resolutions mit EL-Beteiligung zugrunde.⁴

Diese Forderungen wurden in der GA Resolution 1944 (XVIII) vom 11. Dezember 1963 wiederholt. Die Forderungen waren konkreter und nannten die Adressaten und geforderte Leistung.

Das „Advisory Committee on the Application of Science and Technology“ sollte ein Programm für internationale Kooperation in Wissenschaft und Technik entwickeln. Die EL sollten sich mit dem Komitee in Verbindung setzen, wobei der Generalsekretär als

-
1. vgl. United Nations, Operational Activities for Economic Development, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 197 und Annex IV
 2. vgl. United Nations, The Economic Development of Less Developed Countries, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 233
 3. vgl. ebenda und Annex IV
 4. vgl. United Nations, Questions Relating to Science and Technology, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 251 f

Kommunikationsstelle dienen sollte, um die Möglichkeiten und ihren Beitrag zu einem solchen Programm zu beraten.¹

Dieser Resolution lagen drei draft resolutions mit EL-Beteiligung zugrunde.² Der Gedanke an die Planung der EL-Ökonomien und die Ausbildung von EL-Personal dazu wurde durch zwei UN Resolutionen weiter ausgebildet. In der einstimmig angenommenen ECOSOC Resolution 979 (XXXVI) vom 1. August 1963³, die auf Initiative von IL und eines sozialistischen Landes zustande kam⁴, wurde die Notwendigkeit für die EL betont, die Planungstechniken zu erlernen. Dabei wurde betont, wie wichtig es sei, daß die IL ihre auf diesem Gebiet gemachten Erfahrungen den EL zur Verfügung stellten. Alle waren sich darüber einig, daß dieser Gegenstand der besonderen Diskussion auf der kommenden Konferenz bedürfe.

Diese Forderungen wurden in der einstimmig angenommenen GA Resolution 1939 (XVIII) vom 11. Dezember 1963⁵ noch einmal verstärkt und vertieft. Dabei sollten die IL wichtige Hilfe leisten.⁶ Zur besonderen Mithilfe wurden die regionalen Wirtschaftskommissionen, das Economic Projection and Programming Centre und andere UN-Organen mit Kompetenz aufgerufen.

Dieser Resolution lagen zwei draft resolutions mit großer EL-Beteiligung zugrunde.⁷

1. vgl. GA Resolution 1944 (XVIII) vom 11. Dezember 1963, einstimmig angenommen, in: United Nations, Questions Relating to Science and Technology, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 253
2. vgl. ebenda und Annex IV
3. vgl. United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 152
4. vgl. ebenda
5. vgl. ebenda, S. 153
6. „The General Assembly ... Having in mind the necessity of intensifying assistance to developing countries elaborating their own planning for economic development and to the regional planning institutes by making available the concrete practical knowledge gained by countries experienced in planning their economic development, ...“
GA Resolution 1939 (XVIII) vom 11. Dezember 1963
7. vgl. United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 153 und Annex IV

Im Jahre 1964 kam es während der UNCTAD I zu einer draft resolution von 19 lateinamerikanischen Ländern¹ und einer draft resolution von sechs afrikanischen Ländern², in denen die bessere Zusammenarbeit der EL der Region untereinander gefordert wurde. Die EL versprachen sich von einer besseren Organisation ihrer inneren Märkte und deren Zusammenarbeit einen gleichzeitig besseren Absatz auf den internationalen Märkten, eine Förderung regional schwacher EL und eine schnellere Diversifizierung ihrer Industrien. Die lateinamerikanischen Länder forderten zur Realisierung dieser Idee von den IL:

- keine Behinderung durch wirtschaftliche Gegenmaßnahmen der IL,
- eine Förderung der Idee durch die IL, technisch und finanziell,
- die dazu notwendigen Institutionen zu errichten,
- die Förderung permanenter Beziehungen der EL und IL durch eine dazu einzurichtende Institution.

Die sechs afrikanischen Länder forderten zur Erreichung des Zieles die Durchführung von Studien durch die UN und die regionalen Wirtschaftskommissionen.

Diese Forderungen wurden von der Konferenz ohne Dissenz angenommen und zur weiteren Betrachtung und Verwirklichung an die weiterführende UN-Handelsinstitution überwiesen.³ Die Beteiligungsziele wurden durch die von der UNCTAD-Konferenz beschlossenen generellen und speziellen Prinzipien bestätigt, bzw. ausgebaut. Die EL-Initiativen gehen dabei klar aus der Nord-Süd-Front hervor, die sich bei der Abstimmung über diese Forderungen in der Vollversammlung, aber auch im 5. Komitee ergaben. Die Grenze der Kompromißbereitschaft der IL wird ebenso

1. vgl. E/Conf.46/C.5/L.38/Rev.2, in: United Nations, Proceedings on the United Nations Conference on Trade and Development, Volume III, New York 1964, S. 87

2. vgl. Document E/Conf.46/C.5/L.39/Rev.1, in: ebenda, S. 88

3. vgl. Annex A.VI.8 Implications of Regional Economic Groups, in: United Nations, Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Volume I, a.a.O., S. 65

sichtbar wie die Dominanz der EL auf der Konferenz.

Die Forderung der EL nach Diversifikation des Handels ihrer Länder wurde von fast allen Konferenzteilnehmern geteilt. Diese Forderung - erhoben im General Principle Six - wurde von allen EL und den übrigen Ländern mit der Ausnahme der USA (Ablehnung) und Chinas (Enthaltung) unterstützt.¹ Dies zeigt auch die Abstimmung im 5. Komitee, wo die Forderung am 4. Juni mit 73:1:2 angenommen wurde. Die dissidenten Länder waren: USA (Ablehnung), China, Republik von Korea (Enthaltung).²

Die im Ziel der Industrialisierung der EL-Ökonomien implizit vorhandene Forderung nach einer Neuaufteilung der internationalen Arbeitsteilung zum Vorteil der EL und zur Förderung der Diversifizierung der EL-Ökonomien, verbunden mit einer Anpassung der IL an diese Bedürfnisse der EL, wurde expressis verbis im General Principle Five gefordert, jedoch von den westlichen IL geschlossen abgelehnt. Hier, wie auch beim General Principle Eleven, zeigte sich die Grenze der Kooperationsbereitschaft der IL.³

Die Diversifizierung auf industriellem und agrarischem Gebiet der EL, als Forderung im General Principle Ten erhoben, sollte nach dem Willen aller EL und fast aller IL durch regionale Integration und Gruppenzusammenschlüsse unterstützt werden.⁴ Ebenso wurde mit den Stimmen aller Konferenzteilnehmer die Anpassung der Technologie an die EL-Bedürfnisse im Special Principle Ten gefordert.⁵

Die Konferenz unterstützte mit den Stimmen aller EL die von der „Gruppe der 77“ im Jahre 1963 geforderten Erleichterungen für die EL auf den Gebieten: Meerestransport, Frachtkosten und Versicherung. Dafür sollten den EL, wie das Special Principle Twelve vorschlug, Mittel zum Aufbau eigener Transportmittel für Wasser- und Landwege zur Verfügung gestellt werden.⁶

-
1. vgl. United Nations, Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Volume I, a.a.O., S. 19
 2. vgl. ebenda, S. 310 f
 3. vgl. ebenda, S. 19 und S. 310 und Annex IV und vgl. ebenda, S. 21 und S. 312 und Annex IV
 4. vgl. ebenda, S. 20 und S. 311 und Annex IV
 5. vgl. ebenda, S. 25 und S. 312 f und Annex IV
 6. vgl. ebenda, S. 24 und S. 312 f und Annex IV

6.2. Zusammenfassende Wertung

6.2.1. Zielgleichheit

Die grundsätzliche Übereinstimmung der EL bei den Forderungen des Beteiligungszieles blieb auch während der Zeit von 1962-1964 bestehen. Dabei wurden einige Forderungen vertieft, während andere erstmalig gestellt wurden. Das Beteiligungsziel wurde von den EL unter folgenden Schwerpunkten behandelt:

1. Ausbildung von EL-Personal

Diese schon bestehende Forderung wurde expliziter und mit Angabe genauer Mittel zu ihrer Erreichung gefordert. Die EL forderten einstimmig die finanzielle Unterstützung von EL-Personal. Die Ausbildung durch die EL selbst, durch IL, internationale Organisationen und die Vereinten Nationen sollte finanziert werden durch Stipendien, durch das „Expanded Programm for Technical Assistance“, den „Special Fund“, d.h. durch Gelder der UN. Für den „Special Fund“ forderten die EL ausdrücklich die Bereitstellung von 150 Millionen \$.¹

2. Technische Entwicklung nach den Bedürfnissen der EL

Die EL forderten die IL auf, die Wissenschaft und Technik den Bedürfnissen der EL anzupassen und mit den EL zusammen eine EL-geeignete Technologie zu entwickeln und gleichzeitig EL-Personal in der Handhabung der Technik auszubilden.²

3. Diversifizierung des Exportes der EL

Die Diversifizierung des Exportes der EL als eine Basisforderung wurde in der vierten Phase der Betrachtung auch gestellt³ mit dem Zusatz, daß die EL eine neue Handelspolitik

-
1. vgl. ECOSOC Resolutionen 907 (XXXIV) vom 2. August 1962, 916 (XXXIV) vom 3. August 1962, in: United Nations, Operational Activities for Economic Development, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 218 und S. 234
 2. vgl. ECOSOC Resolution 980 (XXXVI) vom 11. Dezember 1963, in: United Nations, Relating for Science and Technology, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 250 f und GA Resolution 1944 (XVIII) vom 11. Dezember 1963, in: ebenda, S. 253
 3. vgl. ECOSOC Resolution 919 (XXXIV) vom 3. August 1962, in: United Nations, Internationale Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1962, a.a.O., S. 185

forderten, weil sie sich von der existierenden „frustriert“ sahen.¹ Die EL forderten die Herstellung eines dynamischen industriellen Sektors mit Hilfe der UN und einer internationalen solidarischen Gemeinschaft.² Als eine Maßnahme der Förderung einer Diversifizierung, die gleichzeitig einen neuen Schritt in die Neuverteilung der internationalen Arbeitsteilung bedeutete, wurde eine Förderung des intraregionalen Handels, bzw. der Zusammenschluß von EL zu regionalen Wirtschaftsgruppen von allen EL im General Principle Ten gutgeheißen.³ Die IL wurden im General Principle Five dazu aufgefordert, die Diversifizierung der EL-Ökonomien durch eine Kooperation zu begünstigen, und durch entsprechende Korrekturen in ihren Ökonomien diese Veränderung zu ermutigen.⁴

4. Transport und Versicherung

Die EL forderten eine Senkung der Kosten für Transport und Versicherung⁵ und im Special Principle Twelve die zur Verfügungstellung von Mitteln und Maßnahmen zum Aufbau eigener Meerestransportmittel, um die Kosten für Transport und Versicherung zu senken.⁶

5. Planung

Die EL forderten für sich die Fähigkeit eine eigene Planung nach den eigenen Bedürfnissen mit eigenem Personal vornehmen zu können. Sie drängten die IL, ihre Erfahrungen zur Verfügung zu stellen und forderten von den UN-Organen und Institutionen

-
1. vgl. GA Resolution 1897 (XVIII) vom 11. November 1963, in: United Nations, International Trade and Commodity Questions, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 171 f
 2. vgl. ECOSOC Resolution 949 (XXXVI) vom 5. Juli 1963, in: United Nations, Operational Activities for Economic Development, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 197
 3. vgl. United Nations, Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Volume I, a.a.O., S. 20 und S. 311 und Annex VI
 4. vgl. ebenda, S. 19 und S. 310 und Annex VI
 5. vgl. GA Resolution 1897 (XVIII) vom 11. November 1963
 6. vgl. United Nations, Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Volume I, a.a.O., S. 24 und S. 312 und Annex VI

mit Kompetenz die praktische Hilfe bei der Erlernung dieser Techniken.¹

Bei allen Forderungen konnte eine vollkommene Zielgleichheit festgestellt werden.

6.2.2. Aktionsformation

Zusammenarbeit

Untersucht werden soll die Zusammenarbeit der EL unter der Prämisse, daß die EL sich seit dem Beginn der 60er Jahre weniger durch EL-Gruppen als durch Blöcke auf der Ebene der UN artikulierten, bzw. ihre Vorstellungen ausarbeiteten.

draft resolution	Bandung	Belgrad	Kairo	Gruppe d. 77
zu ECOSOC Resolution 919 (XXXIV) vom 3. August 1962	(3)	(4)	(4)	(7)
E/AC.6/L.278 and Rev.1	1	0	1	1
zu ECOSOC Resolution 1916 (XXXIV) vom 3. August 1962 (siehe Verfügungsziel)				
zu ECOSOC Resolution 907 (XXXIV) vom 2. August 1962	(3)	(4)	(4)	(7)
E/AC.24/L.202	1	0	0	1
zu GA Resolution 1944 (XVIII) vom 11. Dezember 1963	(21)	(26)	(34)	(68)
A/C.2/L.746 Rev.1	3	3	2	3
A/C.2/L.746/Rev.1 and Corr.1	5	4	3	6
A/C.2/L.746/Rev.2 and Add.1,2	5	4	3	8
zu GA Resolution 1939 (XVIII) vom 11. Dezember 1963	(21)	(26)	(34)	(68)
A/C.2/L.744/Rev.1	6	8	7	10
zu GA Resolution 1940 (XVIII) vom 11. Dezember 1963	(21)	(25)	(34)	(68)
A/C.2/L.740/Rev.3	13	11	13	24

1. vgl. ECOSOC Resolution 979 (XXXVI) vom 1. August 1963, in: United Nations, The World Economic Situation, in: Yearbook of the United Nations 1963, a.a.O., S. 152 und GA Resolution 1939 (XVIII) 11. Dezember 1963, in: ebenda, S. 153

zu ECOSOC Resolution 980 (XXXVI) vom 1. August 1963	(3)	(3)	(3)	(7)
E/AC.24/L.212	0	0	0	1
E/AC.24/L.214	2	2	2	2
zu GA Resolution 1824 (XVIII) vom 18. Dezember 1962	(21)	(26)	(34)	(67)
A/C.2/L.658 and Add.1-3	4	3	5	8
A/C.2/L.658/Rev.1 and Rev.1/Add.1	1	3	4	6
zu GA Resolution 1821 (XVII) vom 18. Dezember 1962 (siehe Erlössteigerungsziel)				
zu GA Resolution 1827 (XVII) vom 18. Dezember 1962	(21)	(26)	(34)	(67)
A/C.2/L.644	2	2	1	12
zu GA Resolution 1897 (XVIII) vom 11. November 1963				(75)
A/C.2/L.722/Rev.1				75

Während der UNCTAD-Konferenz brachten 19 der 20 latein-amerikanischen Staaten eine gemeinsame draft resolution vor (E/Conf.46/C.5/L.39) wie auch sechs afrikanische Länder (E/Conf.46/C.5/L.39/Rev.1 UNCTAD I). Diese "Gruppenaktionen" stellen die Ausnahme von der Regel der nicht mehr EL-Gruppen gebundenen Zusammenarbeit dar. Es läßt sich feststellen, daß die EL weder in Gruppen, noch in Blöcken kontinuierlich zusammenarbeiten.

Trotz der Erklärung der 75 EL ist von einer Zusammenarbeit aller EL (81) nicht zu sprechen. Anfänge einer solchen Zusammenarbeit liegen jedoch vor. Somit ist nur eine geringe Zusammenarbeit der EL zu vermerken.

Abstimmungsverhalten

Die EL zeigen wie bei der Zielgleichheit gesehen ein vollkommenes Maß an Gleichheit beim Abstimmungsverhalten. Da alle Forderungen der Resolutionen EL-Ziele darstellen und die Zusammenarbeit deutlich macht, daß die EL bei der Erarbeitung von draft resolutions sich konsultieren, kann ein vollkommenes Abstimmungsverhalten angenommen werden.

Innere und äußere Geschlossenheit

Die EL unterscheiden sich erst bei den UNCTAD-Abstimmungen zu den "Principles" von den IL. Dort jedoch ist ein Blockverhalten der EL als Gesamtheit zu sehen, sodaß von einer sichtbaren Unterscheidung der EL beim Abstimmungsverhalten von den Nicht-EL gesprochen werden kann.¹ Die EL traten weder durch einen Sprecher vertreten auf, noch gab es für alle EL Konsultationen oder Absprachen über ein Abstimmungsverhalten. Somit ist nur eine geringe innere und äußere Geschlossenheit festzustellen.

Das Maß der Aktionsformation

Festgestellt werden kann:

- eine geringe Zusammenarbeit,
- ein gleiches Abstimmungsverhalten,
- eine geringe innere und äußere Geschlossenheit.

Das Maß der Aktionsformation ist für die Gesamtheit der EL gering.

1. vgl. Annex VI

6.3. Das Maß der Formierung

Für die EL ist festzustellen:

- eine vollkommene Zielgleichheit
- eine geringe Aktionsformation

Zielgleichheit -->	Formierung	<-- Aktionsformation
geringe	kleine	keine
	mittlere	geringe
mittlere		
	große	ad hoc
hohe		
	vollkommene	vollkommene
vollkommene		

Somit besteht für die EL im Bereich des Beteiligungszieles eine große Formierung der Forderungen aller EL. (7,5)

VI. TEIL :

ZUSAMMENFASSUNG

Die Zusammenfassung gibt einen inhaltlich stark gekürzten Überblick über die Arbeit. Dargestellt werden die fünf Teile der Arbeit in ihrer inhaltlichen Bedeutung.

Fußnoten mit den Gliederungspunkten der Arbeit verweisen auf die explizite Darstellung.

I. VERKÜRZTE DARSTELLUNG VON: AUFGABENSTELLUNG, METHODE, PROBLEMELEMENTEN, AKTEUREN UND ORGANISATIONSEBENEN

Die Untersuchung beschäftigt sich mit einem Prozeß, der zuvor noch nicht untersucht worden ist. Es ist das Ziel der Untersuchung, anhand von Dokumenten der Vereinten Nationen in der Hauptsache und anderen Dokumenten, die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL auf der Ebene der Vereinten Nationen bis zum Jahre 1964 zu untersuchen.

Konkret bedeutet diese Aufgabenstellung, nach den Akteuren des Formierungsprozesses zu fragen, nach den Forderungen und der Entwicklung dieser Forderungen und nach Organisationsprozessen von relevanten Akteuren.¹

Die Untersuchung geht davon aus, daß die Politik im allgemeinen eine Umsetzung von persönlichem, nationalem und internationalem Interesse in Macht ist. Daß das Interesse der Individuen und Nationen sich auf die Befriedigung von Bedürfnissen verschiedenster Art richtet und daß die Wahrnehmung und Erkenntnis gemeinsamer Individual- und Gruppeninteressen das Resultat gleicher oder ähnlicher Kognitionen, d.h. eines Wissens um sich und andere, ist.²

Die ökonomisch-politischen Interessen der EL ergeben sich aus der großen Bedeutung der Rohstoffe in ihren Ökonomien³, und der gesamtökonomischen Aufgabe, mittels der vorhandenen Ressourcen eine in den EL per definitionem⁴ vorausgesetzte Knappheit (Be-

1. vgl. I.Teil, I.1.

2. vgl. I.Teil, I.3.1.1.

3. vgl. I.Teil, I.2.

4. vgl. I.Teil, III.1.

dürfnisse) zu beseitigen. Die Wahrnehmung dieser Situation und der Bedürfnislage der EL durch die EL selbst führt zur rohstoffpolitischen Formierung der EL.

Angenommen wird, daß bei ähnlichen rohstoffpolitischen Konnotationen, diese die EL zu gemeinsamen Forderungen und Zielvorstellungen führen und zu gemeinsamen Aktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen anleiten.¹

Um den Prozeß der Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL zu messen, wird für die rohstoffpolitischen Forderungen das Maß der Zielgleichheit und für die rohstoffpolitischen Aktionen das Maß der Aktionsformation eingeführt. An die Generalversammlung (GA) und den Wirtschafts- und Sozialrat gerichtete selektive Fragen, die mittels des vorhandenen Materials den Grad der Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL feststellen sollen, werden entworfen.² In einer Abgrenzung des Forschungsgegenstandes wird der Gegenstand der Untersuchung zeitlich und räumlich eingegrenzt und die der Untersuchung zur Verfügung stehenden Materialien werden aufgelistet.³

Unter dem Gliederungspunkt III des ersten Teils der Arbeit werden die für die weitere Untersuchung wichtigen Begriffe wie: die Entwicklungsländer, die EL-Gruppen und -Blöcke definiert und in ihren charakteristischen Eigenschaften dargestellt.

Der Begriff der rohstoffpolitischen Forderungen wird unter dem Gliederungspunkt IV des ersten Teils in seinen Problemelementen Rohstoffe, Politik und Forderung untersucht, wobei die Begriffe inhaltlich aufeinander bezogen werden. Die Bedeutung des Begriffes Rohstoffe wird dargestellt anhand ihres wissenschaftlichen Gebrauches zur Bezeichnung der Herkunft des Rohstoffes, des Grades seiner Verarbeitung und in seiner ökonomischen und politischen Bedeutung.

Für den politischen Gebrauch des Begriffes Rohstoffe ließ sich feststellen, daß die Akteure der Vereinten Nationen diesen nach

1. vgl. I.Teil, I.3.1.2. und 3.1.3.

2. vgl. I.Teil, I.3.2.

3. vgl. I.Teil, II.1. und 2.

Bedarf als ökonomisch definierten Begriff gebrauchten und / oder in einer unbestimmten Fassung als „natürliche Ressourcen eines Landes“ oder „natürlichen Reichtum“ qualifizierten.¹

Zur Verdeutlichung des materiellen Hintergrundes der rohstoffpolitischen Forderungen der EL wird der Handel mit Rohstoffen in seinen Zielen und Gegebenheiten kurz dargestellt, damit diese Forderungen in einen theoretischen Rahmen gestellt werden können. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei den beiden Hauptmöglichkeiten des internationalen Rohstoffhandels - dem Rohstoffabkommen und dem Rohstoffkartell - gewidmet. Diese werden nach der Intention ihrer Akteure in Vor- und Nachteilen dargestellt.²

Der Begriff Rohstoffpolitik wird untersucht, um aus der Fülle des zu untersuchenden Materials die relevanten Informationen mittels einer selektiven Definition auswählen zu können. Gewählt wurde eine weite Fassung des Begriffs Rohstoffpolitik, die alle Handlungen und Verlautbarungen bezeichnet, welche im Zusammenhang mit Rohstoffen die Sicherung und Wahrung wirtschaftlicher Interessen zum Ziele haben.³

Eine operationale Fragestellung wird aus der Literatur unter Berücksichtigung eigener Erfordernisse erarbeitet, welche die rohstoffpolitischen Forderungen der EL in vier verschiedene Hauptziele unterscheidet:

- das Verfügungsziel,
- das Kontrollziel,
- das Erlössicherungs- und -steigerungsziel und
- das Beteiligungsziel.⁴

Im ersten Teil der Untersuchung wird kurz die Motivation der Gründer der Vereinten Nationen dargestellt, die Zielvorstellungen, welche diese mit der Gründung verbanden und die rohstoffpolitischen Möglichkeiten, welche die Charta der Vereinten Nationen

1. vgl. I.Teil, IV.1. und 2.

2. vgl. I.Teil, IV.3.

3. vgl. I.Teil, IV.4.

4. vgl. I.Teil, IV.5.

den EL bietet. Es zeigt sich, daß die Motivation zur Gründung der Vereinten Nationen die Interessen der EL kaum zum Ziel hatte. Die Gründer der Vereinten Nationen zielten vielmehr in ihren politischen und wirtschaftlichen Absichten auf eine Sicherheit durch die Beibehaltung des „status quo“ ab. Im Bereich der Wirtschaftspolitik setzten sich die Vorstellungen der Vereinigten Staaten durch und die Charta der Vereinten Nationen wurde besonders vom angelsächsischen Interesse und dem der USA geprägt. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der westlichen Industrieländer (IL), die unter dem Schlagwort „Freihandelskonzept“ zusammengefaßt werden können, wurden in die Charta der UN übernommen.

Doch bot die Charta der Vereinten Nationen in ihren ideellen Zieldeklarationen auch den EL eine Anspruchsgrundlage, soziale, ökonomische und politische Forderungen auf der Ebene der UN zu vertreten.¹

Weiterhin werden im zweiten Teil der Untersuchung die Generalversammlung und der Wirtschafts- und Sozialrat in ihren rohstoffpolitischen Möglichkeiten dargestellt und für die EL wird aufgezeigt, wie sie diese Möglichkeiten nutzen können.

Im zweiten Teil, wie auch in den übrigen Teilen der Untersuchung, tritt an den Anfang jedes Zeitabschnittes eine Darstellung der allgemeinpolitischen Formierung der EL und eine kurze Darstellung des internationalen Rohstoffmarktes in seiner Bedeutung für die EL. Diese Darstellung soll einer Verdeutlichung der Chancen der EL dienen, ihre rohstoffpolitischen Forderungen auf der Ebene der UN im Falle von Interessensgleichheit in politische Macht und Aktion umzusetzen. Die ökonomischen Daten sollen die Forderungen der EL verständlich machen.

In der weiteren Zusammenfassung soll die Entwicklung der Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL skizziert werden. Wenn in den vier Teilen der Untersuchung nach Zeitabschnitten getrennt die Formierung der Forderungen der EL detailliert unterschieden in Organisationsebene, Zeitpunkt, Art der EL-Aktion, Inhalt der Forderung und Akteure angegeben wird, so wird in der Zusammenfassung nur der Verlauf der Formierung dar-

1. vgl. II. Teil, I.

gestellt. Dabei werden die jeweiligen Zeitabschnitte in ihrer Bedeutung für die Formierung gerafft, indem nur jeweils neue Forderungen und neue Interessenformationen von EL zur Durchsetzung ihrer Forderungen erwähnt werden. In expliziter Form befinden sich die in der Zusammenfassung gemachten Aussagen in den Kapiteln, die in den Fußnoten angegeben sind.

II. DIE FORMIERUNG DER ROHSTOFFPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER

1. Die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer beim Verfügungsziel (nicht agrarische Rohstoffe)

Untersucht wurde die Frage, ob und wie die EL das Recht der Produzenten, souveräne Kontrolle über ihre natürlichen Ressourcen auszuüben, als Forderung vertraten.

Die EL sahen sich in der Nachkriegszeit mit den elementarsten wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Als eine Folge des Krieges herrschte in den vom Kriege zerstörten Gebieten Europas eine große Nachfrage nach agrarischen Rohstoffen und anderen Rohstoffen zur Rekonstruktion einer fast vollständig zerstörten wirtschaftlichen Infrastruktur. Zu dieser Zeit wurde in den Vereinten Nationen noch nicht in EL und IL unterschieden.¹ Die EL waren in den Vereinten Nationen vertreten durch zwanzig lateinamerikanische und zehn afroasiatische Länder.

Die EL verband weder eine gemeinsame Organisation, noch ein gemeinsames Bewußtsein.² Die Organisation der Vereinten Nationen zeigte sich in ihrem Auftrag und der inneren Struktur den Bedürfnissen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges angepaßt, insbesondere denen der USA.³ Da von den EL die weltwirtschaftliche Situation in gleicher Weise wahrgenommen wurde wie von den IL, waren die Forderungen hinsichtlich der Rohstoffe, auch wenn sie gezielt die EL-Ökonomien ansprachen, inhaltlich gleich. Den Rohstoffen wurde die Aufgabe zuerkannt, die Rekonstruktion der zerstörten Gebiete und die Versorgung der notleidenden Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten.⁴

Die in den UN versammelten EL stimmten diesen Forderungen zu und bestätigten damit die weltökonomische Verpflichtung, die die Unterzeichnerstaaten der UN in der Charta der Vereinten Nationen eingegangen waren.⁵ Das Ziel einer souveränen Bestim-

1. vgl. II. Teil, II.3.

2. vgl. II. Teil, I.3.

3. vgl. II. Teil, I.4.

4. vgl. II. Teil, II.3.

5. vgl. II. Teil, IV.2.1. und II. Teil, I.2.

mung über die Rohstoffe zum Zwecke der Beseitigung wirtschaftlicher Knappheit wurde als Weltprogramm verstanden, in das die eigenen nationalen Forderungen integriert waren. Die EL stellten keine Forderungen hinsichtlich der nicht agrarischen Rohstoffe, welche den Rohstoffen eine besondere EL-orientierte Funktion gegeben hätte. Die EL sahen die Entwicklung ihrer Gebiete noch nicht in einer direkten Abhängigkeit von den Einnahmen aus dem Verkauf von Rohstoffen. Die EL begnügten sich vielmehr mit Erklärungen der Solidarität durch die Gesamtheit der UN-Mitglieder und einer Selbstverpflichtung aller Mitglieder, an der Entwicklung wirtschaftlich unterentwickelter Gebiete mitzuarbeiten.¹

Die EL waren in der Gründungsphase weder allgemeinpolitisch als Gruppe formiert², noch auf dem Gebiet der Rohstoffpolitik organisiert³.

Der wirtschaftliche Aufschwung der IL in den 50er Jahren, an dem die EL keinen Anteil hatten, und das unsolidarische Verhalten der IL, welche die Ökonomien der Rohstoffländer nicht mit demselben Interesse und der Fürsorge behandelten wie die eigenen Ökonomien, führte zu einer Enttäuschung der wirtschaftlichen Erwartungen der EL. Die Veränderung der Aufgabenzuweisung der EL für ihre Rohstoffe bewirkte ein militärisch-politischer Vorgang, der für den Wert der Rohstoffe enorme ökonomische Konsequenzen hatte, der Koreakrieg (1950-1953)⁴. Vor dem Ausbruch des Koreakrieges hatten die EL in den Vereinten Nationen die Industrieländer zu Investitionen in ihren Volkswirtschaften aufgerufen und zu internationaler Kooperation auf technischem Gebiet gedrängt, um mit den vorhandenen Rohstoffen in ihren Ländern erfolgreich wirtschaften zu können.⁵ Die plötzliche Nachfrage nach Rohstoffen als Basismaterial zur Herstellung von Kriegsgerät und der Lagerung strategisch wichtiger Güter führte zu einem Anstieg der Rohstoffpreise. Der ökonomisch höheren Bewertung der Rohstoffe folgte eine politische Aufwertung der Rohstoffe durch die EL. Die Einkünfte aus dem Verkauf von Rohstoffen wurden zu

1. vgl. II. Teil, II.3.1.3.

2. vgl. II. Teil, II.2.

3. vgl. II. Teil, II.3. und II. Teil, III.3. und 4.

4. vgl. III. Teil, I.2.

5. vgl. III. Teil, II.1.2.

einem der wichtigsten Faktoren der Entwicklungsfinanzierung erklärt.¹ Die EL erzielten ein hohes Maß an Übereinstimmung bei der Formulierung dieser Funktionszuweisung für die Rohstoffe.²

Die gemeinsame Einschätzung der Bedeutung der Rohstoffe führte nicht zu einer „Organisation der gemeinsamen Interessen“ der EL. Nur die arabische Gruppe zeigte eine zeitweilige Zusammenarbeit bei der Vorlage von Rohstoffordnungen.

Einige lateinamerikanische Länder arbeiteten bei den Vorlagen zur GA Resolution 623 (VII) vom 21. Dezember 1952 zusammen. Insgesamt jedoch läßt sich keine institutionalisierte EL-Zusammenarbeit und Interessensvertretung bis zum Jahre 1955 feststellen.³ Nur eine mittlere Formierung der Forderungen der EL ließ sich feststellen.⁴

In der Zeit von 1955 bis 1961 erweiterten sich die mit dem Verfügungsziel umschriebenen Forderungen und wurden von Seiten der EL ausführlicher und eindringlicher vorgetragen. Als Ursache dessen wird ein gestiegenes Identitätsbewußtsein der afrikanischen Gruppe angenommen, welche sich nach der Konferenz von Bandung auf der Ebene der UN formal organisierte.⁵

Auf der Bandung-Konferenz des Jahres 1955 hatten die dort versammelten 29 EL in allgemein gehaltenen und doch sehr scharfen Formulierungen die vollständige Beseitigung des Kolonialismus in all seinen Formen gefordert.

Die EL setzten die Entwicklung ihrer Länder gleich mit einer Stärkung ihrer Souveränität und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit.⁶ Auf der Ebene der UN verlangten die EL als für sie wichtigste Forderung die Weiterentwicklung ihrer Ökonomien durch eine Industrialisierung. Diese sollte die EL unabhängiger machen von den enormen Rüstungsexportpreisschwankungen⁷, welche eine finanziell abgesicherte Planung ihrer Ökonomien verhinderten.

1. vgl. III. Teil, II.1.3. und I.4.1.

2. vgl. III. Teil, II.1.4.1.

3. vgl. III. Teil, II.1.4.2.

4. vgl. III. Teil, II.1.4.3.

5. vgl. IV. Teil, I.2.3.2.

6. vgl. IV. Teil, I.1.2.1.

7. vgl. IV. Teil, I.4.

Zur Finanzierung dieser Industrialisierung sollten die Gewinne aus dem Rohstoffexport dienen. Diese Gewinne wurden von den EL zur Hauptquelle der EL-Entwicklungsfinanzierung erklärt. Von den UN forderten die EL die Planung der EL-Ökonomien zu unterstützen, ohne die Souveränität der EL zu beschneiden.¹ Bei der Formulierung dieser Forderungen entwickelten alle EL eine vollkommene Zielgleichheit.²

Die afroasiatische Gruppe - und dabei besonders die Teilnehmer der Konferenz von Bandung - erwies sich als vorwärtstreibend bei der Einbringung solcher Forderungen. Es fanden sich jedoch nicht alle Mitglieder der afroasiatischen Gruppe oder alle Teilnehmer der Konferenz von Bandung zu gemeinsamen Aktionen zusammen. Ebenso kam es nicht zu gemeinsamen Aktionen aller EL oder einem koordinierten „Zusammengehen“ aller EL-Gruppen. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden großen EL-Gruppen war verschwindend gering und entbehrte einer koordinierenden Organisation.³ Auf der Werteskala der Formierung der EL-Forderungen läßt sich jedoch schon eine große Formierung ablesen.⁴

Die Jahre 1962-64 brachten für das Verfügungsziel die vollkommene Entfaltung seiner inhaltlichen Bedeutung. Die Forderungen nach den schon genannten Maßnahmen und die Forderung nach einem lohnenden Verkauf der Rohstoffe wurden auf die Halbfertigwaren ausgeweitet. Um die funktionale Verfügung über die eigenen Rohstoffe zu steigern verlangten die EL die vollständige Aktivierung all ihrer Ressourcen. Gemeint waren damit das Training von geeignetem EL-Personal um die Ausbeutung ihrer Ressourcen und die wirtschaftliche Planung voranzutreiben. Die Forderungen wurden von den EL als der Wille nach einer vollständigen Dekolonialisierung und der Aufhebung all seiner Relikte (colonial rests) verstanden.

Daneben verlangten die EL, daß die Rohstoffe neben der Finanzierung ihrer Ökonomie auch in genügendem Maße für die

1. vgl. IV. Teil, II.1.1.

2. vgl. IV. Teil, II.1.2.1. und II.7.

3. vgl. IV. Teil, II.1.2.2.

4. vgl. IV. Teil, II.1.3.

Entwicklung und Versorgung einer eigenen Industrie vorhanden bleiben müßten. Von einer Kombination beider Faktoren erhofften sie sich letztlich die Erreichung eines selbst finanzierten Wachstums.¹

Damit war von den EL eine Kontinuität im Verständnis des Verfügungszieles, als Kampf gegen ein koloniales Erbe, und seiner ihm entgegenstehenden Schwierigkeiten bewiesen worden.² Die EL zeigten bei diesen Forderungen eine vollkommene Zielgleichheit.³

Ausgehend von der Konferenz von Bandung hatte sich die Bewegung der Blockfreien entwickelt, in welcher sowohl die Perzeption der schlechten ökonomischen Lage der EL als Folge des Kolonialismus und eines bestehenden Neokolonialismus die Teilnehmerländer einigte, als auch der Wille nach einer Veränderung dieser Situation.⁴ Die „Gruppe der 77“, als höchste Organisationsform der EL des Zeitraumes 1962-64 vereinigte 77 der 83 EL auf der Ebene der UN bis zum Ende des Jahres 1964.⁵ Wenngleich damit nicht alle EL organisiert waren und die „Gruppe der 77“ auch noch keine institutionalisierte Gruppe darstellte,⁶ waren die von ihr vertretenen Forderungen doch die geistige Ausgangsposition der von den EL auf der UNCTAD-I-Konferenz vertretenen Forderungen. In den Forderungen der UNCTAD-I-Konferenz wurden die verfügungspolitischen Zielforderungen der EL noch einmal bestätigt.⁷

Die Blockfreien und die „Gruppe der 77“ lassen sich als Initiative-Kerngruppe auch für die Zeit von 1962-64 feststellen, welche eine große Formierung der EL hinter den verfügungspolitischen Forderungen bewirkte.⁸

Die Forderungen des Verfügungszieles und ihrer Entwicklung zeigen den Einstellungswandel der EL zu ihren natürlichen Res-

1. vgl. V. Teil, II.1.1. und II.1.2.1.

2. vgl. IV. Teil, I.1.2.1.

3. vgl. V. Teil, II.2.2.1.

4. vgl. V. Teil, I.1.

5. vgl. Annex I

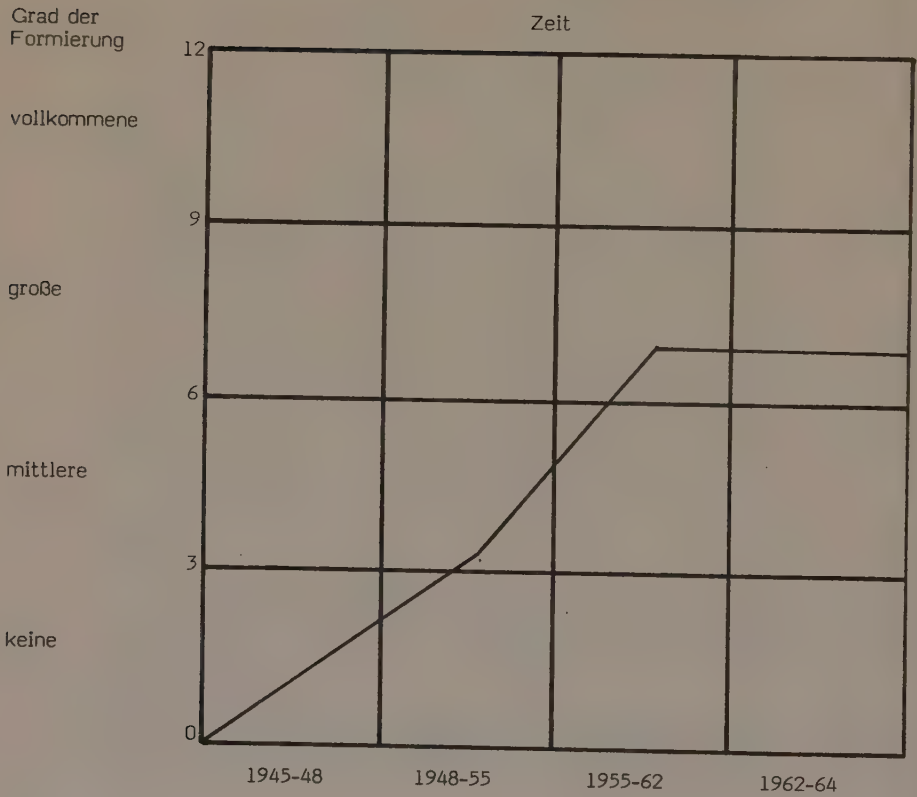
6. vgl. V. Teil, I.2.

7. vgl. V. Teil, II.1.1.

8. vgl. V. Teil, II.1.3.

sources und Schätzen von einem Weltgut mit globaler Verpflichtung hin zu einer nur auf die Bedürfnisse der EL verpflichteten Funktion. Dieser Einstellungswandel kann nicht als Resultat eines nationalen- oder Gruppenegoismus der EL verstanden werden, sondern als Folge einer Frustration der EL hinsichtlich gemeinsam ausgearbeiteter und effektiver Maßnahmen sowohl von Seiten der IL, als auch von Seiten der UN.

Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen beim Verfügungs-
ziel (nicht agrarische Rohstoffe).



2. Die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer beim Verfügungsziel (agrарische Rohstoffe)

Wie schon bei der Formierung rohstoffpolitischer Forderungen der EL beim Verfügungsziel der nicht agrарischen Rohstoffe festgestellt, gab es als Folge des Zweiten Weltkrieges eine große Knappheit an Nahrungsmitteln in den vom Krieg direkt betroffenen Ländern. Diese wurde durch Hungersnöte und Fehlernten in den EL noch verstärkt.¹ Die EL forderten in der Zeit von 1945-48 in den UN mit den IL zusammen eine Verbesserung der Situation durch eine effektivere Produktion und Verteilung der Nahrungsmittel.

Verfügungspolitisch wurde der funktionale Einsatz von agrарischen Rohstoffen im direkten Interesse der EL zur Beseitigung ihrer Knappheit von den EL verlangt. Die EL stimmten dabei geschlossen für die Forderungen, sodaß volle Zielgleichheit herrschte.² Die Übereinstimmung der EL- und IL-Ziele zeigte sich auch dann, daß bei keiner Vorlage zu einer Resolution die EL getrennt von IL zusammenarbeiteten. Eine Interessensformation der EL (Aktionsformation) konnte nicht festgestellt werden.³ Die vollkommene Zielgleichheit der EL ermöglicht es aber von einer mittleren Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen zu sprechen.⁴

In der Zeit von 1949-55 forderten die EL im Interessensverband mit den IL⁵ einen weiteren Ausbau der agrарischen Kapazitäten. Diese Förderung stellte sich zum einen aus dem zunehmenden Mißverhältnis der raschen Zunahme der Weltbevölkerung und dem nicht standhaltenden Zuwachs an agrарischer Produktion, zum anderen aus dem Bestreben der EL, die von ihnen geforderte Industrialisierung ihrer Ökonomien durch eine genügende Versorgung ihrer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu sichern. Alle EL forderten zur Erreichung dieses Zieles:

- die Ausweitung des Systemes landwirtschaftlicher Kredite,

1. vgl. II. Teil, I.5.

2. vgl. II. Teil, II.3.1.2.

3. vgl. II. Teil, IV.2.2.

4. vgl. II. Teil, IV.2.3.

5. vgl. III. Teil, II.2.1.

- Landreformen, wo sie eine notwendige Maßnahme waren,
- eine bessere Verteilung der Lebensmittel,
- mehr technische Hilfe,
- eine Linderung der Härten der Nahrungsmittelknappheit,
- die Einrichtung von Weltnahrungsreserven innerhalb des Systems der Vereinten Nationen.

Alle Forderungen sollten mit der Hilfe der UN realisiert werden.¹ Auch während dieser Zeit kam es nicht zu einer Inter-essensformation aller EL. Sie arbeiteten nicht in den EL-Gruppen zusammen und legten den UN keine gemeinsamen Resolutionsentwürfe vor. Im Jahre 1954 kam es zu einem einmaligen gemeinsamen Vorschlag von sechs EL. Eine Aktionsformation der EL für die Zeit von 1949-55 konnte nicht festgestellt werden.² Doch ist wegen der vollkommenen Zielgleichheit der EL die Formierung der Forderungen hier schon mittel-groß zu nennen.³

Nach 1955 verfolgten die EL dieselben Ziele. Die Forderung nach Landreformen wurde verstärkt vorgetragen. Eine Erweiterung erfuhr die Forderungsliste der EL durch den Wunsch nach einer Verbesserung der technischen Fähigkeiten der Bevölkerung der EL. Hinzu kam die Forderung nach einer Diversifizierung ihrer Ökonomien in zweifacher Hinsicht. Zum einen sollte die Produktion agrarischer Rohstoffe auf viele verschiedene Rohstoffe und Nahrungsmittelprodukte erweitert werden. Dadurch sollte dem Mangel an Lebensmitteln in den EL abgeholfen und die Industrialisierung gefördert werden. Zum anderen sollten rein agrarisch strukturierte EL-Ökonomien durch eine Industrialisierung unabhängiger von den stark schwankenden Rohstoffpreisen gemacht werden. Bei all diesen Forderungen wurde eine aktive Mitarbeit der UN und seiner Organe verlangt.⁴ Die EL stimmten geschlossen für diese Forderungen; eine Übereinstimmung mit den übrigen UN-Mitgliedern war dabei nicht immer gegeben.⁵

1. vgl. III. Teil, II.2.1. und 2.2.1.

2. vgl. III. Teil, II.2.2.2.

3. vgl. III. Teil, II.2.2.3.

4. vgl. IV. Teil, II.2.1.

5. vgl. IV. Teil, II.2.1. und 2.2.1.

Die allgemeinpolitische Formierung der EL¹ und die Konferenz von Bandung hatten keinen Einfluß auf die Zusammenarbeit der EL bei der Vorlage von agrarischen Rohstoffforderungen. Bei der Erarbeitung dieser Forderungen zeigten die EL nur eine geringe Aktionsformation.² Die Skala des Formierungsgrades zeigt jedoch schon eine große Formierung an.³

In der Zeit von 1962-64 wurden den bestehenden Forderungen zum Verfügungsziel über die agrarischen Rohstoffe keine neuen hinzugefügt. Die Forderungen wurden jedoch im Bereich der Landreformen und der dazu notwendigen Ausbildung von EL-Personal qualitativ erweitert und intensiver vorgetragen. Betont wurde noch einmal die Verpflichtung der UN, an erfolgreichen Planungen und Durchführungen von Landreformen mitzuarbeiten.⁴ Diesen Forderungen stimmten alle EL und beinahe alle IL in der Vereinten Nationen zu.⁵ Die Tendenz der EL, sich politisch stärker zu formieren, wie in der Bewegung der „Blockfreien“ und der Blockbildung der „Gruppe der 77“ geschehen, zeigte keine Auswirkungen auf die EL-Zusammenarbeit bei der Einbringung von Forderungen zu agrarischen Rohstoffen. Bei der Umsetzung von politischen gemeinsamen Interessen in koordinierte Aktionen und ein Gruppenverhalten, kamen die EL nicht über das Maß einer geringen Aktionsformation hinaus.⁶ Das Maß der Formierung der Forderungen ist deshalb unverändert groß.⁷

Für den Gesamtzeitraum von 1945-64 läßt sich für alle agrarischen Rohstoffe feststellen, daß die EL neben einer anfänglichen weltwirtschaftlichen Verpflichtung die Versorgung der eigenen Bevölkerung mit Lebensmitteln zur funktionalen Hauptaufgabe der agrarischen Rohstoffe erklärten. Der Wille aller EL, ihre Ökonomien zu industrialisieren, diente gesamtökonomisch auch der Beseitigung knapper Güter. Doch wurde der Erfolg einer EL-Indu-

1. vgl. IV. Teil, I.2.3.

2. vgl. IV. Teil, II.2.2.2.

3. vgl. IV. Teil, II.2.3.

4. vgl. V. Teil, II.2.1.

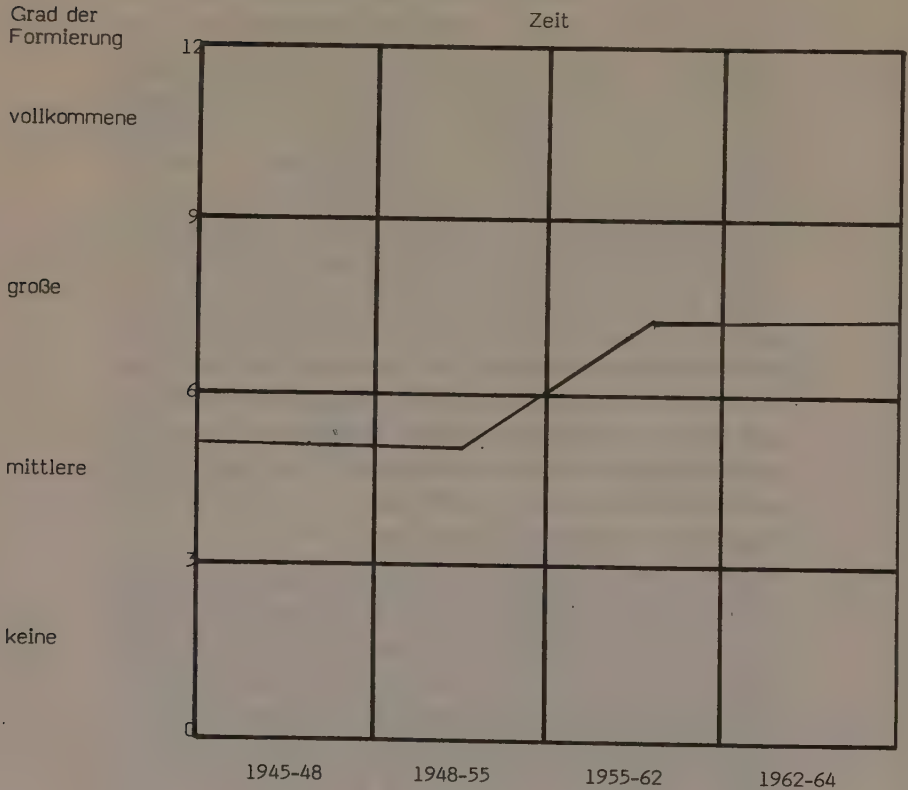
5. vgl. V. Teil, II.2.1. und 2.2.1.

6. vgl. V. Teil, I.1. und 2. und II.2.2.2.

7. vgl. V. Teil, II.2.3.

strialisierung immer vom vorherigen Erfolg der Beseitigung an Nahrungsmittelknappheit in den EL abhängig gemacht. Es gelang den EL bis zum Ende der UNCTAD-I-Konferenz nicht, die volle Übereinstimmung in allen Zielen in politische Macht umzusetzen.

Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL beim Verfügungsziel (agrарische Rohstoffe).



3. Die Formierung der Entwicklungsländer beim Versuch, die Forderungen des Verfügungszieles völkerrechtlich zu sichern

Untersucht worden ist, ob und wie die EL versuchen, die Forderungen des Verfügungszieles in den Vereinten Nationen durch die Verankerung der von ihnen geforderten Verfügung über ihre Rohstoffe in völkerrechtlichen Grundsätzen, abzusichern.

Die EL forderten erstmalig im Dezember 1950 die Aufnahme des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung allgemein, als völkerrechtlichen Grundsatz, in den UN-Katalog der Menschenrechte. Zur Klärung der Problematik und zur deutlichen Abgrenzung der Wirtschafts-, Kultur- und Sozialrechte voneinander, wurde die Kommission für Menschenrechte im Dezember 1950 gegründet. Von dieser Kommission gingen fortan die entscheidenden Impulse für die Ausarbeitung von Forderungen aus.

Zu einer Verankerung des Rechtes auf die freie Verfügung der Völker über ihre Rohstoffe als Menschenrecht kam es bis zum Jahre 1964 nicht. Die Generalversammlung sprach sich jedoch - meist auf Drängen von EL - für den Schutz der Rechte der Völker, über ihre Rohstoffe frei verfügen zu können, aus. 1952 erklärte die GA allgemein, alle Völker hätten das Recht auf Selbstbestimmung (GA Resolution 545 (VI) vom 5. Februar 1952). Im selben Jahr wurde dieses Recht der freien Verfügung über die Rohstoffe konkretisiert (GA Resolution 626 (VII) vom 21. Dezember 1952).

1953 forderte die GA alle UN-Mitglieder zur Respektierung des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung auf (GA Resolution 738 (VIII) vom 28. November 1953). Im Jahre 1954 wurde von der GA der weiterhin bestehende Auftrag an die Kommission für Menschenrechte, an Vorschlägen für Resolutionen zu einem erweiterten Schutz des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung und permanente Souveränität über ihren natürlichen Reichtum und ihre Ressourcen zu arbeiten, durch die Erteilung allgemeiner Rahmenrichtlinien eingeengt. Bei der Erarbeitung weiterer Empfehlungen sollte die Kommission die Rechte und Pflichten der Staaten hinsichtlich des internationalen Rechtes beachten und die internationale Zusammenarbeit bei der wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Länder fördern.

Diese Forderungen wurden nicht von allen EL vertreten, d.h. sie stimmten diesen Forderungen nicht zu. Es ließ sich nur eine mittlere Zielgleichheit der Forderungen der EL ermitteln.¹ Die arabischen und lateinamerikanischen Länder vertraten ihre Interessen durch eine teilweise große Zusammenarbeit in ihren Gruppen oder in Zusammenarbeit miteinander. Beim Abstimmungsverhalten zeigte sich jedoch, daß der Grad der Organisation aller EL (Aktionsformation) noch gering war.² Wegen der hohen Zielgleichheit der EL konnte für die Zeit bis 1955 jedoch schon eine mittlere-große Formierung angenommen werden.³

Die Konferenz von Bandung im Jahre 1955 brachte neben einer Einigung sich als blockfrei empfindender Staaten des afroasiatischen Raumes auf allgemeinpoltischer Ebene, eine Neuverständnis der EL zum Thema Selbstbestimmung. Die Bemühungen um Selbstbestimmung wurden gleichgesetzt mit dem Kampf gegen den Kolonialismus in all seinen Formen und den sich daraus ergebenden Mißständen. Die Teilnehmer der Konferenz empfanden die bestehende rohstoffpolitische Situation als Ausbeutung, Beherrschung und Ausformung des Kolonialismus, welches als Übel baldigst beseitigt werden sollte. Verstärkt wurde diese „Front“ durch eine Institutionalisierung der afroasiatischen Gruppe auf der Ebene der UN. Die „neue Gruppe“ einigte die Ablehnung des westlichen, wie des östlichen Imperialismus.⁴

Einzel und in Koalitionen mit anderen EL, die jedoch nicht zu gemeinsamen Aktionen aller EL führten, versuchten diese ihre Forderungen in die UN durch zahlreiche Resolutionsentwürfe in der Kommission für Menschenrechte einzubringen. Die Kommission legte der Generalversammlung im Jahre 1955 einen Vorschlag vor, der im Dritten Komitee der Generalversammlung diskutiert wurde. Dieser Vorschlag, „Draft International Convenant On Human Rights“ genannt, formulierte im Artikel I in gemäßigter Sprache die Forderungen der EL nach einer als Recht garantierten primären Nutzung der Ressourcen der EL für die eigenen Zwecke.

1. vgl. III. Teil, II.3.2.1.

2. vgl. III. Teil, II.3.2.2.

3. vgl. III. Teil, II.3.2.3.

4. vgl. IV. Teil, I.2.3.2.

Inhaltlich sagten sich die EL darin vom Erbe des Kolonialismus in der Weise los, daß sie die bestehenden Verpflichtungen aus der internationalen Zusammenarbeit nach eigenem Ermessen, den Prinzipien wechselseitigen Nutzens und denen des internationalen Rechtes neu regeln wollten. Diese in sich widersprüchlichen Aussagen fanden nicht die Unterstützung aller EL und wurden auch von der Generalversammlung nicht zur Beschlußfassung zugelassen.

Die EL erreichten geschlossen einen Beschluß der Generalversammlung im Jahre 1957, in dem die „unzureichenden Realisierung“ der Selbstbestimmung der Völker als konträr zu den Prinzipien der Vereinten Nationen dargestellt wurde.

Die EL forderten im Jahre 1958 beinahe geschlossen die Herstellung eines Rechtes auf Selbstbestimmung mit dem Hinweis auf die „Draft International Convenant On Human Rights“. Sie konnten sich jedoch inhaltlich nicht auf einheitliche Forderungen einigen, sodaß bis zum Jahre 1962 die EL nur in der Forderung nach einem Schutz dieses Zieles durch Völkerrecht und der Notwendigkeit, dieses Thema weiterhin zu behandeln, einig waren.¹

Wegen der zwar hohen, aber nicht vollkommenen Zielgleichheit der EL und der nur geringen Aktionsformation konnte „nur“ eine mittlere-große Formierung festgestellt werden. Eine vollständige Einigung der EL scheint zu dieser Zeit auch durch die radikalen, die Wirtschaftsinteressen der IL angreifenden Forderungen kaum möglich, weil, wie bei den Abstimmungen zur „Draft International Convenant On Human Rights“ zu sehen ist, einige eng mit den westlichen IL zusammenarbeitende EL hier eine Grenze ihrer EL-Solidarität und gemeinsamen Interessen sahen.²

In der Zeit von 1962 bis 1964 gab es keine inhaltliche Weiterentwicklung dieser Forderungen. Auch die „Gruppe der 77“ und die blockfreien Länder, wobei letztere sich entschieden gegen den Kolonialismus aussprachen und die Forderungen der Konferenz von Bandung noch einmal wiederholten³, vermochten die Sicherung

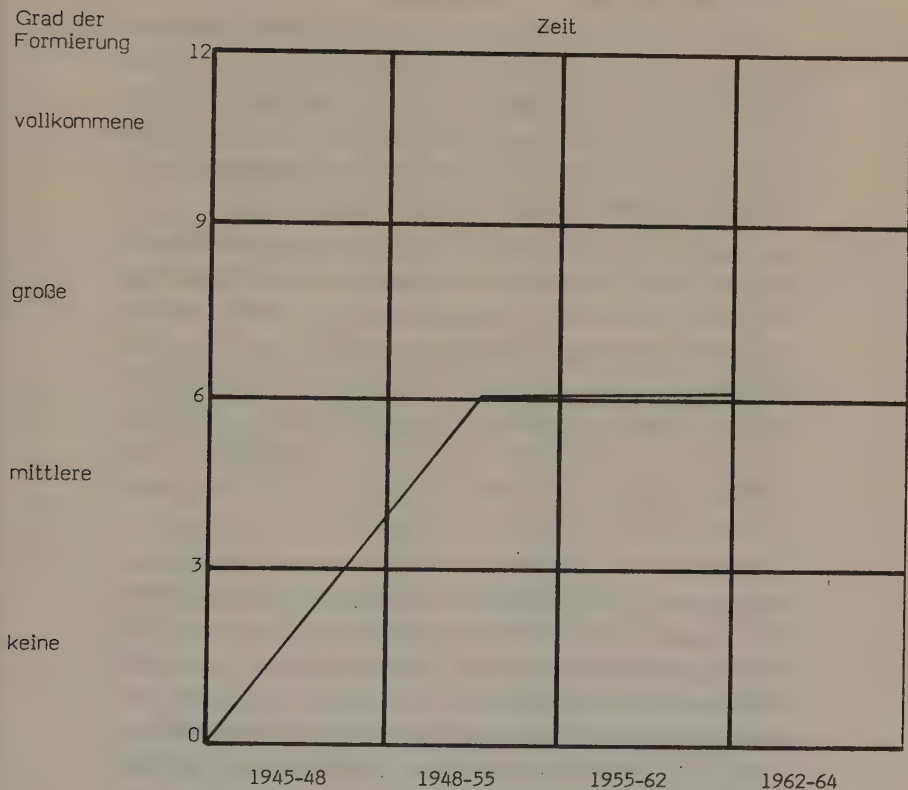
1. vgl. IV. Teil, II.3.1. und 3.2.

2. vgl. Annex III und IV. Teil, II.3.1.

3. vgl. V. Teil, I.1.

des Verfügungszieles durch völkerrechtliche Kodifizierung nicht zu erreichen. Auf der UNCTAD-Konferenz wurden die EL-Forderungen nach Selbstbestimmung wiederholt und sämtliche EL konnten sich auf die Forderung nach „Aufhebung des Kolonialismus in all seinen Formen“ einigen. Festzustellen ist, daß bis zum Jahre 1964 die Forderung nach einer völkerrechtlichen Sicherung des Rechtes der EL auf die freie Verfügung über ihre Rohstoffe zu einer gemeinsamen Forderung gemacht werden konnte. Es gelang den EL jedoch nicht, diese Forderung auf der Ebene der UN zu realisieren.

Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer beim Versuch der Verankerung des Verfügungszieles im Völkerrecht.



4. Die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer beim Kontrollziel

Untersucht wurde die Frage, ob und wie die EL die Nicht-Fremdbestimmung ihrer Rohstoffressourcen von dritter Seite her unter besonderer Berücksichtigung der multinationalen Firmen forderten.

Das Kontrollziel kann als „Negativ-Formulierung des funktionalen Verfügungszieles“¹ der Staaten verstanden werden, frei über ihre Rohstoffe verfügen zu können. Untersucht wurde im Rahmen des Kontrollzieles, ob die EL für Dritte allgemein Verbote forderten, die das Verfügungsziel gegebenenfalls mit einer direkten Adresse an multinationale Firmen unterstützten.

Festgestellt werden konnte, daß die multinationalen Firmen bis zum Jahre 1964² in keiner Forderung direkt angesprochen wurden. Nur qualitativ gleichartige Forderungen, wie sie die EL im Jahre 1974 in der „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“ stellten, wo im Artikel 2, Kapitel II. die Rechte der Staaten gegenüber transnationalen Gesellschaften genau mit Verboten und Eingriffsrechten des Staates abgegrenzt wurden, können als eigenständige Ausformung des Kontrollzieles als Hauptforderung verstanden werden.

Bis zum Jahre 1964 kam es zu keiner solchen Ausformung des Kontrollzieles. Wohl aber wurden Forderungen des Kontrollzieles im Verein mit „anderen Forderungen“ genannt. Dabei kam den Forderungen des Kontrollzieles die Aufgabe zu, den „Souveränitätsvorbehalt“ zu formulieren. Dieser Vorbehalt begleitete die „anderen Forderungen“ als wichtige Nebenforderung. Keinesfalls aber können Formierungen zu den „anderen Forderungen“ den Forderungen des Kontrollzieles zugerechnet werden.

Der Staat als Adressat von EL-Forderungen wurde 1952 erstmalig von EL angesprochen. Die Forderung, daß die Mitglieds-

1. vgl. I. Teil, II.5.2.

2. Die multinationalen Firmen werden erst im Jahre 1972 Gegenstand der kritischen Forderungen der EL. vgl. Schaffner, Hans; Die Multinationalen - Ausbeuter oder Triebkraft der Weltwirtschaft, Zürich 1975, S. 5 f

staaten sich allgemein von Akten zurückhalten sollten, welche direkt oder indirekt geeignet sein könnten, die Souveränität irgendeines Staates über seine natürlichen Ressourcen zu beeinträchtigen, blieb die einzige direkte Ansprache von Akteuren. Diese Aufforderung fand nicht die Zustimmung aller EL.¹

Alle anderen Forderungen der EL nach Beachtung der Souveränität begleiteten rohstoffpolitische Forderungen der EL mit anderer „Zielrichtung“.

So wurde im Jahre 1948 die von den EL geforderte technische Hilfe mit der Bedingung verknüpft, diese Hilfe dürfe keine wirtschaftliche oder politische Einmischung zur Folge haben oder von Überlegungen politischer Natur begleitet werden.² Diese Forderung wurde in den folgenden Jahren oftmals wiederholt. Derselbe inhaltliche Vorbehalt der Souveränität wurde mit den Forderungen nach wirtschaftlicher Hilfe von dritter Seite (ab 1952) und privaten Investitionen allgemein (ab 1954) verbunden.³

Im Rahmen einer Aufforderung der EL an die IL, in ihren Ökonomien mehr zu investieren, wurden im Jahre 1954 ausländische Investeure aufgefordert, nicht in den Wirtschaftsablauf der EL störend einzugreifen. Über das Maß der zur Verteidigung der Souveränität der EL notwendigen Schritte herrschte jedoch unter den EL größte Uneinigkeit. Deutlich zeigte sich jedoch, daß der Anreiz ausländischer Investeure und eine Steigerung ihrer Wirtschaftseffektivität für die EL größere Wichtigkeit besaß, als der Schutz ihrer Souveränität. Hier zeigte sich der Theorie-Praxis Widerspruch zwischen den klar von den EL artikulierten Präferenzen für eine effektive Ökonomie, auch mittels begünstigter Fremdinvestitionen vor einem Beharren auf den theoretischen Forderungen nach dem Recht auf Selbstbestimmung über die natürlichen Ressourcen.⁴

Die auf der Konferenz von Bandung im Jahre 1955 vertretene Absicht der Teilnehmerländer, eine gemeinsame Politik der Ge-

1. vgl. III. Teil, II.4.1.

2. vgl. II. Teil, IV.4.

3. vgl. III. Teil, II.4.1.

4. vgl. III. Teil, II.4.

winnbeteiligung und Besteuerung zu erreichen¹, fand in der Zeit von 1955 bis 1962 in den UN keinen Niederschlag. Vielmehr wurden die Kontrollzielforderungen auch weiterhin als Nebenforderungen gestellt, wie bei der Errichtung eines EL-Finanzierungsfonds - dem „Special Fund“ - im Jahre 1958 und 1961 und bei der Einrichtung des technischen Hilfsprogrammes der UN im Jahre 1961 geschehen.

In der Zeit von 1962 bis 1964 wurde das „Souveränitätskorrektiv“ als Nebenforderung im Jahre 1963 ausgeweitet auf die Forderung nach Landreformen. Auf der UNCTAD-Konferenz im Jahre 1964 forderten alle EL im General Principle One die Anwendung der Prinzipien der Souveränität der Staaten auch auf den Bereich des Handels und die Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten anderer Staaten auszudehnen.

Den EL gelang es, eine generelle „Anspruchsgrundlage“ auf Beachtung der Souveränität sowohl gegenüber anderen Staaten als auch gegenüber den multinationalen Firmen zu erreichen. Dennoch kann nicht von einer klaren Kontrollzielforderung gesprochen werden, weil weder die Rohstoffe direkt erwähnt wurden, noch eine direkte Ansprache an die Staaten oder multinationalen Firmen in der Form eines Verbotes vorlag.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die EL zwar durch die Forderungen nach einer völkerrechtlichen Verankerung ihres Rechtes auf die freie Verfügung über die Rohstoffe ihren Anspruch auf eine souveräne Verfügungsgewalt mit der Forderung nach Selbstbestimmung inhaltlich voll vertraten. Bis zum Jahre 1964 kam es aber nicht zu Forderungen der EL, die die Qualität von Kontrollzielforderungen hatten. Das heißt, die EL forderten zur Unterstützung des Verfügungszieles keine Verbote gegenüber Staaten oder multinationalen Firmen.

1. vgl. IV. Teil, I.1.2.2.

5. Die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer beim Erlössicherungs- und -steigerungsziel

Untersucht wurde die Frage, ob und wie die EL Forderungen nach einer Nivellierung von Rohstoffpreisschwankungen und als weiteren Schritt die Steigerung des Erlöses aus dem Verkauf von Rohstoffen vertreten.

Die Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war von den Bemühungen aller UN-Mitglieder um eine „Good Will“-Politik geprägt, d.h. die gesamtökonomischen Bemühungen der EL waren wie die der IL auf eine Wiederbelebung der durch den Krieg und seine Folgen zerstörten Weltökonomie gerichtet. Die Rohstoffe sollten dabei als Rekonstruktionsbasis der vom Krieg verwüsteten Gebiete dienen und den Mangel an Nahrungsmitteln beseitigen.¹ Die Rohstoffpreise waren in dem Zusammenhang kein Gegenstand der Diskussion in den UN. Erst auf der Havanna Konferenz (21. November 1947 bis 24. März 1948) wurde erstmals die Forderung nach stabilen Rohstoffpreisen auf der Ebene der UN gestellt, wenngleich ohne die Unterstützung vieler EL. Zwar gelang es 40 EL auf der Konferenz gemeinsame Positionen zu den Themen Zollabbau, Schutzzölle für unterentwickelte Länder und Souveränität der Staaten über mengenmäßige Handelsbeschränkungen zu formulieren, doch für stabile Rohstoffpreise und terms of trade sprachen sich nur zwei Länder aus, von denen nur eines ein EL war. Die westlichen IL lehnten prinzipiell jede Planung zur Erreichung von Preisstabilität als widersprüchlich zum freien Welt-handel ab.²

Im Jahre 1948 wurde erstmalig - mit Zustimmung aller EL - die Forderung nach stabilen Rohstoffpreisen, jedoch nur im Bereich der agrarischen Rohstoffe, gestellt.³ Die EL bewiesen eine volle Zielgleichheit bei diesen Forderungen.⁴ Eine Umsetzung dieser Zielgleichheit in eine Interessensorganisation (Aktionsformation) gelang den EL jedoch nicht. Die EL-Gruppen existierten noch

1. vgl. II. Teil, II.3.

2. vgl. II. Teil, III.5.5.2. und 5.5.4.

3. vgl. II. Teil, III.3.

4. vgl. II. Teil, III.3.1.

nicht oder waren noch ungenügend organisiert.¹ Es kam nur zu einer mittel-großen Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen.²

Der Ausbruch des Korea-Krieges 1950 hatte eine weltweite Wiederaufrüstung zur Folge. Besonders die IL begannen militärische und lebenswichtige Rohstoffe zu lagern und in ihren Industrien für Aufrüstungszwecke zu verwenden. Es kam zu einem steilen Anstieg in der Nachfrage nach Rohstoffen, wodurch die Rohstoffpreise beträchtlich stiegen. Die IL sahen in den steigenden Rohstoffpreisen die Gefahr einer finanziellen Abschöpfung ihrer Ökonomien. Die EL betrachteten die Entwicklung der Rohstoffpreise mit Zufriedenheit. Die Rohstoffe gewannen an volkswirtschaftlicher und politischer Bedeutung.³ Begleitet wurde der Preisanstieg für Rohstoffe der EL jedoch von einer aus den IL importierten Inflation der Währungen der EL.⁴ Für die EL hatte das die wirtschaftlichen Folgen einer Schmälerung der realen Rohstoffexportgewinne und gestiegene Importpreise für verarbeitete Güter aus den IL. Von den EL waren zu der Zeit die lateinamerikanischen Länder die am besten in den UN organisierten. Gleichzeitig fühlten sie sich von der neuen Rohstoffsituation am meisten betroffen.⁵ Nicht als geschlossene Gruppe, aber doch in einer zahlreichen Interessenskoalition auch mit anderen EL, forderten sie ab 1951 den Realgewinn der Rohstoffexporte durch Gegenmaßnahmen zu sichern. Die Bemühungen der IL, den Anstieg der Rohstoffpreise zu stoppen, hatten ab Mitte des Jahres 1951 Erfolg. Seit dieser Zeit ließ die Nachfrage nach Rohstoffen nach und die Rohstoffpreise sanken.⁶

Die von den IL 1950 - zu Beginn des Rohstoffpreisanstieges - geforderten internationalen Rohstoffverträge - nach dem Muster des Kapitel IV der Charta von Havanna⁷ - wurden nun von

1. vgl. II. Teil, II.2. und IV.3.2.

2. vgl. II. Teil, IV.3.3.

3. vgl. Verfügungsziel

4. vgl. III. Teil, I.2.

5. vgl. III. Teil, I.3.2.

6. vgl. III. Teil, I.2.

7. vgl. II. Teil, III.5.5.2.

den EL gefordert. Die EL forderten die Sicherung des Rohstoffpreises durch direkte und indirekte Maßnahmen:

- den „freien Zugang“ aller Rohstoffe zu allen Märkten,
- den Abbau von Handelsrestriktionen,
- den Abschluß von zwei- oder mehrseitigen internationalen Handelsverträgen über Rohstoffe und verarbeitete Güter.

Durch die Spezialisierung der terms of trade sollte der Realgewinn des Rohstoffverkaufs gesichert werden. Sie forderten mehr private Investitionen, um so den Abbau und die Vermarktung von Rohstoffen zu effektivieren, und nationale und internationale Aktionen zur Sicherung der Rohstoffpreise.

Bemerkenswert ist, daß die EL zu dieser Zeit noch bedingungslos einen freien Handel - allgemein und für Rohstoffe im besonderen - forderten. Für die Realisierung dieser Forderungen wollten die EL in bescheidenem Maße die Dienste der Vereinten Nationen in Anspruch nehmen. Sie forderten 1951, eine Expertengruppe auf der Ebene des ECOSOC zu bilden und 1954 die Einrichtung der „Permanent Advisory Commission on International Commodity Trade“.¹ Die lateinamerikanischen Länder zeigten eine vollkommene Übereinstimmung bei den Abstimmungen zu den geforderten Zielen, und die afroasiatischen Länder zeigten eine fast vollkommene Zielgleichheit. Die Gesamtgruppe der EL dokumentierte somit eine mittlere (sehr hohe) Zielgleichheit.²

Die lateinamerikanischen Länder bewiesen besonders auf der Ebene der Wirtschafts- und Sozialrates bei der Vorlage gemeinsam erarbeiteter Vorschläge und Forderungen in einigen Sitzungsperioden ein hohes Maß an Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit war jedoch auf einige Zeitpunkte begrenzt und entwickelte sich nicht zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit auf der Ebene der GA oder des ECOSOC. Die übrigen EL arbeiteten bei der Vorlage von Forderungen wenig, und meist sogar mit IL zusammen. Bei den Abstimmungen zeigten die EL ein beinahe geschlossenes Auftreten.³ Insgesamt ließ sich eine mittel-große Formierung der

1. vgl. III. Teil, II.5.1. und 5.2.2.

2. vgl. III. Teil, II.5.2.2.5.

3. vgl. III. Teil, II.5.2.1.

rohstoffpolitischen Forderungen der EL feststellen.¹

In der Zeit von 1955 bis 1962 wurde den bestehenden Forderungen nur noch eine neue Forderung hinzugefügt. Von den EL wurde 1959 die Forderung aufgestellt, die extrem schwankenden Rohstoffpreise und Preisrückgänge, welche auf die Außenhandelsbilanzen der EL, ihre nationale Planung und somit die Entwicklung eines ökonomischen Fortschrittes katastrophale Wirkungen hatten², durch kompensatorische Zahlungen an die betroffenen EL auszugleichen. Diese Forderung, die den Prinzipien des freien Welthandels widersprach, fand bei den EL bis zum Jahre 1962 keine einheitliche Unterstützung.³

Die schon vor dem Jahre 1955 aufgestellten Forderungen der EL zur Sicherung und Steigerung der Rohstoffexportpreise wurden qualitativ erweitert, häufig und nachdrücklich vorgetragen. So forderten die EL die UN-Mitgliedsländer wiederholt auf, bei ihren internationalen Handelsbeziehungen und Strategien möglichst schädigende Wirkungen auf EL mit einer hohen Abhängigkeit vom Export relativ weniger Rohstoffe zu vermeiden (Forderung ab 1955 gestellt). Die EL forderten eine Erweiterung des Welthandels durch eine Förderung und Verbreitung von Kenntnissen über Rohstoffverarbeitungsmethoden und über die Vorteile der Standardisierung des Verarbeitungsgrades und der Verbesserung der Warenqualität. Besonders wurden dabei die UN und ihre relevanten Organe angesprochen, aber auch die IL, von denen eine Weitervermittlung ihrer Kenntnisse verlangt wurde (Forderung gestellt ab 1955). Außerdem sollen in ihren Ökonomien eine horizontale und vertikale Diversifizierung ihres Rohstoffangebotes zur Ausweitung ihrer Absatzmärkte stattfinden (Forderung gestellt ab 1956). Diese Forderungen fanden die vollkommene Unterstützung aller EL bei den Abstimmungen.⁴

Zu ihrer Durchsetzung erwirkten die EL 1958 die Einsetzung einer weiteren Kommission, der „Commission on International Trade“, von der auch die Initiative zu kompensatorischen Zahlun-

1. vgl. III. Teil, II.5.2.3.

2. vgl. IV. Teil, I.4.

3. vgl. IV. Teil, II.5.1. und 5.2.1.

4. vgl. ebenda

gen bei Verlusten aus schwankenden Rohstoffexportpreisen kam. Die EL sahen durch die schwankenden und sich tendenziell ständig verschlechternden Rohstoffpreise ihre verfügungspolitischen Ziele in einem solchen Maße gefährdet, daß sie 1959 den Handel zu einem natürlichen und zuverlässigen Faktor in der Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten erklärten. Der schon 1957 von den sozialistischen Ländern in den UN eingebrachte Vorschlag zur Gründung einer nur mit Handelsfragen beschäftigten UN-Organisation, fand zunehmend größere Unterstützung bei den EL. Im Jahre 1961 wurde mit den Stimmen aller EL der Generalsekretär aufgefordert, mit allen UN-Mitgliedern und den Mitgliedern der Spezialorganisationen Konsultationen über die Ratsamkeit einer internationalen Konferenz über Handelsprobleme und speziell die Probleme des Rohstoffmarktes zu führen. Im selben Jahre fand auch erstmalig eine „Verurteilung der IL“ als Verursacher der Handelsprobleme und seiner Folgen durch alle EL statt.

Weitere Erfolge zur Lösung der Handels- und Rohstoffprobleme der EL wurden in die Verantwortlichkeit der IL gestellt. Gleichzeitig mußten die UN feststellen, daß die EL sich trotz aller Bemühungen weit vom Punkt der Zufriedenheit entfernt befanden. Ausgelöst auch durch die unbewältigten Rohstoff- und Handelsprobleme der EL, zeigte sich auf der Ebene der UN 1961 eine erste Nord-Süd-Polarisierung bei der Frage nach der Einberufung der UNCTAD-I-Konferenz.¹ Insgesamt konnte bei den Forderungen der EL keine vollkommene, aber doch eine hohe Zielgleichheit festgestellt werden.² Wenngleich sich das Engagement der EL bei der Einbringung von draft resolutions verbesserte, zeigte weder die afroasiatische noch die lateinamerikanische Gruppe ein geschlossenes Auftreten, noch eine aktive Zusammenarbeit.³ Die Teilnehmer der Konferenz von Bandung erwiesen sich bei den Forderungen nicht als initiative Kraft.⁴

1. vgl. IV. Teil, II.5.1.

2. vgl. IV. Teil, II.5.2.1.

3. vgl. IV. Teil, II.5.2.2.

4. vgl. IV. Teil, II.7.

Die Initiativen der EL waren von einem zwar hohen Interessenskonsens getragen, organisatorisch jedoch nicht koordiniert. Der Formierungsgrad der EL ist deshalb mittel-groß.¹

In der Zeit von 1962 bis 1964 entwickelten die EL keine neuen Forderungen nach direkten oder indirekten Maßnahmen. Die EL gingen vielmehr dazu über grundsätzliche Forderungen zu entwickeln. Die Nord-Süd-Konfrontation verstärkte sich mit dem Erfolg, daß nun alle EL geschlossen forderten:

- die Einsetzung der Konferenz für Handel und Zusammenarbeit, deren Beginn für den Zeitraum zwischen September 1963 und dem Beginn des Jahres 1964 festgelegt werden sollte (Forderung 1962 gestellt),
- die Untersuchung der ganzen Bandbreite der Handelsprobleme der EL mit der Vorlage von Lösungen auf einer weltweiten Basis (Forderung 1962 gestellt),
- eine kompensatorische Finanzierung der Rohstoffexportpreisverluste (Forderung von allen EL erstmalig 1962 gestellt),
- eine strukturelle Veränderung des Welthandels (Forderung erstmalig 1962 gestellt),
- die Errichtung einer neuen internationalen Arbeitsteilung (erstmalig 1963 als Forderung gestellt),
- die Errichtung einer neuen internationalen Handelspolitik (Forderung erstmals 1963 gestellt),
- die Bereitschaft aller UN-Mitglieder nach einer Zeit der Worte die Bereitschaft zum Handeln zu zeigen (erstmalig als Forderung 1963 gestellt).

Diese Forderungen wurden auf der Konferenz für Handel und Entwicklung UNCTAD I, in die die EL große Hoffnungen gelegt hatten, nicht erreicht. Die „Gruppe der 77“ als maximalste EL-Formation der Jahre 1963/64 wertete die Beschlüsse der Konferenz als „Anfangsschritte“.

Festzustellen ist bis zur UNCTAD-I-Konferenz eine Radikalisierung der EL-Forderungen bei einer vollkommenen Zielgleichheit

1. vgl. IV. Teil, II.5.3.

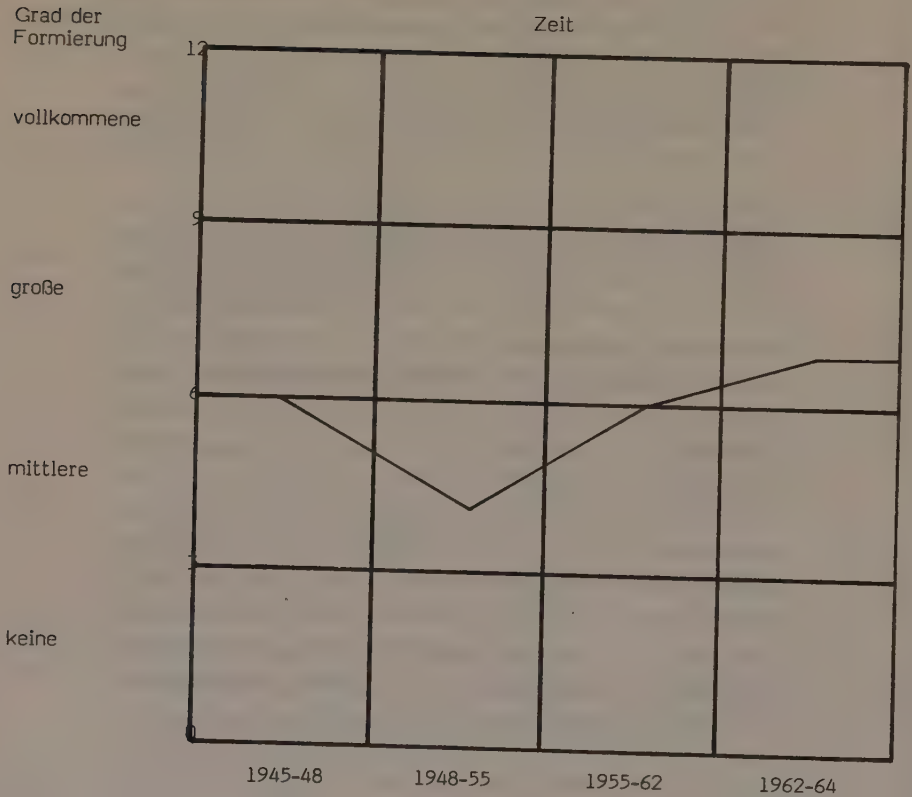
der EL.¹ Die Rohstoffpreisforderungen werden in Forderungen nach strukturellen Veränderungen eingebunden. Die radikalen Forderungen stehen in einem großen Gegensatz zur geringen Aktionsformation der EL. Die Blockfreien und die „Gruppe der 77“ waren zu dieser Zeit auf der Ebene der UN noch nicht so organisiert, daß sie als Blöcke in der Lage gewesen wären, kontinuierlich Vorschläge in den Organen der UN einzubringen. Die Umsetzung einer vollkommenen Zielgleichheit der EL in politische Aktionen zu ihrer Durchsetzung erreichte nur das Maß einer geringen Aktionsformation.² Das auf der Formierungsskala ablesbare Maß der Formierung stieg wegen der erreichten vollkommenen Zielgleichheit der EL auf mittel-groß an.

Eine gesamtzeitliche Betrachtung der Entwicklung der Forderungen der EL zeigt eine Veränderung einer 1945 noch solidarischen Gemeinschaft der UN hin zu radikalen Blockforderungen der EL. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen sicher nicht im ideologischen Bereich der einzelnen EL. Im innerpolitischen Bereich sind besonders die lateinamerikanischen Länder in der Mehrheit als konservativ anzusehen. Der einigende Faktor der EL-Forderungen ist vielmehr in der allen EL gemeinsamen Wahrnehmung der Unmöglichkeit zu sehen, die Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgabe - Beseitigung der Knappheit mittels der vorhandenen Ressourcen - bei den bis zum Jahre 1964 bestehenden wirtschaftlichen Strukturen zu bewältigen. Die Forderungen der EL sind bei näherer Betrachtung durchaus als handelsliberalistische Forderungen mit sozialen Korrektiven (z.B. kompensatorische Finanzierung) zu bezeichnen, wie sie im innerstaatlichen Bereich der IL zur Regel geworden sind.

1. vgl. V. Teil, II.5.1. und 5.2.1.

2. vgl. V. Teil, I.1. und 2. und II.5.2.2.

Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer beim Erlössicherungs- und -steigerungsziel.



6. Die Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer beim Beteiligungsziel

Beim Beteiligungsziel wurde die Frage untersucht, ob und wie die EL Forderungen nach einer allseitigen Teilnahme an der Produktion und Weiterverarbeitung der Rohstoffe, und einen damit verbundenen Strukturwandel ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten im Rohstoffbereich vertraten.

Das Beteiligungsziel wurde bis zum Jahre 1955 von den EL nicht als eigenständige Hauptforderung gestellt. 1949 forderten die lateinamerikanischen Länder eine allgemeine Diversifizierung ihrer Ökonomien und 1952 den besseren, rationelleren Einsatz der Arbeitskräfte bei der Verarbeitung von Rohstoffen.¹

1959 forderten alle EL angesichts instabiler Außenhandelsverdienste - infolge ständig schwankender Rohstoffpreise - ihren Ökonomien eine andere Einnahmequelle zur Seite zu stellen. Die Industrialisierung ihrer Ökonomien - eine horizontale Diversifizierung - sollte angesichts saturierter Rohstoffmärkte eine kontinuierliche Finanzierung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung sichern. Die EL verlangten dazu eine enge Zusammenarbeit aller EL. Die Vereinten Nationen sollten den EL zur Unterstützung ihrer Industrialisierungspläne Seminare, Trainings- und Beratungszentren zur Verfügung stellen. Die EL glaubten, die Industrialisierung ihrer Ökonomien würde sie unabhängiger von den IL machen und schließlich zu einer Selbstversorgung (self-sustaining stage) führen. 1960 verlangten die EL die Diversifizierung der agrarischen Rohstoffe (vertikale Diversifizierung). Dem folgte im selben Jahre die Forderung nach einer vertikalen Diversifizierung im Bereich der Öl-Rohstoffe mit konkreten Forderungen zu ihrer Verwirklichung. Verlangt wurde die Mithilfe der UN beim Training von Öl-Technikern, bei der Bereitstellung von Laboratorien und anderen Einrichtungen und bei der Einrichtung von Öl-Reserven in den EL.

Im Jahre 1961 forderten alle EL die UN und auch die UN-Mitgliedsregierungen auf, den EL Institute zur Verfügung zu stellen, in denen EL-Personal geschult werden könnte. Dabei sollte die wirtschaftliche Planung der EL-Ökonomien sich an den verschiedenen Bedürfnissen und Problemen ihrer Länder und an den

1. vgl. III. Teil, II.6.

eigenen individuellen Vorstellungen der EL ausrichten. Für die Maßnahmen der Diversifizierung sollte nach einem Wunsch der EL von den UN ein besonderer Fond bereitgestellt werden. Den Diversifikationsbemühungen der EL sollten sich auch die IL bei der Entwicklung und Planung von Wissenschaft und Technologie anschließen. Gefordert wurde dazu eine enge internationale Kooperation unter EL-Beteiligung.

In der Folgezeit wurde die industrielle Diversifizierung in einem engen Zusammenhang mit der Entwicklung einer hochproduktiven Landwirtschaft gesehen. Diese wurde als eine wichtige Voraussetzung der Entwicklung eines industriellen Sektors der EL angesehen.¹ Wenngleich die afroasiatischen Staaten bei der Einbringung der Forderungen schon eine fortgeschrittene Zusammenarbeit zeigten,² kam es dennoch nicht zu einer alle EL umfassenden Organisation der EL-Interessen durch die Aktion.³ Die Messung der Formierung der Forderungen zeigt eine große Formierung der EL-Forderungen an.⁴ Die während der Konferenz von Bandung aufgestellten Forderungen zum Beteiligungsziel⁵ fanden bei den auf der Ebene der UN gestellten Forderungen keine Berücksichtigung, doch erwiesen sich die Teilnehmerländer der Konferenz auf UN-Ebene als eine Initiativkraft bei der Vorbringung von Forderungen.⁶

In der Zeit von 1962 bis 1964 wurden die Forderungen nur noch um eine Forderung erweitert. Die EL forderten 1963 eine Reduzierung der Kosten für den Transport und die Versicherung ihrer Güter und im Jahre 1964 die Bereitstellung von Mitteln zum Aufbau eigener Meerestransportmittel, um so die Kosten für Transport und Versicherung zu senken. Die anderen Forderungen wurden verstärkt und teilweise inhaltlich konkretisiert. Für das Training von EL-Personal verlangten die EL die Bereitstellung von Stipendien. Den für die Diversifizierung der EL wichtigen Institu-

1. vgl. IV. Teil, II.6.1.

2. vgl. IV. Teil, II.6.2.2.1.

3. vgl. IV. Teil, II.6.2.2.

4. vgl. IV. Teil, II.6.3.

5. vgl. IV. Teil, I.1.2.4.

6. vgl. IV. Teil, II.7.

tionen „Expanded Programm of Technical Assistance“ und dem „Special Fund“ sollten 150 Millionen \$ zur Verfügung gestellt werden. 1963 forderten die EL in der Erklärung der „Gruppe der 77“ eine neue Handelspolitik, um die für die EL notwendigen Diversifizierungen zu realisieren. Die bisherigen UN-Mittel und Aktivitäten wurden von den EL als nicht ausreichend qualifiziert; eine bessere Maschinerie wurde gefordert. Entscheidende Fortschritte versprachen sich die EL auch hier von der UNCTAD-Konferenz. Auf dieser Konferenz forderten die EL eine Neuverteilung der internationalen Arbeitsteilung zum Vorteil der EL und zur Förderung der Diversifizierung ihrer Ökonomien. Nochmals wurde von ihnen die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit der EL hervorgehoben, welche durch eine wirtschaftlich regionale Integration und die Gruppenzusammenarbeit der EL gefordert und verwirklicht werden sollte.¹ Die EL zeigten bei den Abstimmungen in den UN zu diesen Forderungen eine vollkommene Übereinstimmung.²

Trotz der Existenz der „Gruppe der 77“ kam es bei dem Beteiligungsziel nicht zu einer gemeinsamen kontinuierlichen Interessensvertretung aller EL oder eines EL-Blockes.³ Die Aktionsformation hielt nicht Schritt mit der inhaltlichen Eskalation der Forderungen, für die sich sowohl die „Gruppe der 77“⁴ als auch die Blockfreien⁵ ausgesprochen hatten. Die Organisation der von allen EL vertretenen Forderungen überschritt das Maß einer geringen Aktionsformation nicht. Als das Maß der Formierung der Forderungen läßt sich auf der Skala eine große Formierung ablesen.⁶

Das Beteiligungsziel wurde in seinen Bemühungen - die EL-Ökonomien zu diversifizieren - auch von den IL mitgetragen. Das Beteiligungsziel war bis zur UNCTAD-Konferenz, als die EL es in die Forderung nach strukturellen Veränderungen der Welt-

1. vgl. V. Teil, II.6.1.

2. vgl. V. Teil, II.6.2.1.

3. vgl. V. Teil, II.6.1.

4. vgl. V. Teil, I.1.

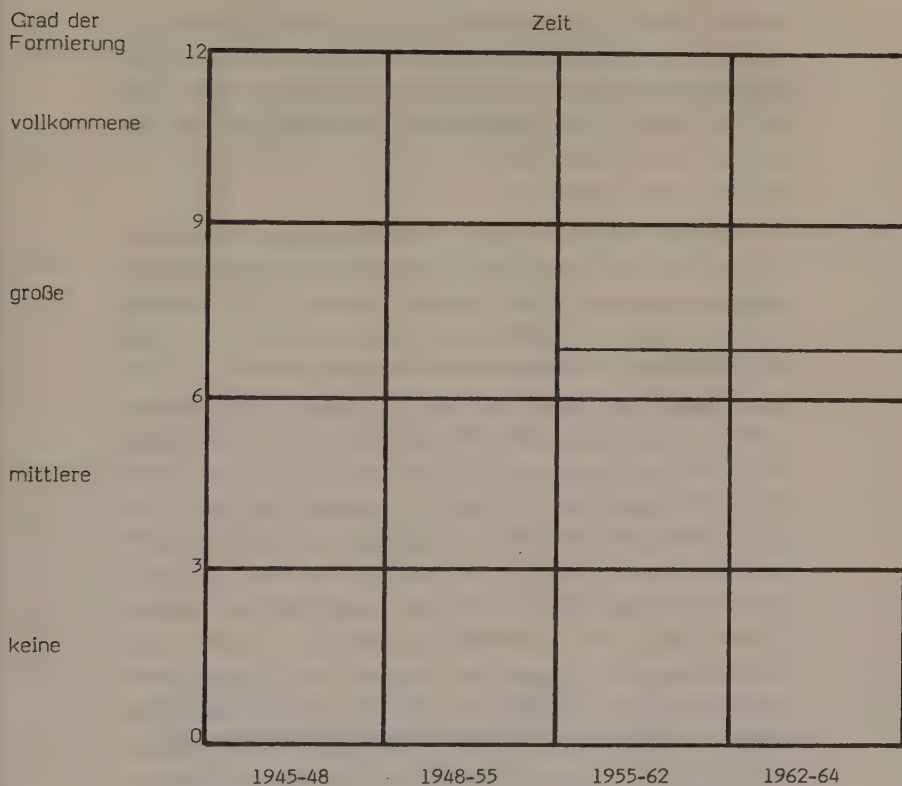
5. vgl. V. Teil, II.6.2.2.1.

6. vgl. V. Teil, II.6.3.

wirtschaft einbanden, nicht umstritten.¹ Die Wahrnehmung der ökonomisch strukturellen Unzulänglichkeiten der EL führte die EL zu volkswirtschaftlich zwingenden Forderungen nach Änderung dieser Strukturen. Angesichts der Unfähigkeit der EL mittels der vorhandenen Ressourcen (hier Rohstoffe) die Knappheit zu beseitigen, ist die Forderung der EL nach neuen Strategien (hier Diversifizierung), um diesem Ziel näher zu kommen, nur als politische konsequente Ausformung zu bezeichnen. Es bleibt nur die bedauernde Feststellung zu machen, daß das Maß der gemeinsamen Aktionen zur Durchsetzung der Forderungen nach Veränderung weit hinter dem Maß der Einsicht in die Notwendigkeit der Veränderungen zurückblieb.

1. vgl. die Abstimmungen dazu im Annex IV

Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der Entwicklungsländer beim Beteiligungsziel.



7. Das Mißverhältnis von Zielgleichheit und Aktionsformation

Das Mißverhältnis der Zielgleichheit und der Aktionsformation der EL ist augenfällig. Die Formierungsskalen zeigen an, daß schon in der Gründungsphase der Vereinten Nationen eine vollkommene Zielgleichheit der EL in den Bereichen Verfügungsziel und Erlössicherungs- und -steigerungsziel bestand, die von einem absoluten Mangel an Organisation der EL als eigenständiger Interessensgruppe kontrastiert wurde.¹ In den übrigen Zeitabschnitten schwankte das Maß der Zielgleichheit der Forderungen der EL von einer mittleren bis zur vollkommenen Zielgleichheit, das Maß der Aktionsformation überschritt jedoch niemals den Grad einer niedrigen Aktionsformation.

Auch die Organisation der EL in der Bewegung der Blockfreien und im Block der „Gruppe der 77“ in den UN bedeutete nicht die Organisation aller EL in den Vereinten Nationen. Es ist außerdem zu beobachten, daß je größer der Organisationsgrad der EL in den UN wurde, desto radikaler auch die Forderungen der EL wurden. Dabei wurden die Forderungen der EL jedoch nicht konkreter, sondern abstrakter, d.h. der Einstimmigkeit der Gruppe wurde das Detail der Forderung geopfert. Dies zeigte sich in dem ersten Erfolg der „Gruppe der 77“ in der GA Resolution 1897 (XVIII) vom 11. November 1963, der eine draft resolution der „Gruppe der 77“ zugrunde lag und in den auf der UNCTAD-Konferenz verabschiedeten Principles, denen meist draft resolutions von Ländern zugrunde lagen, die fast alle zur „Gruppe der 77“ gehörten. Bei der Vorstellung der „Gruppe der 77“ wurde schon dargelegt, daß es große ökonomische, politische, soziale und kulturelle Verschiedenheiten in der „Gruppe der 77“ gab. Diese machte es für die Gruppe notwendig, sich in Verhandlungen auf Kompromisse zu einigen.

Wenngleich die Forderungen der EL durch ein solches Vorgehen im Detail verloren, so verloren sie doch nichts von ihrer bisherigen Zielrichtung.²

1. vgl. II. Teil, IV.

2. vgl. V. Teil, II.

Die Untersuchung hat sich die Aufgabe gesetzt, rohstoffpolitische Formierungen der EL auf der Ebene der UN festzustellen. Nach den Gründen für den Mangel an Aktionsformation zu fragen, hieße die Ebene der UN zu verlassen und würde, wenn das schon dazu Gesagte vertieft würde, den Rahmen der Untersuchung übersteigen.

Für die weitere Entwicklung der Formierung der rohstoffpolitischen Forderungen der EL auf der Ebene der EL ist jedoch vorhersehbar, daß eine Steigerung des Formierungsgrades nur bei gleichbleibender vollkommener Zielgleichheit durch ein Stärkerwerden der Aktionsformation, d.h. der Umsetzung von gleichen Interessen in politische Aktion und Macht möglich sein wird.

LITERATURVERZEICHNIS

PRIMÄRLITERATUR

- | | |
|----------------|---|
| UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations 1946 - 1947
New York 1947 |
| UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations 1947 - 1948
New York 1948 |
| UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations 1948 - 1949
New York 1949 |
| UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations 1950
New York 1951 |
| UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations 1951
New York 1952 |
| UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations 1952
New York 1953 |
| UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations 1953
New York 1954 |
| UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations 1954
New York 1955 |
| UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations 1955
New York 1956 |
| UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations 1956
New York 1957 |
| UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations 1957
New York 1958 |
| UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations 1958
New York 1959 |
| UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations 1959
New York 1960 |

UNITED NATIONS	Yearbook of the United Nations 1960 New York 1961
UNITED NATIONS	Yearbook of the United Nations 1961 New York 1963
UNITED NATIONS	Yearbook of the United Nations 1962 New York 1964
UNITED NATIONS	Yearbook of the United Nations 1963 New York 1965
UNITED NATIONS	Yearbook of the United Nations 1964 New York 1966
UNITED NATIONS	Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Volume I New York 1964
UNITED NATIONS	Proceedings on the United Nations Conference on Trade and Development, Volume III New York 1964
UNITED NATIONS	Post War Shortage of Food and Coal New York 1948
UNITED NATIONS	Relative Prices of Exports and Imports of Un- derdeveloped Countries New York 1947
UNITED NATIONS	General Assembly Official Records, Fourth Session, Supplement No.1 New York 1950
UNCTAD	Summary Record of the Fifteenth Meeting Geneva 1965
UNCTAD	A Common Fund For Financing of Commodity Stocks, Amounts, Terms and Prospective Sources of Finance Geneva 1975

SEKUNDÄR - LITERATUR

- ALEXANDROWICS, CHAR- International Economic Organisations
LES HENRY London 1952
- BAILEY, SYDNEY D. The General Assembly of the United Nations
London 1960
- BARON, STEPHAN Internationale Rohstoffpolitik: Ziele, Mittel,
GLISSMANN, HANS H. Kosten
STECHER, BERND Tübingen 1977
- BELLINGHAUSEN, RU- Entwicklungsländer, in: Handbuch der Vereinten
DOLF Nationen
München 1977, S. 94 - S. 101
- BILLERBECK, KLAUS Alternative Approaches For The Future Order Of
International Trade In Commodities
Berlin 1974
- BREMER AUSSCHUSS Auswertung der Dokumentation der zweiten
FÜR WIRTSCHAFTSFOR- Welthandelskonferenz (1968), Heft 1
SCHUNG (HRSG.) Stuttgart 1970
- BRINKMANN, MATTHIAS Majoritätsprinzip und Einstimmigkeit in den Ver-
einten Nationen
Köln 1978
- BRÜCKNER, JENS A. Blockbildung, in: Handbuch Vereinte Nationen,
Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.)
München 1977, S. 58 - S. 63
- CHEN, Y.C. Politik zwischen den Staaten
MALLA, C. München 1957
SCHELLHORN, K.M.
- CORDOVEZ, DIEGO UNCTAD and Development Diplomacy
London 1970
- CROTT, HELMUT Soziale Interaktion und Gruppenprozesse
Stuttgart 1979
- DIB, GEORGES MOUSSA The Arab Bloc in the United Nations
Amsterdam 1956

- | | |
|---------------------|--|
| EID, MÖHAMMAD | Die blockfreien Staaten in den Vereinten Nationen
München 1970 |
| ERLER, GEORG | Grundprobleme des internationalen Wirtschaftsrechts
Göttingen 1956 |
| ESTERS, GÜNTHER | Internationaler Rohstoffhandel und Entwicklungspolitik, in: Esters, Günther (Hrsg.); Nord-Süd-Politik
Bonn, Bad Godesberg 1977, S. 15 - S. 51 |
| EUCKEN, WALTER | Grundsätze der Wirtschaftspolitik
Tübingen 1952 |
| EUROPA - ARCHIV | Dokumente, Die Belgrader Konferenz blockfreier Staaten von 1961, in: Europa - Archiv, Folge 19, 1961, D 585 - 604 |
| EUROPA - ARCHIV | Dokumente, Die Konferenz blockfreier Staaten in Kairo vom Oktober 1964, in: Europa - Archiv, Folge 23, 1964, D 590 - 606 |
| FOHRBECK, SEBASTIAN | Eine neue Weltwirtschaftsordnung ? Grenzen und Möglichkeiten
Saarbrücken 1978 |
| FROMM, ERICH | Analytische Sozialpsychologie
Frankfurt 1972 |
| FUNK, R. | Außenwirtschaftstheorie, in: Ehrlicher, Werner (Hrsg.); Kompendium der Volkswirtschaftslehre
Göttingen 1967 |
| FURTADO, CELSO | Economic Development of Latin America
Cambridge 1970 |
| GASTEYGER, CURT | Asien und Afrika in der Weltpolitik, in: Europa - Archiv 1955, Oktober S. 8295 - 8304 |
| GEHLEN, ARNOLD | Der Mensch
Wiesbaden 1976 |

- GENSCHER, HANS
DIETRICH Von der Konfrontation zur Weltmarktwirtschaft.
Der Standpunkt der Deutschen Bundesregierung
zur neuen Weltwirtschaftsordnung, in: Vereinte
Nationen, 5/75, S. 129 - S. 134
- GLISSMANN, H.H.
JUHL, P.
STECHER, B. Ökonomische Implikationen der „Neuen Weltwirt-
schaftsordnung“, Kieler Diskussionsbeiträge,
Nr. 46
Kiel 1946
- GRAUMANN, C.F. Motivation, Einführung in die Psychologie, Bd. 1
Frankfurt 1969
- GROSSEKETTLER, HEINZ Die Organisation der Volkswirtschaften
Münster 1976
- GROSSER, DIETER
WOYKE, WICHARD GATT (Allgemeines Zoll und Handelsabkommen,
in: Woyke, Wichard (Hrsg.)
Opladen 1977, S. 120 - S. 125
- HEIDUK, GÜNTER Die weltwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien von
GATT und UNCTAD
Baden-Baden 1973
- HERZ, JOHN H. Staatenwelt und Weltpolitik, Aufsätze zur inter-
nationalen Politik im Nuclearzeitalter
Hamburg 1974
- HONDRICH, KARL OTTO Menschliche Bedürfnisse und soziale Steuerung
Hamburg 1975
- HOVET, THOMAS Africa in the United Nations
Morristown 1963
- HOVET, THOMAS Bloc Politics in the United Nations
Cambridge 1960
- HÜFNER, KLAUS
NAUMANN, JENS Das System der Vereinten Nationen
Düsseldorf 1974
- IBRAHIM, TIGAN E. Die Rohstoffpolitik der Entwicklungsländer, in:
Entwicklung und Zusammenarbeit, 1975, Heft 7,
S. 8 - S. 9

- INSTITUT DER WELTWIRT- Auswertung der Dokumentation der Welthandels-
SCHAFT AN DER UNIVER- konferenz, Heft 1
SITÄT KIEL (HRSG.) Stuttgart 1966
- JACOBSON, HAROLD The USSR and the UN's Economic and Social
KARAN Activities
Notre Dame 1963
- JÄGER, DIETER Handelspolitik als Entwicklungshilfe, Bd.2
Bielefeld 1968
- JÄGER, FRANZ-JÜRGEN Kooperation oder Konfrontation - GATT-Runde
1973, Hamburg 1974
- JONAS, RAINER Rohstoffkartelle und Entwicklungsfinanzierung,
in: Jonas, Rainer; Tietzel, Manfred (Hrsg.); Die
Neuordnung der Weltwirtschaft
Bonn - Bad Godesberg 1976, S. 100 - S. 122
- JONAS, RAINER Die Neuordnung der Weltwirtschaft, in: Jonas,
Tietzel, Manfred Rainer; Tietzel, Manfred (Hrsg.); Die Neuordnung
der Weltwirtschaft
Bonn - Bad Godesberg 1976, S. 11 - S. 23
- JONAS, RAINER Petro Dollar
MINTE, HORST Bonn - Bad Godesberg 1975
- KEBSCHULL, DIETRICH Entwicklungspolitik
Düsseldorf 1971
- KEBSCHULL, DIETRICH Rohstoff- und Entwicklungspolitik
Stuttgart 1964
- KEBSCHULL, DIETRICH Das integrierte Rohstoffprogramm, Prüfung ent-
KÜNNEN, WILFRIED wicklungspolitischer Ansätze im Rohstoffvor-
MENK, KARL WOLFGANG schlag der UNCTAD
Hamburg 1977
- KEMPER, RIA Die Forderung nach permanenter Souveränität
über natürliche Reichtümer und Ressourcen und
die Neue Weltwirtschaftsordnung der Vereinten
Nationen (Dissertation)
Bonn 1976

- KNÖLL, HAJO
IPSEN, KNUT
ECOSOC - Wirtschafts- und Sozialrat, in:
Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.); Handbuch Vereinte
Nationen
München 1977, S. 80 - S. 84
- KNOTE, JÜRGEN
Internationale Rohstoffabkommen aus der
Nachkriegszeit
Bonn 1965
- KUNZMANN, KARL HEINZ
Die Bündnisfreiheit der afro-asiatischen Staaten,
Eine Darstellung ihres Abstimmungsverhaltens in
der Vollversammlung der Vereinten Nationen, in:
Europa Archiv, Folge 23,
1961, S. 693 - S. 708
- LANGHAMMER, R.J.
STECHER, B.
Der Nord-Süd-Konflikt. Die Spielregeln der
Weltwirtschaft im Brennpunkt
Würzburg 1980
- LIEBER, HANS
RUFFMANN, KARL HEINZ
Der Sowjetkommunismus, Bd. 2
Berlin 1964
- LOTH, WILFRIED
Kalter Krieg, in: Woyke, Wichard; Handwörter-
buch internationale Politik
Opladen 1977, S. 180 - S. 185
- LUDWIG, MARIO
Internationale Rohstoffpolitik
Zürich 1957
- MASSING, PETER
Anthropologische Überlegungen zur Struktur des
Interesses, in: Massing, Peter; Reichel, Peter
(Hrsg.); Gesellschaft und Interesse
München 1977, S. 211 - S. 224
- MASSING, PETER
REICHEL, PETER
Gesellschaft und Interesse
München 1977
- MATTHIES, VOLKER
Analysen, Neue Weltwirtschaftsordnung
Opladen 1980
- MEISTER, IRENE W.
The Bandung Conference: An Appraisal, in:
Strausz-Hupé, Robert; Hazard, Harry W. (Hrsg.);
The Idea of Colonialisms
New York 1958, S. 232 - S. 271

- MEYER, HEINZ Regionalpakete, in: Woyke, Wichard (Hrsg.);
Handwörterbuch Internationale Politik
Opladen 1977, S. 271 - S. 274
- MEYER, REINHARD Die Lehre von den internationalen Beziehungen
Düsseldorf 1977
- MICKWITZ, EUGEN VON Welthandelscharta, in: Europa - Archiv,
September 1948, S. 1547 - S. 1555
- MITTELSTRAß, JÜRGEN Konstruktive Grundlegung der Interessen, in:
Massing, Peter; Reichel, Peter (Hrsg.); Gesell-
schaft und Interesse
München 1975
- MORGENROTH, UTE Institutionelle Fragen in Zusammenhang mit der
Ausweitung des internationalen Handels, in: Aus-
wertung der Dokumentation der Welthandels-
konferenz, Heft 2, (Hrsg.) BMZ
Stuttgart 1966
- MORGENTHAU, HANS J. Macht und Frieden
Gütersloh 1963
- NAGEL, KARL Die wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen
Lateinamerikas
Nürnberg 1964
- NAINI, AHMAD Alte und neue Zielvorstellungen und Forderungen
der Dritten Welt, in: Keschull, Dietrich;
Michalski, Wolfgang; Scharrer, Hans-Eckart
(Hrsg.); Die neue Weltwirtschaftsordnung,
Beiträge zu ausgewählten Forderungen der
Entwicklungsländer
Hamburg 1977, S. 40 - S. 57
- NIEBUHR, REINHOLD Christlicher Realismus und politische Probleme
Wien 1953
- OSGOOD, ROBERT E. Idealismus und Realismus in der Außenpolitik, in:
Haftendorn, Helga (Hrsg.); Theorie der
internationalen Politik
Hamburg 1975, S. 52 - S. 69

- PFAHLBERG, BERNHARD Zur Politik afro-asiatischer Staaten in den Vereinten Nationen 1945 - 1960
Baden-Baden 1966
- PREBISCH, RAUL Change and Development - Latin America's Great Task
New York/Washington/London 1971
- RHEE, SEUNG-HUHN Achievements of the ASPAC Ministerial Meeting of the Asian and Pacific Community, in: Jan, George P. (Hrsg.); International Politics in Asia
Belmont 1969
- ROMULO, CARLOS P. The Meaning of Bandung
Chapel Hill 1957
- ROSENFELD, GÜNTHER Geschichte der Sowjetunion
Berlin 1961
- SAVANT, KARL P. Die Gruppe der 77 - Gewerkschaft der Dritten Welt, in: Vereinte Nationen, 6/81, S.189 - S.195
- SENTI, R. Monopolisierung im internationalen Rohstoffhandel
Dissenhofen 1975
- SCHAFFNER, HANS Die Multinationalen - Ausbeuter oder Triebkraft der Weltwirtschaft
Zürich 1975
- SCHERHORN, GERHARD Bedürfnis und Bedarf
Berlin 1959
- SCHEUNER, ULRICH Die Vereinten Nationen als Faktor der internationalen Politik
Opladen 1976
- SCHÖLLHORN, JOHANN Internationale Rohstoffregulierungen
Berlin 1955
- SCHÖPF, ALFRED Bedürfnis, in: Höffe, Ottfried (Hrsg.); Lexikon der Ethik
München 1980, S. 14 - S. 16

- SCHRÖDER, MEINHARD Völkerrecht durch Vereinte Nationen, in:
Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.); Handbuch der Vereinten Nationen
München 1977, S. 503 - S. 511
- SCHÜMPERLI, WALTER Die Vereinten Nationen und die Dekolonisation
Bern 1970
- SHARR, WALTER R. The United Nations Economical and Social
Council
New York/London 1969
- SIK, OTA Sozioökonomische Bestimmungsfaktoren der
Interessen, in: Massing, Peter; Reichel, Peter
(Hrsg.); Gesellschaft und Interesse
München 1977
- STECHER, BERND Die internationale Rohstoffpolitik: Bisherige Erfahrungen und pragmatische Ansätze, in: Dams, Theodor; Grohs, Gerhard (Hrsg.); Kontroversen in der internationalen Rohstoffpolitik
Mainz 1977, S. 47 f
- STRYK, HANS JÜRGEN Die Rohstoffpolitik der Entwicklungsländer, in:
Entwicklung und Zusammenarbeit, 1975
- TIETZEL, MANFRED Internationale Rohstoffpolitik
Bonn 1978
- TIMMLER, MARCUS Die Konferenz der „Gruppe der 77“ und die Charta von Algier
Köln 1968
- TIMMLER, MARCUS Die Welthandelskonferenz
Köln 1964
- THOMPSON, KENNETH W. Understanding World Politics
Notre Dame/Ind. 1975
- TOMUSCHAT, CHRISTIAN Die Neue Weltwirtschaftsordnung, in: Vereinte Nationen, 4/75 S. W - 695

- TOMUSCHAT, CHRISTIAN Generalversammlung, in: Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.); Handbuch der Vereinten Nationen München 1977, S. 153 - S. 161
- TUGENDHAT, CHRISTOPHER Erdöl - Treibstoff der Weltwirtschaft - Sprengstoff der Weltpolitik Hamburg 1972
- TWICHET, KENNETH J. The Evolving United Nations - A Prospect of Peace London 1971
- VASENA, ADALBERT KRIEGER Wissenschaftssektor Lateinamerika Düsseldorf/Wien 1975
- PAZOS, JANVIER
- WANG, JEN HUONG Die Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung (UNCTAD) als neuer Faktor in der internationalen Organisation des Welthandels (Dissertation) Heidelberg 1970
- WEBER, HERMANN Entstehungsgeschichte, in: Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.); Handbuch der Vereinten Nationen München 1977, S. 88 - S. 94
- WHITTLESSY, CHR. R. National Interest and International Cartels, The Macmillan Company New York 1964
- WILCOX, CLAIR A Charta For World Trade New York 1949
- WILHELMS, C. Rohstoffpolitische Zielsetzungen der Entwicklungsländer in: Kebschull, Dietrich (Hrsg.); Rohstoff- und Entwicklungspolitik Hamburg 1974, S. 40 - S. 45

daten und Gruppenzugehörigkeit 1.

UN- Mitglieder, die teilnahmen an der Konferenz von

Name des Staates	UN- Beitritt	UN- Gruppe	Kairo (1962)	Bandung (1955)	Belgrad (1961)	Gruppe de 77
1. Ägypten	24. Oktober 1945	afroasiatisch 1 (arabisch) 1		+		+
2. Argentinien		lat.amerik.				+
3. Brasilien		lat.amerik.	+		+	+
4. Chile		lat.amerik	+			+
5. China (Formosa)		afroasiatisch 2 (asiatisch) 1				
6. Dänemark		west.und andere				
7. Dominikanische Republik		lat.amerik.				+
8. El Salvador		lat.amerik.				+
9. Frankreich		west.und andere				
10. Großbritannien		west.und andere				

UN- Mitglieder, die teilnahmen an der Konferenz von

Name des Staates	UN- Beitritt	UN- Gruppe	Kairo (1962)	Bandung (1955)	Belgrad (1961)	Gruppe der 77
11. Haiti	24. Oktober 1945	lat. amerik.				+
12. Iran		afroasiatisch 3 (arabisch) 2				+
13. Jugoslawien		ost-europ.	+		+	+
14. Kuba		lat. amerik.	+		+	
15. Libanon		afroasiatisch 4 (arabisch) 3	+	+	+	+
16. Luxemburg		west und and.				
17. Neuseeland		west u. andere				
18. Nicaragua		lat. amerik.				+
19. Paraguay		lat. amerik.				+
20. Philippinen	↘	afroasiatisch 5 (asiatisch) 2		+		+

Name des Staates	UN- Beitritt	UN- Gruppe	Kairo (1962)	Bandung (1955)	Belgrad (1961)	Gruppe d 77
21. Polen	24. Oktober 1945	ost-europ.				+
22. Saudi-Arabien		afroasiatisch 6 (arabisch) 4	+	+	+	
23. Sowjetunion		ost-europ.				
24. Syrien		afroasiatisch 7 (arabisch) 5		+		+
25. Tschechoslowakei		ost-europ.				
26. Türkei		west u. andere		+		
27. Ukraine		ost-europ.				
28. Vereinigte Staaten		west u. andere				
29. Weißrußland		ost-europ.				
30. Griechenland	30. Oktober 1945	west u. andere				

Name des Staates	UN- Beitritt	UN- Gruppe	Kairo (1962)	Bandung (1955)	Belgrad (1961)	Gruppe der 77
31. Indien	30. Oktober 1945	afroasiatisch 8 (asiatisch) 3	+	+	+	+
32. Peru	31. Oktober 1945	lat.amerik.				+
33. Australien	1. November 1945	west u. andere				+
34. Costa Rica	2. November 1945	lat.amerik.				+
35. Liberia	↓	afroasiatisch 9 (afrikanisch) 1		+		+
36. Kolumbien	5. November 1945	lat.amerik.				+
37. Mexiko	7. November 1945	lat.amerik.	+			+
38. Südafrika	↓	west u. andere				
39. Kanada	9. November 1945	west u. andere				
40. Äthiopien	13. November 1945	afroasiatisch 10 (afrikanisch) 2	+	+	+	+

Name des Staates	UN- Beitritt	UN- Gruppe	Kairo (1962)	Bandung (1955)	Belgrad (1961)	Gruppe d 77
41. Panama	13. November 1945	lat.amerik.				+
42. Bolivien	14. November 1945	lat.amerik.	+		+	+
43. Venezuela	15. November 1945	lat.amerik.				+
44. Guatemala	21. November 1945	lat.amerik.				+
45. Norwegen	27. November 1945	west u. andere				
46. Niederlande	10. Dezember 1945	west u. andere				
47. Honduras	17. Dezember 1945	lat.amerik.				+
48. Uruguay	18. Dezember 1945	lat.amerik.	+			+
49. Ecuador	21. Dezember 1945	lat.amerik.	+		+	+
50. Irak	22. Dezember 1945	afroasiatisch ¹¹ (arabisch)		+	+	+

UN- Mitglieder, die teilnahmen an der Konferenz von

Name des Staates	UN- Beitritt	UN- Gruppe	Kairo (1962)	Bandung (1955)	Belgrad (1961)	Gruppe der
51. Belgien	27. Dezember 1945	west u. andere				77
52. Afghanistan	19. November 1946	afroasiatisch ¹² (asiatisch) ⁴	+	+		+
53. Island	↓	west u. andere				
54. Schweden	↓	west u. andere ¹⁶				
55. Thailand	16. Dezember 1946	afroasiatisch ¹³ (asiatisch) ⁵		+		+
56. Jemen	30. Dezember 1947	afroasiatisch ¹⁴ (arabisch) ⁷	+	+	+	
57. Pakistan	↓	afroasiatisch ¹⁵ (asiatisch) ⁷	+	+		+
58. Burma	19. April 1948	afroasiatisch ¹⁶ (asiatisch) ⁸	+		+	+
59. Israel	11. Mai 1949	west u. andere ¹⁷				
60. Indonesien	28. September 1950	afroasiatisch ¹⁷ (asiatisch) ⁹	+	+	+	+

Name des Staates	UN- Beitritt	UN- Gruppe	Kairo (1962)	Bandung (1955)	Belgrad (1961)	Gruppe de 77
61. Albanien	14. Dezember 1955	ost-europ.				
62. Bulgarien		ost-europ.				
63. Ceylon		afroasiat. 18 (asiatisch) 10	+	+	+	
64. Finnland		west u. andere				
65. Irland		west u. andere				
66. Italien		west u. andere				
67. Jordanien		afroasiat. 19 (arabisch) 8		+		+
68. Kambodscha		afroasiat. 20 (asiatisch) 11	+	+	+	
69. Laos		afroasiat. 21 (asiatisch) 12		+		+
70. Libyen	→	afroasiat. 22 (arabisch) 9	+	+		+

UN- Mitglieder, die teilnahmen an der Konferenz von

Name des Staates	UN- Beitritt	UN- Gruppe	Kairo (1962)	Bandung (1955)	Belgrad (1961)	Gruppe de 77
71. Nepal	14. Dezember 1955	afroasiat. 23 (asiat.) 13		+	+	+
72. Österreich		west u. andere				
73. Portugal		west u. andere				
74. Rumänien		ost-europ.				
75. Spanien	→	west u. andere				
76. Ungarn	14. Dezember 1955	ost-europ.				
77. Marocco	12. November 1956	afroasiat. 24 (arabisch) 10	+		+	+
78. Sudan		afroasiat. 25 (afrik.) 3	+	+	+	+
79. Tunesien	→	afroasiat. 26 (afrik.) 4	+		+	+
80. Japan	18. Dezember 1956	west u. andere 23		+		

Name des Staates	UN- Beitritt	UN- Gruppe	Kairo (1962)	Bandung (1955)	Belgrad (1961)	Gruppe de 77
81. Ghana	8. März 1957	afroasiat. 27 (afrik.) 5	+		+	+
82. Malaysia	17. September 1957	afroasiat. 28 (asiat.) 14	+			+
83. Vereinigte Arabische Republik 2.	1. März 1958	afroasiat. 29 (arabisch) 11	+		+	
84. Guinea	12. Dezember 1958	afroasiat. 30 (afrik.) 6	+		+	+
85. Dahome	20. September 1960	afroasiat. 31 (afrik.) 7				
86. Gabun		afroasiat. 32 (afrik) 8				+
87. Elfenbeinküste		afroasiat. 33 (afrik.) 9				
88. Kamerun		afroasiat. 34 (afrik.) 10				+
89. Kongo		afroasiat. 35 (afrik.) 11	+		+	+
90. Madagaskar	↘	afroasiat. 36 (afrik.) 12				+

UN- Mitglieder, die teilnahmen an der Konferenz von

Name des Staates	UN- Beitritt	UN- Gruppe	Kairo (1962)	Bandung (1955)	Belgrad (1961)	Gruppe der 77
91. Mali	20. Dezember 1960	afroasiat. 37 (afrik.) 13	+		+	+
92. Niger		afroasiat. 38 (afrik.) 14				+
93. Obervolta		afroasiat. 39 (afrik.) 15				+
94. Somalia		afroasiat. 40 (afrik.) 16	+		+	
95. Togo		afroasiat. 41 (afrik.) 17				+
96. Tschad		afroasiat. 42 (afrik.) 18				+
97. Zentralafrikanische Republik		afroasiat. 43 (afrik.) 19				+
98. Zypern		afroasiat. 44 (afrik.) 20	+			+
99. Senegal	28. September 1960	afroasiat. 45 (afrik.) 21				+
100. Nigeria	7. Oktober 1960	afroasiat. 46 (afrik.) 22				+

Name des Staates	UN- Beitritt	UN- Gruppe	Kairo (1962)	Bandung (1955)	Belgrad (1961)	Gruppe der 77
101. Sierra Leone	27. September 1961	afroasiat. 47 (afrik.) 23				+
102. Syrien	13. Oktober 1961	afroasiat. 48 (afrik.) 24				+
103. Mauretanien	27. Oktober 1961	afroasiat. 49 (afrik.) 25				+
104. Mongolische Volksrepublik	↓	afroasiat. 50 (asiat.) 23				
105. Tanganyika	14. Dezember 1961	afroasiat. 51 (afrik.) 26	+			
106. Burundi	13. September 1962	afroasiat. 52 (afrik.) 26				+
107. Jamaika	↓	afroasiat. 53 (afrik.) 27				+
108. Rwanda		afroasiat. 54 (afrik.) 28				+
109. Trinidad und Tobago	↓	afroasiat. 55 (afrik.) 28				+
110. Algerien	8. Oktober 1962	afroasiat. 56 (afrik.) 30	+		+	+

UN- Mitglieder, die teilnahmen an der Konferenz von

Name des Staates	UN- Beitritt	UN- Gruppe	Kairo (1962)	Bandung (1955)	Belgrad (1961)	Gruppe der 77
111. Uganda	25. Oktober 1962	afroasiat. 57 (afrik.) 31				+
112. Kuweit	14. Mai 1963	afroasiat. 58 (arab.) 12	+			+
113. Kenia	16. Dezember 1963	afroasiat. 59 (afrik.) 13				+
114. Sansibar 1.	↓	afroasiat. 60 (afrik.) 32				
115. Tansania	18. Mai 1964	afroasiat. 61 (afrik.) 33				+
116. Malawi	1. Dezember 1964	afroasiat. 62 (afrik.) 34				
117. Sambia	↓	afroasiat. 63 (afrik.) 34				
118. Malta	↑	west-Ü.-ändere				

FUSSNOTEN ZU ANNEX I

1. Die Beitrittsdaten sind der Zeitschrift:
Vereinte Nationen 1969, Heft 4, S.127
entnommen
2. Ägypten und Syrien gründeten am 1. Februar
1958 die Vereinte Arabische Republik (VAR).
Die Mitgliedschaften beider Staaten in den
UN wurden am 1. März 1958 zu einer Mitglied-
schaft zusammengezogen. Die Mitgliedschaft Syriens
lebte nach seiner Trennung von Ägypten, das
den Namen VAR behielt, am 13. Oktober 1961
wieder auf.
3. Tanganyika und Sansibar wurden am 26. April 1964
zur Vereinigten Republik Tansania vereinigt.
Die Mitgliedschaft beider Staaten in den UN
wurde am 18. Mai 1964 zu einer Mitgliedschaft
zusammengezogen.

LEGENDE ZU DEN ANNEX Ia bis IV

Die mit Buchstaben gekennzeichneten Resolutionen und Erklärungen enthalten Aussagen zu verschiedenen Rohstoffzielen.

- V - Aussagen über das Verfügungsziel allgemein, Ausnahme agrarische Rohstoffe
- VA - Aussage über das Verfügungsziel bezüglich agrarischer Rohstoffe
- VS - Aussage über den Versuch der EL, ihre verfassungspolitischen Ziele völkerrechtlich zu sichern
- E - Aussage über das Erlössteigerungs- und Sicherungsziel
- K - Aussage über das Kontrollziel
- B - Aussage über das Beteiligungsziel
- ↓ - ein Resolutionsvorschlag (draft resolution)
- ⇓ - ein Resolutionsvorschlag (draft resolution), der als Resolution verabschiedet wurde

Die Darstellung der draft resolutions erhebt nicht den Anspruch, immer alle zu den Resolutionen eingebrachten draft resolutions aufzuführen. Da die Formierung der EL erfragt wurde, sind bei manchen draft resolutions nur die vorschlagenden EL aufgeführt. Zu unterscheiden sind:

- +, d.h. alle Vorschlagsresolutionen sind aufgeführt
- , d.h. nur Vorschlagsresolutionen mit EL-Beteiligung sind aufgeführt. Resolutionen mit nur einem EL als Antragsteller werden nur dann aufgeführt, wenn der Antrag zur Annahme als Resolution führte oder damit eine inhaltliche Aussage im Text verknüpft ist.
- k, d.h. es liegen keine EL draft resolutions vor
- o, d.h. nur die an der draft resolution beteiligten EL sind aufgeführt
- x, d.h. alle Länder, die die draft resolution einbrachten, sind aufgeführt.

Aktion	ANNEX Ia Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
	GA I	
+x draft resolutions	2. Febr. 1946	1. Polen 2. USA
GA Res. 19 (I) V draft resolutions ↓	2. Febr 1946 Nov./Dez. 1946	einstimmig angenommen 1. Canada 2. Brasilien 3. Argentinien 4. Saudi-Arabien 5. Guatemala 6. England 7. Ägypten 8. UdSSR
GA Res. 45 I VA +x draft resolution ↓	11. Dez. 1946 Febr. 1946	einstimmig angenommen 1. China 2. Frankreich 3. UdSSR 4. England 5. USA
GA Res. 27 (I) VA +x draft resolution ↓	14. Febr. 1946 Nov./Dez. 1946	einstimmig angenommen 1. Jugoslawien/Griechenland 2. Brasilien 3. Mexiko 4. Norwegen 5. Philippinen 6. China
GA Res. (49) I -x draft resolution ↓ GA Res. 52 (I) V	6. Dez. 1946 Dez. 1948 14. Dez. 1948	einstimmig angenommen Libanon einstimmig angenommen
	GA III	
+x draft resolutions A/ C.2/125 A/ C.2/139 A/ C.2/158 A/ C.2/159 A/ C.2/160 A/ C.2/161 A/ C.2/ 162 K A/ C.2/164 V ↓	Nov./Dez. 1948	Polen Kuba Ägypten Ukraine Tschechoslowakai England Neuseeland Indien

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
A/ C.2/163 VA ↓ GA Res. 202 III	4. Dez. 1948	Niederlande angenommen mit den Stimmen aller EL 35 : 1 : 2
PR. ECOSOC Res. 36 (IV)	28. März 1947	angenommen mit den Stimmen aller EL 17 : 0 : 1
E gemeinsame Erklärung auf der Konferenz für Handel und Beschäftigung	21. Nov. 1947 - 24. März 1948	- 18 lateinamerikanische Länder - 40 EL
-x draft resolutions (E/AC.6/W.8) ↓ CE/AC.6/20 VA ↓ ECOSOC Res. 103 (VI)	Febr./März 1948 1. März 1948	Frankreich, USA, Chile, Kanada China, Chile, Niederlande, Polen UdSSR, England mit den Stimmen aller EL angenom- men 13 : 0 : 4
zielgleiche Erklärung in ECOSOC K	20. 23. Aug. 1948	alle lateinamerikanischen Länder im Ecosoc
K ECOSOC Res. 180 (VIII) V	ECOSOC (VIII) 4. März 1949	einstimmig angenommen
K ECOSOC Res. 188 (VIII) V	8. März 1949	einstimmig angenommen
gemeinsame Erklärung B/V VA ↓ ECOSOC Res. 253 (IX) VA	ECOSOC (IX) 14./15. Juli 1949 28. Juli 1949	Brasilien, Venezuela, Peru, Frankreich, England einstimmig angenommen

Aktion	ANNEX II Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
+x draft resolution (E/ AC.6/W.40) (E/ AC.6/W.43) ↓ ECOSOC Res. 223 (IX) VA	Juli 1949 22. Juli 1949	USA Indien einstimmig angenommen
+x draft resolutions (A/C2/L.35 Add.1 ↓ (A/C.2Y. 38) ↓ (A/C.2/L.46 ↓ GA. Res 400 (V) V K GA. Res. 401 (V) V A K GA. Res. 402(V) VA gemeinsame Erklärung in 2 Komitees K	GA (V) 9. - 19 Okt. 1950 31. Okt. 1950 20. Nov. 1950 20. Nov. 1950 20. Nov. 1950 9. - 19 Okt. 1950	Ägypten, Irak, Libanon, Syrien, Jemen, Jugoslawien Pakistan, England Kuba, Ägypten, Griechenland, Pakistan, England, USA, Jugoslawien einstimmig angenommen einstimmig angenommen einstimmig angenommen Ägypten, Iran, Irak, Libanon, Syrien, Türkei, Jemen
K ECOSOC Res. 268 B (X)V	ECOSOC (X) 2. März 1950	einstimmig angenommen
-o draft resolution (E/17/18)↓ E ECOSOC Res. 296 (XI)E K ECOSOC Res. 294 (XI) V K ECOSOC Res. 301 (XI) V	ECOSOC (XI) 12. Juli 1950 2. Aug. 1950 2. Aug. 1950 7. Aug. 1950	Indien, England einstimmig angenommen einstimmig angenommen angenommen mit den Stimmen aller EL 13 : 0 : 2

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
	GA VI	
+ox draft resolution (A/C.2/L.119) (A/C.2/L.95)	Januar 1951	USA Haiti
GA Res.522 (VI) V	12. Jan. 1952	angenommen 44 : 0 : 10
-x draft resolution (A/C.2/L.124 and Corr.1 and 2)	12. Jan. 1952	Ägypten, Indonesien, Indien
GA Res. 523 (VI) E/V/K	12. Jan. 1952	einstimmig angenommen
-x draft resolutions A/C.2/L.124 and Corr.1 and 2 A/C.2/L.138	11.-19.Jan. 1952	Chile,USA Burma,Thailand
GA Res.525(VI) VA/K	26. Januar 1952	angenommen mit den Stimmen aller EL 48 : 0 : 5
-x draft resolutions A/C.2/L.76 and Add.1 A/C.2/L.131 GA Res. 524(VI) V	20. Nov. 1951 - 12. Januar 1952 12. Januar 1952	Brasilien,Pakistan Chile,Indien einstimmig angenommen
-x draft resolution (A/C.3/L.186 and Add.1)	Januar 1952	Afghanistan, Burma, Ägypten, Indien, Indonesien, Iran, Libanon Pakistan, Philippinen, Saudi-Ara- bien, Syrien, Jemen
GA Res. 545 (V) VS	5. Febr. 1952	angenommen 36 : 11 : 12
	GA (VII)	
-x GA draft resolutions (A/C.2/L.175) (A/C.2/L.174) (A/C.2/L.169) (A/C.2/L.174)	Okt./Nov./Dez.1952	Indonesien Chile El Salvador, Guatemala, Honduras Nicaragua, Costa Rica, Brasilien
GA Res. 623 (VIII) VB	21.Dez 1952	angenommen 35 : 15 : 9

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
-x draft resolution (A/C.2/L.165/Rev.1) ↓ VA/VS GA Res. 626 (VII) K	Dez. 1952 21.Dez. 1952	 Bolivien, Uruguay angenommen mit 36 : 4 : 20
+ x draft resolution (A/C.2/L.194/Rev.1) ↓ GA Res. 628 (VII) VA	13.-18.Dez. 1952 18.Dez. 1952	 Ecuador einstimmig angenommen
- x draft resolution (A/C.3/L.295) ↓ (A/C.3/L.298 and Rev.1) ↓ (A/C.3/L.304) ↓ (A/C.3/L.306) ↓ GA Res. 637 A (VII) VS	Nov./Dez.1952 16.Dez.1952	 Costa Rica, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua Saudi Arabien, Syrien Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Dominikanische Republik Ecuador, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Uruguay, Venezuela Irak, Pakistan angenommen mit 40 : 14 : 6
-x draft resolution (E/L.373/Rev.3) ↓ ECOSOC Res. 425 (XIV) VA	ECOSOC (XIV) 27. - 30.Juni 1952 30.Juni 1952	 Iran, Usa, Uruguay einstimmig angenommen
EK ECOSOC Res. 462 A (XV) E	ECOSOC (XV) 10. April 1951	 angenommen mit den Stimmen aller EL 16 : 2 : 0
-x draft resolution (E/L.556) ↓	ECOSOC (XVI) 30.6.1953	 Belgien, Ägypten, Frankreich, Türkei, England

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
(E/L.557/Add.1) ↓↓ E ECOSOC Res. 487 (XVI) E	31. Juli 1953	Australien, Belgien, Ägypten, Frankreich, Indien, Türkei, England, USA, Uruguay angenommen mit den Stimmen aller EL 16 : 0 : 2
-x draft resolutions (E/AC.6/L.79) (E/AC.6/L.88) ↓ (E/AC.6/L.79 Rev.2and3) ↓ (E/AC.6/L.953) (E/AC.6/L.95) ↓ ECOSOC Res 512 B(XVII)K -x draft resolutions (E/AC.6/L.78 and Rev.1) (E/AC.6/L.86) (E/AC.6/L.96) E ECOSOC Res.512 A (XVII) E	ECOSOC (XVII) April 1954 30. April 1954 30.3-30.4. 1954 30.April 1954	Belgien, Pakistan, Türkei, Usa Venezuela, Argentinien, Kuba, Ecuador Belgien, China, Pakistan, Türkei, USA, Venezuela Ägypten, Indien Belgien, China, Pakistan, Türkei, Venezuela, USA angenommen mit den Stimmen aller EL 15 : 0 : 2 Argentinien Ägypten Pakistan angenommen mit den Stimmen aller EL 12 : 5 : 1
-x draft resolutions (A/C.3/L.369) ↓ (A/C.3/L.371) ↓ GA Res.738(VIII) VS	GA VIII Okt./Nov. 1953 28. Nov. 1953	Bolivien, Costa Rica, Guatemala, Mexiko, Uruguay Afghanistan, Burma, Kuba, Ägypten, Indien, Indonesien, Iran, Irak, Libanon, Liberia, Pakistan, Saudi- Arabien, Philippinen, Syrien, Jemen angenommen mit 43 : 9 : 5

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
-x draft resolutions (E/AC.6/L.107) ↓ (E/AC.6/L.103/Rev.1) ↓↓ E ECOSOC Res. 553B (XVIII) B/E	ECOSOC XVIII	
	26. Juni -6.August 1954	Argentinien, Kuba, Ecuador, Venezuela Argentinien, Belgien, Kuba, Ecuador, Ägypten, Frankreich, Norwegen, Pakistan, England, Usa, Venezuela, Jugoslawien
	4. Aug. 1954	angenommen mit den Stimmen aller EL 16 : 0 : 2
-x draft resolution ↓ (E/AC.6/L.110) E ECOSOC Res. 531 C (XVIII) E	26. Juni -6.August 1954	Argentinien, Ägypten
	4. Aug. 1954	einstimmig angenommen
-x draft resolutions (A/C.2/L.241 and Rev.1) ↓ (A/C.2/L.242) ↓ GA Res. 824 (IX) K -x draft resolution (A/C.2/L.250 and Rev.1 and 2) ↓ GA Res. 827 (IX) -x draft resolutions (A/C.3/L.437) ↓	GA IX	
	Nov./Dez. 1954	
		Chile, Kolumbien, Kuba, Irak, Mexiko, Philippinen, Venezuela Belgien, Griechenland, Iran, Türkei
	11. Dez. 1954	angenommen 48 : 0 : 8
	Dez. 1954	
		Bolivien, Costa Rica, El Salvador, Indonesien, Saudi Arabien, Uruguay
	14. Dez. 1954	angenommen mit den Stimmen aller EL 46 : 0 : 1
	Nov. 1954	Ägypten, Indonesien, Irak, Pakis- tan, Saudi Arabien, Syrien, Jemen

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
(A/C.3/L.440) ↓ (A/C.3/L.441) GA Res. 837 A (IX) VS	14. Dez. 1954	Bolivien, Chile, Costa Rica, Ägypten, Griechenland, Haiti, Indonesien, Irak, Libanon, Liberia, Mexiko, Pakistan, Philippinen, Saudi Arabien, Syrien, Jemen Brasilien, Peru, Usa angenommen 41 : 11 : 3
ANNEX III -x draft resolutions E/L.669 ↓ ECOSOC Res. 568 (XIX) E	ECOSOC XIX XIX Sitzung Plenary Meeting 855-857, 860 26. März 1955	Argentinien, Ecuador, Ägypten, Jugoslawien angenommen mit den Stimmen aller EL 14 : 0 : 3
+x draft resolutions E/AC.7/L.255 E/AC.7/L.260 ECOSOC Res. 285 D (XX) VS -x draft resolutions E/AC.6/L.127 and Corr.1 ↓ E/AC.6/L.129 ↓ ECOSOC Res. 579 A (XX) EE K ECOSOC Res. 592 (XX) E	ECOSOC XX Social Committee Meetings 319, 324-328 29. Juli 1955 XX Sitzung Plenary Meetings 871-878, 891, 896, 897 Economic Committee Meetings 175-180, 186 4. Aug. 1955 7. Dez. 1955	Ägypten USA angenommen mit 13 : 0 : 5 Tschechoslowakei, Ägypten, Indien, Jugoslawien Argentinien, Ecuador, Dominika- nische Republik, Venezuela einstimmig angenommen einstimmig angenommen

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
-x Überlegungen zu Artikel I der "Draft Internatio- nal Convenants on Human Rhigts".	Okt./Nov. 1955 Drittes Comitee Treffen: 633-660, 667-677, 679	
A/C.3L.460		Brasilien
A/C.3L.475		Syrien
A/C.3L.476		Chile, Ecuador, Peru
A/C.3L.477		Ecuador
A/C.3L.477 Rev.1		Kuba, Ecuador, El Salvador
A/C.3L.478		Afghanistan
A/C.3L.480		Costa Rica
A/C.3L.481		Libanon, Pakistan
A/C.3L.482		Saudi Arabien
A/C.3L.496		El Salvador
A/C.3L.497		Afghanistan
A/C.3L.498 and Corr.2		Libanon, Pakistan
A/C.3L.499		Afghanistan
Abstimmung im Dritten Comitee zur: A/C.3L.489 and Corr.1,2 and A/C.3L.495 Rev.2 VS	30.Nov. 1955	Für: Afghanistan, Argentinien, Bolivien Bylorussia, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Tschechoslowakei, Ecuador, Ägypten, El Salvador, Griechenland, Guatemala, Haiti, Indien, Indonesien, Irak, Libanon, Liberien, Mexiko, Pakistan, Peru, Phillipinen, Polen, Saudi Arabien, Syrien, Thailand, Ukraine, USSR, Uruguay, Venezuela, Jemen, Jugoslawien Dagegen: Australien, Belgien, Kanada, Frankreich, Luxemburg, Niederlande Neuseeland, Norwegen, Schweden, Türkei, England, USA Enthaltung: Brasilien, Burma, China, Kuba, Dänemark, Dominikanische Republik, Äthiopien, Honduras, Island, Iran, Israel, Panama, Paraguay

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
-x draft resolutions E/AC.6/L.154 E/AC.6/L.157 E/AC.6/L.160 ECOSOC Res.614 A (XXII) E -x draft resolutions E/AC.6/L.153 E/AC.6/L.161 ↓ ECOSOC Res. 614 B (XXII) E	ECOSOC XXII XXII Sitzung Plenary Meetings: 934-939,951 Economic Comitee Meetings:204-209 9. Aug. 1956 XXII Sitzung Plenary Meetings 934-939,951 Economic Comitee Meetings:204-209 9.Aug. 1956	Brasilien Argentinien Argentinien, Brasilien, Tschechoslowakei, Frankreich, USSR, Jugoslawien einstimmig angenommen Ägypten Brasilien .. einstimmig angenommen
+x draft resolution E/AC.6/L.176 ↓ ECOSOC Res.649 B (XXIII) VA	ECOSOC XXIII Sitzung Plenary Meetings 960.964,971 Economic Comitee Meetings,217.220 2. Mai 1957	Argentinien, Ägypten, Indonesien, Mexiko, Polen, USA einstimmig angenommen
-x draft resolutions A/C.2.L/335 and rev.1 ↓ GA Res. 1156 (XII) E	GA 12.Sitzungsperiode Plenary Meetings, 722,723 Second Comitee Meetings 454-480 26. Nov. 1957	Argentinien, Australien, Dänemark, Island, Japan, Norwegen, Pakistan angenommen mit 51 : 7 : 19

Aktion	Zeit	- 13 - Akteur/ Abstimmungsergebnis
+x E/AC.6/L.201 ↓ ECOSOC Res. 656(XXIV)E	ECOSOC XXIV Sitzung Plenary Meeting 993 Economic Comitee Meetings, 232, 233 30. Juli 1957	Argentinien, Brasilien, Dominika- nische Republik, Frankreich angenommen mit den Stimmen alle. EL 16 : 0 : 2
+x draft resolutions E/A.C.6/L.178 E/A.C.6/L.194 and Rev.1 ↓ ECOSOC Res. 654 A(XXIV)E	ECOSOC XXIV Session Plenary Meetings 973-979, 993 Economic Comitee Meetings 227-232 30. Juli 1957	USSR Brasilien, Kanada, Niederlande einstimmig angenommen
-x draft resolutions E/AC.6/L.203 E/AC.6/L.203 and Rev.1 ↓ ECOSOC Res. 674B (XXV)V	ECOSOC XXV Sitzung Plenary Meetings 1009, 1011-1014, 1020 Economic Comitee Meetings, 234-236 1. Mai 1958	Brasilien Chile, Costa Rica, Mexiko einstimmig angenommen
-x draft resolutions E/AC.6/L.220 and Rev.1, Corr.1, 3 ↓ E/AC.6/L.225 and Rev.1, 2 ↓ ECOSOC Res. 691 A ↓ (XXVI) E ECOSOC Res. 691 B (XXVI)	ECOSOC XXVI Sitzungsperiode Plenary Meetings 1033-1036, 1043 Economic Comitee Meetings 249, 251- 253 31. Juli 1958 31. Juli 1958	Chile, Frankreich, Niederlande Chile, Costa Rica, Frankreich, Niederlande angenommen 17 : 0 : 1 einstimmig angenommen

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
Abstimmung im Dritten Comitee der GA über draft resolution der Commission on Human Rights	23. Nov. 1958	52. : 15 : 4 angenommen Zustimmung: Afghanistan, Albanien, Argentinien, Australien, Brasilien, Bulgarien, Burma, Byelorussische SSR, Kambodscha, Kuba, Tschechoslowakei, Dominikani- sche Republik, El Salvador, Äthiopien, Malaysia, Ghana, Griechenland, Guatemala, Haiti, Honduras, Ungarn, Indien, Indonesien, Iran, Irak, Japan, Jordanien, Libanon, Liberia, Libyen, Mexiko, Marokko, Pakistan, Panama, Peru, Philippinen, Polen, Rumänien, Saudi Arabien, Sudan, Tunesien, Ukraine SSR, USSR, Vereinigte Arabische Republik, Uruguay, Venezuela, Jemen, Jugosla- wien.
GA Res. 1314 (XIII) VS	12. Dez. 1958	Ablehnung: Australien, Belgien, Kanada, Däne- mark, Frankreich, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, Südafrika, England, USA Enthaltung: Finnland, Irland, Israel, Thailand angenommen mit 52 : 15 : 8
KK GA Res. 1319 (XIII) V -x draft resolution E/AC.6/L.224 ↓	12. Dez 1958 ECOSOC XXVI Sitzungsperiode Plenary Meetings 1024-1028.1043 Economic Committee Meetings 245-252 12. Dez 1958	einstimmig angenommen Griechenland, Pakistan, England einstimmig angenommen
+x draft resolution A/C.2/L.295 and Add.1,2 and Rev.1,2 ↓↓	GA XIII Sitzung Plenary Meeting 788 Second Committee Meetings, 552-563 577-579 12. Dez. 1958	Argentinien, Australien, Kanada, Kolumbien, Dänemark, Malaya, Mexiko, Pakistan, Peru, England, Uruguay angenommen mit 30 : 1 : 0 (Gegenstimme: Brasilien)

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
-x draft resolution E/AC.6/L.236 and Rev.1 ↓ ECOSOC Res.709 A (XXVII)	ECOSOC XXVII Session Economic Comitee, Meetings 256-261 Plenary Meetings 1049-1051, 1053, 1056-1058, 1060 17. April 1959	Afghanistan, Costa Rica, Pakistan, Mexico, USA einstimmig angenommen
+x draft resolution E/AC.6/L.237 ↓ ECOSOC Res.709 B (XXVII) B	ECOSOC XXVII Session Economic Comitee Meetings 256-261 Plenary Meetings, 1049-1051, 1053, 1056-1058, 1060 17. April 1959	Costa Rica, Frankreich, Usa angenommen 13 : 0 : 5
-x draft resolutions A/C.2/L.436 A/C.2/L.450 E ↓ GA Res. 1422(XIV)	GA XIV Sitzung Second Comitee, Meetings 627, 630- 632, 634 Plenary Meeting 846 5. Dez. 1959	Argentinien, Chile, Frankreich, Griechenland Ecuador einstimmig angenommen
-x draft resolutions E/AC.6/L.245 and Rev.1,2 E ECOSOC Res.726(XXVIII)	ECOSOC XXVIII Session Economic Comitee Meetings 267-270 Plenary Meetings 1085 24. Juli 1959	Sudan einstimmig angenommen

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
-x draft resolution E/AC.6/L.231 and Corr.1 and Rev.1 ↓↓ ECOSOC Res. 712 (XXVII) VA	ECOSOC XXVII Session Economic Comitee Meetings 1049, 1051, 1053, 1056, 1058, 1060, 1061 17. April 1959	China, Mexiko, Neuseeland angenommen mit 14 : 0 : 4
+x draft resolution E/L.839 and Rev.1 ↓ ECOSOC Res. 740 A (XXVIII) VA	ECOSOC XXVIII Session Economic Comitee Meetings 1085-1087, 1089, 1093 31. Juli 1959	Afghanistan, Mexiko, Niederlande, Sudan einstimmig angenommen
-x draft resolutions A/C.2/L.429 and Rev.1, 2 A/C.2/L.448 and Rev.1 A/C.2/L.445 ↓↓ GA Res. 1421 (XIV) E	GA XIV Sitzung Second Comitee Meetings 627, 629, 630, 634, 635 Plenary Meeting 846 5. Dez. 1959	Bulgarien, Tschechoslowakei, Polen Indien Liberia angenommen mit 80 : 0 : 0
-x draft resolutions A/C.2/L.437 and ADD.1, 2 ↓ A/C.2/L.437/Rev.1 Rev.1/Corr.1 ↓ A/C.2/L.451 ↓ GA Res. 1432 (XIV) E	GA XIV Sitzung Second Comitee, Meetings 627, 603- 623, 634 Plenary Meeting 846 2. Dez. 1959	Brasilien, Burma, Kambodscha, Ceylon Äthiopien, Indonesien, Pakistan, Vereinigte Arabische Republik, Jugoslawien Brasilien, Burma, Kambodscha, Ceylon Äthiopien, Ghana, Indonesien, Pakistan, Vereinigte Arabische Republik, Jugoslawien Uruguay angenommen mit 72 : 0 : 9

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
-x draft resolution A/C.2/L.345 and Add.1 and Rev.1 ↓↓ GA Res.1426(XIV) VA	GA XIV Session Second Comitee, Meetings 620,625, 635 5. Dez. 1959	Bolivien, Kuba, Venezuela, Mexiko angenommen 81 : 0 : 1
-x draft resolutions A/C.2/L.436 and Rev.1,2 A/C.2/L. 450 E GA Res.1422(XIV)	GA XIV Session Second Comitee, Meetings 627,630- 632,634 Plenary Meeting 846 5. Dez. 1959	Argentinien, Chile, Frankreich, Griechenland Ecuador einstimmig angenommen
-x draft resolution A/C.2/L.439 and Add.1,2 4 ↓↓ GA Res.1428 (XIV) V,E	GA XIV Sitzung Second Comitee, Meeting 642 Plenary Meeting 846 5. Dez. 1959	Österreich, Bolivien, Burma, Kam- bodscha, Zeylon, Costa Rica, Kuba, Dänemark, Ghana, Griechenland, Guatemala, Haiti, Honduras, Island, Indien, Indonesien, Irak, Jordanien, Laos, Libanon, Liberia, Lybien, Mexiko, Marocco, Nepal, Norwegen, Niederlande, Panama, Philippinen, Saudi Arabien, Schweden, Thailand, Tunesien, Vereinigte Arabische Re- publik, Uruguay, Venezuela, Jemen, Jugoslawien einstimmig angenommen
-x draft resolutions A/C.2/L.434 and Rev.1 ↓ A/C.2/L.446 ↓ GA Res. 1431(XIV) B	GA XIV Session Economic Comitee, Meetings 621,604- 642 5. Dez. 1959	Bolivien, Brasilien, Burma, Zeylon, Kolumbien, Costa Rica, Kuba, El Sal- vador, Malaya, Frankreich, Ghana, Haiti, Indien, Indonesien, Irak, Italien, Jordan, Libanon, Lybien, Mexiko, Marokko, Niederlande, Nicaragua, Pakistan, Panama, Saudi Arabien, Sudan, Tunesien, Vereinigt Arabische Republik, Uruguay, Vene- zuela, Jemen, Jugoslawien Afghanistan, Argentinien, Chile, Guatemala, Liberia, Spanien einstimmig angenommen

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
-x draft resolutions E/L.860 and Rev.1,2 E/ 860/Rev.3 E/L.863 B ECOSOC Res. 751(XXIX)	ECOSOC XXIX Session Plenary Meetings 1102-1105 12. April 1960	Brasilien, Dänemark, Frankreich, England, USA Brasilien, Chile, Costa Rica, Dänemark, Frankreich, England, USA, Venezuela Chile, Costa Rica, Venezuela angenommen 15 : 0 : 3
+x draft resolution E/AC.6/L.255 E ECOSOC Res.757(XXIX)	ECOSOC XXIX Session Economic Comitee, Meetings 274-277, 279 Plenary Meeting 1111 21. April 1960	Brasilien, Costa Rica, Japan, Neuseeland, Spanien, USA einstimmig angenommen
+x draft resolutions E/AC.6/L.252 E/AC.6/L.256 ECOSOC Res.758(XXIX) B	ECOSOC XXIX Session Economic Comitee, Meetings 280-281 Plenary Meeting 1111 21. April 1960	Costa Rica, Japan, Sudan, England, USA Brasilien, Bulgarien angenommen 15 : 0 : 3
-x draft resolution E/AC.6/L.262 and ADD.1 ECOSOC Res.777(XXX) E	ECOSOC XXX Session Economic Comitee, Meetings 285-287 Plenary Meetings 1122-1121, 1132 3. Aug. 1960	Afghanistan, Frankreich, Niederland. Neuseeland, USA, Venezuela einstimmig angenommen
-x draft resolution E/AC.6/L.268 and Rev.1 ECOSOC Res.778(XXX) E	ECOSOC XXX Session Economic Comitee Meetings 285-290 Plenary Meeting 1132 3. Aug. 1960	Afghanistan, Polen einstimmig angenommen

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
-x draft resolution E/AC.6/L.271 and Rev. 1 ECOSOC Res.783(XXX)E	ECOSOC XXX Session Economic Comitee, Meetings 290,291, 293 3. Aug. 1960	Brasilien, Frankreich einstimmig angenommen
+x draft resolution E/AC.24/L.169 ECOSOC Res.792(XXX)B	ECOSOC XXX Session Co-ordinating Comitee Meetings 206-208 Plenary Meetings 1122-1126, 1132 3. Aug. 1960	Afghanistan, Brasilien, Japan, USA einstimmig angenommen
-x draft resolutions A/C.2/L.459 and Rev. 1, 2, Rev.2/Corr.1 A/C.2/L.463 and Corr. 1 A/C.2/L.467 GA Res. 1496(XV) VA	GA XV Session Second Comitee, Meetings 649,650, 652,655-658 Plenary Meeting 908 27. Okt. 1960	Kanada, Haiti, Liberia, Pakistan, USA, Venezuela Afghanistan, Vereinigte Arabische Republik Guinea einstimmig angenommen
-x draft resolutions A/C.2/L.461 and Add. 1 A/C.2/L.475 A/C.2/L.476 A/C.2/L.478 A/C.2/L.481 and Rev. 1 A/C.2/L.482 A/C.2/L.484 A/C.2/L.485 VS, V A/C.2/L.483 VA, E B GA Res.1515(XV)	GA XV Session Second Comitee, Meetings 671-679 Plenary Meeting 948 15. Dez. 1960	Kanada, Kolumbien, Malaysien, Italien Nigeria, Norwegen, Türkei, England Brasilien Vereinigte Arabische Republik Pakistan Tunesien Irland, Neuseeland, Thailand Indien, Indonesien Guinea Brasilien, Zeylon, Indien, Irak, Indonesien einstimmig angenommen

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
 GA Res. 1527 (XV) B,V	15. Dez. 1960	Gegen die draft resolution: 0 Enthaltung: Argentinien, Bulgarien, Beylorussi Tschechoslowakei, Ungern, Polen, Ru- mänien, Ukraine SSR, USSR angenommen mit den Stimmen aller EL: 72 : 0 : 9
-x draft resolutions A/C.12/L.487 and Rev.1 ↓ A/C.2/L.504 ↓ A/C.2/L.508 ↓ GA Res.1524 (XV) B	GA XV Session Second Comitee, Meetings 678,-682 15. Dez. 1960	Afghanistan, Vereinigte Arabische Republik Argentinien Mexiko einstimmig angenommen
-x draft resolution A/C.2/L.491 and Add, 1-6 GA Res.1525 (XV) B	GA XV Session Second Comitee, meetings 702,703 Plenary Meeting 948 5. Dez. 1960	Afghanistan, Brasilien, Burma, Centr Afrikanische Republik, Tschad, Kuba Tschechoslowakei, Dahomey, Äthiopie. Gabon, Ghana, Griechenland, Guinea, Haiti, Indonesien, Irak, Ivory Coast Libanon, Liberia, Lybien, Mali, Maroc Niger, Nigeria, Pakistan, Peru, Polen Rumänien, Saudi Arabien, Senegal, Somalia, Sudan, Togo, Tunesien, Ukraine SSR, Vereinigte Arabische Republik, England, Ober Volta, Jugoslawien einstimmig angenommen
+x draft resolution A/C.2/L.490 and Rev.1 GA Res.1526(XV) VA	GA XV Session Second Comitee, Meetings 649-654, 659-671, 676, 696- 698 15. Dez. 1960	Bolivien, Kuba, Ghana, Irak, Vereinig Arabische Republik, Jugoslawien einstimmig angenommen

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
+x draft resolutions E/AC.6/L.272 E/AC.6/L.272/Rev.1 ↓ ECOSOC Res.831(XXXII) D	ECOSOC XXXII Session Economic Comitee, Meetings 294-300 Plenary Meetings 1150, 1179 2. August 1961	Brasilien, USA, Venezuela Brasilien, Frankreich, USA, Venezuel angenommen 11 : 0 : 3
ECOSOC Res.832(XXXII) VA	2. August 1961	angenommen 13 : 0 : 3
-x draft resolution E/AC.7/398 and Rev.1 ↓ ECOSOC Res. 831(XXXII)	ECOSOC XXXII Session Social Comitee, Meetings 449, 450 2. August 1961	Bulgarien einstimmig angenommen
+x draft resolution F/AC.6/L.273 and Rev.1 ↓ ECOSOC res.846(XXXII) V, B, E	ECOSOC XXXII Session Economic Comitee, Meetings 302, 304- 306 Plenary Meetings 1157-1163, 1180 3. August 1961	Jordanien, Neuseeland, Uruguay einstimmig angenommen
Abstimmung im zweiten Komitee der GA über Vorschlag des "Comitee on the United Nations Capital Development Fund" ↓ GA Res. 1706(XVI) V, B	GA XVI Session Second Comitee Meetings 717-742, 739 Plenary Meeting 1084 19. Dez. 1961	Annahme der draft resolution mit 70 : 4 : 7 Stimmen Dagegen stimmten: Frankreich, Südafrika, England, USA Enthaltung: Australien, Belgien, Kanada, Irland, Japan, Neuseeland, Spanien, angenommen 73 : 3 : 9
-x draft resolutions A/C.2/L.551 ↓ A/C.2/L.551/Rev.1-4 ↓ A/C.2/L.571	GA XVI Session Second Comitee, Meetings 717-740, 751-756 Fifth Comitee, Meeting 893 Plenary Meeting 1034	Brasilien, Kolumbien, Ghana, Indien, Indonesien, Tunesien, Venezuela Brasilien, Kolumbien, Ghana, Indien, Indonesien, Thailand, Tunesien, Venezuela Irak, Jordan, Libanon, Saudi Arabien, Syrien, Jemen

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
A/C.2/L.572 and Corr. 1 and Rev.1 ↓ A/C.2/L.573 ↓ A/C.2/L.575 ↓ A/C.2/L.576 ↓ A/C.2/L.578 ↓ GA Res.1708(XVI) B	19. Dez. 1961	Brasilien, Kolumbien, Tschechoslowakei, Ghana, Indien, Indonesien, Thailand Tunesien, Ukraine SSR, Venezuela, Äthiopien Iran Vereinigte Arabische Republik Philippinen einstimmig angenommen
-x draft resolutions A/C.2/L.600 and Add.1 and Rev.1 ↓ Abstimmung im zweiten Komitee der GA über die draft resolution A/C.2/L.563 and Rev. 1-3 ergab das Abstimmungsergebnis ↓ B	GA XVI Session Second Committee, Meetings 717-740, 768, 769, 771-774 Plenary Meeting 1084 4. Dez. 1961 19. Dez. 1961	Argentinien, Brasilien, Kamerun, Iran, Mauretanien, Pakistan, Venezuela Polen angenommen mit 74 : 0 : 4 Enthaltungen: Belgien, Niederlande, Neuseeland, England einstimmig angenommen
-x draft resolutions A/C.2/L.554 and Add. 1-3 ↓ A/C.2/L.587 ↓ A/C.2/L.587/Rev.1 ↓ A/C.2/L.592 ↓ A/C.2/L.596 and Add. 1-2	GA XVI Session Second Committee, Meetings 716-740, 739-768 Plenary Meetings 1013, 1084	Brasilien, Kolumbien, Dänemark, Äthiopien, Malaya, Pakistan, Philippinen, Senegal, Thailand, Türkei, USA, Uruguay Irak, Jordanien, Libyen, Syrien, Jemen Kamerun, Ghana, Indonesien, Irak, Jordanien, Libanon, Liberia, Libyen, Mali, Mauretanien, Marocco, Niger, Saudi Arabien, Sudan, Syrien, Togo, Tunesien, Vereinigte Arabische Republik, Jemen Panama Ghana, Indonesien, Irak, Liberia, Libyen, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Schweden, Syrien, Tunesien,

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
↓ V, B, E GA Res. 1710(XVI)	19. Dez. 1961	Vereinigte Arabische Republik, Ober Volta, Jemen einstimmig angenommen
-x draft resolution A/C.L.617 and Add.1 and Rev.1-3 ↓ Abstimmung im zweiten Komitee über draft resolution ↓ GA Res. 1714(XVI) VA	GA XVI Session Second Comitee, Meetings 775, 780-783 Plenary Meeting 1084 13. Dez. 1961	Kamerun, Kanada, Dänemark, Liberia, Niederlande, Pakistan, Panama, Peru, USA angenommen 72 : 0 : 10 Ablehnung: keine Enthaltung: Albanien, Bulgarien, Beylorussia SSR, Tschechoslowakei, Ungarn, Mongolai, Polen, Rumänien, Ukraine SSR, USSR angenommen mit 89 : 0 : 9
-x draft resolution A/C.2/L.622/Rev.1, 2 ↓ GA Res. 1718(XVI) B, E	GA XVI Session Second Comitee 788-792 19. Dez. 1961	Kamerun, Zentral Afrikanische Republik, Äthiopien, Ghana, Jordanien, Libanon, Liberia, Mali, Marocco, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Togo, Tunesien, Vereinigte Arabische Republik, Jemen, Kongo (Leopoldville), Kongo (Brazzaville), Libyen, Mauritien, Nepal, Jugoslawi einstimmig angenommen
-x draft resolutions A/C.2/L.550 ↓ A/C.2/L.550/Rev.2 and Add.1 A/C.2/L.556 and Add.1/ Add.1/Rev.1	GA XVI Session Second Comitee, Meetings 717-740, 743-750 Plenary Metting 1084	Argentinien Argentinien, Bolivien, Brasilien, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Peru, Uruguay Zentral Afrikanische Republik, Tschad, Kongo (Brazzaville), Kongo (Leopoldville), Äthiopien, Guinea, Indonesien, Irak, Libyen, Mali, Mauretanien, Marocco, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Sudan, Togo, Tunesien, Vereinigte Arabische Republik

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
A/C.2/L.569/Rev.1 ↓ A/C.2/L.559/Add.1/ Rev.1/Corr.1 ↓↓ Abstimmung im Second Comitee ↓↓ GA res.1707(XVI) V,E,B	 13. Nov. 1961 19. Dez. 1961	Afghanistan Kamerun, Tschad, Kongo (Leopoldville), Ghana, Guinea, Indonesien, Irak, Libyen, Mali, Mauritania, Marokko, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Sudan, Togo, Tunesien, Vereinigte Arabische Republik 81 : 0 : 11 von allen EL angenommen der draft resolution enthielten s Belgien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Neuseeland, Süd Afrika, Spanien, England, USA einstimmig angenommen

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
-x draft resolution E/L.958 and Add.1, Rev.1/Corr.1, Rev.2 ↓ E, V, VA ECOSOC Res.917(XXXIV)	ECOSOC XXXIV Session Economic Comitee, Meetings 321-330 3. Aug.1962	Brasilien, Äthiopien, Indien, Senegal, Jugoslawien einstimmig angenommen
+x draft resolutions E/AC.6/L.278 and Rev.1 ECOSOC Res.919(XXXIV) EB	ECOSOC XXXIV Session 3. Aug. 1962	Japan, Uruguay, USA angenommen mit 16 : 0 : 1
+x draft resolutions E/AC.6/L.280 and Add1 E/AC.6/L.280/Rev.1 E/AC.6/L.280/Rev.2 E ECOSOC Res. 915(XXXIV)	ECOSOC XXXIV Session Economic Comitee, Meetings 315-321, 323 3. Aug. 1962	Kolumbien, Jordanien, Uruguay Brasilien, Kolumbien, Frankreich, Jordanien, Uruguay Brasilien, Kolumbien, Frankreich, El Salvador, Jordanien, Uruguay angenommen mit den Stimmen aller EL 15 : 0 : 2
-x draft resolutions E/L.957 and Corr.1 E/AC.6/L.281 and Corr. 1, Rev.1, 2 ECOSOC Res.916(XXXIV) E, V, B, VA	ECOSOC XXXIV Session Economic Comitee, Meetings 321-330 Plenary Meetings 1214-1219, 1236 3. Aug. 1962	Brasilien, Äthiopien, Indien, Senegal, Jugoslawien Brasilien, El Salvador, Äthiopien, Indien, Senegal, Dänemark, USA, Jugoslawien einstimmig angenommen
+x resolution E/AC.2 L.202 ECOSOC Res.907(XXXIV) B	ECOSOC XXXIV Session Co-ordinating Comitee, Meetings 224, 225 Plenary Meeting 1235 2. Aug. 1962	Frankreich, Jordanien, USA angenommen mit den Stimmen aller EL 15 : 0 : 2

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
A/C.2/L.673 and Add.1/Rev.1 ↓ GA Res. 1821(XVII) BE	18. Dez. 1962	Österreich, Frankreich, Gabun, Niger Schweden, Tansania, England, Uruguay einstimmig angenommen
+x draft resolutions A/C.2/L.658/Add.1-3 ↓ A/C.2/L.658/Rev.1 and Rev.1/Add.1 ↓ GA Res.1824(XVII) B	Zeit wie oben 18. Dez. 1962	Österreich, Brasilien, Tschechoslowakei, Ghana, Irak, Jordanien, Nepal, Schweden, Tanganyika, Uganda, Ukraine SSR, Vereinigte Arabische Republik Algerien, Österreich, Brasilien, Tschad, Zentralafrikanische Republ Tschechoslowakei, Ghana, Ungarn, Ukraine SSR, Vereinigte Arabische Republik einstimmig angenommen
+x draft resolutions A/C.2/L.644, Corr.1,2 and Add.1-6 ↓ GA Res. 1827(XVII)B	GA XVII Session Escond Comitee, Meetings 795,798- 821,858,861 Plenary Meeting 1197 18. Dez. 1962	Kanada, Tschad, Kolumbien, Costa Ric Dänemark, Äthiopien, Iran, Madagaska Mauretanien, Nepal, Niger, Norwegen, Pakistan, Senegal, Thailand, Vereini te Arabische Republik, USA angenom.en mit den Stimmen aller EL 85 : 0 : 6
-x draft resolutions A/C.2/L.746 A/C.2/L.746/Rev.1 and Corr.1 A/C.2/L.746/Rev.2 and Add.1,2 GA Res.1944(XVIII)B	GA XVIII Session Second Comitee, Meetings 881- 902, 942-944 Plenary Meeting 1276 11. Dez. 1963	Indien, Irak, Vereinigte Arabische Republik Australien, Brasilien, Indien, Irak, Neuseeland, Syrien, Tunesien, Türkei Vereinigte Arabische Republik Australien, Brasilien, Frankreich, Ghena, Indien, Irak, Neuseeland, Syri Tunesien, Türkei, Vereinigte Arabis Republik, England, Uruguay einstimmig angenommen

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
-x draft resolutions A/C.2/L.744/Rev.1 ↓ GA Res.1939(XVIII)B	GA XVIII Session Second Comitee, Meetings 880-902, 930,933-935 Plenary Meeting 1276 11. Dez. 1963	Zeylon, Kolumbien, Tschechoslowakei, El Salvador, Frankreich, Indien, Indonesien, Libyen, Niederlande, Rumänien, Thailand, Tunesien, UdSSR, Vereinigte Arabische Republik, England, Ecuador, Ungarn, Marocco einstimmig angenommen
draft resolutions A/C.2/L.740/Rev.3 ↓ GA Res.1940(XVIII)B	GA XVIII Session Second Comitee, Meetings 880-902, 926, 926-936, 938, 939 Plenary Meeting 1276 11. Dez. 1963	Afghanistan, Algerien, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Zeylon, Chile, Indien, Indonesien, Irak, Jordanien, Libanon, Niger, Pakistan, Peru, Philippinen, Syrien, Thailand, Vereinigte Arabische Republik, Jugoslawien, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Libyen einstimmig angenommen
+x draft resolution E/TAC/L.304 and Rev. 1 ↓ ECOSOC Res.949 (XXXVI) K B ECOSOC Res.979(XXXVI) E, J, V	ECOSOC XXXVI Session Technical Assistance Comitee, Meetings 288-307 Plenary Meeting 1270 5. Juli 1963 1. Aug. 1963	Afghanistan, Brasilien, Indien, In- donesien, Jordanien, Nigeria, Ver- einigte Arabische Republik, Jugosl- aien einstimmig angenommen einstimmig angenommen
+x draft resolutions E/AC.2/L.212 B E/AC.2/L.214 ECOSOC Res.980 (XXXVI)	ECOSOC XXXVI Session Co-ordinating Comitee, Meetings 232-234, 245, 246 Plenary Meetings 1271, 1273, 1302 1. Aug. 1963	Argentinien, Australien, Frankreich USA Äthiopien, Jordanien, Jugoslawien angenommen mit den Stimmen aller EL 13 : 1 : 2
-x draft resolutions A/C.2/L.722 and Rev.1	GA XVIII Session Plenary Meeting 1256	Afghanistan, Algerien, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Burma, Burundi, Kambodscha, Kamerun, Zentralafrika- nische Republik, Zeylon, Tschad, Chile, Kolumbien, Kongo (Brazzaville)

Aktion	Zeit	- 30 - Akteur/ Abstimmungsergebnis
 E, V, B GA Res.1897(XVIII)	11. Nov. 1963	Kongo (Leopoldville); Costa Rica, Zypern, Dahomey, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Äthiopien, Gabon, Ghana, Guatemala, Guinea, Haiti, Honduras, Indien, Indonesien, Iran, Irak, Jamaika, Jordanien, Kuwait, Laos, Libanon, Liberia, Lybia, Madagaskar, Malaysia, Mali, Mauritien, Mexiko, Marocco, Nepal, Panama, Peru, Paraguay, Philippinen, Rwanda, Saudi Arabien, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Syrien, Tansania, Thailand, Togo, Trinidad und Tobago, Tunesien, Uganda, Vereinigte Arabische Republik, Obervolta, Uruguay, Venezuela, Jemen, Jugoslawien einstimmig angenommen
+x draft resolutions A/C.2/L.734/Rev.1 A/C.2/L.734/Rev.2 and Rev.3 GA Res.1932(XVIII)VA	GA XVIII Session Second Committee, Meetings 880-902, 905-911 11. Dez. 1963	Costa Rica, Peru Brasilien, Costa Rica, Peru, Philippinen einstimmig angenommen
E/CONF/46/C.5/L.38/ Rev.2 B	UNCTAD I	Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela
E/CONF.46/C.5/L.39/ Rev.1 B	UNCTAD I	Kongo (Brazzaville), Kongo (Leopoldville), Dahomey, Guinea, Madagaskar, Mauretanien, Senegal, Obervolta
General Principle One Abstimmung im Plenum VSK Abstimmung im 5. Komitee	UNCTAD I	angenommen mit 113 : 1 : 2 Ablehnung: USA Enthaltung: Portugal, England, Irland angenommen mit allen EL-Stimmen 84 : 1 : 2 Ablehnung: USA Enthaltung: Südafrika, England

Aktion	Zeit	- 31 - Akteur/ Abstimmungsergebnis
General Principle Three Abstimmung im Plenum V	UNCTAD I	angenommen 94 : 4 : 18 Ablehnung: Australien, Kanada, England, Irland Enthaltung: Österreich, Belgien, Kamerun, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Heilige See, Irland, Italien, Japan, Lichtenstein, Luxemburg, Monaco, Niederlande, Neuseeland, Nicaragua, Peru, Südafrika, Schweiz
Abstimmung im fünften Komitee		68 : 3 : 18 Ablehnung: Kanada, England, USA Enthaltung: Österreich, Australien, Belgien, Dänemark, Dominikanische Republik, BRD, Finnland, Frankreich, Griechenland, Heilige See, Italien, Ivory Küste, Japan, Niederlande, Norwegen, Südafrika, Schweden, Schweiz
B General Principle Ten Abstimmung im Plenum Abstimmung im fünften Komitee	UNCTAD I	angenommen mit 115 : 0 : 1 Enthaltung: Japan
		angenommen mit 97 : 0 : 6 Enthaltungen: Kanada, Dänemark, Finnland, Japan, Norwegen, Schweden
General Principle B Eleven Abstimmung im Plenum	UNCTAD I	angenommen mit 92 : 5 : 19 Ablehnungen: Australien, Bundesrepublik Deutschland, Südafrika, England, USA Enthaltung: Österreich, Belgien, Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, Island, Irland, Italien, Japan, Lichtenstein, Luxemburg, Monaco, Niederlande, Norwegen, Republik von Korea, San Marino, Schweden, Schweiz
Abstimmung im fünften Komitee		angenommen mit 82 : 5 : 14 Ablehnung: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Südafrika, England, USA Enthaltung: Australien, Österreich, Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Japan, Niederlande, Norwegen, Portugal, Republik von Korea, Schweden, Schweiz

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis - 32 -
General Principle Fourteen Abstimmung im Plenum V	UNCTAD	angenommen mit 90 : 2 : 22 Ablehnung: Australien, England Enthaltung: Österreich, Kanada, Dänemark, Bundes- republik Deutschland, Frankreich, Heilige See, Island, Irland, Italien, Lichtenstein, Luxemburg, Niederland- Neuseeland, Norwegem, San Marino, Südafrika, Spanien, Schweden, Schwei- USA
Abstimmung im fünften Komitee		angenommen mit 77 : 2 : 17 Ablehnung: Niederlande, England Enthaltung: Österreich, Australien, Belgien, Kanada, China, Dänemark, Bundesrepu- blik Deutschland, Finnland, Frankre- Griechenland, Heilige See, Italien, Norwegen, Südafrika, Spanien, Schweden, Usa
General Principle Four E Abstimmung im Plenum	UNCTAD I	angenommen mit 98 : 1 : 17 Ablehnung: USA Enthaltung: Australien, Belgien, Kanada, Bundes- republik Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Japan, Lichtenstein, Luxemburg, Monaco, Niederlande, San Marino, Südafrika, Schweiz, England
Abstimmung im fünften Komitee		angenommen mit 72 : 3 : 14 Ablehnung: Kanada, England, USA Enthaltung: Australien, Belgien, Dänemark, Bunde- republik Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Japan, Nieder- lande, Norwegen, Portugal, Südafrika Schweden, Schweiz
General Principle Five B Abstimmung im Plenum	UNCTAD	angenommen mit 97 : 0 : 19 Enthaltung: Australien, Belgien, Kanada, Bundes- republik Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Japan, Lichtenstein, Luxemburg, Monaco, Niederlande, San Marino, Südafrika, Spanien, Schweiz, England, USA

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
Abstimmung im fünften Komitee		70 : 0 : 18 Enthaltung: Australien, Belgien, Dänemark, Kanada, Bundesrepublik, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Japan, Niederlande, Norwegen, Portugal, Südafrika, Schweden, Schweiz, England, USA
General Principle Six BE	Unctad	angenommen mit 114 : 1 : 1 Ablehnung: USA
Abstimmung im Plenum		Enthaltung: China
Abstimmung im fünften Komitee		angenommen mit 73 : 1 : 2 Ablehnung: USA
		Enthaltung: China, Republik von Korea
General Principle Seven KE	UNCTAD	angenommen mit 87 : 8 : 19 Dagegen: Australien, Kanada, Dänemark, Lichtenstein, Südafrika, Schweiz, England, Irland, USA
Abstimmung im Plenum		Enthaltung: Österreich, Belgien, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Island, Irland, Italien, Japan, Luxemburg, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Portugal, San Marino, Spanien, Schweden,
Abstimmung im fünften Komitee		angenommen mit 67 : 4 : 14 Ablehnung: Kanada, Dänemark, England, USA
		Enthaltung: Österreich, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Japan, Niederlande, Norwegen, Portugal, Südafrika, Schweden, Schweiz
Special Principle TWO VA	UNCTAD	angenommen mit 116 : 0 : 0
Abstimmung im Plenum		
Abstimmung im fünften Komitee		angenommen mit 84 : 0 : 0

Aktion	Zeit	Akteur/ Abstimmungsergebnis
Special Principle SIX E Abstimmung im Plenum	UNCTAD	von der Vollversammlung ohne Dissenz angenommen
Abstimmung im fünften Komitee		je nach Satz verschieden
Special Principle Seven E Abstimmung im Plenum	UNCTAD	angenommen mit 85 : 13 : 18 Ablehnung: Australien, Österreich, Kanada, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Island, Japan, Lichtenstein, Norwegen, Südafrika, Schweiz, England, USA
Special Principle Seven Abstimmung im fünften Komitee		angenommen mit: 59 : 12 : 16 Ablehnung: Australien, Österreich, Kanada, Bundes- republik Deutschland, Finnland, Japan, Norwegen, Schweden, Schweiz, England, USA Enthaltung: Belgien, Bulgarien, Byslorussia SSR, Tschechoslowakei, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Italien, Monaco, Mongolai, Niederlande, Polen, Portugal, Südafrika, Ukraine SSR, UdSSR
Special Principle Eight Abstimmung im Plenum	UNCTAD	angenommen mit 107 : 0 : 9 Ablehnung: USA Enthaltung: Australien, Dänemark, Kanada, Frank- reich, Island, Monaco, Südafrika, Schweden, England
Special Principle TEN B Abstimmung im Plenum Abstimmung im fünften Komitee	UNCTAD	angenommen 116 : 0 : 0 angenommen 84 : 0 : 0
Special Principle Twelve B	UNCTAD	angenommen mit 97 : 7 : 17 Ablehnung: Dänemark, Bundesrepublik Island, Norwegen, England, USA Enthaltung: Belgien, Kanada, Finnland, Frankreich, Griechenland, Heilige St. Irland, Italien, Japan, Lichtenstein, Luxembourg, Monaco, Niederlande, Portugal, San Marino, Spanien, Schweiz

ANNEX V

Tabelle 1

Weltreserven an Mineralien (außer Öl) in Industrieländern,
Entwicklungsländern und Zentralverwaltungswirtschaften

Min.Rohstoff	Geschätzte Reserve- menge	Anteil der Reserven in % in Industrie- ländern	Entwicklungs- ländern	Zentral- verwaltungs- wirtschaften
Eisenerz	100 Mrd. ST ⁺	35	30	35
Aluminium	1,2 Mrd. ST	35	55	10
Kupfer	320 Mio. ST	34	50	16
Nickel	147 Mrd. lbs.	38	48	14
Titan	147 Mio. ST	60	23	17
Chrom	775 Mio. ST	72	23	5
Mangan	728 Mio. ST.	47	31	22
Zink	124 Mio. ST	66	16	18
Blei	95 Mio. ST	68	21	11
Zinn	4,3 Mio. ST	4	80	16
Wolfram	2,8 Mrd. lbs.	5	5	90

⁺ST = short tons (1 metrische Tonne entspricht 1,102 ST)

Quelle: Versch. Memoranden der Weltbank, insbesondere Memorandum vom
29. Nov. 1970, H. Fuchs to B. Chadenet: Systematic Mapping of Mineral
Resources.

Aus: Kebschull, Dietrich; Rohstoff- und Entwicklungspolitik, Hamburg
1974, S. 30

Es zeigt sich, daß die Rohstoffe weltweit verteilt sind und nur
manche Rohstoffe (Aluminium, Kupfer, Zinn) besonders starke Vorkomm-
nisse in Entwicklungsländern aufweisen.

Tabelle 2

DIE BESTÄTIGTEN ÖLRESERVEN DER WELT ENDE 1967

	in Milliarden Tonnen	in & der Weltreserven
USA } Nordamerika	5,061	8,9
Kanada }	1,184	2,1
Südamerika	3,813	6,8
Westliche Hemisphäre	10,057	17,8

Westeuropa	0,250	0,4
Naher Osten	33,914	60,2
Afrika	5,596	9,9
Mittlerer u. Ferner Osten. Australien	1,601	2,8
<u>Östliche Hemisphäre</u>	<u>41,361</u>	<u>73,4</u>
UdSSR, Osteuropa, China	4,955	8,8
<u>Welt gesamt</u>	<u>56,373</u>	

Aus: Tugendhat, Christopher; Erdöl - Treibstoff der Weltwirtschaft - Sprengstoff der Weltpolitik, Hamburg 1972, S.376

Die Entwicklungsländer, genauer die arabischen Länder, verfügen über den größten Reichtum an Ölreserven.

Tabelle 3

Anteile ausgewählter Rohstoffe am Gesamtexport der Entwicklungsländer in

Land	Bana- nen	Roh- kaffee	Kakao	Natur-Tee kaut- schuk	Baum- wolle	Jute	Zinn	Sisal	Kupfer	Zink	Mangan- erz
Brasilien	0,4	22,8	1,4		4,3						
Ecuador	28,2	13,6	7,5								
Honduras	43,0	13,2									
Costa Rica	29,5	27,7	1,1								
Panama	57,3										
Kolumbien		57,9									
Surinam											
Madagaskar		27,8						2,2			
Elfenbeinküste		26,4	16,2								
Indonesien		4,8		11,7							
Ghana			60,3							1,9	
Nigeria			7,2	0,5							
Rep. Kamerun		27,7	21,5				1,3				7,5
Dominik. Rep.		8,5									
Malaysia				26,8							
Thailand				8,3			19,1				
Ceylon				13,1	59,4		7,4				
Indien					8,7						
Kenia		25,9			17,5		13,6				
Türkei								2,2			
Uganda		59,3			6,6	20,9					
Malawi					18,6	19,3				5,6	
						4,0					

Fortsetzung von Tabelle 3

Land	Bana-Roh-Ka- nen kaf-kao fee	Natur-Tee kaut- schuk	Baum- Ju- Si- wolle te sal	+ Zinn	+ Kup-Zink fer	Bauxit/Alumini- um, Wolframerz
Argentinien						
Mexiko		8,0			1,7 2,0	
Pakistan			20,9			
Ägypten			57,7			
Sudan			61,2			
Haiti				1,6		16,1
Bolivien				31,3	5,3	5,
Zaire				2,6	61,1	
Chile					73,0	
Zambia					90,6	
Peru	5,0		5,0		19,7 7,3	
Philippinen					17,3	
Jamaika						22,7/39,
Guyana						34,4/ 9,
Griechenland						

+ Bergwerksproduktion. Quellen: International Monetary Fund: International Financial Statistics, Washington May 1974.
aus: Kechschull, Dietrich; Rohstoff- und Entwicklungspolitik, Hamburg 1974.
S. 36 und S. 37

Es zeigt sich, daß einige Entwicklungsländer sogar eine "Monokultur" bei Export aufweisen (Panama - Bananen; Kolumbien - Rohkaffee; Ghana - Kakao; Ceylon - Naturkautschuk, Tee; Ägypten - Baumwolle; Sudan - Baumwolle - Kupfer; Chile - Kupfer; Zambia - Kupfer)

Tabelle 4

Anteile der Erlöse ausgewählter Rohstoffexporte in % an den Gesamtexportenlösen stark rohstoffabhängiger Entwicklungsländer

Land	%	Rohstoff
Sambia	93,9	Erdnüsse
Burundi	92,7	Kupfererz
Togo	84,3	Kaffee
Zaire	76,4	Phosphat
Uganda	73,2	Kupfererz
Mauretanien	72,7	Kaffee
Tschad	71,5	Eisenerz
Chile	67,2	Baumwolle
Liberia	66,7	Kupfererz
Ruanda	65,5	Eisenerz
	62,0	Kaffee

Diese Zahlen machen die enome Abhängigkeit dieser Entwicklungsländer vom Weltmarktpreis für Rohstoffe deutlich.

Quellen:

Mineralien:

Metallgesellschaft Aktiengesellschaft:
Metallstatistik 1964 - 1974, 62. Jg.,
Frankfurt/Main 1975

Erdöl:

Petroleum Economist, 41. Jg. (1974), Nr. 3

Industrierohstoffe
auf Agrarbasis und
tropische Ernährungs-
güter

FAO Production Yearbook 1973, Rom 1974

aus: Kebschull, Dietrich; Kühne, Wilfried; Muick, Karl Wolfgang;
Das intouierte Rohstoffabkommen, Hamburg 1977, S. 43 f.

Tabell# 5

Der Handel der Entwicklungsländer untereinander (v.H.)

Periode	Latein- amerika		Afrika		Süd- und Ostasien		Vorder- asien		Zum Vergleich: EWG- Länder
	a	b	Anteil an den Gesamt- exporten		a	b	a	b	
1950/62	18,9	8,4	11,5 ^c	5,3 ^c	37,2	30,0	23,3	9,6	34,0
1950/54	20,2	8,8	12,0 ^c	4,7 ^c	38,9	32,2	24,1	11,3	31,2
1955/59	18,6	8,8	11,4 ^c	5,7 ^c	37,0	29,5	23,5	9,6	33,2
1960/62	17,4	7,3	11,1 ^c	5,4 ^c	34,9	27,5	22,6	8,3	37,1

^a Exporte in Entwicklungsländer insgesamt. - ^b Exporte in Länder der gleichen Region. - ^c Die Prozentsätze unterschätzen den innerafrikanischen Handel, weil ein Teil des innerafrikanischen Handels nicht registriert wird und besonders weil die Ausgangszahlen den Handel zwischen den afrikanischen Ländern, die eine Zollunion bilden, entgegen den allgemeinen Gepflogenheiten nicht umfassen. (Vgl. E/CONF. 46/83, S. 4ff.)

Quelle: Berechnet aus: E/CONF. 46/12/Add.1, Tabelle 24.

Es zeigt sich, daß der größte Teil des Handels der Entwicklungsländer mit Industrieländern stattfindet.

Die Rohstoffexportpreise der Entwicklungsländer und der entwickelten Länder 1951 - 1962 (1950 = 100)

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962
Rohstoffe A	119	103	98	107	100	99	101	96	91	90	86	85
insgesamt B	125	112	108	105	103	105	106	98	97	97	98	97
darunter:												
Nahrungs- A	112	108	106	124	104	103	106	101	989	85	83	83
mittel B	110	116	114	107	106	106	106	105	104	103	103	104
gewerb-liche Rohstoffe A	137	94	82	83	88	86	83	75	82	85	78	74
B	141	105	97	98	96	96	97	85	86	87	87	84
Energie-träger A	106	105	103	106	107	107	113	113	105	102	101	102
B	113	129	130	125	127	142	142	127	120	122	123	124
Basis-metalle A	131	141	128	126	159	160	114	101	118	122	115	116
B	138	130	110	111	124	133	115	105	113	116	113	112

A = Ausfuhr der Entwicklungsländer

B = Ausfuhr der entwickelten Länder

Quelle: United Nations, World Economic Survey 1962, 1. The Developing Countries in World Trade, S. 16.

Auch auf dem Gebiet der Rohstoffe zeigt sich, daß der Exportpreis der Industrieländer denen der Entwicklungsländer überlegen ist. Das bedeutet, daß nicht nur bei den verarbeiteten Gütern, sondern schon bei den Rohstoffen terms of trade zu Gunsten der Industrieländer bestehen.

Tabelle 7

Income Terms of Trade¹ der Industrie- und Entwicklungsländer 1955-1974
(1960 = 100)

Jahr	Index der Income Terms of Trade			Jahr	Index der Income Terms of Trade		
	Industrie- länder	Entwicklungsländer			Indus- trie- länder	Entwicklungsländer	
		Rohstoffe				Rohstoffe	
		ins- gesamt	ohne Erdöl			ins- gesamt	ohne Erdöl
1955	68	102	101	1965	145	126	126
1956	76	108	104	1966	156	130	132
1957	80	102	98	1967	163	130	124
1958	81	99	92	1968	186	144	138
1959	89	98	98	1969	207	156	150
1960	100	100	100	1970	227	163	155
1961	110	100	97	1971	240	177	146
1962	113	103	99	1972	265	191	.
1963	121	109	108	1973	295	262	.
1964	132	119	122	1974	275	540	.

¹ Produkte aus dem Index der Net Barter Terms of Trade und dem Mengen-
index der Exporte

Quelle: UN ("Monthly Bulletin of Statistics", versch. Jgg.).-Eigene
Berechnungen
aus: Baron, Stephan; Glissmann, Hans W.; Stecher, Bernd: Internationale
Rohstoffpolitik: Ziele, Mittel, Kosten, Tübingen 1977, S. 799

Es zeigt sich, daß die terms of trade bis zum Jahre 1974 ständig zu
Ungunsten der Entwicklungsländer bestanden.

Tabelle 8

Anteile der Sektoren Landwirtschaft und Bergbau an der Gesamtbeschäftigung sowie am Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Entwicklungsländern in %

Land	Beschäftigten- anteil der Land- wirt- schaft		Beschäftigten- anteil des Berg- baus	BIP-Bei- trag der Landwirt- schaft	BIP-Bei- trag des Bergbaus
		Jahr			Jahr
AFRIKA					
Botswana	90,8	1964	0,8	27,3	1971
Gabun	84,1	1963	3,4	12,4	1972
Ghana	55,0	1970		47,6	1972
Elfenbeinküste	86,4	1964	0,2	29,2	1973
Libyen	84,1	1964	3,4	2,5	1970
Niger	91,0	1970		51,2	1969
Nigeria	67,0	1970		35,1	1973
Sambia	15,2	1968	4,2	11,5	1971
Sierra Leone	74,8	1963	5,1		
Sudan	80,0	1970		34,4	1970
Tansania	90,8	1967	0,1	36,0	1973
Togo				43,0	1969
Tunesien	41,0	1966	2,2	19,2	1973
ASIEN					
Bangladesch	71,0	1970		56,0	1972
Sri Lanka	41,4	1971	0,3	33,6	1973
Indien	72,0	1971	0,5	42,2	1971
Indonesien	62,2	1971	0,2	39,8	1973
Khmer	76,0	1970		41,0	1966
(W)Malaysia	47,3	1970	1,9	30,7 ^a	1971
Nepal	94,4	1971		68,4	1972
Pakistan	56,9	1972	0,4	34,5	1973
Thailand	78,2	1970	0,5	30,6	1973
LATEINAMERIKA					
Chile	21,2	1970	2,9	6,7	1972
Guyana	29,6	1965	2,8	16,5	1973
Surinam	24,8	1964	7,0	12,1	1963

^a Geschätzt

Quellen:

OECD: Development Co-Operation 1975 Review, Paris 1975, S.74 f.

UN : Yearbook of National Accounts Statistics 1974, Vol.I-III, International Tables, New York 1975, passim.

International Labour Office (ILO): Yearbook of Labour Statistics 1974, Genf 1974, S.270 ff.

Die Tabelle zeigt, daß besonders in den afroasiatischen Ländern der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten im Vergleich zu den lateinamerikanischen Ländern sehr hoch ist.

